

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Wahl zum 17. Deutschen Bundestag • Unternehmensverflechtungen im Unternehmensregister • Seeverkehr • Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes • Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen • Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten • Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte auf Basis 2005 • Preise



8/2009

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71 / 93 53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71 / 93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Druck: Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im September 2009

Einzelpreis: EUR 15,90 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 137,80 [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-09108-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11 / 75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	735
Textteil		
<i>Brigitte Gisart</i>	Grundlagen und Daten der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009	743
<i>Roland Sturm, Thorsten Tümmler, Rainer Opfermann</i>	Unternehmensverflechtungen im statistischen Unternehmensregister	764
<i>Horst Winter</i>	Seeverkehr 2008	774
<i>Sigrid Nicodemus</i>	Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2008	786
<i>Urszula Sikorski</i>	Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen	795
<i>Mirjam Bick</i>	Neuberechnung der Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten	801
<i>Florian Peter</i>	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005	809
	Preise im Juli 2009	819
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	825
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	735
Texts		
<i>Brigitte Gisart</i>	Bases and data of the elections to the 17th German Bundestag on 27 September 2009	743
<i>Roland Sturm, Thorsten Tümmeler, Rainer Opfermann</i>	Interconnections of enterprises in the statistical business register	764
<i>Horst Winter</i>	Sea transport, 2008	774
<i>Sigrud Nicodemus</i>	Public debt in 2008	786
<i>Urszula Sikorski</i>	European panel survey on income and living conditions	795
<i>Mirjam Bick</i>	New computation of the indices of agreed earnings and working hours	801
<i>Florian Peter</i>	Index of producer prices for industrial products (domestic sales) on base 2005	809
	Prices in July 2009	819
	List of the contributions published in the current year	825
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
 Table des matières		 Pages
	Informations sommaires	735
Textes		
<i>Brigitte Gisart</i>	Bases et données relatives aux élections du 17e Bundestag au 27 septembre 2009	743
<i>Roland Sturm, Thorsten Tümmeler, Rainer Opfermann</i>	Interdépendances d'entreprises dans le répertoire d'entreprises statistique	764
<i>Horst Winter</i>	Transport maritime, 2008	774
<i>Sigrud Nicodemus</i>	La dette publique en 2008	786
<i>Urszula Sikorski</i>	Enquête de panel européenne sur les revenus et conditions de vie	795
<i>Mirjam Bick</i>	Nouveau calcul des indices des salaires conventionnels et des durées de travail	801
<i>Florian Peter</i>	Indice des prix à la production des produits industriels (ventes intérieures) sur la base de 2005	809
	Prix en juillet 2009	819
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	825
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Mehr als eine Million Zugriffe auf das Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes

Mit dem STATmagazin bietet das Statistische Bundesamt seit September 2007 aktuell aufbereitete Informationen zu Themen an, die im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen. Autoren aus allen Statistikbereichen tragen Beiträge mit neuesten Informationen zusammen und liefern umfassendes und unabhängiges Hintergrundwissen. Die derzeit aktuelle Ausgabe informiert zum Beispiel über das Thema „Krankenpflege – Berufsbelastung und Arbeitsbedingungen“. Mehr als eine Million Zugriffe auf inzwischen 34 STATmagazin-Ausgaben zeigen, wie gut dieses Informationsangebot bei den Internetnutzern ankommt.

Die Ausgaben des STATmagazins können auch über unsere RSS-Newsfeeds abonniert werden. So bleiben Nutzer über aktuelle Beiträge informiert, selbst wenn sie unser Internetangebot nicht geöffnet haben. RSS ist ein auf XML basierendes Format, mit dem Nachrichten plattformunabhängig gelesen und weiterverarbeitet werden können.

Zum Lesen der RSS-Newsfeeds gibt es verschiedene kostenfreie und kommerzielle Anwendungen. In einem solchen RSS-Leseprogramm, auch Newsreader genannt, werden die Überschriften und Kurztexte unserer Nachrichten zur Verfügung gestellt und Hyperlinks führen zu den Volltexten der Meldungen im Internet. Nutzer der RSS-Newsfeeds haben

alle Aktualisierungen unserer Website jederzeit im Überblick: www.destatis.de/Aktuelles.xml.

Aus dem Inland

Umfang atypischer Beschäftigung hat zugenommen

In Deutschland hat der Anteil atypisch Beschäftigter nach Ergebnissen des Mikrozensus seit 1998 deutlich zugenommen: 1998 standen noch fast drei Viertel (72,6%) der Erwerbstätigen in einem Normalarbeitsverhältnis, 2008 waren es nur noch 66,0%. Der Anteil atypischer Beschäftigungsformen stieg im gleichen Zeitraum von 16,2 auf 22,2%.

Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird ein Beschäftigungsverhältnis verstanden, das voll sozialversicherungspflichtig, mit mindestens der Hälfte der üblichen vollen Wochenarbeitszeit und mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag ausgeübt wird. Ein Normalarbeitnehmer arbeitet direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat, was bei Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern nicht der Fall ist. Von atypischen Beschäftigungsformen wird gesprochen, wenn eines oder mehrere dieser Kriterien nicht erfüllt sind. Dazu zählen neben der Zeitarbeit Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit je Woche, geringfügige Beschäftigungen sowie befristete Beschäftigungen.

Nach Ergebnissen der Verdienststrukturerhebung, die zuletzt 2006 durchgeführt wurde, erhielt fast jeder zweite aty-

pisch Beschäftigte (49,2%) einen Bruttostundenlohn unter der Niedriglohngrenze.

Die Niedriglohngrenze wurde nach von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) international angewendeten Kriterien errechnet. Demnach gilt der Stundenlohn einer Person als Niedriglohn, wenn er weniger als zwei Drittel des Medians aller erfassten Bruttostundenlöhne beträgt. Der Median ist der Wert, der alle erfassten Bruttostundenlöhne genau in zwei Hälften teilt. Im Jahr 2006 lag die so berechnete Niedriglohngrenze für Deutschland bei 9,85 Euro.

Von der größten Gruppe der atypisch Beschäftigten, den Teilzeitbeschäftigten mit wöchentlich 20 oder weniger Stunden, erhielt knapp ein Fünftel (19,5%) einen Niedriglohn. Bei befristet Beschäftigten lag dieser Anteil bei 36,0%. Am stärksten waren 2006 geringfügig Beschäftigte (81,2%) von Niedriglöhnen betroffen. Auch Zeitarbeit (67,2%) war häufig mit einem Niedriglohn verbunden. Somit lag für alle Kategorien atypisch Beschäftigter der Anteil der Niedriglohnempfänger deutlich höher als für Personen in einem Normalarbeitsverhältnis. Bei diesen betrug der Anteil der Niedriglohnempfänger 11,1%. Unter allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland lag dieser Anteil bei 20,0%.

Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass ein Niedriglohn aus Erwerbstätigkeit nicht zwingend zu Armutsgefährdung führt; außer dem Arbeitslohn spielen auch soziale Transferleistungen und die Haushaltszusammensetzung eine Rolle. Nach Auswertungen des Mikrozensus für 2008 zeigt sich, dass trotzdem atypisch Beschäftigte nach EU-Definition deutlich häufiger armutsgefährdet sind (14,3%) als Personen in einem Normalarbeitsverhältnis (3,2%). Insgesamt waren 2008 in Deutschland 6,2% aller Erwerbstätigen armutsgefährdet.

Die vorliegende Betrachtung der verschiedenen Beschäftigungsformen beschränkt sich auf Personen im Erwerbsalter von 15 bis 64 Jahren, soweit sich diese nicht in Weiterbildung oder Ausbildung befinden.

Weitere Auskünfte erteilt
Katharina Puch,
Telefon 06 11 / 75 41 06,
E-Mail: arbeitsmarkt@destatis.de.

Erste Bilanz nach Einführung der Umweltprämie

Seit der Einführung der Umweltprämie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen in Deutschland haben sich die Umsätze der Händler von Kraftwagen und die der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen unterschiedlich entwickelt. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 konnte der Handel mit in- und ausländischen Personenkraftwagen in Deutschland gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine reale Umsatzsteigerung verbuchen. Dagegen verzeichneten die Kraftfahrzeughersteller zeitgleich einen deutlichen Umsatzrückgang. Auch der Außenhandel entwi-

ckelte sich uneinheitlich: Von Januar bis Mai 2009 wurden deutlich weniger Autos aus Deutschland ausgeführt als in den ersten fünf Monaten des Jahres 2008, dagegen nahm der Import von Personenkraftwagen nach Deutschland im gleichen Zeitraum zu.

Für den Kauf von Kraftfahrzeugen haben die privaten Haushalte in Deutschland nach Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im ersten Halbjahr 2009 rund 36 Mrd. Euro ausgegeben. Im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres ist das eine Steigerung um 23%. Diese Käufe haben damit einen wesentlichen Beitrag zur Binnennachfrage geleistet. Dadurch sind die privaten Konsumausgaben insgesamt in der ersten Jahreshälfte noch leicht um 0,1% gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 gestiegen. Ohne die Käufe von Personenkraftwagen hätte sich der private Konsum um 1,0% vermindert.

Mit der am 14. Januar 2009 vom Bundeskabinett beschlossenen Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen verfolgte die Bundesregierung das Ziel, mithilfe einer Umweltprämie – umgangssprachlich auch Abwrackprämie genannt – in Höhe von 2 500 Euro die Verschrottung alter und den Kauf neuer Personenkraftwagen zu fördern.

Wie die Statistik über den Binnenhandel nun zeigt, konnte der Handel mit Personenkraftwagen mit einem Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen in Deutschland in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 eine reale Umsatzsteigerung von 4,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erzielen. Dabei werden im Handel sowohl im Inland als auch im Ausland produzierte Personenkraftwagen umgesetzt. Nach den Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes lag in diesem Zeitraum die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen um 22,8% über dem Vorjahreswert. Der Unterschied zwischen der Entwicklung des Umsatzes und der Zahl der Neuzulassungen ist durch die unterschiedlichen Entwicklungen der Neuzulassungen in den einzelnen Fahrzeugsegmenten begründet. Kleinere, kostengünstigere Personenkraftwagen bis zur Kompaktklasse wurden von Januar bis Mai 2009 häufiger verkauft als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bei größeren Personenkraftwagen – außer bei Geländewagen und Vans – ging die Zahl der Neuzulassungen zurück.

Anders als im Handel sah die Umsatzentwicklung bei Unternehmen aus, die sich auf Reparatur und Instandhaltung von Kraftfahrzeugen bis 3,5 Tonnen spezialisiert haben. Bei diesen ging von Januar bis Mai 2009 der reale Umsatz um 3,8% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück. Nominal betrug der Umsatzrückgang in diesem Wirtschaftszweig 150 Mill. Euro, dem stand jedoch eine Umsatzsteigerung beim Handel mit Kraftwagen von 2 481 Mill. Euro gegenüber.

Nach den Statistiken im Verarbeitenden Gewerbe lagen im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ die Umsätze in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 bei 99 584 Mill. Euro; dies war fast ein Drittel (32,5%) weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei handelt es sich um einen Durchschnittswert für den Wirtschaftszweig insgesamt, von dem die Umsatzent-

wicklung einzelner Kraftfahrzeughersteller abweichen kann. Während der Inlandsumsatz um 20,9% zurückging, sank der Auslandsumsatz sogar um 39,8%.

Im Zeitraum Januar bis Mai 2009 wurden insgesamt 1,2 Mill. neue Personenkraftwagen im Wert von 24 121 Mill. Euro aus Deutschland ausgeführt. Damit wurden rund 38,0% weniger Autos exportiert als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum; der wertmäßige Rückgang der Ausfuhren betrug 39,6%. Mit 950 000 Personenkraftwagen im Wert von 11 469 Mill. Euro wurden dagegen in den Monaten Januar bis Mai 2009 deutlich mehr Kraftfahrzeuge nach Deutschland eingeführt: Die Zahl der insgesamt importierten Fahrzeuge lag um 11,5% höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Besonders Autos mit Benzinmotor zwischen 1 000 und 1 500 Kubikzentimetern Hubraum wurden stark nachgefragt (+94,7%). Auch Dieselfahrzeuge unter 1 500 Kubikzentimetern wurden häufiger eingeführt (+65%). Die Einfuhren von Fahrzeugen größerer Hubraumklassen gingen dagegen zurück.

Die Umweltprämie von 2 500 Euro wird gewährt, wenn ein Halter seinen alten Personenkraftwagen verschrotet und einen Neu- oder Jahreswagen zulässt. Dabei muss das Altfahrzeug vor mindestens neun Jahren erstmals zugelassen worden sein und zwischen dem 14. Januar und 31. Dezember 2009 gemäß Altfahrzeugverordnung verschrottet werden. Der Antragsteller muss außerdem mindestens ein Jahr Halter dieses Personenkraftwagens gewesen sein. Zudem muss der Neu- oder Jahreswagen mindestens der Abgasnorm „Euro 4“ entsprechen.

Weitere Auskünfte erteilen
Peter Roßmann (zum Thema Binnenhandel),
Telefon 06 11 / 75 33 38,
E-Mail: binnenhandel@destatis.de,
sowie

Ulrich Prautsch (zum Thema Verarbeitendes Gewerbe),
Telefon 06 11 / 75 28 07,
E-Mail: monatsbericht-verarbeitendes-gewerbe@destatis.de.

Forschungsdatenzentren

Umsatzsteuerpanel 2001 bis 2006

Die Umsatzsteuerstatistik bietet jährlich Informationen über die Anzahl der steuerpflichtigen Unternehmen und die Ausprägungen der steuerlichen Merkmale wie steuerpflichtige und steuerfreie Umsätze, Umsatzsteuer, abziehbare Vorsteuerbeträge und innergemeinschaftliche Erwerbe. Abgesehen von nicht umsatzsteuerpflichtigen Kleinunternehmen und Unternehmen mit hauptsächlich steuerfreien Umsätzen und dementsprechend geringer Steuerzahllast (z. B. Arzt- und Zahnarztpraxen ohne Labor, Behörden, Versicherungsvertreter, landwirtschaftliche Unternehmen), werden im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik nahezu alle Unternehmen in Deutschland erfasst. Die der Statistik zugrundeliegenden Daten werden aus dem Besteuerungsverfahren der Finanzverwaltungen gewonnen, sodass aufgrund des fiskalischen Interesses an der Richtigkeit der Angaben von einer hohen Datenqualität ausgegangen werden kann.

Mit dem Umsatzsteuerpanel wurden die Daten der Umsatzsteuerstatistik erstmals auch im Längsschnitt nutzbar gemacht – zunächst für den Zeitraum 2001 bis 2005, mittlerweile wurde das Berichtsjahr 2006 ergänzt. Die Verknüpfung der Jahresdaten erfolgte ausschließlich über „harte“ Identifikatoren wie die Steuernummer und die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer. Insgesamt enthält das Umsatzsteuerpanel 2001 bis 2006 4,7 Mill. Datensätze, davon weisen 1,75 Mill. Angaben zu allen sechs Jahren auf (37%). Neben den Ordnungsmerkmalen der steuerpflichtigen Unternehmen und den steuerlichen Merkmalen enthält das Umsatzsteuerpanel auch Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem statistischen Unternehmensregister.

Das Umsatzsteuerpanel bietet eine große Bandbreite an Auswertungsmöglichkeiten. So haben 240 701 Unternehmen im Zeitraum 2001 bis 2006 ihren Standort verlagert, das waren 6,5% aller 3,7 Mill. Unternehmen, die mindestens in zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Umsatzsteuerpanel enthalten sind. Von diesen 240 701 Unternehmen vollzogen 25 936 Unternehmen oder knapp 11% einen mehrmaligen Standortwechsel. Ein Wechsel innerhalb der Grenzen des Bundeslandes wurde bei 220 992 Unternehmen beobachtet, das waren 92% aller Wechsler. 18 301 Unternehmen (7,5%) bezogen in einem anderen Bundesland einen neuen Unternehmenssitz, die restlichen 1 408 (0,5%) waren mehrmalige Wechsler, die sowohl innerhalb, als auch außerhalb des Bundeslandes – zumindest vorübergehend – eine neue Heimat fanden. Im Jahresvergleich wurden im Jahr 2005 mit 56 111 oder 20,9% die meisten Standortwechsel (gegenüber dem Vorjahr) beobachtet, im Jahr 2002 mit 51 249 oder 19,1% die wenigsten. Die Verteilung über alle fünf Jahre (2002 bis 2006) ist jedoch insgesamt sehr gleichmäßig. Weiterführende Untersuchungen zu Standortwechseln könnten beispielsweise auf Wirtschaftszweigebene durchgeführt werden oder hinsichtlich der Umsatzentwicklung nach einem Standortwechsel. Auch Wanderungsströme zwischen den einzelnen Bundesländern sind durch das Panel identifizierbar.

Das Umsatzsteuerpanel steht externen Nutzern aus der Wissenschaft an speziell eingerichteten Arbeitsplätzen für Gastwissenschaftler in faktisch anonymisierter Form zur Verfügung. Zudem ist eine Nutzung über die kontrollierte Datenfernverarbeitung in formal anonymisierter Form möglich. Nutzungsanträge sind über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu stellen (www.forschungsdatenzentrum.de).

Weitere Auskünfte erteilt
Florian Burg, Telefon 06 11 / 75 41 32,
E-Mail: steuern@destatis.de.

Kompakt

Kinderlosigkeit nimmt zu

In Deutschland bleiben immer mehr Frauen ohne Kinder: Im Jahr 2008 hatten 21% der 40- bis 44-jährigen Frauen keine Kinder zur Welt gebracht. Dagegen waren unter den

zehn Jahre älteren Frauen (Jahrgänge 1954 bis 1958) nur 16 % und unter den zwanzig Jahre älteren (Jahrgänge 1944 bis 1948) nur 12 % kinderlos. Von den Frauen zwischen 35 und 39 Jahren hatten 2008 26 % noch keine Kinder zur Welt gebracht, allerdings wird sich in dieser Altersgruppe der Anteil der kinderlosen Frauen noch vermindern.

Diese und weitere zentrale Ergebnisse zur Kinderlosigkeit und zu Geburten in Deutschland konnten erstmals aus dem Mikrozensus 2008 gewonnen werden. Grundlage dafür war, dass im Jahr 2008 zum ersten Mal alle Frauen zwischen 15 und 75 Jahren gefragt wurden, ob sie Kinder geboren haben, und wenn ja, wie viele.

Im Osten Deutschlands gibt es deutlich weniger kinderlose Frauen als im Westen. Während von den 40- bis 75-jährigen Frauen in den alten Ländern 16 % keine Kinder zur Welt gebracht haben, sind es in den neuen Ländern nur 8 %. Auch bei den jüngeren Frauen bestehen deutliche Unterschiede. Von den 35- bis 39-Jährigen (Jahrgänge 1969 bis 1973) in den alten Ländern haben bisher 28 % keine Kinder, in den neuen Ländern sind lediglich 16 % kinderlos.

Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus Zusammenhänge zwischen Bildungsstand und Kinderlosigkeit. Für den Westen gilt: Je höher der Bildungsstand, desto häufiger ist eine Frau kinderlos. Betrachtet man Frauen im Alter ab 40 Jahren, die ihre Familienplanung größtenteils abgeschlossen haben, hatten 26 % der Frauen mit hoher Bildung keine Kinder. Dieser Anteil ist deutlich höher als bei Frauen mit mittlerer Bildung (16 %) und mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen mit niedriger Bildung (11 %). Für den Osten trifft dieser Zusammenhang allerdings nicht zu.

Vor allem Akademikerinnen aus dem Westen Deutschlands sind überdurchschnittlich häufig kinderlos. 2008 hatten 28 % der westdeutschen Akademikerinnen im Alter von 40 bis 75 Jahren keine Kinder. Bei den ostdeutschen Frauen mit akademischem Grad betrug dieser Anteil lediglich 11 %. Akademikerinnen aus dem Westen Deutschlands waren damit nicht nur häufiger kinderlos als solche im Osten, sie hatten auch deutlich häufiger keine Kinder als der Durchschnitt aller Frauen zwischen 40 und 75 Jahren. Zu den Akademikerinnen zählen Frauen mit dem Abschluss einer Hochschule, einer Fachhochschule oder einer Verwaltungsfachhochschule sowie Frauen mit einer Promotion.

Die im Ausland geborenen und nach Deutschland zugewanderten Frauen sind seltener kinderlos als die hier geborenen Frauen. So haben von den 35- bis 44-jährigen Zuwanderinnen (Jahrgänge 1964 bis 1973) 13 % keine Kinder, bei den in Deutschland geborenen Frauen sind es 25 %. Unter den 25- bis 34-Jährigen haben 39 % der Frauen mit Migrationshintergrund bisher noch keine Kinder, bei den Frauen ohne Migrationshintergrund sind es mit 61 % erheblich mehr. Bei diesen jüngeren Frauen wird der Anteil der Kinderlosen noch sinken.

Sozialhilfeausgaben 2008

Im Jahr 2008 wurden in Deutschland brutto 22,0 Mrd. Euro für Sozialhilfeleistungen nach dem Zwölften Buch Sozial-

gesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zufließen, betragen die Sozialhilfeausgaben netto 19,8 Mrd. Euro; das waren 4,9 % mehr als im Vorjahr.

Pro Kopf wurden in Deutschland 2008 damit für die Sozialhilfe rechnerisch 241 Euro (Vorjahr: 229 Euro) netto aufgewendet. Im Westen (ohne Berlin) waren es mit 249 Euro je Einwohner wesentlich mehr als im Osten (ohne Berlin) mit 164 Euro. Die mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten im Jahr 2008 – wie im Vorjahr – die drei Stadtstaaten Bremen (405 Euro), Hamburg (376 Euro) und Berlin (370 Euro). Unter den Flächenländern des früheren Bundesgebietes verzeichnete Baden-Württemberg die geringsten Ausgaben je Einwohner (177 Euro), Schleswig-Holstein die höchsten (288 Euro). In den neuen Ländern waren die Pro-Kopf-Ausgaben in Sachsen am niedrigsten (124 Euro) und in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten (206 Euro).

Betrachtet man die finanziell wichtigsten Hilfearten des SGB XII, so ist für die Nettoausgaben im Berichtsjahr 2008 deutschlandweit Folgendes festzustellen:

Mit 11,2 Mrd. Euro entfiel – wie in den Vorjahren – der mit Abstand größte Teil der Sozialhilfettoausgaben (57 %) auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Im Vergleich zu 2007 stiegen die Ausgaben hierfür um 5,3 %. Die im 6. Kapitel des SGB XII geregelte Eingliederungshilfe für behinderte Menschen hat die Aufgabe, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen bzw. zu mildern und die Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft einzugliedern. Leistungsberechtigt sind alle Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind, soweit die Hilfe nicht von einem vorrangig verpflichteten Leistungsträger – wie zum Beispiel der Krankenversicherung, der Rentenversicherung oder der Agentur für Arbeit – erbracht wird.

Die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung betragen 3,7 Mrd. Euro; dies entsprach 19 % der gesamten Sozialhilfeausgaben. Im Vergleich zu 2007 stiegen die Ausgaben für diese Hilfeart um 6,0 %. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit dem 1. Januar 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Seit dem 1. Januar 2005 wird diese Leistung nach dem 4. Kapitel des SGB XII gewährt. Sie kann bei Bedürftigkeit von 18- bis 64-jährigen Personen, wenn diese dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sowie von Personen ab 65 Jahren in Anspruch genommen werden.

Für die Hilfe zur Pflege gaben die Sozialhilfeträger im Jahr 2008 netto insgesamt 2,8 Mrd. Euro aus (+ 3,2 % gegenüber dem Vorjahr). Die Ausgaben für diese Hilfeart machten 14 % der gesamten Sozialhilfeaufwendungen aus. Die Hilfe zur Pflege wird gemäß dem 7. Kapitel SGB XII Personen gewährt, die infolge von Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen sind. Sie wird jedoch nur geleistet, wenn

der Pflegebedürftige die Pflegeleistungen weder selbst tragen kann noch sie von anderen – zum Beispiel der Pflegeversicherung – erhält.

Für die Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII) wurden netto 0,9 Mrd. Euro ausgegeben (+ 16,1% gegenüber 2007); dies entsprach 4% der gesamten Sozialhilfeausgaben. Im Jahr 2004, also vor Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV), wurden noch 8,8 Mrd. Euro für diese Hilfeart ausgegeben. Seit dem 1. Januar 2005 erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne (das heißt Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt), die grundsätzlich erwerbsfähig sind, sowie deren Familienangehörige Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“). Die Ausgaben für diesen Personenkreis werden seit 2005 nicht mehr in der Sozialhilfestatistik nachgewiesen.

Weitere Auskünfte erteilt
Markus Dorn, Telefon 06 11 / 75 85 34,
E-Mail: sozialhilfe@destatis.de.

Kaffeesteuer 2008

Im Jahr 2008 sind 1,008 Mrd. Euro an Kaffeesteuer in die Bundeskasse geflossen.

Die Kaffeesteuer wird als Verbrauchsteuer auf Röstkaffee (Steuertarif 2,19 Euro je Kilogramm) und löslichen Kaffee (4,78 Euro je Kilogramm) erhoben. Zusätzlich werden kaffeehaltige Waren (z. B. Cappuccino, Eiskaffee, Café au Lait) bei der Einfuhr in das deutsche Steuergebiet gemäß ihrem Kaffeeanteil mit der Steuer belastet.

Seit dem 1. Januar 1993 wird die Kaffeesteuer als Fertigproduktsteuer mit diesen Steuersätzen erhoben; die Einnahmen lagen seitdem jährlich relativ konstant zwischen 0,973 Mrd. Euro im Jahr 2006 und 1,161 Mrd. Euro im Jahr 1994.

Weitere Auskünfte erteilt
Klaus Jürgen Hammer,
Telefon 06 11 / 75 23 80,
E-Mail: steuern@destatis.de.

Ausgaben für Kleidung 2007

Die privaten Haushalte in Deutschland gaben nach den Daten der Laufenden Wirtschaftsrechnungen im Jahr 2007 durchschnittlich 888 Euro für Bekleidung aus.

Von den 888 Euro entfiel etwas mehr als die Hälfte (456 Euro) auf Damenkleidung, für Herrenkleidung wurde mit 240 Euro deutlich weniger ausgegeben. 120 Euro wurden für den Sammelposten Strümpfe, Kopfbedeckungen, Handschuhe und Bekleidungszubehör ausgegeben und 72 Euro für Kinderkleidung.

Insgesamt kauften alleinlebende Männer Kleidung im Wert von 336 Euro ein, darunter auch Damenkleidung im Wert von 12 Euro. Mit durchschnittlich 588 Euro gaben allein-

lebende Frauen wesentlich mehr als alleinlebende Männer für Kleidung aus. Die Ausgaben alleinlebender Frauen für Herrenkleidung betragen das Dreifache (36 Euro) dessen, was alleinlebende Männer für Damenkleidung aufwendeten.

Eine Familie mit zwei Kindern hatte im Jahr 2007 Bekleidungs Ausgaben in Höhe von durchschnittlich 1 452 Euro.

Weitere Auskünfte erteilt der
Auskunftsdienst Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets,
Telefon 06 11 / 75 88 80,
E-Mail: private-haushalte@destatis.de.

Preise für Computer-Hardware von 2005 bis 2009 stark gesunken

Die Importpreise für Notebooks lagen im Juni 2009 um 66,6% unter dem Niveau des Jahres 2005. Die Importpreise für Desktop-PCs gingen in diesem Zeitraum um 61,7% zurück. Auch bei elektronischen Bauelementen und Speichermedien waren in den vergangenen Jahren sinkende Importpreise zu verzeichnen: Die Preise für Prozessoren sanken seit 2005 um 64,8%, die Preise für Festplatten um 70,0%. Arbeitsspeicher (RAM) verbilligten sich im Betrachtungszeitraum um 82,6%. Der Trend stark sinkender Preise für Computer-Hardware war auch für private Verbraucher spürbar: Die Verbraucherpreise für Notebooks lagen im Juni 2009 um 60,6%, die Verbraucherpreise für Desktop-PCs um 58,1% unter denen von 2005.

Die steigende technische Qualität beziehungsweise Leistungsfähigkeit von Computer-Hardware wird bei der Messung von Preisveränderungen in der amtlichen Statistik berücksichtigt. Für die Preisbeobachtung werden repräsentative Produkte ausgewählt, deren Preise Monat für Monat weiterverfolgt werden. Verliert ein Produkt an Marktbedeutung, so wird es durch ein neues Produkt ersetzt. Um in solchen Fällen einen echten Preisvergleich zu ermöglichen, wird der Geldwert des Qualitätsunterschieds ermittelt und bei der Indexberechnung berücksichtigt.

Mit der Weiterentwicklung von Computer-Hardware geht in der Regel eine steigende Leistungsfähigkeit dieser Produkte einher. Während beispielsweise im Jahr 2005 noch sehr viele Notebooks einen Arbeitsspeicher von nur 512 Megabyte aufwiesen, lag die Durchschnittsgröße der Arbeitsspeicher in der ersten Jahreshälfte 2009 bei 2048 Megabyte und damit vier Mal so hoch. Auch die durchschnittliche Speicherkapazität der Notebookfestplatten hat sich in den letzten vier Jahren gut vervierfacht, sie stieg von etwa 60 Gigabyte im Jahr 2005 auf aktuell etwa 250 Gigabyte. Weiter gestiegen ist zudem die Grafikleistung von Notebooks. Dies liegt einerseits an der Entwicklung immer leistungsfähigerer Grafikkarten, andererseits an der steigenden Kapazität der verwendeten Grafikspeicher. So stieg die Kapazität der Grafikspeicher bei Notebooks von etwa 128 Megabyte im Jahr 2005 auf aktuell etwa 512 Megabyte.

Bei Desktop-PCs war in diesem Zeitraum eine ähnliche technische Weiterentwicklung zu beobachten. Die durchschnitt-

liche Speicherkapazität der Festplatten stieg von 80 Gigabyte auf 350 Gigabyte, während die durchschnittliche Kapazität der Arbeitsspeicher von 512 Megabyte auf 2 048 Megabyte zunahm. Die Kapazität der Grafikspeicher nahm von etwa 128 bis 256 Megabyte im Jahr 2005 auf etwa 512 bis 1 024 Megabyte in der ersten Jahreshälfte 2009 zu.

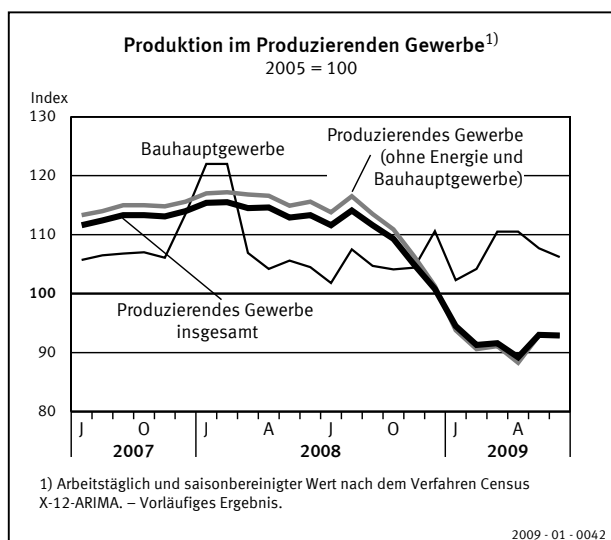
Die technische Weiterentwicklung der Computer-Hardware kommt unter anderem den Onlinecomputerspielern zugute. So ermöglicht die gestiegene Performance der Hardware immer komplexere, schnellere und realistischere Darstellungen in Computerspielen.

Weitere Auskünfte erteilt
Ulf Becker,
Telefon 06 11 / 75 42 47,
E-Mail: hedonik@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

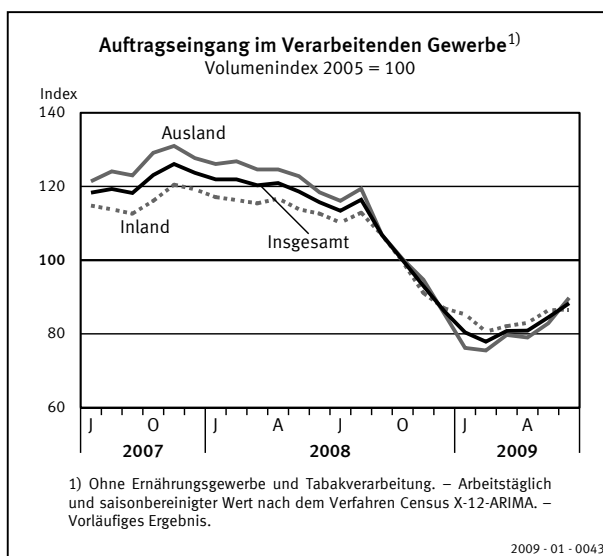
Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe blieb im Juni 2009 vorläufigen Angaben zufolge preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) praktisch unverändert (-0,1%), nachdem sie im Vormonat aufwärts revidiert um 4,3% kräftig angestiegen war. Während die Industrieproduktion [Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauhauptgewerbe)] zuletzt stagnierte (+0,0%), ging die Erzeu-



gung im Bauhauptgewerbe um 1,4% zurück. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen weiteten die Hersteller von Vorleistungsgütern ihre Produktion um 1,8% aus. Demgegenüber verminderten die Investitionsgüterproduzenten – nach einem kräftigen Plus im Vormonat – ihren Ausstoß leicht um 0,9% und die Konsumgüterproduzenten deutlicher um 1,6%.

Die *Auftragseingänge* in der Industrie sind vorläufigen Angaben zufolge im Juni 2009 preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) erneut kräftig um 4,5% angestiegen. Bereits im Mai war ein Auftragsplus von 4,4% zu verzeichnen. Der Umfang an Großaufträgen im Juni war leicht unterdurchschnittlich. Die maßgeblichen Nachfrageimpulse kamen zuletzt vom starken Anstieg der Auslandsbestellungen um 8,3%. Dabei zogen insbesondere die Bestellungen aus der Eurozone an (+13,2%) und hierbei lag der Schwerpunkt auf Investitionsgütern. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich leicht um 0,2%. Getragen wurde die lebhafteste Bestelltätigkeit in der Industrie zuletzt durch deutliche Auftragszugänge bei den Investitions- und den Vorleistungsgüterproduzenten um +5,0 bzw. +4,6%. Die Hersteller von Konsumgütern hatten dagegen ein leichtes Auftragsminus von 0,5% zu verzeichnen.



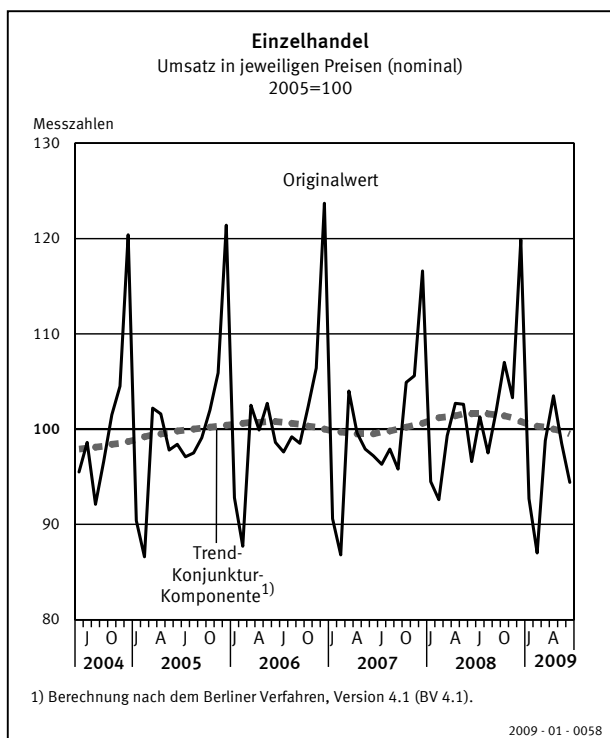
Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im *Juni 2009* nominal 2,3% und real 2,0% weniger um als im Juni 2008. Beide Monate hatten jeweils 25 Verkaufstage.

Im Vergleich zum Mai 2009 sank der Umsatz im Einzelhandel unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 1,1% und real um 1,3%.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im Juni 2009 nominal 1,6% und real 1,7% weniger um als im Juni 2008. Dabei wurde bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten nominal und real 1,5% und beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln nominal 3,0% und real 4,7% weniger als im Vorjahresmonat abgesetzt.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lag der Umsatz im Berichtsmonat nominal 1,7% und real 1,5% niedriger als im Juni 2008. Lediglich zwei Branchen erzielten hier Umsatzsteigerungen: Der Versand- und Internet-Einzelhandel steigerte seine Erlöse nominal um 3,5% und real um 2,8%. Der Einzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten verbuchte eine nominale Umsatz-



steigerung in Höhe von 2,4%. Real ging jedoch der Umsatz um 0,6% zurück.

Von Januar bis Juni 2009 wurde im Einzelhandel nominal und real 2,2% weniger umgesetzt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

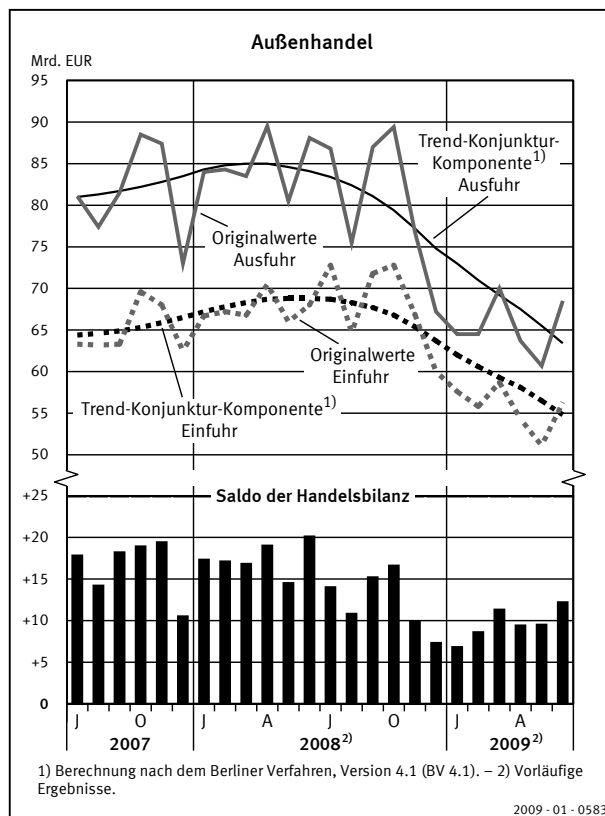
Außenhandel

Im Juni 2009 sanken im Vergleich zum Juni 2008 die deutschen Ausfuhren um 22,3% und die deutschen Einfuhren um 17,2%. Die Ausfuhren beliefen sich im Juni 2009 auf insgesamt 68,5 Mrd. Euro, die Einfuhren auf 56,3 Mrd. Euro. Kalender- und saisonbereinigt stiegen die Ausfuhren gegenüber dem Vormonat Mai 2009 um 7,0%, die Einfuhren um 6,8%.

Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahresmonat war im Juni 2009 ein Preisrückgang für Außenhandelsgüter zu verzeichnen. Bei Importgütern fielen die Preise um 11,3% – der höchste Rückgang gegenüber einem Vorjahresmonat seit Februar 1987 (–12,6%), während bei Ausfuhrgütern der Preisindex um 2,9% gegenüber Juni 2008 sank.

Der Preisrückgang gegenüber Juni 2008 ist insbesondere auf die gesunkenen Preise für importierte Energieträger (–38,1%) zurückzuführen. Die Preise für Rohöl sanken im Vorjahresvergleich um 42,7%. Gegenüber Mai 2009 stiegen sie jedoch um 12,4% an. Mineralölerzeugnisse verbilligten sich gegenüber Juni 2008 um 44,1% und verteuerten sich gegenüber Mai 2009 um 12,5%. Erdgas wurde im Juni 2009 ebenfalls billiger eingekauft als im vergleichbaren Vorjahresmonat (–28,6%). Von Mai auf Juni 2009 sank der Erdgaspreis um 5,1%. Bei den Rohstoffen waren insbesondere Nichteisenmetallerze billiger als im Juni 2008 (–27,5%), im Vergleich zu Mai 2009 stiegen die Preise um 3,5%. Eisen-

erzimporte kosteten im Juni 2009 8,6% weniger als im Mai 2009, waren aber um 1,3% teurer als im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Nahrungsmittelsektor fielen die Preise für Getreide gegenüber Juni 2008 um 29,2% (–0,9% gegenüber Mai 2009). Milch und Milcherzeugnisse waren im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat im Juni 2009 um 14,0% billiger (–0,3% gegenüber dem Vormonat).



Die Außenhandelsbilanz schloss im Juni 2009 mit einem Überschuss von 12,2 Mrd. Euro ab und lag damit deutlich unter dem Ergebnis im Juni 2008 mit 20,1 Mrd. Euro. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank ergibt sich aus dem Außenhandelsüberschuss zusammen mit dem positiven Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+4,6 Mrd. Euro) und den Salden der anderen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz, der Dienstleistungsbilanz (–2,4 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (–0,1 Mrd. Euro) und der Ergänzungen zum Außenhandel (–1,1 Mrd. Euro) im Juni 2009 ein positiver Leistungsbilanzsaldo von 13,3 Mrd. Euro. Im Juni 2008 hatte die deutsche Leistungsbilanz einen Aktivsaldo von 19,5 Mrd. Euro ausgewiesen.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im Juni 2009 Waren im Wert von 43,8 Mrd. Euro versandt (–22,1% im Vergleich zum Juni 2008) und Waren im Wert von 37,8 Mrd. Euro von dort bezogen (–15,8%). In die Länder außerhalb der Europäischen Union (Drittländer) wurden im Juni 2009 Waren im Wert von 24,7 Mrd. Euro exportiert (–22,4% im Vergleich zum Juni 2008) und Waren im Wert von 18,5 Mrd. Euro aus diesen Ländern importiert (–19,8%). [u](#)



Brigitte Gisart

Grundlagen und Daten der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009

Die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag, die sechste gesamtdeutsche Wahl, findet entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten über die Bundestagswahl 2009 vom 4. Januar 2009 (BGBl. I S. 2) am Sonntag, dem 27. September 2009, statt.

Sie wird auf der Grundlage des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 394), durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag sind insbesondere

- *Fragen, die das Wahlrecht und das Wahlverfahren betreffen,*
- *Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2005 und*
- *Ergebnisse vorangegangener Wahlen*

von Interesse.

Zunächst werden in diesem Beitrag das Wahlrecht und das Wahlverfahren sowie die Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2005 dargestellt. Der folgende Teil enthält einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse früherer Bundestagswahlen einschließlich Sitzverteilung und Ausführungen zu den angefallenen Überhangmandaten. Abschließend wird auf das Gesetz über die allgemeine und repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I

S. 1023), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412), eingegangen.

Nach einer langen Tradition wird dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes vom Bundesministerium des Innern das Amt des Bundeswahlleiters für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament übertragen. Er erfüllt damit eine wichtige und besonders verantwortungsvolle Funktion bei der Vorbereitung der Wahlen und der Feststellung der Wahlergebnisse, so auch bei der bevorstehenden Wahl zum 17. Deutschen Bundestag.

Die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag, zugleich die sechste gesamtdeutsche Wahl, findet entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten über die Bundestagswahl 2009 vom 4. Januar 2009 (BGBl. I S. 2) am Sonntag, dem 27. September 2009, statt. Maßgebliche Rechtsgrundlagen für die Bundestagswahl sind – neben den Artikeln 38 und 39 des Grundgesetzes (GG), welche die Grundsätze für die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie für den Zusammentritt und die Wahlperiode des Deutschen Bundestages festlegen – vor allem das Bundeswahlgesetz mit seinen Vorschriften zum Verfahren bei Bundestagswahlen, insbesondere über das Wahlsystem, die Wahlorgane, das Wahlrecht und die Wählbarkeit, die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses, sowie die zur Durchführung des Bundeswahlgesetzes erlassene Bundeswahlordnung (BWO). Die Bundestagswahl 2009 wird auf der Grundlage des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 394) geändert worden ist, durchgeführt.

Im folgenden Beitrag werden zunächst Fragen, die das Wahlrecht und das Wahlverfahren betreffen, sowie die Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2005 dargestellt. Ein weiterer Teil enthält einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse früherer Bundestagswahlen einschließlich Sitzverteilung und Ausführungen zu den angefallenen Überhangmandaten. Abschließend wird auf das Gesetz über die allgemeine und repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412), eingegangen.

Für alle Interessierten sei noch auf den schnellen Zugriff auf das Informationsangebot des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de hingewiesen. Hier werden am Wahlabend des 27. September 2009 zum Beispiel auch alle eingehenden Wahlkreis- und Landesergebnisse der Bundestagswahl 2009 aktuell eingestellt.

1 Wahlgebiet, Wahlkreise, Wahlberechtigte

Der 17. Deutsche Bundestag wird – wenn sich keine Überhangmandate ergeben – aus insgesamt 598 Abgeordneten bestehen, von denen 299 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt werden. Dem 16. Deutschen Bundestag gehörten zunächst 614 Abgeordnete (einschließlich 16 Überhangmandaten) an; diese Zahl hat sich durch Ausscheiden bzw. durch Tod von drei Abgeordneten auf 611 verringert. Beim 15. Deutschen Bundestag waren es noch 669 Abgeordnete (einschließlich 13 Überhangmandaten) gewesen.

Mit der Wiedergewinnung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 hatte sich bereits bei der Bundestagswahl 1990 das Wahlgebiet um die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Berlin-Ost, das heißt um 72 Wahlkreise, erweitert.

Das Gebiet der Wahlkreise für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag ist in der Anlage zu Artikel 1 des Achtzehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (BWG) vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 316) beschrieben.

Gegenüber der Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 2005 hat der Gesetzgeber mit dem Achtzehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes 31 Wahlkreise neu abgegrenzt. Dabei hat Baden-Württemberg einen zusätzlichen Wahlkreis erhalten (und hat nunmehr 38 Wahlkreise statt 37 Wahlkreisen, wie bei der Bundestagswahl 2005), ebenso Niedersachsen (30 statt 29 Wahlkreisen), während in Sachsen (nunmehr 16 Wahlkreise statt 17 Wahlkreisen, wie bei der Bundestagswahl 2005) und Sachsen-Anhalt (neun statt zehn Wahlkreisen) die Zahl der Wahlkreise um jeweils einen Wahlkreis reduziert wurde. Die Notwendigkeit für diese Neuabgrenzung folgte u. a. aus der Regelung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 3 und 5 BWG. Danach muss die

Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden. Bei der Ermittlung der Bevölkerungszahlen ist die deutsche Bevölkerung maßgeblich.

Über die Neuabgrenzung hinaus sind unter anderem aufgrund von Gebiets- und Verwaltungsreformen in verschiedenen Bundesländern 18 Wahlkreise neu beschrieben worden. Zudem sind wegen der Änderung der Wahlkreiseinteilung in Sachsen und in Sachsen-Anhalt sowie in Baden-Württemberg und in Niedersachsen zahlreiche Wahlkreise neu nummeriert worden.

Die Verteilung der Wahlkreise für 2005 und 2009 auf die 16 Bundesländer ist in der folgenden Übersicht dargestellt:

Land	2005	2009
Schleswig-Holstein	11	11
Mecklenburg-Vorpommern	7	7
Hamburg	6	6
Niedersachsen	29	30
Bremen	2	2
Brandenburg	10	10
Sachsen-Anhalt	10	9
Berlin	12	12
Nordrhein-Westfalen	64	64
Sachsen	17	16
Hessen	21	21
Thüringen	9	9
Rheinland-Pfalz	15	15
Bayern	45	45
Baden-Württemberg	37	38
Saarland	4	4

Bei der bevorstehenden Bundestagswahl ist mit rund 62,2 Mill. Wahlberechtigten zu rechnen (bei der Bundestagswahl 2005 waren rund 61,9 Mill. Personen wahlberechtigt), darunter 32,2 Mill. Frauen und 30,0 Mill. Männer. Rund 3,5 Mill. Wahlberechtigte, die in der Zeit vom 19. September 1987 bis zum 27. September 1991 geboren wurden, können am 27. September 2009 zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teilnehmen (1,8 Mill. Männer und 1,7 Mill. Frauen). Die voraussichtliche Altersstruktur der Wahlberechtigten bei der Wahl des 17. Deutschen Bundestages stellt sich wie folgt dar:

Wahlberechtigte nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Bundestagswahl 2009 (geschätzt)

Alter in Jahren	Insgesamt	1 000 (gerundet)	
		Männer	Frauen
18 – 20	2 600	1 300	1 300
21 – 29	7 600	3 900	3 700
30 – 39	8 500	4 300	4 200
40 – 49	12 800	6 500	6 300
50 – 59	10 600	5 300	5 300
60 – 69	8 700	4 200	4 500
70 und mehr	11 400	4 500	6 900
Insgesamt ...	62 200	30 000	32 200

2 Wahlgänge, Wahlvorbereitung und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung einer Bundestagswahl sind nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung die Wahlgänge zuständig. Gemäß § 8 Abs. 1 BWG sind Wahlgänge¹⁾

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuss für das Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuss für jedes Land,
- ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuss für jeden Wahlkreis,
- ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
- mindestens ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses.²⁾ Wie viele Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltag feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter.

2.1 Aufgaben der Gemeinden

Das Schwergewicht der Vorbereitungsarbeiten für die Bundestagswahl liegt bei den Gemeindebehörden. Diese müssen u. a. für Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützen, jeweils sogenannte Wahlrechtsbescheinigungen ausstellen. Für Wahlbewerber/-innen müssen sie deren Wählbarkeit bescheinigen.

Die Bescheinigung des Wahlrechts ist Teil des Formblatts für eine Unterstützungsunterschrift und weist nach, dass die Person, die einen Wahlvorschlag mit ihrer Unterschrift unterstützt, in dem betreffenden Wahlgebiet wahlberechtigt ist. Eine bestimmte Anzahl an Unterstützungsunterschriften ist eine der formellen Bedingungen, die Parteien, politische Vereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerber für die Zulassung ihrer Wahlvorschläge bei Europa- und Bundestagswahlen erfüllen müssen. Bei Bundestagswahlen müssen Parteien, die nicht mit mindestens fünf Abgeordneten im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit der jeweils letzten Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten sind, eine bestimmte Anzahl an Unterstützungsunterschriften für ihre Landeslisten einreichen (von einem Tausendstel der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, maximal jedoch 2 000 Unterschriften je Landesliste). Ebenso müssen Parteien, politische Vereinigungen, Wählergruppen oder Einzelbewerberinnen und -bewerber in den Wahlkreisen für ihre Kreiswahlvorschläge mindestens 200 Unterstützungsunterschriften vorlegen.

Wählbarkeitsbescheinigungen bestätigen, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber am Wahltag Deutsche(r) im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG ist und nicht nach § 15 Abs. 2 BWG vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Außerdem haben die Gemeinden Wahllokale zu bestimmen und einzurichten. Bei der bevorstehenden Bundestagswahl wird es insgesamt rund 80 000 Wahllokale geben, wobei die einzelnen Wahlbezirke nach den örtlichen Verhältnissen so abgegrenzt sein sollen, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Nach § 12 BWO soll kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten darf andererseits aber auch nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Die Kreiswahlleitung kann daher bevölkerungsmäßig kleine Gemeinden oder Teile von Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigen. Dabei bestimmt sie, welche Gemeinde die Wahl durchführt.

Die Gemeinden müssen dann die Wählerverzeichnisse, in denen alle Wahlberechtigten mit Familienname, Vornamen, Geburtstag und Anschrift enthalten sein müssen, aufstellen. Wählen kann grundsätzlich nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wahlberechtigte, die in mehreren Gemeinden eine Wohnung haben, sind im Wählerverzeichnis derjenigen Gemeinde zu führen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet. Stichtag für die Eintragung der Wahlberechtigten in die Wählerverzeichnisse von Amts wegen für die Bundestagswahl am 27. September 2009 war der 35. Tag vor der Wahl, das heißt der 23. August 2009. Zur Harmonisierung des Wahlrechts mit dem Melderecht und aus datenschutzrechtlichen Gründen ist das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis grundsätzlich auf die Angaben zur eigenen Person beschränkt. Die Wahlberechtigten haben an den Werktagen vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl (also vom 7. bis einschließlich 11. September 2009) während der allgemeinen Öffnungszeiten der Gemeindebehörden das Recht, die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu ihrer Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen. Zur Überprüfung der Daten anderer Personen haben Wahlberechtigte nur dann ein Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht zur Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß den § 21 Abs. 5 des Melderechtsrahmengesetzes entsprechenden Vorschriften der Landesmeldegesetze eingetragen ist. Eine Auskunftssperre im Melderegister wird auf Antrag oder von Amts wegen dann eingetragen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass dem Betroffenen oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen kann.

Über die Eintragung in das Wählerverzeichnis erhalten die Wahlberechtigten bis zum 6. September 2009 (21. Tag vor

1) Die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Veröffentlichungen ist ein Grundsatz der redaktionellen Arbeit im Statistischen Bundesamt. Beim Zitieren rechtlicher Bestimmungen wird jedoch das generische Maskulinum beibehalten.

2) Seit der Bundestagswahl 1980 können zur Feststellung des Briefwahlergebnisses Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis auch für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für einzelne Kreise innerhalb eines Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung hierfür trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

der Wahl) eine Mitteilung (Wahlbenachrichtigung), auf der u. a. ihr Familienname und die Vornamen, das Wahllokal und die Wahlzeit sowie die Nummer des/der Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Wahlbenachrichtigung ist in der Regel dem Wahlvorstand im Wahllokal vorzulegen. Für Wahlberechtigte, die Briefwahl beantragen, erteilen und übersenden die Gemeindebehörden die Briefwahlunterlagen.

Eine schwierige Aufgabe für die Gemeinden ist vor jeder Bundestagswahl die Gewinnung einer ausreichend großen Zahl ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger für die Wahlvorstände in den Wahllokalen, die sich jeweils aus dem Wahlvorsteher bzw. der Wahlvorsteherin und seinem bzw. ihrem Stellvertreter sowie weiteren drei bis sieben Beisitzerinnen und Beisitzern zusammensetzen. Hierfür werden etwa 630 000 Bürgerinnen und Bürger benötigt.

Bei der Bundestagswahl 1998 konnten nur bis zu fünf weitere Beisitzer/-innen berufen werden. Diese Zahl wurde durch das 15. Änderungsgesetz zum Bundeswahlgesetz vom 27. April 2001 (BGBl. I S. 698) auf sieben erhöht. Dadurch sollte die Tätigkeit der Wahlvorstände während der Wahlhandlung erleichtert (z. B. durch „Schichtbetrieb“) und das anschließende Auszählungsverfahren beschleunigt werden. Die Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern für die Wahlvorstände sollte dadurch gefördert werden.

Zur weiteren Erleichterung für die Gemeinden bei der Rekrutierung von Wahlvorständen wurden durch das 15. Änderungsgesetz zum Bundeswahlgesetz die gesetzlichen Voraussetzungen für das Anlegen von Wahlhelferdateien geschaffen. Auf Ersuchen der Gemeindebehörden sind die Behörden des Bundes, der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts nunmehr verpflichtet, aus dem Kreis ihrer Bediensteten unter Angabe von Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift zum Zweck der Berufung als Mitglieder der Wahlvorstände Personen zu benennen, die im Gebiet der ersuchenden Gemeinde wohnen.

2.2 Entscheidungen des Bundeswahlausschusses zur Vorbereitung der Wahl

Diejenigen Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren und an der Bundestagswahl 2009 teilnehmen wollten, mussten dem Bundeswahlleiter spätestens bis zum 90. Tag vor der Wahl, das heißt bis zum 29. Juni 2009, ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes, darunter der der/des Vorsitzenden oder deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreter, anzeigen. Die schriftliche Satzung, das Programm und

ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Bundesvorstandes waren beizufügen. Hat eine Partei keinen Bundesvorstand, so tritt der Vorstand der jeweils obersten Parteiorganisation an die Stelle des Bundesvorstandes.

Der Bundeswahlausschuss³⁾ hat in seiner Sitzung am 17. Juli 2009 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, dass folgende acht Parteien bei der Einreichung ihrer Wahlvorschläge für die Bundestagswahl am 27. September 2009 keine Unterstützungsunterschriften beizubringen haben, weil sie im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD),
2. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU),
3. Freie Demokratische Partei (FDP),
4. DIE LINKE (DIE LINKE),
5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE),
6. Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU),
7. DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU),
8. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

Der Bundeswahlausschuss hat außerdem am 17. Juli 2009 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, dass folgende weitere Vereinigungen für die Bundestagswahl 2009 als Parteien anzuerkennen sind und infolgedessen als solche sich auch mit Landeslisten (und Kreiswahlvorschlägen) an dieser Bundestagswahl beteiligen können⁴⁾:

1. Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE),
2. Die Violetten; für spirituelle Politik (DIE VIOLETTEN),
3. CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM),
4. Partei Bibeltreuer Christen (PBC),
5. Bayernpartei (BP),
6. Piratenpartei Deutschland (PIRATEN),
7. Ökologisch-Demokratische Partei (ödp),
8. Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG),
9. Ab jetzt...Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung (Volksabstimmung),
10. Deutsche Kommunistische Partei (DKP),
11. Rentner-Partei-Deutschland (RENTNER),
12. Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei),
13. Rentnerinnen und Rentner Partei (RRP),
14. DIE REPUBLIKANER (REP),
15. Allianz der Mitte (ADM),
16. Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo),
17. Freie Wähler Deutschland (FWD),
18. Deutsche Zentrumspartei - Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 (ZENTRUM),
19. Demokratische Volkspartei Deutschland (DVD),
20. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
21. Freie Union.

3) Der Bundeswahlausschuss besteht aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und acht von ihm auf Vorschlag der Parteien berufenen Beisitzerinnen und Beisitzern. Für die Ablehnung der Anerkennung als Partei für die Wahl zum Deutschen Bundestag ist im Bundeswahlausschuss Zweidrittelmehrheit erforderlich.

4) Die Reihenfolge entspricht dem Datum des Eingangs der Beteiligungsanzeige beim Bundeswahlleiter.

In der Regel reichen nicht alle anerkannten Parteien tatsächlich Landeslisten ein oder verfehlen mitunter die nötige Zahl an Unterstützungsunterschriften, sodass an der Wahl tatsächlich meist weniger Parteien teilnehmen.

Der Bundeswahlausschuss ist im Vorfeld der Wahl auch die letzte Entscheidungsinstanz, wenn sich eine Partei über die Zurückweisung ihrer Landesliste oder eine Landeswahlleitung über die Zulassung einer Landesliste beschwert. Diese Entscheidungen müssen grundsätzlich spätestens am 52. Tag vor der Wahl, das heißt am 6. August 2009, getroffen sein. Außerdem hat der Bundeswahlausschuss grundsätzlich spätestens am 30. Tag vor der Wahl, das heißt am 28. August 2009, über Erklärungen über den Ausschluss von der Listenverbindung zu entscheiden. Grundsätzlich gelten alle Landeslisten derselben Partei als verbunden. Die Verbindung mehrerer Landeslisten derselben Partei bringt bei der Sitzverteilung wesentliche Vorteile mit sich. Für kleinere Parteien, die an der Sitzverteilung teilnehmen, ist die Listenverbindung wesentliche Voraussetzung, um überhaupt die Chance zur Erlangung von Mandaten zu haben.

2.3 Entscheidungen der Landes- und Kreiswahlausschüsse über die Zulassung von Wahlvorschlägen

Den Kreiswahlleitungen sind grundsätzlich spätestens am 66. Tag vor der Wahl, das heißt am 23. Juli 2009, 18.00 Uhr, die Kreiswahlvorschläge für die Wahlkreiskandidaten und -kandidatinnen und den Landeswahlleitungen bis zum gleichen Zeitpunkt die Landeslistenvorschläge der Parteien einzureichen. Aufgabe der Kreis- und Landeswahlleitungen ist es dann, u. a. vorzuprüfen, ob

- die Zustimmungserklärungen der Bewerber/-innen für ihre Kandidaturen vorliegen,
- die Bewerber/-innen wählbar sind,
- die Bewerber/-innen von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt worden sind,
- die gegebenenfalls beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in ausreichender Anzahl und in der vorgeschriebenen Form eingereicht worden sind,
- für jede Unterstützungsunterschrift eine Wahlrechtsbescheinigung vorliegt.

Die Landes- und Kreiswahlleitungen wirken darauf hin, dass bei der Vorprüfung festgestellte Mängel beseitigt werden. Damit bereiten sie zugleich die Sitzungen der Wahlausschüsse vor, die grundsätzlich am 58. Tag vor der Wahl, das heißt am 31. Juli 2009, über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten zu entscheiden haben.

2.4 Feststellung des Wahlergebnisses

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung des Wahlergebnisses für ihr jeweiliges Wahlgebiet sowie die Bekannt-

gabe und Weitermeldung der Ergebnisse an die nächsthöheren Wahlorgane. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk durch den Wahlvorstand meldet der/die Wahlvorsteher/-in es auf dem schnellsten Wege (z. B. telefonisch oder auf elektronischem Wege) der Gemeindebehörde, welche die aus den Wahlbezirken eingehenden Meldungen zu einem Gemeindeergebnis zusammenfasst und dieses der Kreiswahlleitung meldet. Diese leitet das Wahlergebnis an die Landeswahlleitung, die die Wahlergebnisse und – nach Vorliegen aller Wahlkreisergebnisse des Landes – das Landesergebnis dem Bundeswahlleiter mitteilt. Der Bundeswahlleiter ermittelt das vorläufige amtliche Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet und gibt es noch in der Wahlnacht bekannt. Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses nach Prüfung der Wahlunterschriften durch die jeweilige Wahlleitung. Der Bundeswahlleiter macht das endgültige Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet etwa zwei Wochen nach dem Wahltag im Bundesanzeiger bekannt.

Neben der Zahl der Wahlberechtigten, der Wählerinnen und Wähler und der abgegebenen Stimmen im Bund und in den Ländern hat der Bundeswahlausschuss auch die Namen der Abgeordneten festzustellen, die über die Landeslisten gewählt sind. Die Benachrichtigung dieser Gewählten erfolgt durch die Landeswahlleitungen, die Benachrichtigung der gewählten Wahlkreisabgeordneten durch die Kreiswahlleitungen.

3 Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG, die am Wahltage das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch diejenigen Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG, die am Wahltag außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben. Eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt in den fünf neuen Ländern und Berlin-Ost ist entsprechend zu berücksichtigen. Bei Rückkehr einer/eines Auslandsdeutschen in die Bundesrepublik Deutschland gilt die oben genannte Dreimonatsfrist nicht.

Gemäß § 13 BWG ist vom Wahlrecht ausgeschlossen, wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt, sowie derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist. Außerdem sind Personen ausgeschlossen, die sich aufgrund einer Anordnung nach § 63 in Verbindung mit § 20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befinden.

Die Wahlbewerber/-innen müssen am Wahltag Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG sein und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wählbar ist, wer vom aktiven Wahlrecht (§ 13 BWG) ausgeschlossen ist oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

Wählen kann in der Regel nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann – sofern er/sie keinen Wahlschein besitzt – nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er/sie geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder schriftlich durch Briefwahl teilnehmen. Durch die Verbindung mit dem jeweiligen Heimatwahlkreis ist eine Manipulation des Wahlausgangs durch absichtliche Konzentration von Wahlscheinstimmen (d. h. überwiegend von Briefwahlstimmen) auf bestimmte Wahlkreise ausgeschlossen.

Die Briefwahl ist seit der dritten Bundestagswahl (1957) möglich. Jede wahlberechtigte Person, die in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann ihr Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn sie einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellt. Bei der diesjährigen Bundestagswahl ist es nicht mehr – wie noch zuletzt bei der Bundestagswahl 2005 – erforderlich, einen wichtigen Grund für die Abwesenheit am Wahltag anzugeben.

Auch wer aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurde, kann unter bestimmten Voraussetzungen einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellen und seine Stimme durch Briefwahl abgeben.

Für die Briefwahl müssen Wahlberechtigte bei der Gemeinde ihres Hauptwohnortes die Erteilung eines Wahlscheines schriftlich (formlos) oder mündlich beantragen. Die Schriftform gilt auch durch Telegramm, Fernschreiben, Telefax, E-Mail oder durch sonstige dokumentierbare elektronische Übermittlung als gewahrt. Eine telefonische Antragstellung ist unzulässig. Der Antrag auf Briefwahlunterlagen sollte möglichst frühzeitig gestellt werden. Hierzu muss nicht der Erhalt der Wahlbenachrichtigung abgewartet werden. Briefwahlunterlagen können bis Freitag vor der Wahl, 18.00 Uhr, beantragt werden, in gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen noch bis zum Wahltag 15.00 Uhr. Die Ausgabe der Briefwahlunterlagen kann, weil dazu der Stimmzettel gehört, erst nach der endgültigen Zulassung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten sowie nach Druck der Stimmzettel erfolgen.

Briefwähler/-innen erhalten auf Antrag folgende Unterlagen ausgehändigt bzw. übersandt:

- Einen Wahlschein, der von dem/der mit der Erteilung beauftragten Bediensteten der Gemeindebehörde eigenhändig unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehen sein muss. Wird der Wahlschein mithilfe automatischer Einrichtungen erstellt, kann abweichend davon die Unterschrift fehlen; stattdessen kann der Name des/der beauftragten Bediensteten eingedruckt sein,

- einen amtlichen Stimmzettel,
- einen amtlichen Stimmzettelumschlag (blau),
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag (rot) und
- ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl, das alle wichtigen Hinweise enthält und die Briefwahl durch anschauliche Bilder näher erläutert.

Nach Ausfüllen des Stimmzettels und der Versicherung an Eides statt, dass der Stimmzettel von dem/der Wahlberechtigten persönlich gekennzeichnet wurde, sind diese Unterlagen an die auf dem Wahlbriefumschlag aufgedruckte Stelle zu senden. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden besondere Briefwahlvorstände gebildet. Der Wahlbrief muss spätestens am Wahlsonntag bis 18.00 Uhr bei der dafür zuständigen Stelle vorliegen, da um 18.00 Uhr der Wahlakt abgeschlossen und mit der Auszählung der Stimmen begonnen wird.

Der Anteil der Briefwähler/-innen an den Wählern und Wählerinnen betrug 18,7% bei der Bundestagswahl 2005 und 18% bei der Bundestagswahl 2002.

Jeder Wähler bzw. jede Wählerin hat zwei Stimmen, die getrennt ausgezählt werden.

Während Wähler und Wählerinnen mit der Erststimme für die 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen für die Landeslisten der Parteien ausschlaggebend.

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
5. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den ersten beiden Fällen sind beide Stimmen ungültig; im Fall der Nr. 3 ist nur die Erststimme ungültig, wenn der Stimmzettel für einen anderen Wahlkreis in demselben Land gültig ist. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht im amtlichen Stimmzettelumschlag oder in einem Stimmzettelumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung aus diesen Gründen nicht erfolgt ist.

Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten

oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen.

Ist der Stimmzettelumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig.

4 Sitzverteilungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers

Die Sitzverteilung erfolgt bei der diesjährigen Bundestagswahl – wie bereits bei der Europawahl 2009 – erstmals nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers. Dies löst das bisher für Europa- und Bundestagswahlen gesetzlich vorgeschriebene Verfahren nach Niemeyer ab.

Der deutsche Physiker Hans Schepers, damals Leiter der Gruppe Datenverarbeitung des Deutschen Bundestages, schlug 1980 eine Modifikation des damals angewandten Sitzverteilungsverfahrens nach d'Hondt vor, um die Benachteiligung kleinerer Parteien bei diesem Verfahren zu vermeiden. Das von Schepers vorgeschlagene Verfahren kommt mit einer anderen Berechnungsmethode zu identischen Ergebnissen wie ein 1912 von dem französischen Mathematiker André Sainte-Laguë entwickeltes Verfahren.

Das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers wird bereits seit 1980 für die Sitzverteilung in den Ausschüssen und Gremien des Deutschen Bundestages angewandt. Zudem wird die Sitzverteilung in den Bürgerschaften (Landesparlamenten) der Bundesländer Hamburg und Bremen bereits nach diesem Verfahren vorgenommen. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers für die Sitzverteilung von der jeweils nächsten Landtagswahl an vorgesehen.

Bei diesem Verfahren, auch Divisormethode mit Standardrundung genannt, werden die jeweiligen Anzahlen der Zweitstimmen für die einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Divisor geteilt. Die sich ergebenden Quotienten werden standardmäßig zu Sitzzahlen gerundet, das heißt bei einem Bruchteilrest von mehr oder weniger als 0,5 wird auf- bzw. abgerundet; bei einem Rest von genau 0,5 entscheidet das Los. Der Divisor wird dabei so bestimmt, dass die Sitzzahlen in der Summe mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmen. Zur Berechnung gibt es drei verschiedene Methoden, die im Ergebnis rechnerisch gleich und damit rechtlich gleichwertig sind:

- Höchstzahlverfahren: Diese Methode folgt dem Gedanken des Verfahrens nach d'Hondt, wobei die jeweilige Stimmenanzahl durch 0,5, 1,5, 2,5 usw. geteilt und die Sitze wiederum fortlaufend nach absteigenden Höchstzahlen zugeteilt werden. Hintergrund ist, dass bei der Berechnung nach d'Hondt der volle Anspruch auf einen Sitz zugrunde gelegt wird und deshalb ganze Zahlen zur Teilung verwendet werden, wodurch aber kleinere Parteien unverhältnismäßig spät den ersten Zugriff und weitere erhalten. Demgegenüber sind hier die Zuteilungsvoraussetzungen für einen Sitz herabgesetzt, sodass der Zugriff bereits dann erfolgt, wenn die Voraussetzungen

hierfür erst zur Hälfte erfüllt sind, wenn also Anspruch auf mehr als einen halben Sitz besteht.

- Rangmaßzahlverfahren: Hier werden statt der Höchstzahlen die Kehrwerte betrachtet und die Sitze fortlaufend nach diesen aufsteigenden Rangmaßzahlen beschrieben.
- Iteratives Verfahren: Nach dieser Methode wird im ersten Schritt eine Näherungszuteilung berechnet, indem die Gesamtzahl aller zu berücksichtigenden Stimmen durch die Gesamtzahl der zu verteilenden Sitze geteilt und auf diese Weise ein vorläufiger Zuteilungsdivisor ermittelt wird. Etwa verbleibende Diskrepanzen werden in den folgenden Schritten durch Herauf- oder Herabsetzung des Zuteilungsdivisors so lange abgebaut, bis die Endzuteilung erreicht ist, bei der die Sitzzuteilung mit der Anzahl der zu vergebenden Sitze übereinstimmt.

Der Gesetzgeber hat sich bei der Einführung des Verfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers für die Sitzzuteilung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag für das letztgenannte iterative Verfahren entschieden. Eine ausführliche Darstellung des Verfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers mit Rechenbeispielen und einem Vergleich zu den früher angewandten Verfahren nach d'Hondt sowie nach Hare/Niemeyer gibt Egert-Wiensch, C.: „Neues Sitzzuteilungsverfahren bei Bundestagswahl und Europawahl“, 2008, unter www.bundeswahlleiter.de, Pfad: Aktuelle Meldungen.

5 Rechtliche Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2005

Das Wahlrecht für die Bundestagswahl 2009 entspricht im Wesentlichen dem der letzten Bundestagswahl. Von Bedeutung sind insbesondere folgende Neuregelungen:

- Neufassung des § 6 Abs. 2 Sätze 2 bis 5 BWG
Das Sitzverteilungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers löst die bisherige Berechnungsmethode nach Niemeyer ab (siehe hierzu die vorangegangenen Ausführungen).
- Neufassung des § 12 Abs. 2 BWG.
Die Neuregelung vereinheitlicht die Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht der im Ausland lebenden Deutschen. Sonderregelungen zur Wahlberechtigung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und für Auslandsdeutsche, die außerhalb Deutschlands und der Mitgliedstaaten des Europarats leben, sind entfallen.
- Änderung des § 17 Abs. 2 BWG
Jede/r Wahlberechtigte, die/der in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag von ihrer/seiner Gemeindebehörde einen Wahlschein. Es ist nicht mehr erforderlich, einen wichtigen Grund für die Abwesenheit am Wahltag anzugeben.
- Änderung des § 21 Abs. 1 Satz 1 BWG
Durch die Ergänzung wurde geregelt, dass als Bewerber einer Partei in einem Kreiswahlvorschlag nur benannt

werden kann, wer nicht Mitglied einer anderen Partei ist. Die Regelung gilt durch die Verweisung in § 27 Abs. 5 BWG auch für die Aufstellung und Einreichung von Landeslisten. Damit wird bei Listenwahlvorschlägen verhindert, dass Parteien durch gezieltes Zusammenwirken zwar nicht formal, aber faktisch einen gemeinsamen Wahlvorschlag in Form einer verdeckt-gemeinsamen Liste mit Kandidaten bzw. Kandidatinnen beider Parteien bilden und so als Zählergemeinschaft die Sperrklausel überwinden.

6 Ergebnisse vorangegangener Bundestagswahlen

6.1 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 2005 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 61,9 Mill. Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wähler/-innen betrug 48,0 Mill. Daraus ergab sich eine Wahlbeteiligung von 77,7%. Diese lag um 1,4 Prozentpunkte unter der von 2002 (79,1%) und um 4,5 Prozentpunkte unter der von 1998 (82,2%). Über dem Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung 2005 in acht Ländern, und zwar in Niedersachsen und im Saarland mit jeweils 79,4%, in Schleswig-Holstein mit 79,1%, in Baden-Württemberg, Hessen und in Rheinland-Pfalz mit jeweils 78,7%, in Nordrhein-Westfalen mit 78,3% und in Bayern mit 77,9%. In den übrigen Bundesländern betrug sie zwischen 71,0% und 77,5%. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt mit 71,0%. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt. Bereits bei der Bundestagswahl 2002 hatten alle neuen Länder eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung aufgewiesen.

Wie bereits seit der Bundestagswahl 1987 möglich, konnten unter bestimmten Voraussetzungen Deutsche im Ausland an der Bundestagswahl 2005 teilnehmen. Hierzu war ein besonderer Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis erforderlich. Die Zweitausfertigungen dieser Anträge waren dem Bundeswahlleiter von den Gemeinden zuzuleiten. Beim Bundeswahlleiter sind 54 808 derartiger Anträge, die in der Gesamtzahl der 61,9 Mill. Wahlberechtigten enthalten sind, registriert worden (Bundestagswahl 2002: 48 107 Anträge). Aus den Staaten der Europäischen Union wurden 27 601 und aus den übrigen Europaratsstaaten 14 166 Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt; aus den restlichen Staaten Europas haben lediglich 63 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus den Ländern Afrikas haben 1 543, aus denen Amerikas 6 990, aus denen Asiens 3 590 und aus denen Australiens und Ozeaniens 822 Deutsche entsprechende Anträge gestellt.

6.2 Ungültige Stimmen

Bei der Bundestagswahl 2005 waren von den Erststimmen 850 072 (1,8%) und von den Zweitstimmen 756 146 (1,6%) ungültig.

Seit der Bundestagswahl 1953, bei der es zum ersten Mal zwei Stimmen gab, sank der Anteil der ungültigen Erststim-

men bis 1961 von 3,4 auf 2,6%; in der gleichen Zeit hat sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 3,3 auf 4,0% erhöht. Bei der Bundestagswahl 1965 war der Anteil der ungültigen Erststimmen geringfügig auf 2,9% gestiegen, fiel dann aber bis 1983 auf 1,1%. 1987 betrug er 1,3%. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen hatte sich 1965 auf 2,4% vermindert und war ab 1972 unter 1% gefallen. Seit 1976 lag der Anteil ungültiger Zweitstimmen bei 0,9%, wenn auch deren absolute Zahl gegenüber der Bundestagswahl 1972 zugenommen hatte. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 lag der Anteil der ungültigen Erststimmen bei 1,5%. Er war damit gegenüber den vorangegangenen Bundestagswahlen leicht angestiegen, aber dennoch wesentlich niedriger als vor 1972 mit wesentlich weniger Wählern und Wählerinnen. Das Gleiche galt 1990 für den Anteil der ungültigen Zweitstimmen mit 1,1%. 1994 betrug der Anteil der ungültigen Erststimmen 1,7%, von den Zweitstimmen waren 1,3% ungültig. Der Anteil der ungültigen Stimmen war damit 1994 im Vergleich zu 1990 sowohl für die Erst- als auch für die Zweitstimmen um 0,2 Prozentpunkte angestiegen. Bei der Bundestagswahl 1998 ging der Anteil der ungültigen Erststimmen geringfügig um 0,1 Prozentpunkte auf 1,6% zurück, wohingegen der Anteil der ungültigen Zweitstimmen bei 1,3% blieb. Bei der Bundestagswahl 2002 ging sowohl der Anteil der ungültigen Erst- als auch der ungültigen Zweitstimmen um 0,1 Prozentpunkte zurück, während bei der Bundestagswahl 2005 der Anteil der ungültigen Erststimmen um 0,3 Prozentpunkte und der Anteil der ungültigen Zweitstimmen um 0,4 Prozentpunkte anstieg (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen

Wahljahr	Ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953 ¹⁾	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8
1976	470 109	1,2	343 253	0,9
1980	485 645	1,3	353 195	0,9
1983	434 176	1,1	338 841	0,9
1987	482 481	1,3	357 975	0,9
1990 ²⁾	720 990	1,5	540 143	1,1
1994 ²⁾	788 643	1,7	632 825	1,3
1998 ²⁾	780 507	1,6	638 575	1,3
2002 ²⁾	741 037	1,5	586 281	1,2
2005 ²⁾	850 072	1,8	756 146	1,6

1) Ohne das Saarland. – 2) Nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Den höchsten Anteil ungültiger Stimmen hatte 2005 das Saarland mit 2,7% bei den Erststimmen und mit 2,5% bei den Zweitstimmen zu verzeichnen. Über der 2-Prozent-Marke lagen die Anteile der ungültigen Erst- und Zweitstimmen in den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

Aus welchem Grund Stimmen ungültig sind, ergibt sich aus der repräsentativen Wahlstatistik. Die Untersuchung der ungültigen Stimmen kann in diesem Beitrag nur in verkürzter Form vorgenommen werden. Dargestellt wird in Tabelle 2

lediglich die Zahl der Wähler nach Art der ungültigen Stimmen (drei Kombinationsgruppen) und Geschlecht.

Danach stimmten bei der Bundestagswahl 2005 rund 1 021 000 Wähler und Wählerinnen mit Erst- und Zweitstimme (537 000), nur mit der Erststimme (286 000) bzw. nur mit der Zweitstimme (198 000) ungültig. In allen drei Fällen waren – wie 2002 – die Frauen zahlenmäßig stärker vertreten.

Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2002 ist insbesondere die Zahl der Wähler/-innen mit ungültiger Erst- und Zweitstimme stark angestiegen (+187 000). Die Zahl der Wähler/-innen, die nur mit der Erststimme ungültig wählten, ging dagegen zurück (–72 000), ebenso die Zahl der Wähler/-innen, die nur mit der Zweitstimme ungültig wählten (–18 000).

Ohne ergänzende Motivforschung ist eine vertiefte Analyse der vorgenannten Ergebnisse kaum möglich. Hinweise können leicht spekulativen Charakter haben. So könnte es sich zum Beispiel bei den Wählerinnen und Wählern mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme in erster Linie um Anhänger von Parteien gehandelt haben, für die es zwar eine Landesliste, aber keinen Kreiswahlvorschlag gab. Weiter ist denkbar, dass es sich um Personen gehandelt haben

könnte, die dem Wahlkreiskandidaten bzw. der Wahlkreiskandidatin ihrer Partei keine Erfolgsaussichten eingeräumt haben. Diese Vermutungen lassen sich aber mit den Daten der repräsentativen Wahlstatistik nicht verifizieren.

Kennzeichnend für die Wahlberechtigten mit Briefwahlunterlagen war nicht nur die höhere Wahlbeteiligung, sondern – wie schon immer – auch der geringere Anteil der von ihnen abgegebenen ungültigen Erst- und Zweitstimmen.

Bei der Bundestagswahl 2005 lagen die Anteile der von den Briefwählern/-wählerinnen abgegebenen ungültigen Erst- und Zweitstimmen um 37 bzw. 47% niedriger als bei den Urnenwählern/-wählerinnen. Bei der Bundestagswahl 1965 hatten diese Anteilssätze sogar rund 71 bzw. 72% betragen. Der Anteil der ungültigen Erststimmen bei der Bundestagswahl 2005 betrug bei den Briefwählern/-wählerinnen 1,2% und bei den Urnenwählern/-wählerinnen 1,9%. Bei den ungültigen Zweitstimmen lagen die entsprechenden Anteile bei 0,9 und 1,7%. Gegenüber 2002 ist der Anteil ungültiger Erststimmen sowohl bei den Briefwählern/-wählerinnen (0,2 Prozentpunkte) als auch bei den Urnenwählern/-wählerinnen (0,3 Prozentpunkte) leicht gestiegen. Auch die Anteile der ungültigen Zweitstimmen sind gegenüber der Bundestagswahl 2002 leicht gestiegen, bei den Briefwählern/-wählerinnen um 0,3 Prozentpunkte, bei den

Tabelle 2: Wählerinnen und Wähler nach Art der ungültigen Stimmen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002

Art der ungültigen Stimmen	Wahljahr	Insgesamt		Männer		Frauen	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ungültige Erst- und Zweitstimme							
Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2005	255	25,0	120	26,7	135	23,7
	2002	161	17,4	77	19,4	84	16,0
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2005	72	7,1	26	5,7	46	8,1
	2002	50	5,4	18	4,5	32	6,1
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze	2005	66	6,5	26	5,7	40	7,1
	2002	40	4,3	14	3,5	26	5,0
Beide Seiten mehrere Kreuze	2005	111	10,9	54	12,0	57	9,9
	2002	71	7,7	34	8,6	37	7,0
Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen	2005	6	0,6	3	0,7	3	0,5
	2002	4	0,5	2	0,5	2	0,4
Beide Seiten sonstige Ursachen	2005	27	2,7	16	3,6	11	2,0
	2002	23	2,5	13	3,1	11	2,1
Zusammen ...	2005	537	52,7	245	54,4	292	51,3
	2002	350	37,9	158	39,7	192	36,6
Ungültige Erst- und gültige Zweitstimme							
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen	2005	250	24,5	113	25,2	137	24,1
	2002	329	35,6	149	37,4	180	34,2
Erststimmenseite mehrere Kreuze	2005	28	2,6	12	2,6	16	2,7
	2002	22	2,4	10	2,4	13	2,4
Sonstige Ursachen	2005	8	0,8	4	0,9	4	0,6
	2002	7	0,7	4	0,9	3	0,6
Zusammen ...	2005	286	28,0	129	28,6	157	27,4
	2002	358	38,7	163	40,7	195	37,2
Ungültige Zweit- und gültige Erststimme							
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2005	160	15,6	60	13,3	100	17,5
	2002	183	19,8	65	16,2	119	22,6
Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2005	30	3,0	12	2,8	18	3,1
	2002	30	3,3	12	3,1	18	3,4
Sonstige Ursachen	2005	8	0,8	4	0,9	4	0,7
	2002	3	0,3	1	0,3	2	0,3
Zusammen ...	2005	198	19,4	76	16,9	122	21,3
	2002	216	23,4	78	19,6	138	26,3

Urnenwählern/-wählerinnen um 0,4 Prozentpunkte. Der Grund für die niedrigeren Anteilssätze der ungültigen Stimmen bei den Briefwählern und Briefwählerinnen dürfte insbesondere darin liegen, dass sie in vertrauter Umgebung den Stimmzettel ausfüllen können und genügend Zeit für das Durchlesen der Hinweise besitzen.

6.3 Erst- und Zweitstimmen sowie Sitzverteilung

6.3.1 Erststimmen

Mit der Erststimme entscheidet sich die Wählerin bzw. der Wähler für eine/n Wahlkreis-(Direkt-)kandidatin bzw. -kandidaten. Gewählt ist die Person, die in ihrem Wahlkreis die meisten gültigen Erststimmen erhält (relative Mehrheitswahl).

Die SPD hat bei der Bundestagswahl 2005 145 Wahlkreise gewonnen, auf die CDU entfielen 106 und auf die CSU 44 Wahlkreismandate. Die GRÜNEN errangen einen und Die Linke. erreichte drei Wahlkreissitze (siehe Tabelle 3). Wie die Anhangtabelle auf S. 763 zeigt, ging bei der Bundestagswahl 2005 in 24 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit von der SPD auf die CDU über. Von der SPD an Die Linke. wechselte ein Wahlkreis. 2002 hatte die SPD 171, die CDU 82, die CSU 43, Die Linke. zwei Wahlkreissitze und die GRÜNEN einen Wahlkreissitz.

Tabelle 3: Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr	Insgesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten						
		SPD	CDU	CSU	GRÜNE	FDP	Die Linke.¹)	Sonstige
1949	242	96	91	24	–	12	–	19²)
1953	242	45	130	42	–	14	–	11³)
1957	247	46	147	47	–	1	–	6⁴)
1961	247	91	114	42	–	–	–	–
1965	248	94	118	36	–	–	–	–
1969	248	127	87	34	–	–	–	–
1972	248	152	65	31	–	–	–	–
1976	248	114	94	40	–	–	–	–
1980	248	127	81	40	–	–	–	–
1983	248	68	136	44	–	–	–	–
1987	248	79	124	45	–	–	–	–
1990	328	91	192	43	–	1	1	–
1994⁵)	328	103	177	44	–	–	4	–
1998⁵)	328	212	74	38	–	–	4	–
2002⁵)	299	171	82	43	1	–	2	–
2005⁵)	299	145	106	44	1	–	3	–

1) Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS. – 2) Davon BP: 11; DP: 5; Wählergruppen: 3. – 3) Davon DP: 10; Zentrum: 1. – 4) DP. – 5) Nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Die SPD gewann von ihren 145 Wahlkreisen 39 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 117 (Duisburg II) errang sie mit 61,6% ihren höchsten Erststimmenanteil. 32 ihrer Wahlkreisgewinner konnten mit weniger als 40% der Wähler/-innen ihr Mandat gewinnen. Mit nur 28,4% der gültigen Erststimmen siegte der SPD-Kandidat im Wahlkreis 164 (Chemnitz). Insgesamt fielen 48,5% aller Wahlkreise der SPD zu. In den Ländern Hamburg, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und im Saarland gewann sie alle Wahlkreise.

Von ihren 106 Wahlkreisen hat die CDU 21 mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 33 (Cloppenburg-Vechta)

errang ihr Wahlkreisbewerber 64,4% der gültigen Erststimmen. In 22 Wahlkreisen benötigten ihre Bewerber/-innen weniger als 40% der gültigen Erststimmen für den Gewinn des Wahlkreises. Im Wahlkreis 192 (Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I) genügten zur Erringung des Wahlkreissitzes bereits 30,9%.

Die CSU errang von ihren 44 Wahlkreisen 34 mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 232 (Straubing) erreichte sie mit 68,0% ihren höchsten Erststimmenanteil. Im Wahlkreis 245 (Nürnberg-Nord) errang die CSU mit 42,0% das Direktmandat. Lediglich im Wahlkreis 219 (München-Nord) war der Bewerber der CSU nicht erfolgreich, sondern musste dem Bewerber der SPD den Vortritt lassen.

Die GRÜNEN erhielten – wie 2002 – einen Wahlkreissitz, und zwar mit 43,3% im Wahlkreis 84 (Berlin-Friedrichshain – Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost).

Tabelle 4: Erststimmen für die Parteien 2005 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen Anzahl der Wahlkreise

Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis der Erststimmen	Mehrheit der Erststimmen			
	insgesamt	SPD	CDU	CSU
Relativer Abstand von ... bis unter ... %				
unter 1	6	2	4	–
1 – 2	4	3	1	–
2 – 5	20	12	8	–
5 – 10	30	20	8	2
10 – 15	25	16	8	1
15 – 20	26³)	9	13	3
20 – 30	71¹)	37	31	2
30 – 40	47²)	23	20	3
40 – 50	33	16	8	9
50 – 60	20²)	6	4	9
60 – 70	16	1	1	14
70 und mehr	1	–	–	1
Insgesamt ...	299	145	106	44
Absoluter Abstand von ... bis unter ... Stimmen				
unter 1 000	9	4	5	–
1 000 – 2 000	5	4	1	–
2 000 – 5 000	32	21	10	1
5 000 – 10 000	35	20	13	2
10 000 – 15 000	43³)	23	16	3
15 000 – 20 000	42²)	20	19	1
20 000 – 30 000	62	29	29	4
30 000 – 40 000	28²)	13	9	5
40 000 – 50 000	23	10	2	11
50 000 – 60 000	10	1	2	7
60 000 und mehr	10	–	–	10
Insgesamt ...	299	145	106	44

1) Darunter 1 Die Linke. – 2) Darunter 1 GRÜNE. – 3) Darunter 2 Die Linke.

Die Linke. konnte bei der Bundestagswahl 2005 drei Wahlkreise erringen, die alle in Berlin liegen. Im Wahlkreis 87 (Berlin-Lichtenberg) vereinigte sie 42,9% der gültigen Erststimmen auf sich. Im Wahlkreis 86 (Berlin-Marzahn – Hellersdorf) waren es 42,6% und im Wahlkreis 85 (Berlin-Treptow – Köpenick) genügten dem Kandidaten der Partei Die Linke. 40,4% für das Wahlkreismandat.

Für den Übergang des Wahlkreissitzes an eine andere Partei genühten oft wenige Stimmen, da es viele Wahlkreise gibt, in denen die Zahlen der Erststimmen der SPD und CDU bzw. CSU nicht weit voneinander entfernt liegen. In fünf Wahlkreisen war bei der Bundestagswahl 2005 die Zahl der Erststimmen für den bzw. die Wahlkreissieger/-in der CDU um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für den

Tabelle 5: Die 46 Bundestagswahlkreise 2005 mit einem Abstand des höchsten vom zweithöchsten Erststimmenergebnis bis unter 5 000 Stimmen

Wahlkreis		Partei mit dem		Abstand zwischen den Ergebnissen	
Nr.	Name (Land)	höchsten	zweit-höchsten	Anzahl	% ¹⁾
188	Odenwald (HE)	CDU	SPD	79	0,1
001	Flensburg – Schleswig (SH)	SPD	CDU	322	0,4
164	Chemnitz (SN)	SPD	CDU	529	1,2
130	Münster (NW)	SPD	CDU	537	0,8
275	Heidelberg (BW)	CDU	SPD	550	0,8
004	Rendsburg-Eckernförde (SH)	CDU	SPD	602	0,9
010	Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd (SH)	CDU	SPD	642	0,8
259	Stuttgart I (BW)	CDU	SPD	850	1,5
298	St. Wendel (SL)	SPD	SPD	898	1,6
009	Ostholstein (SH)	SPD	CDU	1339	2,2
199	Neuwied (RP)	SPD	CDU	1445	1,7
181	Hanau (HE)	SPD	CDU	1625	2,0
203	Kreuznach (RP)	CDU	SPD	1840	3,0
088	Aachen (NW)	SPD	CDU	1916	3,5
192	Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I (TH)	CDU	SPD	2100	4,5
196	Greiz – Altenburger Land (TH)	CDU	SPD	2128	4,8
018	Neubrandenburg – Mecklenburg-Strelitz – Uecker-Randow (MV)	CDU	SPD	2159	5,1
017	Bad Doberan – Güstrow – Müritztal (MV)	SPD	CDU	2183	4,3
008	Segeberg – Stormarn-Nord (SH)	CDU	SPD	2292	2,8
198	Suhl – Schmalkalden-Meinungen – Hildburghausen (TH)	SPD	Linke.	2293	4,9
080	Berlin-Steglitz – Zehlendorf (BE)	CDU	SPD	2337	3,3
082	Berlin-Tempelhof – Schöneberg (BE)	SPD	CDU	2338	3,8
106	Mettmann II (NW)	SPD	CDU	2429	4,2
174	Lahn-Dill (HE)	SPD	CDU	2449	3,7
178	Wetterau (HE)	SPD	CDU	2672	3,3
007	Pinneberg (SH)	CDU	SPD	2699	3,3
272	Karlsruhe-Stadt (BW)	CDU	SPD	2799	4,6
066	Altmark (ST)	SPD	CDU	2815	6,4
245	Nürnberg-Nord (BY)	CSU	SPD	2871	5,0
074	Burgenland (ST)	SPD	CDU	3152	6,6
260	Stuttgart II (BW)	SPD	CDU	3227	5,6
091	Düren (NW)	CDU	SPD	3308	4,9
183	Frankfurt am Main I (HE)	SPD	CDU	3340	6,3
207	Mainz (RP)	SPD	CDU	3415	4,3
063	Frankfurt (Oder) – Oder-Spree (BB)	SPD	Linke.	3440	6,2
149	Siegen-Wittgenstein (NW)	SPD	CDU	3443	4,7
205	Trier (RP)	CDU	SPD	3479	5,8
083	Berlin-Neukölln (BE)	SPD	CDU	3820	6,9
104	Solingen – Remscheid – Wuppertal II (NW)	SPD	CDU	3973	5,2
189	Bergstraße (HE)	CDU	SPD	3998	5,8
036	Solttau-Fallingb. – Winsen L. (NI)	SPD	CDU	4014	4,5
180	Wiesbaden (HE)	SPD	CDU	4055	6,7
219	München-Nord (BY)	SPD	CSU	4154	6,3
097	Bonn (NW)	SPD	CDU	4156	5,8
059	Märkisch-Oderland – Barnim II (BB)	SPD	Linke.	4237	6,4
195	Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis (TH)	SPD	Linke.	4428	7,4

1) Anteil an den gültigen Erststimmen im Wahlkreis insgesamt.

unterlegenen Kandidaten bzw. die unterlegene Kandidatin in der SPD. In fünf weiteren Wahlkreisen war die Zahl der Erststimmen der Wahlkreisgewinner/-innen der SPD um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten bzw. Kandidatinnen der CDU. Bis zu 5 % machte der Vorsprung in 13 errungenen Wahlkreisen der CDU und 17 gewonnenen Wahlkreisen der SPD aus, bis zu 10 % der Vorsprung von 23 Wahlkreissiegern/-siegerinnen der CDU und CSU und von 37 Wahlkreissiegern/-siegerinnen der SPD (siehe Tabelle 4). Geht man von den zuletzt genannten Zahlen aus, so würde in den 23 Wahlkreisen mit einem Stimmenvorsprung der CDU und CSU von weniger als 10 % eine Abwanderung von bereits 5 % der CDU- und CSU-Wähler/-innen zur SPD genügen, damit die CDU und CSU 23 Wahlkreise verlieren und die SPD 23 Wahlkreise gewinnt. Das würde dazu führen, dass die SPD rund 56 % aller Wahlkreisabgeordneten stellen würde. Ein entsprechender Stimmenumschwung in den 37 Wahlkreisen mit einem Vorsprung der SPD von weniger als 10 % würde dagegen für die SPD eine Reduzierung ihrer Wahlkreissitze von 145 auf 108 zur Folge haben.

In 46 Bundestagswahlkreisen lag 2005 der Abstand zwischen dem höchsten und dem zweithöchsten Erststimmenergebnis bei weniger als 5 000 Stimmen (siehe Tabelle 5). In 182 Wahlkreisen betrug der Abstand zwischen 5 000 und 30 000 Stimmen, bei 71 Wahlkreisen lag er über 30 000 Stimmen.

6.3.2 Zweitstimmen und Sitzverteilung

6.3.2.1 Zweitstimmen nach Parteien und Ländern

Bei der Bundestagswahl 2005 wurden 47 287 988 gültige Zweitstimmen abgegeben (bei der Bundestagswahl 2002 waren es 47 996 480). Davon erhielten:

	Anzahl	%
SPD	16 194 665	34,2
CDU	13 136 740	27,8
CSU	3 494 309	7,4
GRÜNE	3 838 326	8,1
FDP	4 648 144	9,8
Die Linke.	4 118 194	8,7

Die restlichen 1 857 610 (3,8 %) gültigen Zweitstimmen (bei der Bundestagswahl 2002 gab es 1 459 299 bzw. 2,8 % „restliche“ gültige Zweitstimmen) verteilten sich auf die folgenden Parteien:

	Anzahl	%
Offensive D	3 338	0,0
REP	266 101	0,6
NPD	748 568	1,6
Die Tierschutzpartei	110 603	0,2
GRAUE	198 601	0,4
PBC	108 605	0,2
DIE FRAUEN	27 497	0,1
FAMILIE	191 842	0,4
BüSo	35 649	0,1
BP	35 543	0,1
ZENTRUM	4 010	0,0
Deutschland	9 643	0,0
AGFG	21 350	0,0
APPD	4 233	0,0
50Plus	10 536	0,0
MLPD	45 238	0,1
Die PARTEI	10 379	0,0
PSG	15 605	0,0
Pro DM	10 269	0,0

Die SPD, die 2005 34,2% aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet erzielte, war bei den Zweitstimmen wie bei der Bundestagswahl 2002 stärkste Partei. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002, bei der ihr Zweitstimmenanteil 38,5% betragen hatte, verlor sie 4,3 Prozentpunkte.

Stimmenverlusten zwischen 8,8 und 10,6 Prozentpunkten in den neuen Ländern standen dabei Stimmenverluste von lediglich 0,6 bis 5,7 Prozentpunkten in den alten Bundesländern (abgesehen vom Saarland mit 12,7 Prozentpunkten) – verglichen mit der Bundestagswahl 2002 – gegenüber. Die höchsten Verluste musste die SPD in den Ländern Saarland, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hinnehmen. Die SPD wurde trotzdem – wie bei der Bundestagswahl 2002 – in allen Ländern außer Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg stärkste Partei.

Die CDU erreichte bei der Bundestagswahl 2005 einen Zweitstimmenanteil von 27,8%. Sie verlor gegenüber der Bundestagswahl 2002 1,7 Prozentpunkte. Lediglich in den Ländern Schleswig-Holstein (0,4 Prozentpunkte) und Hamburg (0,8 Prozentpunkte) verzeichnete die CDU leichte Gewinne. In allen anderen Bundesländern musste sie Verluste zwischen 0,7 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern sowie Nordrhein-Westfalen und 4,8 Prozentpunkten im Saarland hinnehmen.

Für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 2005 ein erheblicher Verlust des Zweitstimmenanteils, und zwar von 58,6% (2002) auf 49,2% der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 2005 nur noch 7,4% aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet; ihr Zweitstimmenanteil ging damit gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 1,6 Prozentpunkte zurück.

Die GRÜNEN erhielten 2005 8,1% aller gültigen Zweitstimmen und verloren damit 0,5 Prozentpunkte an Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2002. Sie hatten aber in sieben Bundesländern Stimmengewinne zu verzeichnen, und zwar zwischen 0,1 Prozentpunkten in Niedersachsen und 0,7 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt.

Die FDP erreichte 2005 9,8% der gültigen Zweitstimmen und damit 2,4 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 2002. Sie gewann in allen Ländern Zweitstimmenanteile – zwischen 0,5 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt und 5,0 Prozentpunkten in Bayern – hinzu.

Die Linke. erhielt bei der Bundestagswahl 2005 8,7% der gültigen Zweitstimmen und schaffte es so – anders als 2002 mit einem Zweitstimmenanteil von 4,0% – die sogenannte 5-Prozent-Hürde zu überwinden. Die Linke. konnte in allen Ländern hinzugewinnen, und zwar zwischen 2,7 Prozentpunkten in Bayern und 17,1 Prozentpunkten im Saarland. Den zweithöchsten Gewinn verzeichnete sie in Sachsen-Anhalt mit 12,2 Prozentpunkten.

Fasst man die Zweitstimmen für die Parteien der großen Regierungskoalition (CDU, CSU und SPD) und die der verbleibenden Parteien (GRÜNE, FDP und Die Linke.) zusammen, ergeben sich für die Koalition 69,4% und für die Opposition 26,6%. Bei der Bundestagswahl 2002 hatte die Differenz zwischen Koalition (SPD und GRÜNE) und Opposition (CDU, CSU und FDP) 1,2 Prozentpunkte betragen. Die nicht an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen teilnehmenden Parteien haben zusammen 3,9% – in verschiedenen Veröffentlichungen wird der gerundete Wert 4,0% angegeben – der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen können.

Schaubild 1

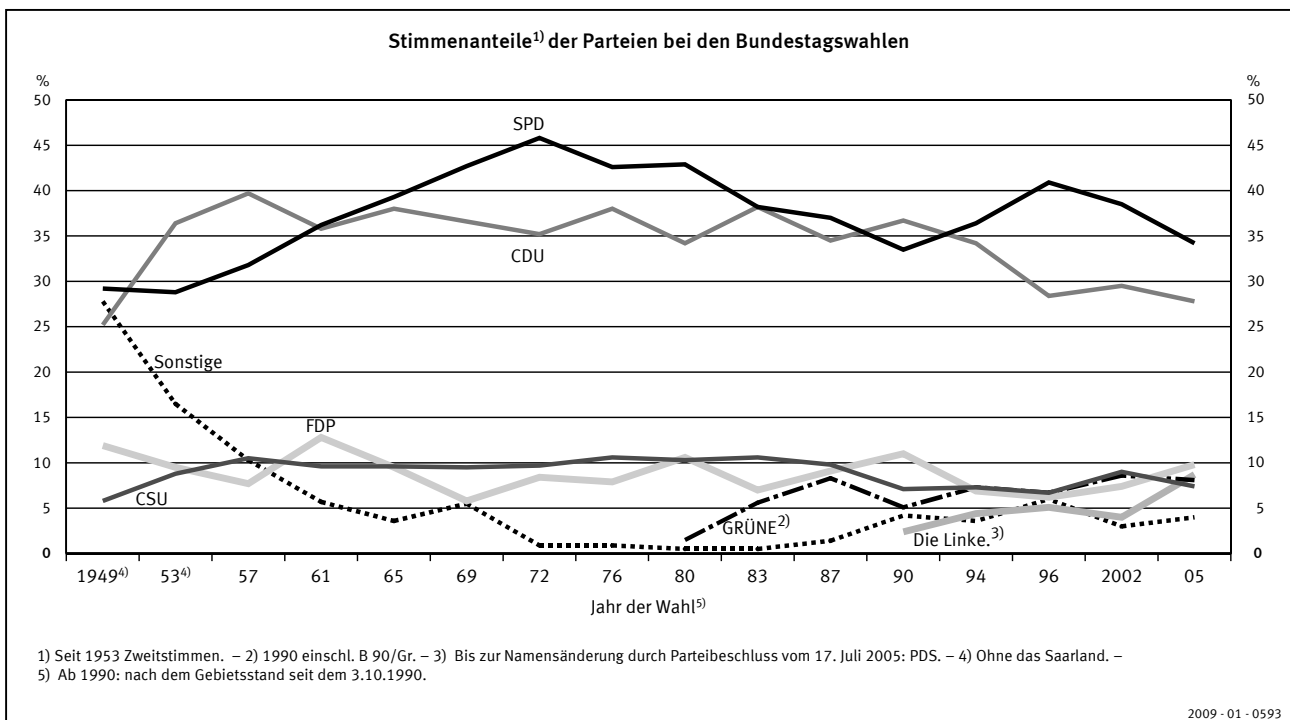


Tabelle 6: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 und der jeweils letzten Landtagswahl nach Ländern
Prozent

Bundestagswahl ¹⁾ (BW) Landtagswahl (LW)	Anteil an Stimmen					
	SPD	CDU/ CSU ²⁾	GRÜNE	FDP	Die Linke.	Sonstige
Schleswig-Holstein						
BW 2002	42,9	36,0	9,4	8,0	1,3	2,4
LW 2005 ¹⁾	38,7	40,2	6,2	6,6	0,8	7,5
BW 2005	38,2	36,4	8,4	10,1	4,6	2,2
Mecklenburg-Vorpommern						
BW 2002	41,7	30,3	3,5	5,4	16,3	2,8
BW 2005	31,7	29,6	4,0	6,3	23,7	4,8
LW 2006 ¹⁾	30,2	28,8	3,4	9,6	16,8	11,2
Hamburg						
BW 2002	42,0	28,1	16,2	6,8	2,1	4,8
BW 2005	38,7	28,9	14,9	9,0	6,3	2,2
LW 2008	34,1	42,6	9,6 ³⁾	4,8	6,4	2,5
Niedersachsen						
BW 2002	47,8	34,5	7,3	7,1	1,0	2,2
BW 2005	43,2	33,6	7,4	8,9	4,3	2,6
LW 2008 ¹⁾	30,3	42,5	8,0	8,2	7,1	3,9
Bremen						
BW 2002	48,6	24,6	15,0	6,7	2,2	2,9
BW 2005	42,9	22,8	14,3	8,1	8,4	3,5
LW 2007	36,7	25,6	16,5	8,4	6,0	6,8
Brandenburg						
BW 2002	46,4	22,3	4,5	5,8	17,2	3,8
LW 2004 ¹⁾	31,9	19,4	3,6 ⁴⁾	3,3	28,0	13,8
BW 2005	35,8	20,6	5,1	6,9	26,6	5,1
Sachsen-Anhalt						
BW 2002	43,2	29,0	3,4	7,6	14,4	2,4
BW 2005	32,7	24,7	4,1	8,1	26,6	3,9
LW 2006 ¹⁾	21,4	36,2	3,6	6,7	24,1	8,1
Berlin						
BW 2002	36,6	25,9	14,6	6,6	11,4	4,9
BW 2005	34,3	22,0	13,7	8,2	16,4	5,4
LW 2006 ¹⁾	30,8	21,3	13,1	7,6	13,4	13,8
Nordrhein-Westfalen						
BW 2002	43,0	35,1	8,9	9,3	1,2	2,5
LW 2005	37,7	44,8	6,2	6,2	0,9	4,8
BW 2005	40,0	34,4	7,6	10,0	5,2	2,8
Sachsen						
BW 2002	33,3	33,6	4,6	7,3	16,2	5,1
LW 2004 ¹⁾	9,8	41,1	5,1	5,9	23,6	14,5
BW 2005	24,5	30,0	4,8	10,2	22,8	7,7
Hessen						
BW 2002	39,7	37,1	10,7	8,2	1,3	2,9
BW 2005	35,6	33,7	10,1	11,7	5,3	3,6
LW 2009 ¹⁾	23,7	37,2	13,7	16,2	5,4	3,8
Thüringen						
BW 2002	39,9	29,4	4,3	5,9	17,0	3,6
LW 2004 ¹⁾	14,5	43,0	4,5	3,6	26,1	8,3
BW 2005	29,8	25,7	4,8	7,9	26,1	5,7
Rheinland-Pfalz						
BW 2002	38,2	40,2	7,9	9,3	1,0	3,3
BW 2005	34,6	36,9	7,3	11,7	5,6	3,9
LW 2006 ¹⁾	45,6	32,8	4,6	8,0	-	9,0
Bayern						
BW 2002	26,1	58,6	7,6	4,5	0,7	2,4
BW 2005	25,5	49,2	7,9	9,5	3,4	4,5
LW 2008 ⁵⁾	18,6	43,4	9,4	8,0	4,4	6,1
Baden-Württemberg						
BW 2002	33,5	42,8	11,4	7,8	0,9	3,6
BW 2005	30,1	39,2	10,7	11,9	3,8	4,3
LW 2006	25,2	44,2	11,7	10,7	-	8,2
Saarland						
BW 2002	46,0	35,0	7,6	6,4	1,4	3,7
LW 2004	30,8	47,5	5,6	5,2	2,3	8,6
BW 2005	33,3	30,2	5,9	7,4	18,5	4,7
Deutschland						
BW 2005	34,2	35,2 ⁶⁾	8,1	9,8	8,7	3,9

1) Zweitstimmen. – 2) CSU nur in Bayern. – 3) GRÜNE/GAL. – 4) GRÜNE/B90. – 5) Gesamtstimmen. – 6) Davon CSU 7,4%.

6.3.2.2 Vergleich der Zweitstimmen früheres Bundesgebiet – neue Länder und Berlin-Ost

Betrachtet man das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost getrennt, so sind hinsichtlich des Wahlerfolges der Parteien teilweise erhebliche Unterschiede festzustellen (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteil bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002

Wahlbeteiligung Zweitstimmenanteile der Parteien	2005	2002	Veränderung 2005 gegenüber 2002
	%		
Deutschland			
Wahlbeteiligung	77,7	79,1	-1,4
CDU/CSU	35,2	38,5	-3,3
CDU ¹⁾	32,7	34,9	-2,2
CSU ²⁾	49,2	58,6	-9,4
SPD	34,2	38,5	-4,3
GRÜNE	8,1	8,6	-0,5
FDP	9,8	7,4	+2,4
Die Linke. ³⁾	8,7	4,0	+4,7
Sonstige	4,0	3,0	+1,0
Früheres Bundesgebiet			
Wahlbeteiligung	78,5	80,6	-2,1
CDU/CSU	37,5	40,8	-3,3
CDU ¹⁾	34,8	36,7	-1,9
CSU ²⁾	49,2	58,6	-9,4
SPD	35,1	38,3	-3,2
GRÜNE	8,8	9,4	-0,6
FDP	10,2	7,6	+2,6
Die Linke. ³⁾	4,9	1,1	+3,8
Sonstige	3,4	2,8	+0,6
Neue Länder und Berlin-Ost			
Wahlbeteiligung	74,3	72,8	+1,5
CDU	25,3	28,3	-3,0
SPD	30,4	39,7	-9,3
GRÜNE	5,2	4,7	+0,5
FDP	8,0	6,4	+1,6
Die Linke. ³⁾	25,3	16,9	+8,4
Sonstige	5,6	4,0	+1,6

1) Ohne Bayern. – 2) Bayern. – 3) 2002 PDS.

Die CDU errang im früheren Bundesgebiet 34,8% und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 25,3% der Zweitstimmen. Die SPD konnte im früheren Bundesgebiet 35,1% der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost kam sie auf 30,4% der Stimmen.

Auch die GRÜNEN fanden bei den Wählerinnen und Wählern im früheren Bundesgebiet mehr Rückhalt als bei den Wählerinnen und Wählern in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Sie erzielten im früheren Bundesgebiet 8,8% und in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 5,2%.

Der Zweitstimmenanteil der FDP lag im früheren Bundesgebiet bei 10,2%, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 8,0%.

Am auffallendsten war das unterschiedliche Abschneiden der Partei Die Linke. Diese erwies sich wieder als Partei mit regionalem Schwerpunkt in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Mit einem Zweitstimmenanteil von 25,3% konnte sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach der SPD zusammen

mit der CDU den zweiten Platz belegen. Im übrigen Bundesgebiet erreichte sie hingegen nur einen Zweitstimmenanteil von 4,9%.

Bei der Bundestagswahl 2005 ergaben sich umfangreiche Veränderungen der Parteienstärke im früheren Bundesgebiet wie auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Im früheren Bundesgebiet stellte sich die Entwicklung der Zweitstimmen wie folgt dar:

Während die SPD 2002 noch 38,3% der Zweitstimmen auf sich vereinen konnte, erreichte sie 2005 35,1% der Stimmen, sodass ein Verlust von 3,2 Prozentpunkten zu verzeichnen war. Die CDU musste einen Stimmenverlust von 1,9 Prozentpunkten hinnehmen: Gegenüber der Bundestagswahl 2002 mit 36,7% erzielte sie 2005 lediglich 34,8% der Zweitstimmen. Die geringsten Stimmeneinbußen (0,6 Prozentpunkte) hatten die GRÜNEN zu verzeichnen. Ihr Stimmenanteil betrug 8,8% gegenüber 9,4% bei der Bundestagswahl 2002. Stimmengewinner waren 2005 hier Die Linke. und die FDP, die ihren Zweitstimmenanteil um 3,8 Prozentpunkte von 1,1 auf 4,9% bzw. um 2,6 Prozentpunkte von 7,6 auf 10,2% steigern konnten.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost konnte Die Linke. relativ die höchsten Stimmengewinne verbuchen. 2005 erhielt sie 25,3% der Stimmen gegenüber 16,9% bei der Bundestagswahl 2002, was einen Gewinn von 8,4 Prozentpunkten bedeutete. Die FDP konnte Gewinne in Höhe von 1,6 Prozentpunkten für sich verbuchen (Zweitstimmenanteil 2002: 6,4%, 2005: 8,0%).

Die GRÜNEN konnten ihren Zweitstimmenanteil um 0,5 Prozentpunkte verbessern: von 4,7% im Jahr 2002 auf 5,2% bei der Bundestagswahl 2005.

Die SPD musste dagegen mit einem Zweitstimmenanteil von 30,4% 2005 gegenüber 39,7% bei der Bundestagswahl 2002 einen beachtlichen Stimmenverlust von 9,3 Prozentpunkten hinnehmen.

Die CDU erhielt 25,3% der Zweitstimmen und erlitt damit gegenüber der Bundestagswahl 2002 (28,3%) einen Verlust in Höhe von 3,0 Prozentpunkten.

6.3.2.3 Sitzverteilung nach Parteien und Ländern

Bei der Bundestagswahl 2005 erfolgte die Zuteilung der auf die einzelnen Parteien insgesamt entfallenden Sitze und die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Landeslisten der Parteien letztmals nach dem von dem Marburger Professor

Niemeyer für den Verhältnisausgleich entwickelten Berechnungssystem.

Die Zahl der Sitze einer Partei im Deutschen Bundestag richtet sich danach grundsätzlich nach den für die Gesamtheit ihrer Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die einzelnen Landeslisten einer Partei gelten als verbunden (§ 7 BWG), soweit nicht erklärt wird, dass eine oder mehrere beteiligte Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Es werden jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5% der gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklauseln“).

Für die Verteilung der 598 Sitze kamen nur SPD, CDU, CSU, GRÜNE und FDP und Die Linke. in Betracht.

Föderalistischen Prinzipien folgend, geht das Bundeswahlgesetz von der Sitzverteilung auf die einzelnen Parteien aus und verteilt diese entsprechend der Zahl der Zweitstimmen in den Ländern auf die Landeslisten der Parteien. Die Sitzverteilung wurde vom Bundeswahlleiter in folgenden drei Stufen vorgenommen:

1. Verteilung der 598 Sitze auf die SPD, CDU, CSU, GRÜNE, FDP und Die Linke. nach dem Ergebnis der für sie im gesamten Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen unter Anwendung des oben genannten Verfahrens. Bei dieser Verteilung ergaben sich für die

SPD	213 Sitze,
CDU	173 Sitze,
CSU	46 Sitze,
GRÜNE	51 Sitze,
FDP	61 Sitze,
Die Linke.	54 Sitze.

2. Verteilung der von jeder vorstehend aufgeführten Partei gewonnenen Sitze auf deren Landeslisten nach dem Verhältnis der Zweitstimmen für deren einzelne Landeslisten, wiederum nach dem Verfahren Niemeyer, also zum Beispiel Verteilung der 213 Sitze der SPD auf die Landeslisten der SPD in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg usw.
3. Abzug der von jeder Partei in den einzelnen Ländern gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) von den

Verteilung der Sitze auf die Parteien bei der Bundestagswahl 2005

Partei	Sitze insgesamt	Zweitstimmen nach Parteien	Zweitstimmen insgesamt	Ganzzahliger Anteil	„Reste“	Sitze nach dem größten Rest	Sitze insgesamt
SPD		16 194 665	45 430 378	213,	170352		213
CDU		13 136 740		172,	918890	+1	173
CSU	598	3 494 309		45,	995584	+1	46
GRÜNE		3 838 326		50,	523880	+1	51
FDP		4 648 144		61,	183513		61
Die Linke.		4 118 194		54,	207782		54
		<u>45 430 378</u>		<u>595</u>		<u>+3</u>	<u>598</u>

Sitzen, die ihr in dem betreffenden Land nach der in Ziffer 2 geschilderten Berechnung zustanden. Die verbleibenden Sitze waren aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der nicht direkt gewählten Bewerber auf der jeweiligen Landesliste zu besetzen. Zuvor waren auf den Landeslisten diejenigen Bewerber zu streichen, die auch in einem Wahlkreis kandidiert hatten und über eine Erststimmenehrheit in ihrem Wahlkreis ein Bundestagsmandat erreicht hatten.

Dieses Verfahren kann dazu führen, dass eine Partei in einem Land mehr Wahlkreisabgeordnete erhält, als ihr in diesem Land nach dem Zweitstimmenergebnis Sitze zustehen. Tritt ein solcher Fall ein, ziehen alle im Wahlkreis Gewählten in den Deutschen Bundestag ein. Die Folge ist, dass sich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch sogenannte „Überhangmandate“ erhöht. Sechzehn solcher Überhangmandate gab es bei der Bundestagswahl 2005 (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 6.3.3, Überhangmandate bei der Bundestagswahl 2005 auf S. 758 ff.).

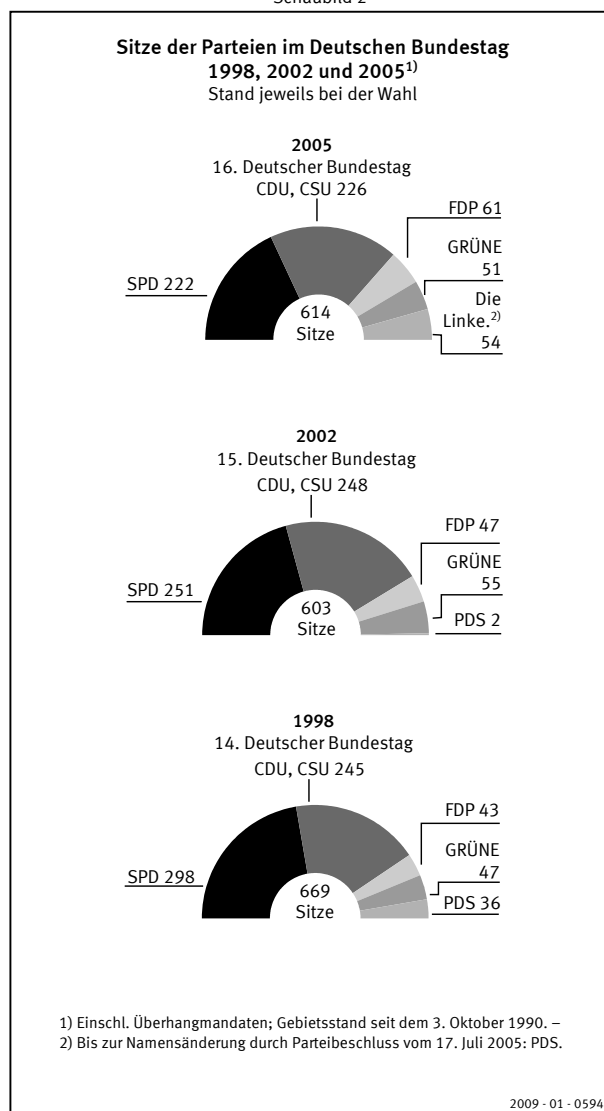
Die Verteilung der Wahlkreis- und Landeslistensitze geht aus Tabelle 8 auf S. 758 hervor. Sie zeigt, dass bei der Bundestagswahl 2005 die SPD 145 Wahlkreissitze und die CDU und CSU 150 Wahlkreissitze errang(en). Gleichzeitig erlangte die SPD 77 Landeslistenplätze. Die CDU und CSU konnten 76 Landeslistensitze auf sich vereinen.

Insgesamt erzielte die SPD 29 Sitze weniger als 2002. Auch die CDU und die CSU mussten 22 Abgeordnetensitze abgeben. Die GRÜNEN verloren gegenüber 2002 4 Sitze, sodass ihnen noch 51 Sitze zufielen. Die FDP gewann 14 Sitze hinzu, sodass sie nun 61 Sitze für sich verbuchen konnte. Die Linke. gewann 52 Sitze hinzu, sodass sie mit 54 Abgeordneten vertreten war.

Wie sich bei einer Bundestagswahl die Sitze einer Partei auf Wahlkreissitze und Landeslistensitze verteilen, hängt von der Zahl der je Land gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) ab. Deshalb kann es vorkommen, dass Landeslistenbewerber/-innen, deren Plätze auf der Landesliste im Vorfeld der Wahl durchaus erfolgversprechend waren, nicht mehr zum Zuge kommen, wenn nach Abzug der gewonnenen Wahlkreissitze von den der Partei im Land insgesamt zustehenden Sitzen ein zu kleiner oder gar kein Rest verbleibt. So kann ein unerwarteter Wahlkreissieg einer Partei die Aussichten eines Landeslistenbewerbers bzw. einer Landeslistenbewerberin dieser Partei zunichte machen. Umgekehrt können aber auch bei geringeren Wahlkreiserfolgen einer Partei mehr Landeslistenbewerber/-innen dieser Partei zum Zuge kommen, als vorher angenommen wurde.

Von den bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 gewählten 614 Abgeordneten waren 195 Frauen. Sie gehören folgenden Parteien an: SPD 80, CDU 38, CSU 7, GRÜNE 29, FDP 15 und Die Linke. 26. Der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten lag bei den Wahlen bis 1983 unter 10%. Seit der Bundestagswahl 1972 ist er kontinuierlich von damals 5,8 auf 9,8% bei der Bundestagswahl 1983 angestiegen. 1987 lag der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten bei 15,4%, stieg 1990 auf 20,5%, bei der Bundestagswahl 1994 auf 26,3%, 1998 auf 30,8%

Schaubild 2



und erreichte bei der Bundestagswahl 2002 mit 32,2% den bisher höchsten Stand. Bei der Bundestagswahl 2005 sank der Anteil der Frauen auf 31,8%. Gemessen an der Zahl der wahlberechtigten Frauen sind die weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag nach wie vor unterrepräsentiert.

Untersucht man die Altersstruktur der bei der Bundestagswahl 2005 gewählten Abgeordneten, so zeigt sich, dass die Altersgruppen der unter 40-Jährigen und der über 65-Jährigen am geringsten vertreten sind. Die meisten Abgeordneten (56,1%) entfallen auf die Altersgruppen der 45- bis 59-Jährigen (siehe Tabelle 9 auf S. 759). Die jüngste Abgeordnete (Geburtsjahr 1983) war Mitglied der GRÜNEN und der älteste Abgeordnete (Geburtsjahr 1932) im 16. Deutschen Bundestag gehörte der SPD an.

Das Durchschnittsalter der 614 Abgeordneten betrug Ende 2005 49,3 Jahre, und zwar im Einzelnen bei der SPD 50,2, bei der CDU 49,4, bei der CSU 50,8, bei der FDP 47,5 und bei der Partei Die Linke. 48,4 Jahre. Die GRÜNEN haben mit einem Durchschnittsalter von 46,3 Jahren die jüngsten Abgeordneten im 16. Deutschen Bundestag.

Tabelle 8: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 nach Ländern

Wahljahr — Sitze	Deutsch- land	Schles- wig- Hol- stein	Meck- lenburg- Vor- pommern	Hamb- urg	Nieder- sachsen	Bremen	Bran- denburg	Sach- sen- Anhalt	Berlin	Nord- rhein- West- falen	Sach- sen	Hessen	Thürin- gen	Rhein- land- Pfalz	Bayern	Baden- Würt- temberg	Saar- land
SPD																	
2005	222	9	4	6	27	2	10	10	8	54	8	16	6	11	24	23	4
Wahlkreis	145	5	4	6	25	2	10	10	7	40	3	13	6	5	1	4	4
Landesliste	77	4	–	–	2	–	–	–	1	14	5	3	–	6	23	19	–
2002	251	10	5	6	31	2	10	10	9	60	12	18	9	12	26	27	4
CDU																	
2005	180	8	4	4	21	1	4	5	5	46	14	15	5	12	–	33	3
Wahlkreis	106	6	3	–	4	–	–	–	1	24	14	8	3	10	–	33	–
Landesliste	74	2	1	4	17	1	4	5	4	22	–	7	2	2	–	–	3
2002	190	8	4	4	22	1	4	6	6	49	13	17	6	13	–	34	3
CSU																	
2005	46	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	46	–	–
Wahlkreis	44	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	44	–	–
Landesliste	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	–	–
2002	58	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	58	–	–
GRÜNE																	
2005	51	2	1	2	5	1	1	1	3	10	2	5	1	2	7	8	–
Wahlkreis	1	–	–	–	–	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
Landesliste	50	2	1	2	5	1	1	1	2	10	2	5	1	2	7	8	–
2002	55	2	–	2	5	1	1	1	4	12	2	5	1	2	7	9	1
FDP																	
2005	61	2	1	1	6	–	1	2	2	13	4	5	1	4	9	9	1
Wahlkreis	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Landesliste	61	2	1	1	6	–	1	2	2	13	4	5	1	4	9	9	1
2002	47	2	1	1	5	–	1	1	2	13	2	4	1	3	4	6	1
Die Linke.																	
2005	54	1	3	1	3	–	5	5	4	7	8	2	5	2	3	3	2
Wahlkreis	3	–	–	–	–	–	–	–	3	–	–	–	–	–	–	–	–
Landesliste	51	1	3	1	3	–	5	5	1	7	8	2	5	2	3	3	2
2002	2	–	–	–	–	–	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt																	
2005	614 ¹⁾	22	13	14	62	4	21	23	22	130	36	43	18	31	89	76	10
Wahlkreis	299	11	7	6	29	2	10	10	12	64	17	21	9	15	45	37	4
Landesliste	315	11	6	8	33	2	11	13	10	66	19	22	9	16	44	39	6
2002	603 ²⁾	22	10	13	63	4	16	18	23	134	29	44	17	30	95	76	9

1) Einschl. 16 Überhangmandaten: 9 für die SPD (1 in Hamburg, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt, 1 im Saarland), 7 für die CDU (4 in Sachsen, 3 in Baden-Württemberg). – 2) Einschl. 5 Überhangmandaten: 4 für die SPD (1 in Hamburg, 2 in Sachsen-Anhalt, 1 in Thüringen), 1 für die CDU in Sachsen.

6.3.3 Überhangmandate bei der Bundestagswahl 2005

Nach den §§ 6 Abs. 5 und 7 Abs. 3 Satz 2 BWG verbleiben einer Partei in den Wahlkreisen errungene Sitze auch dann, wenn sie die Zahl der in dem betreffenden Land von der Partei gewonnenen Listenmandate übersteigen. Die Differenz zwischen gewonnenen Wahlkreis- und Landeslistensitzen bestimmt die Anzahl der von der Partei in dem betreffenden Land gewonnenen Überhangmandate. Bei der Bundestagswahl 2005 sind insgesamt 16 Überhangmandate angefallen, wobei neun der SPD und sieben der CDU zufielen. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöhte sich dementsprechend auf 614 (siehe auch Abschnitt 6.3.2.3, Sitzverteilung nach Parteien und Ländern).

Bei der Verteilung der 213 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten ergab sich, dass sie nach ihren Zweitstimmenergebnissen

- in Hamburg fünf Sitze errang, aber alle sechs Wahlkreissitze gewonnen hatte (ein Überhangmandat),
- in Brandenburg sieben Sitze erhielt, aber alle zehn Wahlkreissitze gewonnen hatte (drei Überhangmandate),
- in Sachsen-Anhalt sechs Sitze erreichte, jedoch sämtliche zehn Wahlkreissitze gewonnen hatte (vier Überhangmandate) und
- im Saarland drei Landeslistensitze errang, aber alle vier Wahlkreissitze gewonnen hatte (ein Überhangmandat).

Tabelle 9: Abgeordnete im 16. Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei

Abgeordnete	Insgesamt	Alter Ende 2005 von ... bis ... Jahre									
		unter 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60– 64	65 – 69	70 und mehr
SPD											
Abgeordnete	222	2	13	21	25	30	43	54	30	2	1
Anteile in %	100	0,9	5,9	9,5	11,3	13,5	19,4	24,3	13,5	1,4	0,5
Männer	142	2	11	13	15	16	23	33	25	3	1
Frauen	80	0	2	8	10	14	20	21	5	0	0
CDU											
Abgeordnete	180	4	10	12	27	30	34	39	20	4	0
Anteile in %	100	2,2	5,6	6,7	15,0	16,7	18,9	21,7	11,1	2,2	0,0
Männer	142	3	8	9	19	27	22	33	17	4	0
Frauen	38	1	2	3	8	3	12	6	3	0	0
CSU											
Abgeordnete	46	0	5	5	1	5	7	11	11	1	0
Anteile in %	100	0,0	10,9	10,9	2,2	10,9	15,2	23,9	23,9	2,2	0,0
Männer	39	0	4	5	0	4	6	9	10	1	0
Frauen	7	0	1	0	1	1	1	2	1	0	0
GRÜNE											
Abgeordnete	51	2	6	5	6	8	15	8	0	1	0
Anteile in %	100	3,9	11,8	9,8	11,8	15,7	29,4	15,7	0,0	2,0	0,0
Männer	22	1	4	2	1	3	5	5	0	1	0
Frauen	29	1	2	3	5	5	10	3	0	0	0
FDP											
Abgeordnete	61	4	5	6	8	8	11	12	6	1	0
Anteile in %	100	6,6	8,2	9,8	13,1	13,1	18,0	19,7	9,8	1,6	0,0
Männer	46	2	5	6	6	5	6	9	6	1	0
Frauen	15	2	0	0	2	3	5	3	0	0	0
Die Linke.											
Abgeordnete	54	3	4	2	9	11	9	9	4	3	0
Anteile in %	100	5,6	7,4	3,7	16,7	20,4	16,7	16,7	7,4	5,6	0,0
Männer	28	1	2	1	1	4	5	8	4	2	0
Frauen	26	2	2	1	8	7	4	1	0	1	0
Insgesamt											
Abgeordnete	614	15	43	51	76	92	119	133	71	13	1
Anteile in %	100	2,4	7,0	8,3	12,4	15,0	19,4	21,7	11,6	2,1	0,2
Männer	419	9	34	36	42	59	67	97	62	12	1
Frauen	195	6	9	15	34	33	52	36	9	1	0

Bei der Verteilung der 173 Sitze der CDU auf ihre Landeslisten ergab sich, dass sie nach ihren Zweitstimmenergebnissen

- in Sachsen Anspruch auf zehn Sitze hatte, jedoch 14 Wahlkreissitze gewonnen hatte (vier Überhangmandate),
- in Baden-Württemberg 30 Sitze gewann, aber 33 Wahlkreissitze errungen hatte (drei Überhangmandate).

Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der von der SPD gewonnenen Sitze von 213 auf 222 und die Gesamtzahl der von der CDU erreichten Sitze von 173 auf 180. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöhte sich von 598 auf 614⁵⁾. Bei den Bundestagswahlen sind seit 1949 die in der Übersicht auf S. 760 dargestellten Überhangmandate entstanden.

Die Gründe für die Anzahl von Überhangmandaten (16) bei der Bundestagswahl 2005 (2002: 5 Überhangmandate) sind vielfältig, wobei keine Ursache allein oder ganz für das Entstehen von Überhangmandaten verantwortlich gemacht werden kann.

Überhangmandate entstehen dann, wenn die von einer Partei in einem Land errungenen Wahlkreise nicht dem Zweitstimmenanteil dieser Partei in diesem Land entsprechen. Dazu kann es beispielsweise kommen, wenn ein Bundesland mehr Wahlkreise besitzt als ihm nach dem Verhältnis der in den Ländern abgegebenen Zweitstimmen zustünden. Diese höhere Zahl an Wahlkreisen kann darauf beruhen, dass die Wahlkreise eines Landes bezüglich ihrer deutschen Bevölkerung erheblich unter dem Durchschnitt der Einwohnerzahl aller Wahlkreise liegen.

Weiterhin kann der geringere Anteil eines Bundeslandes an Zweitstimmen durch eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung verursacht sein. Die drei neuen Länder, in denen 2005 allein 11 der 16 Überhangmandate anfielen, wiesen eine unter dem Bundesdurchschnitt von 77,7% liegende Wahlbeteiligung auf. Die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt lag 6,7 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt; die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag bei der Bundestagswahl 2005 bei 74,3% (siehe Tabelle 7).

Daneben kann auch eine „breitere“ Verteilung der Zweitstimmen in einem Land verbunden mit knappen Mehrhei-

5) Hiervon schieden im Laufe der Legislaturperiode zwei CDU-Abgeordnete aus, ein CDU-Abgeordneter verstarb. Solange eine Partei Überhangmandate hat, rückt bei Ausscheiden eines bzw. einer Abgeordneten niemand nach. Daraus folgt, dass sich die Zahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag inzwischen auf 611 verringert hat.

Jahr der Bundestagswahl	Land	Anzahl der Überhangmandate	Partei	
1949	Bremen	1	SPD	
	Baden-Württemberg	1	CDU	
1953	Schleswig-Holstein	2	CDU	
	Hamburg	1	DP	
1957	Schleswig-Holstein	3	CDU	
1961	Schleswig-Holstein	4	CDU	
	Saarland	1	CDU	
1980	Schleswig-Holstein	1	SPD	
1983	Hamburg	1	SPD	
	Bremen	1	SPD	
1987	Baden-Württemberg	1	CDU	
1990	Mecklenburg-Vorpommern	2	CDU	
	Sachsen-Anhalt	3	CDU	
1994	Thüringen	1	CDU	
	Baden-Württemberg	2	CDU	
	Mecklenburg-Vorpommern	2	CDU	
	Sachsen-Anhalt	2	CDU	
	Thüringen	3	CDU	
	Sachsen	3	CDU	
	Bremen	1	SPD	
	Brandenburg	3	SPD	
	1998	Hamburg	1	SPD
		Mecklenburg-Vorpommern	2	SPD
Brandenburg		3	SPD	
Sachsen-Anhalt		4	SPD	
2002	Thüringen	3	SPD	
	Hamburg	1	SPD	
	Sachsen-Anhalt	2	SPD	
	Thüringen	1	SPD	
2005	Sachsen	1	CDU	
	Hamburg	1	SPD	
	Brandenburg	3	SPD	
	Sachsen-Anhalt	4	SPD	
	Saarland	1	SPD	
	Sachsen	4	CDU	
	Baden-Württemberg	3	CDU	

ten für die Wahlkreisbewerber/-innen das Entstehen von Überhangmandaten begünstigen: Wenn mehr Parteien nach Überspringen der Sperrklausel an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen teilnehmen, diese Parteien aber keine Wahlkreise erringen, steigt die Wahrscheinlichkeit für das Anfallen von Überhangmandaten, und zwar auch, wenn die Wähler/-innen ihre Erst- und Zweitstimme jeweils der gleichen Partei geben, also kein individuelles Stimmensplitting betreiben. Die Wahlkreismandate teilen sich dann die „großen“ Parteien CDU, CSU und SPD. Die für die „kleineren“ Parteien abgegebenen Zweitstimmen fehlen dann den „großen“ Parteien bei der Berechnung der Sitzverteilung. Das Ergebnis können Überhangmandate sein. Das „Überhangpotenzial“ wird noch größer, wenn die Wähler/-innen in einem Land Stimmensplitting betreiben und womöglich dort noch ausgeprägte Parteipräferenzen bestehen, sodass alle Direktmandate von einer Partei gewonnen werden (bei der Bundestagswahl 2005 gelang dies der SPD in Hamburg, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und im Saarland). Dann entsprechen die Zweitstimmen einer Partei unter Umständen recht schnell nicht mehr den von ihr gewonnenen Wahlkreismandaten. In diese Richtung kann auch eine regionale Konzentration anderer Parteien, insbesondere der Partei Die Linke., in vermindertem Maße auch der GRÜNEN und der FDP, wirken, weil dann den in den Wahlkreisen erfolgreichen „großen“ Parteien in diesen Ländern Zweitstimmen fehlen. So betrug der Zweitstimmenanteil der Partei Die Linke. bei der Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern 25,3 %, was die „Verteilungsmasse“ für CDU und SPD zur „Absicherung ihrer Direktmandate durch Zweitstimmen“ erheblich verringerte.

Obwohl durch das Achtzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern an deren Anteil an der gesamten deutschen Bevölkerung angepasst wurde (siehe auch Kapitel 1), sind auch bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag Überhangmandate nicht auszuschließen. Ob sich wieder erhebliche Unterschiede von Land zu Land bei der Wahlbeteiligung ergeben, ob und in welchen Kombinationen die Wähler/-innen ihre Erst- und Zweitstimme splitten und ob es wieder in einigen Ländern zu recht knappen Wahlkreisergebnissen, möglicherweise verbunden mit regionalen Zweitstimmenerfolgen anderer Parteien kommt, lässt sich indessen nicht voraussehen.

Ob, von welcher Partei und in welchem Land bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag Überhangmandate errungen werden, wird erst nach Vorliegen des gesamten Zweitstimmenergebnisses auf Bundesebene und der Erststimmenergebnisse für alle 299 Wahlkreise feststehen. Prognosen am Wahlabend zu Überhangmandaten sind deshalb mit größter Vorsicht zu betrachten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 10. April 1997 [2 BvF 1/95 (BVerfGE, Bd. 95, S. 335 ff.)] die Verfassungsmäßigkeit von Überhangmandaten bejaht.

In einem weiteren Beschluss vom 26. Februar 1998 (2 BvC 28/96) hat das Bundesverfassungsgericht die bisherige Anwendung des § 48 Abs. 1 BWG (Berufung von Listen-nachfolgern) für künftig unzulässig erklärt, nach der ein aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedener Wahlkreisabgeordneter auch dann durch einen nachrückenden Landeslistenbewerber ersetzt werden konnte, solange die Partei dieses Wahlkreisabgeordneten in dem betreffenden Bundesland über Überhangmandate verfügte. Nach den Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes könnte der Gesetzgeber zwar eine Mandatsnachfolge auf Wahlkreisabgeordnete trotz Überhangmandaten etwa durch Nachwahl im Wahlkreis oder Aufstellung von Ersatzkandidaten für die Wahlkreisbewerber anordnen. Da der Gesetzgeber aber von einer Neuregelung abgesehen hat, wurden Mandate von ausscheidenden Wahlkreisabgeordneten in der 15. Wahlperiode erst dann von der Landesliste nachbesetzt, wenn die Überhangmandate dieser Partei in dem betreffenden Land dort durch Ausscheiden von Abgeordneten „ausgeglichen“ waren.

Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am 3. Juli 2008 entschieden (2 BvC 1/07), dass § 7 Abs. 3 Satz 2 i.V. mit § 6 Abs. 4 und 5 BWG die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Gleichheit und der Unmittelbarkeit der Wahl im Sinne des Artikels 38 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes verletzt, soweit hierdurch ermöglicht wird, dass ein Zuwachs an Zweitstimmen zu einem Verlust an Sitzen der Landeslisten oder ein Verlust an Zweitstimmen zu einem Zuwachs an Sitzen der Landeslisten führen kann – ein sogenanntes negatives Stimmgewicht oder inverser Erfolgswert. Diesem – in seiner bisherigen Rechtsprechung zur Überhangmandatsregelung vernachlässigten – Phänomen hat das Gericht im konkreten Fall Mandatsrelevanz beigemessen und die genannten Normen im aufgezeigten Umfang für ver-

fassungswidrig (nicht nichtig) erklärt⁶). Das Gericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, spätestens bis zum 30. Juni 2011 eine verfassungsgemäße Regelung zu treffen. Daraus folgt, dass bei der Bundestagswahl 2009 die Sitze ausnahmsweise noch auf der Grundlage der aktuellen, zwar verfassungswidrigen, aber nicht nichtigen Regelung verteilt werden können.

7 Rechtsgrundlagen und Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahlstatistik, bei der es sich um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse und der dort angefallenen Informationen (insbesondere Zahl der Wahlberechtigten, der Wählerinnen und Wähler, der gültigen und ungültigen Stimmen für die einzelnen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten, gegliedert nach Ländern, Wahlkreisen, kreisfreien Städten bzw. Kreisen, Gemeinden und Wahlbezirken, sowie Angaben zu den einzelnen Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern) handelt, lassen sich mit der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe bei einer Bundestags- oder Europawahl nach Altersgruppen und Geschlecht analysieren.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik ermöglichen Parteien, Politik, Behörden, Presse, Wissenschaft und Öffentlichkeit Wahlanalysen etwa zu folgenden Fragen: Wahlbeteiligung und Wahlverhalten einzelner Bevölkerungsgruppen (Jungwähler, mittlere Altersgruppen, ältere Generation, Frauen, Männer), Wahlbeteiligung und Wahlverhalten dieser Bevölkerungsgruppen in den alten und in den neuen Bundesländern, Zusammensetzung und Altersstruktur der Nichtwähler/-innen, Parteipräferenzen von Bevölkerungsgruppen sowie bei Bundestagswahlen Nutzung der Möglichkeit des Stimmensplittings durch einzelne Bevölkerungsgruppen.

Rechtsgrundlage für die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik ist das am 1. Juni 1999 in Kraft getretene Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412).

Die Regelungen des Wahlstatistikgesetzes schreiben die bisher bei der Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik für Bundestags- und Europawahlen geübte Praxis rechtsverbindlich fest und bilden eine präzisere rechtliche Grundlage für wahlstatistische Erhebungen als die durch das Wahlstatistikgesetz aufgehobenen wahlstatistischen Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung. Für

den Schutz des Wahlheimnisses werden insbesondere folgende Maßnahmen angeordnet:

- Festlegung einer Mindestzahl von 400 Wahlberechtigten bei Urnen- bzw. 400 Wählerinnen und Wählern bei Briefwahlbezirken für die Stichprobenwahlbezirke;
- Zusammenfassung der Geburtsjahrgänge zu Gruppen, sodass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Wähler/-innen möglich sind;
- Trennung der für die Stimmenauszählung und für die statistische Auswertung zuständigen Stellen;
- Verbot der Zusammenführung von Wählerverzeichnissen und gekennzeichneten Stimmzetteln;
- strenge Zweckbindung für die Statistikstellen hinsichtlich der ihnen zur Auswertung überlassenen Wahlunterlagen.

Weiterhin legt das Wahlstatistikgesetz fest, dass die Wahlberechtigten der Wahlbezirke, in denen die Repräsentativerhebung durchgeführt wird, hiervon in geeigneter Weise – zum Beispiel durch öffentliche Bekanntmachung sowie Hinweis im Wahllokal – zu unterrichten sind.

Die repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahl 2009 wird in knapp 2 600 ausgewählten Urnen- und knapp 350 Briefwahlbezirken die Wahlbeteiligung bzw. die Stimmabgabe nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen auswerten. Die Stichprobenwahlbezirke werden nach dem Zufallsprinzip aus den insgesamt rund 80 000 Urnen- und 10 000 Briefwahlbezirken so ausgewählt, dass sie für die Gesamtheit des Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ sind. Die repräsentative Wahlstatistik bezieht eine wesentlich größere Anzahl von Personen ein als demoskopische Untersuchungen nichtamtlicher Stellen, die sich zudem nur auf freiwillige Angaben der befragten Personen vor oder nach der Wahl, nicht aber auf die Stimmabgabe selbst stützen können⁷).

Für die Ermittlung der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter werden die Wählerverzeichnisse in den Stichprobenwahlbezirken ausgewertet. Die Ausgabe von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck (Frau/Mann, Geburtsjahr-

Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik

Alter von ... bis unter ... Jahren	
Wahlbeteiligung	Stimmabgabe
unter 21	unter 25
21 – 25	25 – 35
25 – 30	35 – 45
30 – 35	45 – 60
35 – 40	60 und mehr
40 – 45	
45 – 50	
50 – 60	
60 – 70	
70 und mehr	

⁶) Siehe Schreiber, W.: „Bundeswahlgesetz (BWahlG) – Kommentar“, 8. Auflage 2009, Randnummer 34 zu § 6.

⁷) Forschungsinstitute führen inzwischen auch Befragungen von Wählerinnen und Wählern beim Verlassen des Wahllokals am Wahltag durch (sog. exit polls), um das tatsächliche Abstimmverhalten und nicht nur die Wahlabsicht zu erfassen. Ob dabei stets richtige Angaben über das Wahlverhalten gemacht werden, ist nicht gesichert. Die Demoskopie, die gegenüber der repräsentativen Wahlstatistik zum Beispiel auch Aufschluss über die Motive der Wähler/-innen, demografische Angaben und soziale Merkmale geben kann, greift daher zur Absicherung ihrer Ergebnisse auf die durch die amtliche Statistik ermittelten Ergebnisse zurück. Siehe hierzu auch Schorn, K.: „Die repräsentative Wahlstatistik – immer noch eine wenig bekannte Statistik“ in KommunalPraxis spezial, Heft 3/2009, Wahlen, S. 122 ff.

gruppe) ermöglicht eine Auswertung der Stimmen der Wähler/-innen nach Geschlecht und Alter. Die Stimmabgabe wird nach Frauen und Männern sowie fünf Geburtsjahresgruppen analysiert, die Wahlbeteiligung nach zehn Geburtsjahresgruppen.

Die angewandte Methode zur Feststellung der Stimmabgabe von Männern und Frauen in den fünf Altersgruppen wahrt das Wahlgeheimnis. Da die für die Stichprobe ausgewählten Urnenwahlbezirke mindestens 400 Wahlberechtigte umfassen und nur fünf Geburtsjahresgruppen je Geschlecht festgelegt werden, sind Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Wähler/-innen nicht möglich. Die Mitglieder der Wahlvorstände können beim Auszählen der Stimmzettel zwar sehen, wie viele Frauen oder Männer einer Altersgruppe eine bestimmte Partei gewählt haben. Da aber zu jeder Altersgruppe (von Männern und Frauen) zahlreiche Personen gehören, kann daraus nicht auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers bzw. einer Wählerin geschlossen werden. Außerdem erfolgt die statistische Auswertung der Stimmabgabe nicht in den Wahllokalen, sondern in den Statistischen Ämtern der Länder oder in – von anderen kommunalen Verwaltungsstellen getrennten – Statistikstellen der Gemeinden. Für Einzelbewerber/-innen oder sehr kleine Parteien abgegebene Stimmen werden nicht gesondert, sondern unter der Rubrik „Sonstige“ statistisch erfasst. Ergebnisse für einzelne Stichprobenwahlbezirke dürfen nicht bekannt gegeben werden (§ 8 WStatG).

Das WStatG in der Fassung vom 21. Mai 1999 sah noch keine Verpflichtung zur Einbeziehung der Briefwähler/-innen in die repräsentative Wahlstatistik vor. Der Anteil der Briefwähler/-innen an der Gesamtzahl der Wähler/-innen hat sich aber von 9,4 % bei der Bundestagswahl 1990 über 13,4 % bei der Bundestagswahl 1994 auf 16,0 % bei der Bundestagswahl 1998 erhöht (bei der Einführung der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 hatten lediglich 4,9 % der Wahlberechtigten von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht). Vor diesem Hintergrund wurde – rechtzeitig vor der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 – mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412) – die Einbeziehung ausgewählter Briefwahlbezirke in die Statistik ermöglicht. Diese Einbeziehung erfolgt in erster Linie, um die Genauigkeit des Gesamtergebnisses sicherzustellen, jedoch weniger mit dem Ziel, das Wahlverhalten der Briefwähler/-innen gesondert auszuwerten. Wegen der geringen Anzahl ausgewählter Briefwahlbezirke kann eine Analyse des Wahlverhaltens der Briefwähler/-innen nach Altersgruppen und Geschlecht nur für das Bundesgebiet insgesamt vorgenommen werden. Der Anteil der Briefwähler/-innen an allen Wählerinnen und Wählern betrug bei der Bundestagswahl 2002 18 %, bei der Bundestagswahl 2005 stieg er auf 18,7 %.

Zielgruppe der statistischen Erhebung sind die Briefwähler/-innen in ausgewählten Stichprobenbriefwahlbezirken. Die Briefwahlbezirke werden gebietsweise definiert durch die den Briefwahlvorständen zugewiesene Zuständigkeit, die ausschließlich an den allgemeinen Wahlbezirken (§ 2 Abs. 3 BWG, § 12 BWO) ausgerichtet ist. Der Wahlbrief eines jeden Briefwählers bzw. einer jeden Briefwählerin kann demzufolge einem bestimmten Briefwahlvorstand zugeordnet werden.

Die Briefwahlvorstände der ausgewählten Briefwahlbezirke prüfen ausschließlich Wahlbriefe mit Wahlscheinen und Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdrucken in einer ausreichend hohen Zahl, die einen Rückschluss auf ein bestimmtes Wahlverhalten nicht zulassen. Nach dem WStatG muss ein ausgewählter Briefwahlbezirk mindestens 400 Wähler/-innen umfassen. Dabei ist auf die Zahl der Wähler/-innen abzustellen, die bei der jeweils vorangegangenen Bundestagswahl in den Briefwahlbezirken ihre Stimme durch Briefwahl abgegeben haben. [u](#)

Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2005, in denen die Mehrheit der Erststimmen
von 2002 zu 2005 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Anteil der Erststimmen						2005 gegenüber 2002			
		CDU		SPD		Die Linke.		CDU	SPD	Die Linke.	
		2005	2002 ¹⁾	2005	2002 ¹⁾	2005	2002 ¹⁾				
Nr.	Name	%						Prozentpunkte			
Übergang von der SPD an die CDU											
003	Steinburg – Dithmarschen Süd	44,9	43,0	41,2	45,8		X	X	+1,9	-4,6	X
004	Rendsburg-Eckernförde	44,1	40,4	43,7	48,1		X	X	+3,7	-4,4	X
007	Pinneberg	44,2	41,0	42,8	46,4		X	X	+3,2	-3,6	X
008	Segeberg – Stormarn-Nord	43,9	40,5	42,6	46,7		X	X	+3,4	-4,1	X
010	Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd	44,4	42,3	44,1	46,1		X	X	+2,1	-2,0	X
018	Neubrandenburg – Mecklenburg-Strelitz – Uecker-Randow	31,3	32,2	29,7	37,8		X	X	-0,9	-8,1	X
080	Berlin-Steglitz – Zehlendorf	40,0	38,4	38,7	40,8		X	X	+1,6	-2,2	X
091	Düren	45,0	43,3	42,8	45,5		X	X	+1,7	-2,6	X
098	Rhein-Sieg-Kreis I	45,5	40,9	41,4	44,2		X	X	+4,6	-2,8	X
105	Mettmann I	47,3	42,3	39,7	42,8		X	X	+5,1	-3,1	X
107	Düsseldorf I	44,6	40,3	40,6	44,1		X	X	+4,2	-3,5	X
109	Neuss I	47,7	43,6	40,3	44,7		X	X	+4,1	-4,5	X
155	Leipziger Land – Muldentalkreis	34,9	35,0	29,6	39,7		X	X	-0,2	-10,1	X
184	Frankfurt am Main II	37,3	35,4	33,7	35,6		X	X	+1,9	-1,9	X
186	Offenbach	43,7	43,0	40,0	43,4		X	X	+0,7	-3,5	X
188	Odenwald	42,0	41,2	41,9	45,6		X	X	+0,7	-3,7	X
189	Bergstraße	44,4	43,4	41,8	45,3		X	X	+0,9	-3,5	X
192	Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I	30,9	30,7	29,5	41,8		X	X	+0,1	-12,3	X
196	Greiz – Altenburger Land	31,7	33,2	30,2	39,0		X	X	-1,5	-8,8	X
203	Kreuznach	43,0	40,1	41,7	47,1		X	X	+2,9	-5,3	X
205	Trier	43,1	41,3	40,6	43,7		X	X	+1,8	-3,0	X
259	Stuttgart I	39,2	37,3	38,6	42,0		X	X	+1,9	-3,4	X
272	Karlsruhe-Stadt	41,3	35,1	39,4	40,0		X	X	+6,3	-0,5	X
275	Heidelberg	38,7	38,1	38,4	42,9		X	X	+0,6	-4,5	X
Übergang von der SPD an die Die Linke.											
085	Berlin-Treptow – Köpenick	X	X	33,2	39,3	40,4	30,1	X	-6,1	+10,2	

1) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 2005.

Dipl.-Volkswirt Roland Sturm, Dipl.-Volkswirt Thorsten Tümmeler,
Dipl.-Verwaltungswirt Rainer Opfermann

Unternehmensverflechtungen im statistischen Unternehmensregister

Im Zuge der Globalisierung wächst auf nationaler wie auf internationaler Ebene die Bedeutung großer, teilweise den Markt beherrschender Wirtschaftseinheiten. In der Berichterstattung in den Medien und der öffentlichen Diskussion ist dabei oft von Konzernen, Unternehmensgruppen oder auch einfach nur von Unternehmen die Rede.

Beobachter der wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungen weisen darauf hin, dass die relevanten Entscheidungseinheiten in der Wirtschaft zunehmend nicht mehr Unternehmen, wie sie den Darstellungen der amtlichen Statistik auch in Deutschland bisher zugrunde liegen, sind, sondern umfassendere Einheiten. Um solche umfassenden Einheiten abgrenzen zu können, ist es erforderlich, die Verflechtungen der Unternehmen untereinander zu kennen.

Die amtliche Statistik in Deutschland hat sich dieses Themas angenommen. Die Integration von Angaben zur Gruppenzugehörigkeit von deutschen Unternehmen in das statistische Unternehmensregister bildet die Grundlage, künftig die wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungen umfassender darstellen zu können. Damit werden neue Analysemöglichkeiten eröffnet, zusätzliche statistische Informationen für wirtschaftspolitische Entscheidungen können bereitgestellt und die bestehenden Statistiken präzisiert werden.

Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder auf diesem Gebiet werden im vorliegenden Beitrag dargestellt.

1 Unternehmen, Unternehmensverflechtungen und Unternehmensgruppen

Der Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände in der deutschen amtlichen Wirtschaftsstatistik liegt nach langer Tradition im Wesentlichen das Unternehmen als statistische Einheit zugrunde.¹⁾ Das Unternehmen wird dabei definiert als die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Die Bezugnahme auf die bestehenden Vorschriften für die Rechnungslegung soll einerseits die Verfügbarkeit und damit auch die Qualität der Daten sicherstellen, andererseits aber auch eine klare und eindeutige Begriffsabgrenzung ermöglichen, die es erlaubt, den Adressaten für die Auskunftsverpflichtung bei den Erhebungen eindeutig zu benennen. Das so definierte Unternehmen ist die Einheit, bei der und für die die Mehrzahl der Informationen im Rahmen der Konjunktur- und Strukturstatistiken erhoben wird. Für regionalstatistische Zwecke ist das Unternehmen als Beobachtungseinheit nicht immer geeignet. Wenn es über mehrere örtlich getrennte Niederlassungen (sogenannte örtliche Einheiten oder Betriebe) verfügt, kann es sinnvoll sein, in verschiedenen Erhebungen auch Daten für Betriebe zu ermitteln, um Unternehmensergebnisse regional aufgliedern zu können.

Vor allem auf europäischer Ebene wird bereits seit geraumer Zeit die Erfassung von Angaben über die Verflechtung von Unternehmen sowie über nationale und internationale

1) Siehe z. B. Fürst, G., und Mitarbeiter: „Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände“ in WiSta 12/1957, S. 643 ff.

Unternehmensgruppen vorangetrieben. Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, hat bereits in der Verordnung zu den statistischen Einheiten in den frühen 1990er-Jahren die Einheit Unternehmensgruppe beschrieben²⁾ und gemeinsam mit den nationalen Statistikbehörden der Mitgliedstaaten in EU-Arbeitsgruppen auch eine Methodik zu ihrer Abgrenzung entwickelt. Nach der 2008 revidierten Verordnung zum Unternehmensregister sind die Mitgliedstaaten nunmehr auch verpflichtet, Informationen zu Unternehmensgruppen im Unternehmensregister zu führen.³⁾ Eurostat verfolgt darüber hinaus mit großem Ressourceneinsatz und ambitioniertem Zeitplan den Aufbau einer Datenbank zu multinationalen Unternehmensgruppen für die Europäische Union (EU). Damit sollen künftig internationale Verflechtungen abgebildet und die wirtschaftlichen Aktivitäten internationaler Unternehmensgruppen in der EU bzw. in einzelnen Mitgliedstaaten dargestellt und analysiert werden. Kapitel 2 und Abschnitt 4.2 werden sich mit diesen Arbeiten auseinandersetzen.

Informationen zu Unternehmensgruppen finden sich häufig, aber fragmentarisch in der täglichen Wirtschaftspresse. Aufstellungen über die ökonomische Bedeutung „der hundert größten Unternehmen oder Konzerne“, auch gegliedert nach Branchen, haben inzwischen einen regelmäßigen Platz im Wirtschaftsteil der großen Tageszeitungen oder in den Wirtschaftsmagazinen. Die den Darstellungen zugrunde gelegten Einheiten sind zumeist nicht näher spezifiziert, die Angaben speisen sich häufig aus Geschäftsberichten oder ähnlichen Quellen. Sie werfen jedoch Schlaglichter auf ein Phänomen, dessen gesamtwirtschaftliche Einordnung bislang nur ungenau beschrieben werden kann: die Verflechtung von Unternehmen untereinander und damit einhergehend die Entstehung von Unternehmensgruppen. Durch die Aufnahme von Informationen über Unternehmensverflechtungen in das statistische Unternehmensregister werden künftig umfassendere Darstellungen der Wirtschaftsstrukturen möglich, zum Beispiel Antworten auf Fragen wie:

- Welche wirtschaftlichen Strukturen und Einheiten stehen hinter den Entwicklungen der Globalisierung?
- Welche Marktstrukturen sind in der Wirtschaft heute anzutreffen und welche Wettbewerbsverhältnisse herrschen?
- Welche Bedeutung hat der Mittelstand unter Berücksichtigung von Unternehmensverflechtungen?

Erste auf dem Unternehmensregister basierende Auswertungen zu solchen Fragestellungen enthält Kapitel 3.

Auf der Grundlage der Registerdaten können vielfältige zusätzliche Auswertungen vorgenommen werden. Durch

Kombination bestehender Statistiken lassen sich aus vorhandenem statistischen Datenmaterial neue Aussagen gewinnen, ohne dass damit eine zusätzliche Auskunftsbelastung für die Unternehmen verbunden ist. Voraussetzung ist, dass die Informationen über die Verflechtungen der einzelnen Unternehmen über das statistische Unternehmensregister verfügbar werden. Mithilfe des Unternehmensregisters als Infrastrukturelement für die Fachstatistiken können diese Informationen auf der Einzeldatenebene mit anderen Daten verknüpft werden. Daraus entstehende Auswertungen im Zusammenhang mit Unternehmensgruppen sind dann eine gelungene Umsetzung von registerbasierter Wirtschaftsstatistik.⁴⁾ Hierzu gehören beispielsweise die schon genannten Möglichkeiten, internationale Verflechtungen abzubilden und die wirtschaftlichen Aktivitäten auslandskontrollierter Unternehmen zu quantifizieren. Darüber hinaus lassen die Informationen über Unternehmensgruppen eine realitätsnähere Erfassung der Marktstrukturen beispielsweise zur Konzentrationsmessung zu.

2 Abbildung von Unternehmensgruppen im Unternehmensregister

Das statistische Unternehmensregister ist die wesentliche Grundlage der amtlichen Wirtschaftsstatistik in Deutschland. Regelmäßig gepflegt wird es durch eine Reihe von Verwaltungsdaten und durch Informationen, die in verschiedenen Unternehmens- und Betriebserhebungen gewonnen werden. Die umfangreichsten und wichtigsten Verwaltungsdatenquellen des Registers sind die Umsatzsteuerdaten der Finanzverwaltung sowie die Beschäftigtenaten der Bundesagentur für Arbeit. Aus diesen und weiteren Quellen generiert das Unternehmensregister Angaben zu allen Unternehmen und deren örtlichen Einheiten (Betrieben) in Deutschland und weist die Beziehungen von örtlichen Einheiten zu Unternehmen aus. Diese Informationen stehen den Fachstatistikern als Auswahlgrundlage zur Verfügung, die auf dieser Basis Erhebungen durchführen bzw. Verwaltungsdaten nutzen und diese zu statistischen Ergebnissen verarbeiten.⁵⁾

Das Unternehmensregister enthielt bisher jedoch keine Angaben zu Verflechtungen der Unternehmen untereinander bzw. zu deren Zugehörigkeit zu Unternehmensgruppen.⁶⁾ Entsprechende Angaben liegen bislang nicht in einer für das Unternehmensregister verwendbaren Form aus Verwaltungsdatenquellen vor und können auch nicht mit vertretbarem Aufwand von der Statistik selbst bei den betroffenen Einheiten erhoben werden. Daher hat sich die amtliche Statistik entschlossen, auf einem anderen Weg Zugang zu Daten zur Gruppenzugehörigkeit von Unternehmen zu erhalten (siehe Abschnitt 2.3).

2) Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (Amtsbl. der EG Nr. L 76, S. 1). Siehe hierzu auch Schnorr-Bäcker, S.: „Statistische Einheiten“ in WiSta 1/1994, S. 23 ff.

3) Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates (Amtsbl. der EU Nr. L 61, S. 6).

4) Zum Konzept der statistischen Ämter für eine registerbasierte Wirtschaftsstatistik siehe Sturm, R.: „Konzept einer registerbasierten Wirtschaftsstatistik“ in AstA – Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, 2009 (in Vorbereitung).

5) Zu Stand und Weiterentwicklung des statistischen Unternehmensregisters siehe Sturm, R./Tümler, T.: „Das statistische Unternehmensregister – Entwicklungsstand und Perspektiven“ in WiSta 10/2006, S. 1021 ff.

6) Eine Ausnahme bilden steuerliche Organkreise, die dem Unternehmensregistersystem bekannt sein müssen, um für alle Organschaftsmitglieder adäquate Umsätze zu schätzen. Siehe Wagner, I.: „Schätzung fehlender Umsatzangaben für Organschaften im Unternehmensregister“ in WiSta 9/2004, S. 1001 ff., sowie Fußnote 5, hier: S. 1025.

2.1 Methodische Grundlagen: Unternehmensgruppe und statistisches Kontrollkonzept

Um Unternehmensgruppen statistisch beobachten zu können, muss zunächst eine klare und operationale Definition zugrunde gelegt werden. Die Europäische Union hat bereits vor längerer Zeit eine Rahmenverordnung erlassen, in der verschiedene statistische Einheiten für ihren Gebrauch im europäischen statistischen System definiert werden.⁷⁾ Welche statistische Einheit für eine bestimmte Statistik oder Analyse zu verwenden ist, wird dann in der die jeweilige Statistik anordnenden Rechtsvorschrift festgelegt. Zu den in der Rahmenverordnung definierten Einheiten gehört auch die Unternehmensgruppe:

„Die Unternehmensgruppe vereinigt Unternehmen, die rechtlich-finanzielle Beziehungen untereinander haben. In der Unternehmensgruppe kann es – insbesondere was die Produktions-, Verkaufs-, Gewinnpolitik usw. anbetrifft – mehrere Entscheidungszentren geben. Sie kann gewisse Aspekte der finanziellen Unternehmensleitung und des Steuerwesens vereinen. Sie bildet eine wirtschaftliche Einheit, die Entscheidungen treffen kann, die sich vor allem auf die miteinander verbundenen Einheiten beziehen, aus denen sie sich zusammensetzt“.

Zu dieser Grunddefinition liefert die Verordnung eine Reihe von ergänzenden Erläuterungen, die das Anwenden der Definition unterstützen sollen. Da zum Zeitpunkt, als die Verordnung formuliert wurde, zahlreiche Arbeiten im Zusammenhang mit der Abgrenzung von Unternehmensgruppen noch nicht abgeschlossen waren, mussten diese Erläuterungen für die Praxis noch weiterentwickelt werden. So wurde bei der Definition der Unternehmensgruppe zwar vom Begriff der „rechnungslegenden Einheit“ ausgegangen, wie ihn die Siebente Richtlinie 83/349/EWG des Rates zur Konzernrechnungslegung⁸⁾ eingeführt hat.⁹⁾ Diese Definition war jedoch für die statistische Anwendung nicht ausreichend, u. a. weil die dort beschriebenen „rechnungslegenden Einheiten“ keine disjunkten Unternehmensgruppen bilden. Für die Unternehmensgruppe wurde daher ein spezifisches Konzept entwickelt, das sich an der tatsächlich ausgeübten Kontrolle zwischen Mitgliedern der Unternehmensgruppe orientiert (statistisches Kontrollkonzept).

Ausgangspunkt für die Bestimmung von Unternehmensgruppen in der amtlichen Statistik ist das Vorhandensein einer Einheit, die als Gruppenoberhaupt Kontrolle über die einzelnen Mitglieder der Unternehmensgruppe ausübt. Zur Beschreibung und Abgrenzung von Unternehmensgruppen sind daher Informationen über Kontrollbeziehungen zwischen Einheiten notwendig. Die oben genannte EU-Verordnung erläutert nicht stringent, welche Einheiten zur Bildung

von Unternehmensgruppen zugrunde gelegt werden sollen. So ist in vielen Formulierungen von Tochter- und Mutterunternehmen die Rede. Aber in Bezug auf die Feststellung von Kontrollbeziehungen spricht die Verordnung von der „juristischen Muttereinheit“, die von keiner anderen „rechtlichen Einheit“ kontrolliert wird. Dabei sind rechtliche Einheiten „vom Gesetz anerkannte juristische Personen oder natürliche Personen, die eine Wirtschaftstätigkeit ausüben“. In Bezug auf das Unternehmen, das ebenfalls in dieser Verordnung als statistische Einheit definiert wird, ist die rechtliche Einheit dessen „rechtlicher Träger“. In der derzeitigen Praxis des Unternehmensregisters entspricht eine rechtliche Einheit einem Unternehmen und basiert auf Angaben zu einer im Handelsregister geführten Firma oder einem von der Finanzverwaltung geführten Umsatzsteuerpflichtigen.¹⁰⁾

Entscheidend für die operationale Anwendung des Unternehmensgruppenbegriffs ist also die Existenz von Kontrolle zwischen rechtlichen Einheiten. Kontrolle bedeutet hierbei die Möglichkeit, die allgemeine Unternehmenspolitik der beherrschten Einheit festzulegen oder zu bestimmen. Dabei kann Kontrolle verschiedene Ausgestaltungsformen haben und muss nicht gleichbedeutend mit Eigentum sein. Bei der Gruppenbildung gilt, dass rechtliche Einheiten entweder durch genau eine oder durch keine rechtliche Einheit kontrolliert werden. Eine rechtliche Einheit, die andere rechtliche Einheiten kontrolliert, selbst aber nicht durch andere kontrolliert wird, stellt das Gruppenoberhaupt dar. Rechtliche Einheiten, die kontrolliert werden, stellen die gruppenabhängigen Einheiten dar.

Um dieses Kontrollkonzept für die Praxis anwendbar zu gestalten, wurden operationale Regeln aufgestellt. Eine Kontrolle einer Einheit über eine andere Einheit liegt vor, wenn eines der folgenden Kriterien erfüllt ist:

- Eine rechtliche Einheit besitzt direkt mehr als 50 % der Kapitalanteile einer anderen rechtlichen Einheit (direkte Kontrolle).
- Eine rechtliche Einheit besitzt über Tochtereinheiten mehr als 50 % der Kapitalanteile an einer anderen rechtlichen Einheit (indirekte Kontrolle, auch in Form der indirekten kumulierten Kontrolle).
- Das Rechnungswesen einer rechtlichen Einheit ist in das Rechnungswesen einer anderen Einheit vollständig integriert (konsolidiertes Rechnungswesen).
- Aus administrativen Quellen ergibt sich, dass eine rechtliche Einheit eine andere rechtliche Einheit kontrolliert, auch wenn sie weniger als 50 % der Kapitalanteile besitzt.

Der Kontrollbegriff umfasst damit den bestimmenden Einfluss einer Muttereinheit über die mittel- und langfristigen

7) Siehe Fußnote 2.

8) Siehe Siebente Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluss (Amtsbl. der EG Nr. L 193, S. 1).

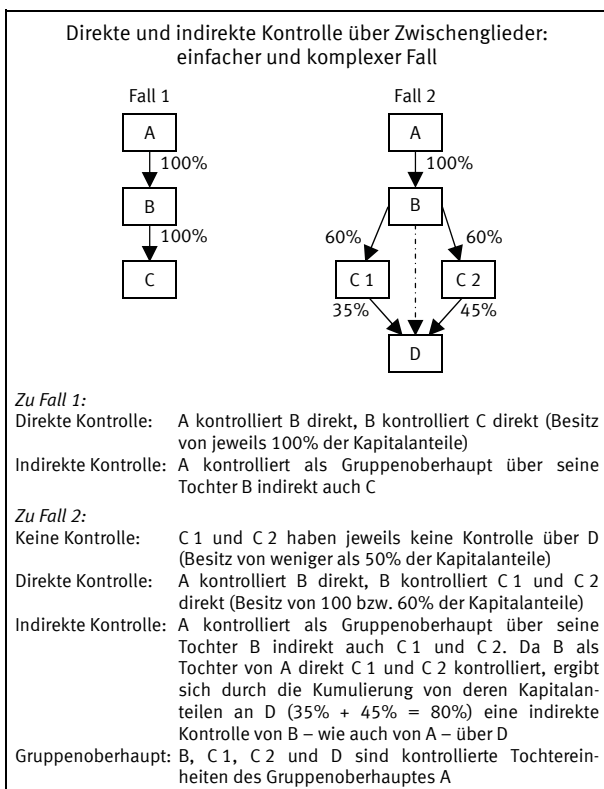
9) Siehe in diesem Zusammenhang auch die Bestimmungen zur Konzernrechnungslegung des deutschen HGB und der IAS 27 [Verordnung (EG) Nr. 494/2009 der Kommission vom 3. Juni 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf International Accounting Standard (IAS) 27, Amtsbl. der EU Nr. L 149, S. 6].

10) Zu Ausnahmen beispielsweise im Falle von Organschaften siehe Hagenkorf, S./Schmidt, P.: „Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten der Behandlung von steuerlichen Organschaften im statistischen Unternehmensregister“ in WiSta 11/2001, S. 922 ff.

Strategien einer oder mehrerer untergeordneter rechtlicher Einheiten. Der bestimmende Einfluss kann wie beschrieben auf unterschiedliche Weise ausgeübt werden. Praktisch beobachten lässt sich jedoch in der Regel nur das Vorhandensein einer Kapital- bzw. Stimmenmehrheit. Die Zugehörigkeit von Einheiten zu Unternehmensgruppen lässt sich danach in der Praxis vor allem aus den Besitz- und Beteiligungsverhältnissen ableiten. Hierbei wird unterstellt, dass sich eine Mehrheit am Kapital einer Einheit auch in einer Stimmenmehrheit in den Haupt- bzw. Gesellschafterversammlungen niederschlägt und so Einfluss auf die Leitungs- und Kontrollorgane der betreffenden Einheit nimmt. Kontrolle kann aber auch faktisch – zum Beispiel durch Konsolidierung einer anderen Einheit in das eigene Rechnungswesen, bestehende Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge oder identische Geschäftsführung – ausgeübt werden, ohne dass vorliegende Mehrheitsbeteiligungen bekannt sind. Für letztere Formen der Kontrolle gibt es allerdings keine systematischen und hinreichend vollständigen Informationsquellen. Untersuchungen haben jedoch gezeigt, dass auch diese Formen der faktischen Kontrolle letztlich auf Anteilsmehrheit beruhen bzw. damit einhergehen. Die Beteiligungsverhältnisse von Kapitalgesellschaften sind den Registergerichten anzuzeigen.

Durch direkte und indirekte Kontrolle ergibt sich eine hierarchische Struktur der Unternehmensgruppe mit dem Gruppenoberhaupt an der Spitze, Zwischengliedern (sog. Intermediären, die vom Gruppenoberhaupt kontrolliert werden und selbst andere rechtliche Einheiten kontrollieren) und rechtlichen Einheiten, die kontrolliert werden, selbst aber keine anderen rechtlichen Einheiten kontrollieren (reine Töchter) auf der untersten Ebene (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1



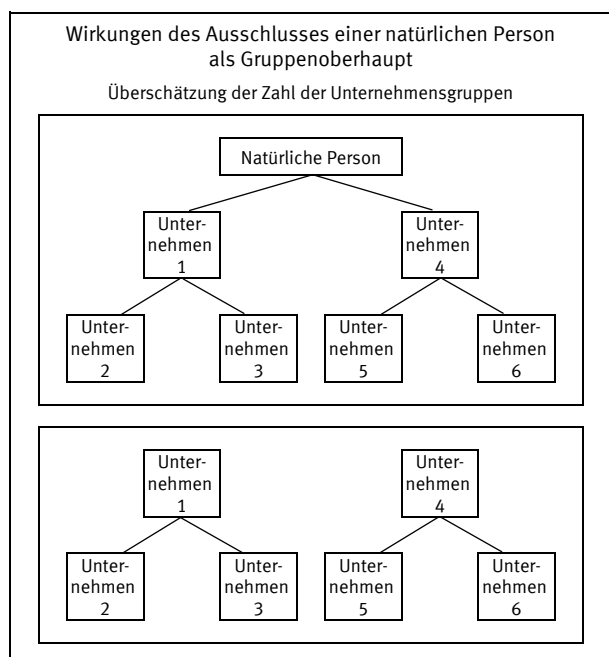
Zur Darstellung von Unternehmensgruppenstrukturen werden häufig auch sogenannte durchgerechnete Quoten verwendet. Bei Anlegung solcher über mehrere Stufen durchgerechneter Quoten würde in dem in Schaubild 1 genannten Fall 2 B (und damit auch A) keine Kontrolle über D ausüben ($0,6 \times 35\% + 0,6 \times 45\% = 48\% \Rightarrow$ keine Kontrolle). Nach dem Konzept der amtlichen Statistik übt B jedoch Kontrolle über D aus. Dieser Sachverhalt wird als indirekte kumulierte Kontrolle bezeichnet. Dabei zählen Besitzanteile, über die durch direkte Stimmenmehrheit verfügt wird, zu 100% als Besitzanteil des Mehrheitsbesitzers. Dieses Kontrollkonzept zeigt die tatsächliche Kontrolle einer rechtlichen Einheit über eine andere auf, wobei die Kontrolle über die Zwischenglieder einbezogen ist.

Die hierarchische Struktur der Unternehmensgruppe kann entsprechend dieser Regel im Wesentlichen aus den Kapitalbeziehungen abgeleitet werden. Die Möglichkeit der Erfassung von Kontrolle anhand qualitativer Merkmale wird dadurch aber nicht ausgeschlossen. Vielmehr werden, soweit bekannt, neben reinen Beteiligungsbeziehungen auch zusätzliche Informationen über öffentlich zugängliche vertragliche Kontrollbeziehungen (z.B. Beherrschungsverträge) wie über den Tatbestand faktischer Kontrolle (z. B. identische Geschäftsführung) berücksichtigt.

Eine kontrollierte Einheit kann per Definition keine natürliche Person (auch keine Genossenschaft, Stiftung oder ein Verein) sein. Als kontrollierte rechtliche Einheiten kommen nur juristische Personen infrage. Das Gruppenoberhaupt kann jedoch sowohl eine juristische (in allen Rechtsformen) als auch eine natürliche Person sein. Die Einbeziehung natürlicher Personen garantiert, dass es nicht zur Unter- bzw. Überschätzung der Anzahl von Unternehmensgruppen kommt.

Eine Überschätzung der Zahl von Unternehmensgruppen bei Ausschluss einer natürlichen Person als Gruppenoberhaupt träte in dem in Schaubild 2 dargestellten Beispiel auf.

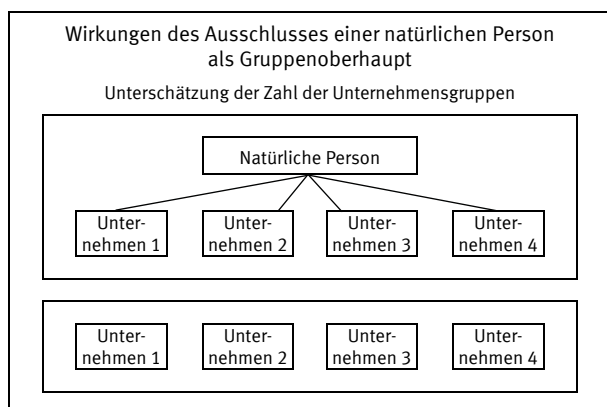
Schaubild 2



Die Einheiten bilden eine Unternehmensgruppe mit der natürlichen Person als Gruppenoberhaupt. Bei Ausschluss der natürlichen Person zerfiel das Geflecht in zwei Gruppen von Unternehmen, die in Wahrheit aber nur Teilgruppen der Gesamtgruppe darstellen.

Andererseits könnte, wie in Schaubild 3 dargestellt, der Ausschluss der natürlichen Person als Gruppenoberhaupt auch zu einer Unterschätzung der Zahl von Unternehmensgruppen führen. Bei Ausschluss der natürlichen Person ist kein Geflecht mehr vorhanden, die vier Unternehmen erscheinen als selbstständige Einheiten.

Schaubild 3



2.2 Merkmale von Unternehmensgruppen

Nach der 2008 in Kraft getretenen revidierten europäischen Verordnung zum Unternehmensregister sind in den statistischen Unternehmensregistern der EU-Mitgliedstaaten auch Angaben über Unternehmensgruppen zu führen. Neben den Besitz- und Kontrollbeziehungen sind dabei für die Unternehmensgruppe als Einheit folgende Merkmale obligatorisch:

- Name der Unternehmensgruppe
- wirtschaftliche Haupttätigkeit
- Art der Unternehmensgruppe (rein gebietsansässige Gruppe; inlandskontrollierte Rumpfgruppe; auslandskontrollierte Rumpfgruppe)
- demografische Merkmale (Gründung, Auflösung)
- Zahl der Beschäftigten

Die Merkmale für die Unternehmensgruppen können im Wesentlichen aus den Daten der zugehörigen Unternehmen abgeleitet werden. Für die Zahl der Beschäftigten einer rein nationalen Unternehmensgruppe müssen zum Beispiel lediglich die Angaben zu den Beschäftigten der gruppenzugehörigen Unternehmen summiert werden. Schwieriger ist dies bereits für transnationale Unternehmensgruppen, also solche, zu denen auch ausländische Unternehmen gehö-

ren. Hier stehen nur für die deutschen Teile der Gruppe, die sogenannte Rumpfgruppe, die notwendigen Angaben zur Verfügung. Für den Namen dieser (Rumpf-)Gruppe und für Aussagen zu ihrer Demografie (Gründungsdatum usw.) müssen Konventionen entwickelt werden, ebenso muss festgelegt werden, wie aus den vorhandenen Informationen zu den gruppenrelevanten Unternehmen Aussagen über die statistische Einheit Unternehmensgruppe abgeleitet werden.

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichen Schwerpunktes der Unternehmensgruppe wird analog den allgemeinen Regeln zur Klassifizierung statistischer Einheiten in den Erläuterungen zur Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) vorgegangen. Danach wird eine Einheit dem Wirtschaftsbereich zugeordnet, zu dem ihre Haupttätigkeit gehört.¹¹⁾ Zur Bestimmung der Haupttätigkeit soll idealerweise die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen verwendet werden. Informationen hierzu fehlen jedoch im Unternehmensregister, die Klassifizierung muss daher über eine Ersatzgröße vorgenommen werden. Zur Bestimmung der Haupttätigkeit der Unternehmensgruppe infrage kommen dabei der Umsatz und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Unternehmen, aus denen die Gruppe besteht. Der Umsatz ist für Unternehmensgruppen ein fakultatives Merkmal. Für rechtliche Einheiten bzw. Unternehmen ist nicht in allen Fällen eine Umsatzangabe aus den Verwaltungsdatenquellen vorhanden, der Umsatz muss daher teilweise geschätzt werden.¹²⁾ Zudem eignet sich der Umsatz als Ersatz für die Wertschöpfung für einige Bereiche (Banken und Versicherungen, Handel) eher schlecht zur Wirtschaftszweigklassifizierung. Daher erscheint als Ersatzgröße die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die grundsätzlich für alle Betriebe (örtliche Einheiten) der Unternehmen vorliegt, besser geeignet. Die Haupttätigkeit einer Unternehmensgruppe ist dann die Tätigkeit, auf die nach Aufsummierung der Zahl der Beschäftigten aller gruppenzugehörigen Betriebe und Gruppierung nach Abteilungen der gültigen Wirtschaftszweigklassifikation der größte Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter dieser Unternehmensgruppe entfällt. Wenn der Anteil der Beschäftigten in einer Tätigkeit auf Ebene der Abteilungen (Zweisteller) der Klassifikation mehr als 50% aller Beschäftigten der Unternehmensgruppe beträgt, wird die betreffende Abteilung für die Klassifizierung der Unternehmensgruppe zugrunde gelegt. In allen übrigen Fällen sind die Klassifizierungsregeln zu beachten, die eine stufenweise Zuordnung nach der Top-down-Methode vorschreiben: Im ersten Schritt wird der Abschnitt der WZ mit dem höchsten Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bestimmt. Innerhalb dieses Abschnitts der WZ wird die Abteilung mit dem höchsten Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bestimmt. Diese Abteilung bestimmt die Haupttätigkeit der Einheit und ist für die WZ-Zuordnung maßgeblich. Als Nebentätigkeiten der Unternehmensgruppe können alle übrigen bei den gruppenzugehörigen Niederlassungen eingetragenen Aktivitäten auf Zweisteller-Ebene eingetragen werden (fakultatives Merkmal der Registerverordnung).

11) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen 2008“, Wiesbaden 2009, S. 23 ff.

12) Siehe Wagner, I., Fußnote 6.

Ausländische Bestandteile einer Unternehmensgruppe gehen in die oben geschilderte Bestimmung des Schwerpunktes nicht mit ein, schon allein, weil Angaben zu deren Beschäftigten fehlen. Als weitere fakultative Merkmale für Unternehmensgruppen kommen beispielsweise konsolidierte Umsätze und Anschriftendaten hinzu. Konsolidierte Umsätze sind die Außenumsätze einer Unternehmensgruppe; Umsätze, die zwischen den Mitgliedern einer Unternehmensgruppe anfallen, sind hier nicht zu berücksichtigen. Aus den Datenquellen des statistischen Unternehmensregisters lassen sich Angaben zu konsolidierten Umsätzen der Unternehmensgruppen in der Regel nicht gewinnen. Lediglich im Fall sogenannter umsatzsteuerlicher Organschaften stehen aus den Lieferungen der Finanzverwaltung zur Aktualisierung des Unternehmensregisters konsolidierte Umsatzdaten zur Verfügung. Allerdings lassen sich daraus nur für den Fall, dass sich der Kreis der gruppenzugehörigen Unternehmen mit dem Kreis der Organschaftsmitglieder deckt, konsolidierte Umsätze für die Unternehmensgruppe gewinnen.

2.3 Datenquelle und Abgleicharbeiten

Die Zugehörigkeit von Unternehmen zu Unternehmensgruppen lässt sich wie oben beschrieben aus ihren Besitz- und Beteiligungsverhältnissen ableiten. Es gibt jedoch bisher keine Verwaltungsdatenquelle, die entsprechende Angaben enthält, die elektronisch für die amtliche Statistik verwertbar wären. Bei den Registergerichten werden zwar Informationen über Besitz- und Beteiligungsverhältnisse der dort eingetragenen Firmen niedergelegt und diese auch veröffentlicht, jedoch nur in Papierform oder in Form eines eingescannten Dokuments, also nicht so, dass sie von den statistischen Ämtern maschinell verarbeitet werden könnten. Daher mussten die statistischen Ämter einen für sie neuen Weg der Datenbeschaffung beschreiten: Sie erwerben seit dem Jahr 2005 jährlich Daten eines kommerziellen Datenanbieters. In Deutschland wie in anderen Ländern existiert eine Reihe kommerzieller Datenanbieter, die ihre Informationen aus vielfältigen Quellen, maßgeblich durch systematische Auswertung der Veröffentlichungen der erwähnten Handelsregister, gewinnen und entsprechend aufbereiten. Der damit verbundene Aufwand ist beträchtlich und amortisiert sich nur durch die vielfache Aufbereitung und den Verkauf der gesammelten Daten an unterschiedliche Kundenkreise. Die statistischen Ämter haben daher ihren Datenbedarf spezifiziert und im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens einen geeigneten Anbieter ermittelt. Auf Grundlage der erworbenen Informationen wurde eine Unternehmensgruppendatenbank als ein mit dem Unternehmensregister verknüpftes Satellitenregister aufgebaut, das mit jährlichen Datenlieferungen aktualisiert wird.

Der Datenbedarf wurde vorrangig an den Anforderungen der revidierten EU-Registerverordnung und der entsprechenden Methodik ausgerichtet. Dementsprechend enthalten die jährlichen Datenlieferungen des kommerziellen Datenanbieters derzeit zum einen deutsche gruppenzugehörige Unternehmen sowie deren Anteilseigner. Bei den Anteilseignern sind neben deutschen Unternehmen auch zumindest der

jeweils erste Anteilseigner im Ausland sowie das weltweite Gruppenoberhaupt enthalten, soweit bekannt. In der Rolle von Gruppenoberhäuptern und Minderheitsanteileignern sind auch natürliche Personen enthalten. Darüber hinaus ist das nationale Gruppenoberhaupt bei transnationalen Gruppen vermerkt. Zum anderen umfassen die Datenlieferungen derzeit die Besitz- und Kontrollbeziehungen zwischen den gruppenabhängigen Unternehmen. Nach diesen Besitz- und Kontrollbeziehungen wird die Abgrenzung der jeweiligen Unternehmensgruppe bestimmt, also ihre Mitglieder gemäß dem vorgegebenen statistischen Kontrollkonzept identifiziert. Die Umsetzung des von der amtlichen Statistik vorgegebenen Kontrollkonzeptes erfolgt dabei durch den Datenlieferanten. Besitzbeziehungen gruppenunabhängiger Unternehmen sind deshalb auch nur dann Gegenstand der Datenlieferung, wenn sie Minderheitsanteile an gruppenzugehörigen Unternehmen abbilden. Mit diesen neuartigen Datenlieferungen mussten die statistischen Ämter zunächst Erfahrungen sammeln, ähnlich wie dies bei der erstmaligen Verarbeitung von Verwaltungsdaten in den 1990er-Jahren beim Aufbau des Unternehmensregisters der Fall war. So wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Datenlieferanten Umfang und Inhalt der Datenlieferung genauer spezifiziert und die Qualität der Daten schrittweise gesteigert. Sich daraus ergebende Verbesserungen konnten aus Kapazitätsgründen allerdings nicht nachträglich bei früheren Registerständen berücksichtigt werden.

Der notwendige Abgleich der Datenlieferungen mit den im Unternehmensregister enthaltenen Informationen erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren, das die vorhandenen Verknüpfungsinformationen nach der Häufigkeit ihres Vorliegens und dem Grad ihrer elektronischen Nutzbarkeit gestaffelt verarbeitet. An die Nummernabgleiche, die vor allem anhand der Handelsregisternummern vorgenommen werden, schließen sich Abgleiche von Namen und Adressen der Einheiten an. Da im Unternehmensregister nur deutsche Unternehmen geführt werden, sind für die Verknüpfung der Verflechtungsangaben mit dem Unternehmensregister nur deutsche Unternehmen relevant. Ausländische Unternehmen und natürliche Personen, soweit sie als Anteilseigner in den Verflechtungsdaten enthalten sind, werden in die Abgleiche nicht einbezogen, sie werden jedoch mit ihren Beteiligungs- und Kontrollbeziehungen in der Unternehmensgruppendatenbank geführt. Deutsche Einheiten aus der Verflechtungsdatenquelle, die im Unternehmensregister nicht enthalten sind, werden dort neu aufgenommen, sofern davon auszugehen ist, dass diese Einheiten wirtschaftlich aktiv sind (z. B. weil Recherchen im Handelsregister keinen Hinweis auf eine Beendigung der Tätigkeit geben), und sofern für diese Einheiten ausreichend Informationen bekannt sind (wenigstens Name und Adresse). Gemäß dem föderalen Arbeitsschnitt der amtlichen Statistik erfolgen die Abgleicharbeiten schwerpunktmäßig in den Statistischen Landesämtern; das Statistische Bundesamt leitet die Arbeitsgruppe, die die Methodik erarbeitete, und bereitet das Datenmaterial des externen Datenlieferanten in geeigneter Weise vor.

Die ersten Daten über gruppenzugehörige Unternehmen wurden Ende 2005 bezogen und umfassten die gruppenrelevanten Einheiten und Beteiligungsverhältnisse zum

Berichtsstand 31. Dezember 2003. Dieser Zeitstand entsprach dem damals verfügbaren Stand der Informationen für den überwiegenden Teil der Einheiten im statistischen Unternehmensregister. Einen ersten Einsatz fanden die Daten direkt im Anschluss bei Konzentrationsstatistischen Auswertungen, die die statistischen Ämter für die Monopolkommission durchführten. Diese Anwendung, die einen vorgezogenen Abgleich der Daten mit dem Unternehmensregister erforderte, bezog sich damals auf ausgewählte Teile des Produzierenden Gewerbes, die im Rahmen des Hauptgutachtens der Monopolkommission untersucht wurden.

Der Abgleich für Einheiten außerhalb des Produzierenden Gewerbes wurde im Nachgang zu diesen Arbeiten vorgenommen und aus Kapazitätsgründen auf einen reinen Nummernabgleich beschränkt.

Ziel der Verarbeitung der zweiten Datenlieferung mit Berichtsstand 31. Dezember 2005 war es, die Informationen über Unternehmensverflechtungen der Gruppendatenbank möglichst weitgehend an das Unternehmensregister anzubinden. Die Daten über gruppenzugehörige Unternehmen wurden für alle Wirtschaftsbereiche mit dem statistischen Unternehmensregister verknüpft sowie Einheiten neu aufgenommen, die noch nicht im Unternehmensregister enthalten waren. Wiederum wurden die Daten bei Auswertungen für die Monopolkommission (siehe Abschnitt 3.1) verwendet.

Die dritte Datenlieferung mit Berichtsstand 31. Dezember 2006 wurde im Jahr 2008 verarbeitet und brachte wiederum Neuaufnahmen in das Unternehmensregister mit sich. Diese Daten werden aktuell u. a. im Rahmen des noch freiwilligen Datenaustausches über multinationale Unternehmensgruppen und die sie bildenden Einheiten mit Eurostat verwendet.¹³⁾ Das deutsche Satellitenregister zu Unternehmensgruppen enthält auch Informationen zu solchen auslandsrelevanten Verflechtungen, die nun mit Informationen abgeglichen werden müssen, die von Eurostat an die Mitgliedstaaten geliefert werden. Die deutsche Unternehmensgruppendatenbank erhält damit Informationszuflüsse aus einer zweiten Quelle. Die Prozeduren des Datenaustausches mit Eurostat und der Verarbeitung in der deutschen Gruppendatenbank werden im Statistischen Bundesamt bei von der EU geförderten Projekten entwickelt.

Die vierte Datenlieferung mit Berichtsstand 31. Dezember 2007 soll bis Herbst 2009 in den Statistischen Landesämtern verarbeitet werden. Auf Basis dieser Daten werden die ersten verpflichtenden Datenaustausche mit Eurostat vorgenommen. Die Monopolkommission wird diese Daten voraussichtlich für ihre Konzentrationsberichterstattung verwenden. Die Daten werden zudem Grundlage für die neue Statistik auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland sein (siehe dazu auch Abschnitt 3.2).

Die bislang im Unternehmensregister und der Unternehmensgruppendatenbank zur Verfügung stehenden Angaben zu Unternehmensverflechtungen, einschließlich der kommerziellen Daten zum Berichtsstand 31. Dezember 2006, sind noch kein Bestandteil des Auswertungsprogramms aus dem Unternehmensregister.¹⁴⁾ Wie zuvor geschildert waren die ersten Verarbeitungen der erworbenen Daten im Ergebnis lückenhaft, weil diese beispielsweise teilweise keine ausreichenden Informationen zu den relevanten Einheiten enthielten, sodass eine Identifizierung der Einheiten im Unternehmensregister nicht möglich war. Durch kontinuierliche Verbesserungen des Datenmaterials durch den privaten Datenanbieter und der Verarbeitungsroutinen in den statistischen Ämtern konnten diese Ergebnislücken von Jahr zu Jahr verkleinert werden. Zudem konnten erst durch Vergleich mehrerer Datenlieferungen über die Zeit Inkonsistenzen in den Datenlieferungen aufgedeckt und beseitigt werden. Die daraus resultierenden Korrekturen konnten aufgrund der engen Arbeits- und Zeitpläne des Unternehmensregisters nicht immer vollständig in die jeweiligen Registerstände eingespielt werden. Nach Abschluss der Verarbeitung der vierten Datenlieferung im Jahr 2009 sollen aber alle Verbesserungen bei der Datenlieferung und im Abgleichverfahren auch im Unternehmensregister vollständig vollzogen sein. Dann wird die Unternehmensgruppendatenbank zusammen mit dem Unternehmensregister erstmals umfassend ausgewertet (mit Berichtsstand 31. Dezember 2007). Geplant ist, Ergebnisse unter anderem zur Anzahl, Größe und wirtschaftlichen Bedeutung von Unternehmensgruppen in Deutschland im nächsten Jahr in dieser Zeitschrift zu veröffentlichen.

3 Erste Verwendungen durch andere Nutzer

3.1 Konzentrationsberichterstattung der Monopolkommission

Entsprechend dem ihr in § 44 GWB¹⁵⁾ erteilten Auftrag beurteilt die Monopolkommission in ihrem Hauptgutachten alle zwei Jahre den Stand und die absehbare Entwicklung der Unternehmenskonzentration in Deutschland. Eine hierfür geführte umfassende und kontinuierliche Konzentrationsstatistik erlaubt die Beobachtung allgemeiner Tendenzen der Unternehmenskonzentration in Deutschland. Wie die Monopolkommission in ihrem Gutachten ausführt, kommt der Berücksichtigung von Unternehmensverflechtungen gerade für die Messung des Konzentrationsgrades der Wirtschaft eine hohe Bedeutung zu. Ohne die Kenntnis, dass Unternehmen derselben Branche zu einer Unternehmensgruppe gehören, würde der Konzentrationsgrad dieser Branche offenkundig untererfasst.

13) Die rechtliche Grundlage für diesen Datenaustausch bildet die EU-Registerverordnung von 2008 (siehe Fußnote 3). Die Details des Datenaustausches werden in zwei Durchführungsverordnungen der Kommission geregelt, von denen die erste, die die nationalen statistischen Ämter betrifft, bereits erlassen wurde [Verordnung (EG) Nr. 192/2009 der Kommission vom 11. März 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke im Hinblick auf den Austausch vertraulicher Daten zwischen der Kommission (Eurostat) und den Mitgliedstaaten (Amtsbl. der EU Nr. L 67, S. 14)].

14) Das Standardauswertungsprogramm ist zu finden unter www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_enterprise.asp.

15) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 2005 (BGBl. I S. 2114), zuletzt geändert durch Artikel 13 Absatz 21 des Gesetzes vom 25. Mai 2009 (BGBl. I S. 1102).

Nachdem Konzentrationsstatistiken unter Berücksichtigung von Unternehmensverflechtungen für einzelne Wirtschaftsabschnitte bereits für frühere Hauptgutachten der Monopolkommission erstellt werden konnten, wurde für das XVII. Hauptgutachten¹⁶⁾ der Monopolkommission das statistische Unternehmensregister zusammen mit der Unternehmensgruppendatenbank als Datengrundlage für die Konzentrationsstatistiken verwendet. Im Vergleich zu früheren Hauptgutachten wurde somit erstmals eine umfassende, sektorübergreifende Konzentrationserfassung der deutschen Wirtschaft auf Basis von Beschäftigtenzahlen und Umsätzen ermöglicht.

Für die Analysen der Monopolkommission im XVII. Hauptgutachten wurden Register- und Verflechtungsdaten für das Berichtsjahr 2005 verwendet; die Auswertungen umfassen die Wirtschaftsabschnitte C bis K (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe; Energie- und Wasserversorgung; Baugewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe; Verkehr- und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe; Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt) sowie Teile von N und O (Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen).¹⁷⁾ Bis einschließlich des XVI. Hauptgutachtens konnten dagegen nur die Abschnitte C, D und F (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe; Baugewerbe) untersucht werden.

In den im XVII. Hauptgutachten analysierten Wirtschaftsbereichen gehörten 2005 6,3 % der Unternehmen zu einer Unternehmensgruppe, diese Unternehmen erzielten jedoch 66,1 % der Umsätze in diesen Wirtschaftsbereichen und hatten einen Anteil von rund 52,5 % an allen dort Beschäftigten. Die genannten Anteile unterscheiden sich zwischen den Wirtschaftsabschnitten deutlich: So liegt der Anteil der gruppenzugehörigen Unternehmen im Abschnitt Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden bei über 30 %, deren Anteil am Umsatz und an der Zahl der Beschäftigten bei jeweils rund 84 %. Dagegen liegt der Anteil der Unternehmen in Unternehmensgruppen in den untersuchten Bereichen des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens bei lediglich 0,8 %, deren Anteil an den Beschäftigten bei 25,1 %.

In den zehn nach der Zahl der Beschäftigten größten Unternehmensgruppen in den ausgewerteten Wirtschaftsabschnitten, zu denen insgesamt 0,03 % der Unternehmen in diesen Bereichen gehören, sind allein bereits 5,8 % aller Beschäftigten dieser Bereiche tätig.

Die Monopolkommission hat in ihrem XVII. Hauptgutachten detailliert die Konzentration in allen untersuchten Wirtschaftsbereichen dargestellt. Sie verwendet dazu verschie-

dene Indizes sowie Konzentrationsraten der 3, 6, 10, 25, 50 und 100 größten Unternehmen bzw. Unternehmensgruppen nach der Höhe des Umsatzes bzw. nach der Zahl der Beschäftigten. Pauschal lässt sich feststellen, dass sich durch die Berücksichtigung von Verflechtungsinformationen die Konzentration in allen Wirtschaftszweigen erhöht, weil verbundene Unternehmen für die Konzentrationsmessung als eine Einheit betrachtet werden. Für die Monopolkommission ist die Nutzung von Verflechtungsinformationen in der amtlichen Statistik daher von großer Bedeutung, um den eigenen Auftrag besser erfüllen zu können.

3.2 Statistik über auslandskontrollierte Unternehmen

Eine der ersten Statistikanforderungen auf europäischer Ebene, die Daten über die Gruppenzugehörigkeit der Unternehmen voraussetzt, ist die in der FATS-Verordnung¹⁸⁾ der Europäischen Union ab dem Berichtsjahr 2007 vorgeschriebene Lieferung von jährlichen Strukturdaten über auslandskontrollierte Unternehmen.¹⁹⁾ Die FATS-Statistik (Foreign Affiliates Statistics) soll Auskunft über die Struktur von Unternehmen geben, die unter ausländischer Kontrolle stehen (Inward-FATS) bzw. über ausländische Unternehmen, die von inländischen Einheiten kontrolliert werden (Outward-FATS). 2007 ist das erste Jahr, für das Angaben zu ermitteln sind. Die Daten sollen grundsätzlich nach 20 Monaten verfügbar sein.

Während die Statistik über ausländische Unternehmen unter deutscher Kontrolle von der Deutschen Bundesbank erstellt wird, wird die Statistik über Inward-FATS im Rahmen der Strukturstatistiken vom Statistischen Bundesamt aufbereitet. Grundlage hierfür ist das Unternehmensregister mit den entsprechenden Informationen über deutsche Unternehmen, die von einer Einheit mit Sitz im Ausland kontrolliert werden, und über den Sitz des jeweiligen Gruppenoberhauptes; aus den jährlichen Strukturhebungen bei Unternehmen werden die benötigten Merkmale der inländischen Unternehmen bereitgestellt. Die Anforderungen von Inward-FATS lassen sich somit durch eine Kombination von Registerangaben mit Informationen der strukturellen Unternehmensstatistik ermitteln, ohne dass zusätzliche Erhebungen notwendig wären.

In zwei verschiedenen Kombinationen von regionaler und fachlicher Gliederungstiefe (detaillierte geografische Gliederung mit grober Wirtschaftszweiggliederung und umgekehrt) werden Merkmale wie Zahl der Unternehmen, Umsatz und Zahl der Beschäftigten, Produktionswert, Bruttowertschöpfung und Personalaufwendungen nachgewiesen. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden bereits erste Auswertungen aus dem Unternehmensregister in Verbindung mit der angebotenen Unternehmensgruppendatenbank durchgeführt. Sie erlauben den Nachweis von Anzahl, Umsatz und Zahl der Beschäftigten auslandskontrollierter

16) Monopolkommission: „Hauptgutachten 2006/2007 – Weniger Staat, mehr Wettbewerb“, Baden-Baden 2008.

17) Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

18) Verordnung (EG) Nr. 716/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten (Amtsbl. der EU Nr. L 171, S. 17).

19) Siehe Feuerhake, J./Untz, K.: „Inward-FATS – Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2006“ in WiSta 7/2009, S. 676 ff.

deutscher Unternehmen, jeweils bezogen auf die Gesamtzahl der Unternehmen, die in den für Inward-FATS relevanten Wirtschaftsbereichen (Abschnitte C bis K) im Unternehmensregister geführt werden. Die Ergebnisse dieser Pilotstudie zu Inward-FATS zeigen, dass 19972 deutsche Unternehmen oder knapp 1% aller Unternehmen der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2006 auslandskontrolliert wurden. Diese auslandskontrollierten Unternehmen beschäftigten etwa 9% der für diese Bereiche ausgewiesenen Beschäftigten, erzielten einen Anteil von 19% der gesamten Umsätze, erwirtschafteten 14% der Bruttowertschöpfung und tätigten 14% der Bruttoinvestitionen in Sachanlagen aller deutschen Unternehmen der betrachteten Wirtschaftsbereiche. Auslandskontrollierte Unternehmen haben also eine große Bedeutung für die deutsche Wirtschaft.

Wie die Tabelle zeigt, haben die Muttergesellschaften von beinahe drei Vierteln aller auslandskontrollierten deutschen Unternehmen ihren Sitz in Europa, 58% der auslandskontrollierten Unternehmen werden dabei aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU27) kontrolliert. Absolut gesehen sind die Eigner der meisten auslandskontrollierten deutschen Unternehmen in den Vereinigten Staaten, den Niederlanden und der Schweiz ansässig. Daneben sind die Verflechtungen mit dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Österreich besonders ausgeprägt.

Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2006 nach dem Herkunftsland der Muttergesellschaft

Herkunftsland der Muttergesellschaft	Unternehmen		Bruttowertschöpfung		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Mrd. EUR	%	Anzahl	%
Welt (ohne Deutschland)	19972	100	163,4	100	1855 239	100
darunter:						
Vereinigte Staaten	3006	15	39,9	24	427 483	23
Japan	615	3	5,4	3	40 810	2
Europa	14670	73	111,1	68	1 303 939	70
darunter:						
Europäische Union ¹⁾	11511	58	92,7	57	1 052 377	57
Niederlande	2973	15	22,1	14	302 623	16
Schweiz	2843	14	17,1	10	236 665	13
Vereinigtes Königreich	1535	8	20,4	12	154 459	8
Frankreich	1524	8	17,9	11	177 691	10
Österreich	1100	6	4,1	3	69 432	4
Italien	834	4	4,2	3	46 259	2
Schweden	642	3	6,9	4	81 798	4
Luxemburg	618	3	6,5	4	81 699	4
Belgien	598	3	3,7	2	49 710	3
Dänemark	561	3	2,0	1	29 640	2

1) Einschl. Bulgariens und Rumäniens, die seit dem 1. Januar 2007 Mitglieder der Europäischen Union sind.

3.3 Abgrenzung des Mittelstandes

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg führt gemeinsam mit zwei Forschungsinstituten Untersuchungen

20) Siehe Kössler, R.: „Neues zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)“ in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2008, S. 22 ff., sowie Koch, A./Kössler, R.: „Was und wie groß ist der Mittelstand“ in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2008, S. 28 ff.

21) Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (2003/361/EG), veröffentlicht im Amtsbl. der EU Nr. L 124, S. 36.

zur Definition, Abgrenzung und Bedeutung des Mittelstandes durch.²⁰⁾ Die neuen Kenntnisse über Unternehmenszusammenhänge im Unternehmensregister erlauben es dabei, die Abgrenzungskriterien des Mittelstandes adäquater umzusetzen, als es bislang möglich war. Eine operationale Abgrenzungsdefinition liefert die Empfehlung der Europäischen Kommission zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).²¹⁾ Während dort die Größenabgrenzung über die Merkmale Beschäftigte und Umsatz vorgenommen wird (weniger als 250 Beschäftigte und weniger als 50 Mill. Euro Jahresumsatz), ist zur Bestimmung der relevanten Beobachtungseinheit die Verbundenheit zwischen Unternehmen maßgeblich. Bei Einheiten, die über eine Kontrollbeziehung verbunden sind, ist bezüglich der Zuordnung zu den kleinen und mittleren Unternehmen die Größe der Gruppe entscheidend, der ein Unternehmen angehört.

Die Auswertungen zeigen, dass sich eine Berücksichtigung der Gruppenzugehörigkeit auf die Anteile der KMU auswirkt, weil der Anteil der großen Unternehmen steigt. Da in Unternehmensgruppen aber überproportional viele Unternehmen verbunden sind, die keine KMU sind, sind die Veränderungen bei einer Betrachtung für die Gesamtwirtschaft vergleichsweise gering: Bei einer reinen Unternehmensbetrachtung zählen in Baden-Württemberg 0,9% aller Unternehmen zu den großen Unternehmen. Berücksichtigt man Unternehmensgruppen, so steigt der Anteil der „Großen“ auf 1,6%. Die Anteile der großen Unternehmen an den Beschäftigten und an den Umsätzen steigen von 48,5% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf 53,8% und von 61,5% der Umsätze aller Unternehmen auf 65,9%.

Umgekehrt verringern sich durch die Berücksichtigung der Informationen zu Unternehmensgruppen in Baden-Württemberg die KMU-Anteile in nahezu allen Branchen. Branchenspezifisch zeigen sich dabei deutliche Unterschiede: Am stärksten – um 10 Prozentpunkte – verringerte sich der KMU-Anteil im Wirtschaftsabschnitt Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, wo durch Auslagerung solcher Dienstleistungstätigkeiten viele gruppenzugehörige Unternehmen entstanden sind, verminderte sich der Anteil der KMU um 8 Prozentpunkte. Dagegen sank der Anteil der KMU im Bereich Energie- und Wasserversorgung lediglich um 1 Prozentpunkt, obwohl auch hier Unternehmensgruppen eine nennenswerte Rolle spielen. Allerdings sind hier von der Zusammenfassung zu Gruppen vor allem solche Unternehmen betroffen, die aufgrund ihrer Größe ohnehin nicht als KMU eingestuft waren.

4 Ausblick

4.1 Veröffentlichungen

Wie bereits erwähnt ist geplant, im nächsten Jahr in dieser Zeitschrift Ergebnisse für Unternehmensgruppen zu veröf-

fentlichen. Anschließend sollen regelmäßig Ergebnisdarstellungen im Rahmen des Auswertungsprogramms des Unternehmensregisters erfolgen.

4.2 EuroGroups Register

Unternehmensgruppen sind nicht auf den nationalen Raum begrenzt; im Zuge der Globalisierung gewinnen grenzüberschreitende Unternehmensgruppen zunehmend an Bedeutung. Um solche Phänomene statistisch abbilden zu können, betreibt Eurostat auf der Grundlage der Übermittlungsregelungen der neuen Registerverordnung mit hoher Priorität den Aufbau eines europäischen Registers für multinationale Unternehmensgruppen (EuroGroups Register). Es soll eine europaweit koordinierte, aktuelle Datenbasis bieten, die Informationen aus verfügbaren privaten Datenquellen und aus den nationalen Unternehmensregistern integriert, und damit mittelfristig die Plattform zur Produktion von Statistiken zur Beobachtung der Globalisierung werden.

Das EuroGroups Register wird sich zweier Datenquellen bedienen: Zum einen kauft Eurostat Daten privater Anbieter zu Unternehmensverflechtungen. Zum anderen werden die in Artikel 11 der neuen Registerverordnung genannten Datenaustausche mit den statistischen Unternehmensregistern der Mitgliedstaaten genutzt, um im EuroGroups Register internationale Verflechtungen abzubilden und die wirtschaftlichen Aktivitäten internationaler Unternehmensgruppen in der EU bzw. in einzelnen Mitgliedstaaten darzustellen. Für die Mitgliedstaaten wiederum werden die auf europäischer Ebene zusammengefassten und konsolidierten Daten über multinationale Unternehmensgruppen und die sie konstituierenden Einheiten eine Quelle zur Verbesserung der nationalen Register sein.

Neben den bereits beschriebenen Beteiligungsinformationen von kommerziellen Datenanbietern verfügt auch die Deutsche Bundesbank über statistische Informationen zu Direktinvestitionen, für die eine Verknüpfung mit dem statistischen Unternehmensregister denkbar wäre. Artikel 12 der Registerverordnung der EU sieht entsprechende Austausche für Zwecke des EuroGroups Registers vor, allerdings auf freiwilliger Grundlage. Eine entsprechende Kommissionsverordnung wird derzeit ausgearbeitet. Für eine solche Zusammenführung bestehen in Deutschland derzeit verschiedene Hindernisse, so fehlen beispielsweise gemeinsame Identifikationsnummern, die einen automatisierten Abgleich überhaupt erst ermöglichen würden.

4.3 URS-Neu

Für das Unternehmensregister wird in den statistischen Ämtern derzeit im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik eine neue technische Plattform erstellt, die im Jahr 2011 eingeführt werden soll. Dort wird die statistische Einheit „Unternehmensgruppe“ zwar im Datenmodell konzeptionell angelegt, aber in der Datenbank selbst noch nicht enthalten sein. Im Statistischen Bundesamt muss für eine Übergangszeit noch eine separate Unternehmensgruppendatenbank unterhalten werden, die aber mit der Kerndatenbank des Unternehmensregisters verknüpft sein wird. Insbesondere angesichts der raschen Entwicklung beim

EuroGroups Register stellt dies hohe Anforderungen an die Betreuung der Unternehmensgruppendatenbank im Statistischen Bundesamt. [U](#)

Dipl.-Ing. Horst Winter

Seeverkehr 2008

Auch 2008 hat der Güterumschlag im Seeverkehr mit einem Plus von 1,8% zugenommen. Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die in den letzten 14 Jahren durch kontinuierliche Zuwächse gekennzeichnet war. Die Tonnage lag im Jahr 2008 bei fast 321 Mill. Tonnen (t) und damit um etwa 5,6 Mill. t höher als 2007. Im vierten Vierteljahr 2008 zeigten sich aber auch hier die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. So verringerte sich der Seegüterumschlag in den letzten drei Monaten des Jahres 2008 verglichen mit Oktober bis Dezember 2007 um 3,3 Mill. t oder 4%.

Bei den Fahrtgebieten dominierte weiterhin der Verkehr mit Europa. Knapp 57% oder etwa 182 Mill. t des deutschen Seegüterumschlags entfielen auf den Gütertausch mit Häfen dieses Kontinents. An zweiter Stelle folgte mit fast 58 Mill. t bzw. einem Anteil am Gütertausch von mehr als 18% Asien, vor Nord- bzw. Mittel- und Südamerika, die mit gut 26 bzw. 23 Mill. t auf den Plätzen 3 und 4 lagen. Hinsichtlich der relativen Veränderungen zeigten sich 2008 andere Entwicklungen als im Jahr 2007. Am stärksten wuchs mit über 15% der Seegüterverkehr mit Afrika. Mittel- und Südamerika, das 2007 mit einem Plus von über 15% an der Spitze gelegen hatte, musste diesmal einen leichten Rückgang um 1,2% hinnehmen. Nordamerika liegt mit einer Wachstumsrate von 10% auf dem zweiten Platz. Im letzten Vierteljahr 2008 nahm der Seegüterverkehr mit den Vereinigten Staaten und Kanada allerdings um etwas über 3% ab. Auch im Seegütertausch mit Mittel- und Südamerika machte sich gegen Ende des Jahres die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit einem Minus von fast 15% bemerkbar. Unberührt hiervon blieben zunächst die Seegüterverkehre mit Afrika und Asien. Der Seeverkehr aus und nach

Afrika stieg im vierten Vierteljahr 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um nahezu 24% und damit stärker als im Jahresdurchschnitt, ebenso der Seegüterverkehr mit Asien (+6%). Für das bedeutendste Fahrtgebiet in Asien – die Volksrepublik China – verlangsamte sich die Zunahme des Seegüterverkehrs in den letzten drei Monaten auf nur noch 1,8%, verglichen mit fast 5% für das ganze Jahr 2008.

Halb- und Fertigwaren standen auch im vergangenen Jahr mit über 114 Mill. t an erster Stelle der im Seeverkehr umgeschlagenen Güter, gefolgt von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen mit etwa 62 Mill. t. 38% aller Güter wurden 2008 in Containern transportiert. Im Jahr zuvor hatte der Containeranteil bei 37% gelegen.

Weiterhin unangefochten an der Spitze der deutschen Seehäfen lag Hamburg: Mit fast 119 Mill. t Gesamtumschlag wurde das Ergebnis von 2007 um 0,6% übertroffen. Die Bremischen Häfen belegten auch 2008 wieder die zweite Position, wobei sie ihren Seegüterumschlag um über 7% steigern konnten.

Insgesamt wurden von den 2008 umgeschlagenen 320,6 Mill. t Gütern 34,6 Mill. t auf Schiffen unter deutscher Flagge transportiert. Das waren 0,3 Mill. t bzw. knapp 1% weniger als 2007. Deutsche Schiffe transportierten damit nur noch knapp 11% aller in deutschen Seehäfen umgeschlagenen Güter. 2007 waren es noch gut 11%, 2006 sogar noch gut 12% gewesen. An zweiter Stelle stand hier weiterhin mit fast 34 Mill. t Gütern die „Billigflagge“ Panama, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit gut 32 Mill. t umgeschlagenen Gütern.

Wieder zurückgegangen ist 2008 die Zahl der ein- und aus- gestiegenen Passagiere, und zwar um 4,2%. Im innerdeutschen Verkehr nahm die Zahl der Passagiere um über 7% auf nunmehr nur noch 15,9 Mill. ab. 2007 waren es 17,1 Mill. Passagiere. Der Passagierverkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands blieb dagegen mit 13,1 Mill. Fahrgästen stabil.

Seegüterumschlag steigt um 5,6 Mill. t

„Schifffahrt in der Krise“, „Containerverkehr erreicht frühestens 2011 wieder das alte Niveau“, „Erstes Quartal 2009 deutlich unter Vorjahresergebnis“ – dies sind nur einige Überschriften von Artikeln, die ab Mitte 2008 nicht nur in Fachpublikationen, sondern auch in Tages- und Wochenzeitungen zu finden waren und sich mit den Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf den Seeverkehr befassten. Im Blickpunkt standen dabei die Probleme, die sich für die Betreiber von Umschlagterminals und die Linienschifffahrt aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ergeben.

Wie in den nachfolgenden Kapiteln beschrieben hat sich allerdings im Jahr 2008 die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Seeverkehr noch nicht besonders stark niedergeschlagen. Zurückzuführen ist dies auf die nahezu durchgängig positive Entwicklung des Seegüterumschlags in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres (lediglich im März hatte es einen kleinen Rückgang gegeben). Erst im November und dann verstärkt im Dezember 2008 wurde auch der Seegüterumschlag von der Konjunkturkrise getroffen.

Das 2007 erreichte Plus von über 12 Mill. t beim Seegüterverkehr gegenüber dem Vorjahr konnte 2008 zwar nicht wieder erreicht werden, mit einem Zuwachs von 5,6 Mill. t setzte sich aber die positive Entwicklung der letzten 14 Jahre wei-

ter fort. Insgesamt wurden in den deutschen Seehäfen 2008 fast 321 Mill. t Güter umgeschlagen, womit erneut ein Rekordwert erzielt wurde. In den zehn Jahren seit 1998 hat sich der Seegüterumschlag, ausgehend von einem Wert von 217,4 Mill. t, um gut 103 Mill. t erhöht, was einem Zuwachs um knapp 48% entspricht (siehe Tabelle 1 und Schaubild 1). Im vierten Vierteljahr 2008 zeigen sich aber auch im Seeverkehr die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. So verringerte sich in den letzten drei Monaten des Jahres 2008 – verglichen mit Oktober bis Dezember 2007 – der Güterumschlag in den deutschen Seehäfen um 3,3 Mill. t oder 4%. Die Gütermenge ging von 80,7 Mill. t auf 77,4 Mill. t zurück¹⁾.

Schaubild 1

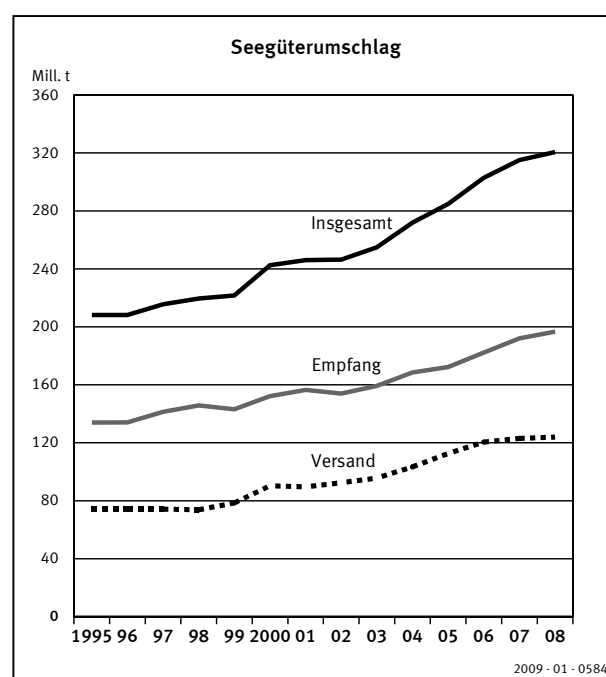


Tabelle 1: Seegüterumschlag

Jahr	Gesamtumschlag		Bruttoinlandsprodukt
	1 000 t	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
1995	205 059	+4,4	+1,9
1996	206 013	+0,5	+1,0
1997	213 318	+3,5	+1,8
1998	217 388	+1,9	+2,0
1999 ¹⁾	224 097	+3,1	+2,0
2000	242 535	+8,2	+3,2
2001	246 050	+1,5	+1,2
2002	246 353	+0,1	±0,0
2003	254 834	+3,4	-0,2
2004	271 869	+6,7	+1,2
2005	284 865	+4,8	+0,9
2006	302 789	+6,3	+2,8
2007	315 050	+4,1	+2,5
2008	320 636	+1,8	+1,3

1) Die Daten ab dem Berichtsjahr 1999 sind der seit Januar 2000 geltenden Methodik angepasst worden.

Insgesamt betrachtet hat sich auch 2008 der Seegüterumschlag wieder etwas besser entwickelt als die Gesamtwirtschaft, eine Tendenz, die auch schon in den Jahren 2005 bis 2007 festzustellen war. So nahm das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr preisbereinigt um 1,3%²⁾ zu, der Seegüterumschlag dagegen – wie bereits beschrieben – um 1,8%. Ähnlich wie in den Vorjahren dürfte dies darauf zurückzuführen sein, dass die Wachstumsimpulse über einen langen Zeitraum des vergangenen Jahres weiterhin stärker von der Nachfrage aus dem Ausland als von der Binnennachfrage geprägt waren. Gerade im Gütertausch mit dem Ausland kommt den deutschen Seehäfen eine große Bedeutung zu. So wurden von den 2008 insgesamt ein- und ausgeladenen 320,6 Mill. t Gütern 312,5 Mill. t im Verkehr mit Häfen im Ausland abgewickelt, aber nur 8,1 Mill. t Güter im Verkehr zwischen deutschen Häfen (siehe Tabelle 2 und Schaubild 2). Der innerdeutsche Seeverkehr nahm allerdings mit +2% leicht überdurchschnittlich zu.

1) Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 5 „Seeschifffahrt 3. Quartal 2008“, „Seeschifffahrt 4. Quartal 2008“.

2) Siehe Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 016 vom 14. Januar 2009 „Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2008 nur noch moderat gewachsen“.

Tabelle 2: Seegüterumschlag nach Fahrtgebieten

Fahrtgebiet	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Verkehr innerhalb Deutschlands	8,1	8,0	+2,0	4,1	3,9	+7,4	4,0	4,1	-3,1
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands ²⁾	312,5	307,1	+1,8	192,6	188,2	+2,3	119,9	118,9	+0,9
Europa	182,1	186,3	-2,3	114,4	116,7	-2,0	67,7	69,6	-2,7
Europäische Union ³⁾	129,5	133,8	-3,2	74,0	76,2	-2,9	55,5	57,6	-3,7
Sonstiges Europa	52,5	52,5	+0,1	40,3	40,5	-0,4	12,2	12,0	+1,8
Ostseegebiet	99,9	101,8	-1,5	58,6	60,8	-3,2	41,4	41,0	+0,9
darunter:									
Schweden	28,6	30,0	-3,4	15,5	16,6	-5,0	13,1	13,4	-1,5
Finnland	17,7	19,3	-8,0	9,9	11,3	-11,8	7,8	8,0	-2,6
Dänemark, Ostsee	10,7	11,3	-5,3	5,2	5,9	-11,6	5,5	5,4	+1,6
Lettland	7,6	6,1	+25,0	6,4	5,0	+30,2	1,2	1,1	+2,4
Polen	6,2	7,2	-13,5	2,7	3,6	-22,7	3,5	3,7	-4,5
Russische Föderation, Ostsee	23,6	22,3	+5,9	16,2	15,5	+4,7	7,4	6,8	+8,6
Nordeuropa	53,8	56,1	-4,6	41,7	42,8	-3,5	12,2	13,3	-8,4
darunter:									
Vereinigtes Königreich	24,4	26,6	-8,2	17,1	18,5	-7,5	7,3	8,1	-9,7
Norwegen	25,9	27,0	-3,9	22,4	23,3	-3,8	3,5	3,7	-4,5
Westeuropa	22,5	21,9	+2,7	11,8	10,6	+11,3	10,7	11,3	-5,3
dar.: Niederlande	9,5	8,7	+9,0	6,1	5,3	+14,8	3,4	3,4	+0,0
Süd- und Südosteuropa	5,8	6,5	-11,0	2,3	2,5	-6,5	3,5	4,1	-13,7
Nordamerika	26,1	23,7	+10,0	13,9	10,6	+30,9	12,2	13,1	-6,9
Mittel- und Südamerika	23,0	23,3	-1,2	18,0	18,6	-2,9	5,0	4,8	+5,5
Mittel- und Südamerika, Ostküste	19,5	19,8	-1,5	14,9	15,1	-3,7	4,5	4,3	+6,3
dar.: Brasilien	11,5	12,1	-5,1	9,4	9,9	-4,8	2,1	2,2	-6,6
Mittel- und Südamerika, Westküste	3,6	3,6	+0,8	3,1	3,0	+1,1	0,5	0,5	-0,7
Asien	57,8	55,3	+4,5	29,3	29,2	+0,6	28,4	26,1	+9,0
Asien, Mittelmeer	1,1	1,1	+6,5	0,2	0,2	+6,3	0,9	0,9	+6,5
Rotes Meer bis Persischer Golf	8,7	7,0	+23,3	0,7	0,8	-2,6	7,9	6,3	+26,5
Südasiens ⁴⁾	3,9	3,9	+1,2	2,0	2,0	-2,3	2,0	1,9	+5,1
dar.: Indien	2,6	2,6	+0,6	1,2	1,4	-7,7	1,3	1,2	+9,8
Ostasien	31,5	31,3	+0,9	20,1	19,7	+1,8	11,5	11,6	-0,7
dar.: Volksrepublik China	20,3	19,4	+4,9	14,6	13,8	+5,8	5,7	5,6	+2,7
Südostasien	12,5	12,0	+3,9	6,3	6,5	-2,2	6,2	5,6	+11,0
dar.: Singapur	8,0	7,5	+6,2	3,8	3,7	+1,1	4,2	3,8	+11,2
Afrika	19,3	16,8	+15,5	13,7	12,0	+14,0	5,7	4,8	+19,3
Nordafrika	7,1	6,3	+13,5	4,2	3,6	+14,1	3,0	2,7	+12,6
Westafrika	5,9	5,3	+11,2	5,0	4,5	+9,9	0,9	0,8	+18,3
Ostafrika	0,4	0,1	+276,8	0,0	0,0	+79,3	0,3	0,0	+351,9
Südafrika	5,9	5,0	+17,2	4,5	3,8	+18,3	1,4	1,3	+13,8
dar.: Republik Südafrika	5,7	4,9	+17,8	4,5	3,8	+18,3	1,2	1,1	+15,9
Australien und Ozeanien	1,7	1,7	-3,2	1,1	1,2	-7,7	0,6	0,6	+5,8
Insgesamt ...	320,6	315,1	+1,8	196,7	192,0	+2,4	123,9	123,0	+0,7

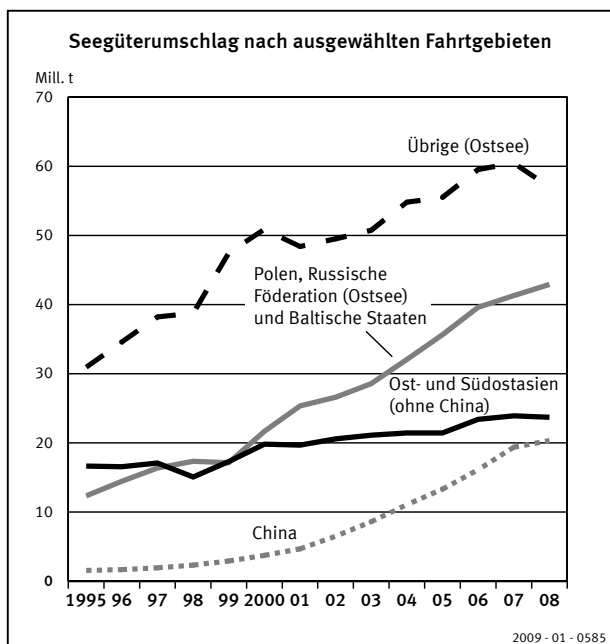
1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet. – 2) Einschl. nicht zuzuordnender Häfen – 3) Einschl. der zum 1. Mai 2004 neu beigetretenen EU-Mitgliedstaaten. – 4) In den Publikationen zum Seeverkehr (Fachserie 8, Reihe 5) wird dieses Fahrtgebiet als „Mittlerer Osten“ bezeichnet.

Der Anteil des Seegüterverkehrs mit ausländischen Häfen am Gesamtverkehr lag – wie auch schon 2007 – bei etwa 97,5 %. Ähnlich wie 2007 nahm der Empfang von Gütern aus dem Ausland stärker zu als der Versand. Mit einem Zuwachs von 2,3 % ist der Umschlag von aus dem Ausland eingeführten Gütern zweieinhalbmal so stark gewachsen wie der von für das Ausland bestimmten Waren (+0,9 %). Absolut wurden mit 192,6 Mill. t erheblich mehr Güter aus dem Ausland in deutschen Häfen empfangen als dorthin versendet (119,9 Mill. t).

Auch 2008 ergaben sich für die einzelnen Fahrtgebiete wieder zum Teil stark unterschiedliche Entwicklungen. Zuwächsen beim Seegüterverkehr mit Afrika (+15,5 %), Nordamerika (+10 %) und Asien (+4,5 %) stehen Rückgänge von 1,2 % für Mittel- und Südamerika, 2,3 % für Europa und 3,2 % für Australien und Ozeanien gegenüber. Erhebliche Unterschiede in der Entwicklung des Seegüterverkehrs sind auch innerhalb der einzelnen Kontinente zu verzeichnen. Sie reichen in Asien zum Beispiel von einem nahezu stagnierenden Seeverkehr mit Indien (+0,6 %) bis zu einem zweistelligen Zuwachs von über 23 % im Gütertausch mit den

Staaten am Roten Meer und Persischen Golf. In Europa steht einem Rückgang des Güterumschlags von 13,5 % im Seeverkehr mit Polen eine Zunahme des Güterumschlags von 25 % im Seeverkehr mit Lettland gegenüber. Insgesamt lag der Seegüterumschlag mit europäischen Staaten 2008 bei 182,1 Mill. t, was einem Anteil von knapp 57 % am gesamten Seeverkehr entspricht. 2007 waren es noch etwas über 59 % gewesen. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen – wie bereits beschrieben – sich Ende 2008 auch im Seeverkehr zeigten, wirkte sich für die einzelnen Fahrtgebiete nicht in gleicher Weise aus. So stieg der Gütertausch mit Afrika im vierten Vierteljahr 2008 um nahezu 24 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal und damit wesentlich stärker als in den ersten neun Monaten des Jahres (+12,5 %), der Güterverkehr mit Asien nahm um 6 % zu und damit ebenfalls mehr als in den ersten drei Vierteljahren 2008 (+4,1 %). Für das bedeutendste Fahrtgebiet in Asien – die Volksrepublik China – verlangsamte sich die Zunahme beim Seegüterverkehr in den letzten drei Monaten des Jahres 2008 auf 1,8 %, verglichen mit fast 5 % für das ganze Jahr 2008 und knapp 6 % von Januar bis September. Im Seegütertausch mit Nordamerika (-3,1 %), Europa

Schaubild 2



(-10,5%), Mittel- und Südamerika (-14,7%) und Australien und Ozeanien (-17%) brachen die umgeschlagenen Tonnagen im vierten Vierteljahr 2008 zum Teil zweistellig ein.

Mit 28,6 Mill. t Gütern steht Schweden an der Spitze

Nach einzelnen Staaten differenziert lag 2008 Schweden im Seegüterverkehr mit deutschen Häfen an der Spitze: 28,6 Mill. t Güter wurden mit Häfen dieses skandinavischen Landes ausgetauscht, 1,4 Mill. t weniger als 2007. Dominiert wird der Gütertausch mit Schweden durch Halb- und Fertigwaren, auf die etwa 75 % aller umgeschlagenen Güter entfallen. Zum Vergleich: Beim Seeverkehr mit Norwegen hat diese Güterabteilung nur einen Anteil von etwa 10 %, beim Seeverkehr mit dem Vereinigten Königreich sind es etwa 13 %, bei dem mit der Russischen Föderation knapp 30 % und bei dem mit China etwas über 60 %.³⁾

An zweiter Stelle der wichtigsten Staaten im Seegüterverkehr mit Deutschland stand Norwegen mit knapp 26 Mill. t Gütern, gefolgt vom Vereinigten Königreich (24,4 Mill. t) und der Russischen Föderation (23,6 Mill. t). Als erstes außereuropäisches Land belegte China mit 20,3 Mill. t umgeschlagenen Gütern die Position 5. Von diesen für den deutschen Seeverkehr wichtigsten Staaten wiesen – verglichen mit 2007 – drei Rückgänge des Seegüterverkehrs und nur zwei einen Zuwachs auf. Am stärksten verringert hat sich der Gütertausch mit dem Vereinigten Königreich, der um mehr als 8 % zurückgegangen ist. Dabei nahm der Empfang

aus dem Vereinigten Königreich um 7,5 %, der Versand in Häfen dieses Landes sogar um fast 10 % ab. Ebenfalls rückläufig waren die Güterverkehre mit Norwegen (-3,9%) und Schweden (-3,4%), wobei sich im Fall Schwedens der Empfang mit einem Minus von 5% erheblich schlechter entwickelte als der Versand, der nur um 1,5% zurückging. Auffallend ist, dass bei den genannten fünf Staaten der Empfang von Gütern immer erheblich höher war als der Versand. Am größten ist die Diskrepanz im Gütertausch mit Norwegen, wo 22,4 Mill. t von dort empfangenen Gütern nur 3,5 Mill. t dorthin versandte gegenüberstehen. Zurückzuführen ist dies darauf, dass Norwegen einer der großen Energielieferanten Deutschlands ist und hier ein Großteil des Seegüterverkehrs aus Öl- und Gastransporten besteht. Ähnliches gilt – wenn auch in eingeschränktem Maße – für das Vereinigte Königreich (17,1 Mill. t Empfang, 7,3 Mill. t Versand) und die Russische Föderation (16,2 Mill. t Empfang, 7,4 Mill. t Versand). Im Güterverkehr mit China ist das Verhältnis ähnlich (14,6 Mill. t Empfang zu 5,7 Mill. t Versand); hier sind aber weniger Energielieferungen nach Deutschland als vielmehr die großen Mengen preiswerter Konsumgüter (insbesondere auch Textilien), die nach Deutschland geliefert werden, ausschlaggebend. Am geringsten ist die Differenz beim Gütertausch mit Schweden. Empfang und Versand lagen nur um 2,4 Mill. t auseinander.

Inwieweit es sich bei den empfangenen bzw. versandten Gütern wirklich um solche aus den bzw. für die entsprechenden Länder(n) handelt, kann die amtliche deutsche Seeverkehrsstatistik allerdings nicht feststellen. Ermittelt wird lediglich der Hafen und damit das Land, in dem das entsprechende Gut auf ein Seeschiff geladen bzw. aus einem Seeschiff ausgeladen wurde, nicht der wirkliche Bestimmungs- oder Herkunftsort dieses Gutes.

Eisenbahn- und Luftverkehr wachsen erneut schneller als der Seeverkehr

Verglichen mit den anderen Verkehrsträgern schneidet der Seeverkehr 2008 gut ab: Prozentual stärker zugenommen haben nur das mengenmäßig nicht so bedeutende Luftfrachtaufkommen mit +4,6% und der Eisenbahngüterverkehr mit +2,8%.⁴⁾ Ebenfalls gestiegen – allerdings schwächer als der Seegüterumschlag – sind die Beförderungsmengen auf der Straße (+1,6%) und in Rohrleitungen (+0,2%). Als einziger Verkehrsträger hat sich 2008 die Binnenschifffahrt rückläufig entwickelt, mit einem Minus beim Gütertransport von 1,3%.⁵⁾ Mengenmäßig bleibt die Dominanz des Straßengüterverkehrs weiterhin bestehen. Wie auch schon in den Vorjahren wurden 2008 etwa drei Viertel aller in Deutschland beförderten Güter auf Lastkraftwagen (einschl. ausländischer Fahrzeuge) transportiert. Der Anteil des Seeverkehrs am gesamten Güterverkehr lag etwas unter 8%.

3) Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2008“, Tabellen 9.1 und 9.2.

4) Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.1 „Verkehr aktuell“ 06/2009, zusammenfassende Übersicht in WiSta 7/2009, S. 687 ff.

5) Siehe Winter, H.: „Binnenschifffahrt 2008“ in WiSta 7/2009, S. 687 ff.

Der Index der Seefrachtraten in der Linienfahrt (Basis 2006=100), der die Preisentwicklung der von deutschen Unternehmen für Im- und Exporte in Anspruch genommenen Seeverkehrsleistungen in der Linienfahrt zeigt, lag im Jahresdurchschnitt 2008 um knapp 4% unter dem Niveau des Vorjahres.⁶⁾ Dabei sind die Frachtraten in der ausgehenden Linienfahrt mit -5,7% im Vergleich zu 2007 deutlich stärker gesunken als die in der einkommenden Linienfahrt (-2,4%). Während in der ersten Jahreshälfte 2008 im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt noch höhere Frachtraten erzielt werden konnten, kam es ab Mitte des Jahres zu einem enormen Ratenverfall. Im Dezember 2008 lagen die Frachtraten um fast 28% niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Bezogen auf die einzelnen Fahrtregionen zeigen sich im Gesamtjahr 2008 folgende Entwicklungen: In der Europafahrt (+1,7%) und in der Afrikafahrt (+7,6%) lagen die Frachtraten im Jahr 2008 höher als 2007. Dagegen sanken sie in der Fahrtregion Asien/Australien um 1,0% und in der Amerikafahrt sogar um 12,9%. Der Wechselkurs des US-Dollars gegenüber dem Euro fiel im Durchschnitt des Jahres 2008 im Vergleich zum Jahr 2007 um 6,5%.

Entwicklung bei den einzelnen Güterarten

Bei den im Seeverkehr umgeschlagenen Gütern gemäß dem „Einheitlichen Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik [NST/R7]“ standen 2008 mengenmäßig – wie schon in den Vorjahren – Halb- und Fertigwaren mit gut 114 Mill. t an erster Stelle, gefolgt von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen mit etwa 62 Mill. t (siehe Tabelle 3). Die dritte Stelle nahmen andere Nahrungs- und Futtermittel ein (25 Mill. t). Insgesamt wiesen von den zehn Güterabteilungen nur zwei Rückgänge der umgeschlagenen Menge auf, bei den acht anderen zeigten sich Zuwächse, die von einem hohen Plus der umgeschlagenen Menge von 8% bei Steinen und Erden bis zu einer nur leichten Zunahme von 0,6% bei Düngemitteln reichten. Abnahmen der umgeschlagenen Menge waren bei Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen (-1,4%) sowie Erzen und Metallabfällen (-2%) zu verzeichnen. Im letzten Vierteljahr 2008 entwickelte sich allerdings schon in sieben der Güterabteilungen der Seegüterumschlag rückläufig.⁸⁾ Zweistellige Abnahmen beim Gütertransport verzeichneten Nahrungs- und Futtermittel (-10,6%) sowie Erze und

Tabelle 3: Seegüterumschlag nach Güterarten

Güterabteilung	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Landwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse	20,8	20,4	+2,1	9,5	10,4	-8,9	11,3	10,0	+13,7
darunter:									
Getreide	9,4	6,6	+41,0	2,6	2,2	+15,0	6,8	4,4	+54,1
Holz und Kork	5,5	7,8	-29,9	3,0	4,3	-30,7	2,5	3,5	-28,9
Andere Nahrungs- und Futtermittel	25,0	24,4	+2,5	15,4	14,8	+4,1	9,6	9,6	-0,1
darunter:									
Futtermittel	4,5	3,8	+20,5	2,9	2,3	+26,0	1,6	1,4	+11,7
Ölsaaten, Ölfrüchte, pflanzliche und tierische									
Fette	5,2	5,3	-0,5	4,4	4,5	-2,0	0,8	0,8	+8,2
Feste mineralische Brennstoffe	14,7	14,3	+3,3	14,6	14,1	+3,2	0,1	0,1	+10,7
dar.: Steinkohle und Steinkohlenbriketts	13,3	12,8	+3,7	13,3	12,8	+3,7	0,0	0,0	+31,1
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	62,1	63,0	-1,4	50,0	48,0	+4,1	12,1	14,9	-18,8
darunter:									
Rohes Erdöl	39,1	40,1	-2,4	38,8	39,3	-1,2	0,3	0,8	-60,2
Kraftstoffe und Heizöl	20,6	20,6	-0,3	9,5	7,3	+29,1	11,1	13,3	-16,5
Erze und Metallabfälle	23,3	23,8	-2,0	21,5	21,8	-1,4	1,8	2,0	-8,6
darunter:									
Eisenerze	14,1	14,8	-4,4	14,1	14,8	-4,4	0,0	0,0	-42,5
NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	7,4	6,7	+9,2	6,5	6,0	+8,6	0,9	0,8	+14,1
Eisen, Stahl und NE-Metalle	14,5	14,1	+3,0	5,8	5,5	+5,4	8,7	8,6	+1,5
dar.: Stahlbleche, Bandstahl, Weißblech	4,0	4,0	+0,8	1,0	0,9	+6,0	3,1	3,1	-0,8
Steine und Erden	16,9	15,7	+8,0	11,6	10,4	+11,4	5,3	5,3	+1,4
Düngemittel	5,2	5,2	+0,6	1,8	1,5	+18,9	3,4	3,7	-6,7
dar.: Chemische Düngemittel	5,0	5,0	+0,4	1,6	1,4	+19,0	3,4	3,6	-6,7
Chemische Erzeugnisse	23,7	22,9	+3,5	10,4	9,5	+9,2	13,3	13,4	-0,5
dar.: Chemische Grundstoffe	11,5	11,2	+2,7	4,4	4,0	+9,8	7,1	7,2	-1,2
Andere Halb- und Fertigwaren	114,4	111,4	+2,6	56,2	55,9	+0,5	58,1	55,5	+4,7
darunter:									
Besondere Transportgüter	53,7	52,5	+2,3	24,7	24,9	-0,8	29,0	27,6	+5,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	13,2	12,4	+6,2	5,3	5,1	+4,2	7,8	7,3	+7,5
Insgesamt ...	320,6	315,1	+1,8	196,7	192,0	+2,4	123,9	123,0	+0,7

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

6) Siehe Statistisches Bundesamt Pressemitteilung Nr. 106 vom 19. März 2009 „Seeschifffahrt wächst 2008 nur noch um 1,8%“.

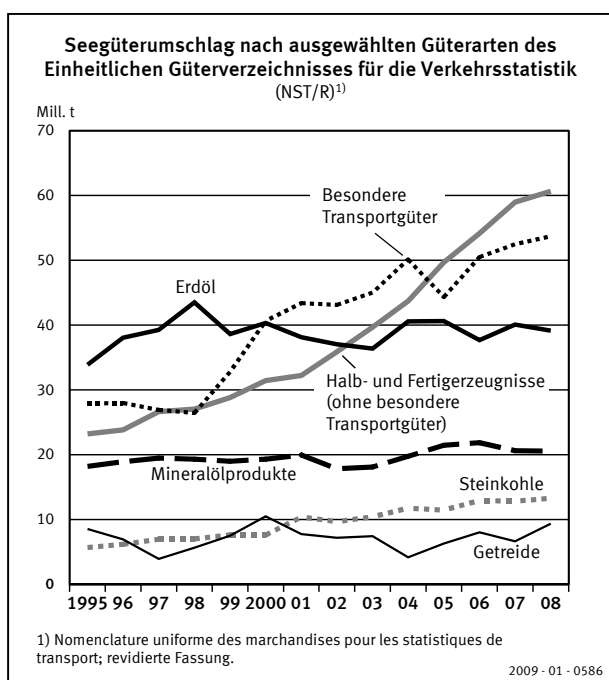
7) NST/R = Nomenclature uniforme des marchandises pour les statistiques de transport; revidierte Fassung.

8) Siehe Fußnote 1.

Metallabfälle (- 11,6%). Mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse, die in den letzten drei Monaten des Jahres 2008 mit einer Zunahme um fast 20% beim Gütertransport den Jahresdurchschnitt (+ 2,1%) weit übertrafen, gingen bei allen anderen Güterabteilungen die Zuwachsraten entweder stark zurück oder verlagerten sich ins Minus.

Schaubild 3 stellt die langfristige Entwicklung des Umschlags wichtiger Güterarten dar. Deutlich wird die seit 1995 kontinuierliche Zunahme der Umschlagsmengen bei Halb- und Fertigerzeugnissen und besonderen Transportgütern. Der bei Letzteren im Jahr 2005 aufgetretene „Knick“ in der Umschlagsentwicklung konnte in den nachfolgenden Jahren durch zum Teil zweistellige Zuwachsraten wieder mehr als ausgeglichen werden. 2008 nahm die Menge der besonderen Transportgüter nochmals um 2,3% zu und liegt jetzt bei fast 54 Mill. t. Bei den eigentlichen Halb- und Fertigerzeugnissen – ohne besondere Transportgüter – verläuft die Entwicklung noch gleichmäßiger: Die 1995 registrierten gut 23 Mill. t haben sich bis 2008 auf 60,6 Mill. t fast verdreifacht. Erdöl, für das bis 1998 ebenfalls ein stetiger Anstieg der umgeschlagenen Menge festzustellen war, stagniert seitdem bei einer Umschlagsmenge, die um die 40 Mill. t schwankt. Im Jahr 2008 wurden 39,1 Mill. t umgeschlagen, was gegenüber 2007 einer Abnahme um fast 1 Mill. t bzw. 2,4% entspricht. Eine wieder etwas positivere Entwicklung ergab sich beim Getreide, für das sich die umgeschlagene Tonnage zunächst von 1995 bis 2000 auf über 10 Mill. t erhöht, danach bis 2004 wieder auf etwas über 4 Mill. t verringert und damit mehr als halbiert hatte, und seitdem – mit Schwankungen – wieder bis auf 9,4 Mill. t im letzten Jahr anstieg. Bei der Steinkohle zeigte sich in den letzten 13 Jahren eine kontinuierliche Aufwärtstendenz – die Umschlagsmenge erhöhte sich von etwas über 5 Mill. t im Jahr 1995 auf rund 13,3 Mill. t im Jahr 2008. Verglichen mit 2007

Schaubild 3



ergab sich ein Anstieg um fast 500 000 t oder 3,7%. Steinkohle und Steinkohlenbriketts gehören zusammen mit den Eisenerzen zu den Produkten, bei denen der Seegüterumschlag nahezu ausschließlich aus Empfang besteht bzw. ein Versand ins Ausland nicht stattfindet. Während dies beim Eisenerz darauf zurückzuführen ist, dass Deutschland über keine nennenswerten eigenen Erzvorkommen verfügt, liegt der Grund bei der Steinkohle überwiegend an den hohen Abbaukosten sowie vermehrt auftretenden Folgeschäden (Bodenabsenkungen u.Ä.).

Nach Einführung der neuen europäischen Gütersystematik NST 2007 (Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik) können nun auch die Ergebnisse der Seeverkehrstatistik in entsprechender Gliederung dargestellt werden. Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, entfielen im vergangenen Jahr auf die NST-2007-Güterabteilungen 15 bis 20 „Sonstige Produkte“ mit fast 54 Mill. t Gütern die mengenmäßig bedeutendsten Seetransporte, dicht gefolgt von der Güterabteilung 02 „Kohle, rohes Erdöl und Erdgas“ mit knapp 53 Mill. t und den Güterabteilungen 04 bis 06 „Konsumgüter zum kurzfristigen Gebrauch, Holzwaren“ mit über 48 Mill. t. Von den zehn hier dargestellten Güterabteilungen bzw. deren Zusammenfassungen wiesen sieben eine positive Veränderung gegenüber 2007 auf, drei zeigten Rückgänge. Mengenmäßig am meisten zugenommen haben mit 1,8 Mill. t die Güterabteilungen 11 bis 13 „Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter“, der größte Rückgang der umgeschlagenen Menge war mit 0,7 Mill. t für die Güterabteilungen 04 bis 06 „Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren“ zu verzeichnen.

Tabelle 4: Seegüterumschlag

NST 2007 ¹⁾ - Güterabteilung	2008	2007	Veränderung	
	Mill. t		%	
01 Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei ...	19,1	17,6	+1,5	+8,1
02 Kohle, rohes Erdöl und Erdgas .	52,7	53,3	-1,6	-1,0
03 Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	29,7	28,8	+0,9	+3,1
04 bis 06 Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren .	48,4	49,1	-0,7	-1,4
07 Kokerei- und Mineralölherzeugnisse	23,6	23,4	+0,2	+0,5
08 bis 09 Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse (Glas, Zement, Gips, usw.)	35,0	34,0	+1,0	+2,8
10 Metalle und Metallerzeugnisse	21,6	20,8	+0,8	+3,9
11 bis 13 Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	31,0	29,2	+1,8	+6,2
14 Sekundärrohstoffe, Abfälle	5,8	6,2	-0,4	-7,1
15 bis 20 Sonstige Produkte	53,7	52,5	+1,2	+2,3
Insgesamt ...	320,6	315,1	+5,6	+1,8

1) Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik 2007.

Bei den Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Erfassung der Güterart weiterhin zunächst gemäß der alten Systematik NST/R erfolgt. Mithilfe eines Umschlüsselungsverfahrens werden dann die Gütergruppen der NST/R den entsprechenden Gütergruppen der NST 2007 zugeordnet. Aus diesen Gütergruppen lassen sich die Güterabteilungen zusammenstellen. Da nicht alle Gütergruppen der

Tabelle 5: Seegüterumschlag nach Massen- und Stückgut

Massen- und Stückgut Verpackungsart	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Massengut	138,2	135,3	+2,1	105,8	102,4	+3,4	32,3	32,9	-1,7
fest	68,4	64,7	+5,8	51,7	50,2	+3,1	16,7	14,5	+15,4
flüssig	69,7	70,6	-1,2	54,1	52,2	+3,7	15,6	18,4	-15,2
Stückgut	182,5	179,8	+1,5	90,9	89,7	+1,4	91,6	90,1	+1,6
in Containern	121,8	116,9	+4,2	59,9	57,6	+4,0	61,9	59,3	+4,4
nicht in Containern	60,7	62,8	-3,3	31,0	32,0	-3,1	29,7	30,9	-3,9
Insgesamt ...	320,6	315,1	+1,8	196,7	192,0	+2,4	123,9	123,0	+0,7

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

NST/R eindeutig bestimmten Gütergruppen der NST 2007 zugeordnet werden können, arbeitet das Umschlüsselungsverfahren mit gewissen Wahrscheinlichkeitsannahmen, die insbesondere bei Gütern, die nur in geringer Fallzahl vorkommen, zu Verzerrungen führen können. Diese Problematik wird erst dann beseitigt werden, wenn ab 2011 die Erfassung der Güterarten originär nach der NST 2007 erfolgt.

Umschlag von Massengut nimmt stärker zu als der von Stückgut

Nach der Erscheinungsform der Güter differenziert (siehe Tabelle 5), hat sich der Abstand in der Umschlagsmenge von Stück- und Massengütern 2008 erstmals seit vielen Jahren nicht weiter vergrößert. Unterschieden wird bei der „Erscheinungsform“ der Ladung nach „festem Massengut“, „flüssigem Massengut“, „Stückgut in Containern“, „Stückgut auf Fahrzeugen“ und „sonstigem Stückgut“. Massengüter sind solche, die ohne zusätzliche Verpackung in großen Mengen auf ein Schiff geschüttet oder gepumpt werden. Hierzu zählen u. a. Kohle, Erze, Baustoffe oder Rohöl. Stückgüter zeichnen sich dadurch aus, dass sie als einzelne Stücke oder in Verpackungen transportiert werden. Dies gilt zum Beispiel für Maschinen, sonstige Metallerzeugnisse, Kunststoffe oder Früchte. 2003 hatte die Menge des umgeschlagenen Stückgutes erstmals die des Massengutes um 3,6 Mill. t übertroffen, 2007 lag der Unterschied bei knapp 45 Mill. t und im vergangenen Jahr wurden gut 44 Mill. t mehr Stückguts als Massengut in deutschen Seehäfen umgeschlagen. Zurückzuführen ist dies darauf, dass von 2007 auf 2008 der Umschlag von Massengut um 2,1%, der von Stückgut aber nur um 1,5% gestiegen ist. Der geringe Zuwachs der Menge des umgeschlagenen Stückgutes basiert ausschließlich auf einem verhältnismäßig hohen Rückgang von Transporten ohne Container, die sich um 3,3% verringert haben. Der Stückgutumschlag in Containern nahm dagegen auch 2008 nochmals zu, und zwar um 4,2%.

Zum Jahresende 2008 ist der Stückgutumschlag um mehr als 8% eingebrochen, wobei nicht in Containern beförderte Waren mit einem Minus von 9,4% stärker betroffen waren

als Containertransporte (-8%).⁹⁾ Verhältnismäßig stabil entwickelte sich im vierten Quartal 2008 der Umschlag von Massengut. Verglichen mit den letzten drei Monaten 2007 erhöhte er sich um 1,2%, wobei dieser Zuwachs aber ausschließlich durch feste Massengüter zustande kam (+3,4%). Die umgeschlagene Menge flüssiger Massengüter nahm dagegen um 1% ab.

Containertransporte nehmen um knapp 3% zu

Wie schon 2007 und in den Jahren zuvor nahm auch im vergangenen Jahr der Umschlag von Containern weiterhin zu, allerdings nur noch um 2,7%. In den Jahren 2001 bis 2007 hatten die entsprechenden Zuwachsraten noch im zweistelligen Bereich oder ganz knapp darunter gelegen, sie bewegten sich zwischen +9,9% im Jahr 2002 und 14,1% im Jahr 2006. Im vergangenen Jahr erhöhte sich die Anzahl der transportierten Container von 9,4 Mill. (2007) auf nunmehr 9,6 Mill. (siehe Tabelle 6); der Umschlag nahm nur noch um 410 000 TEU¹⁰⁾ auf jetzt 15,7 Mill. TEU zu, die Menge der in Containern beförderten Güter stieg um 4,2%. Welche Auswirkungen die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gerade im Containerverkehr mit sich bringt, zeigt ein Blick auf die letzten drei Monate des vergangenen Jahres. Im Zeitraum Oktober bis Dezember 2008 nahm die in Großbehältern transportierte Tonnage gegenüber dem Vorjahreszeit-

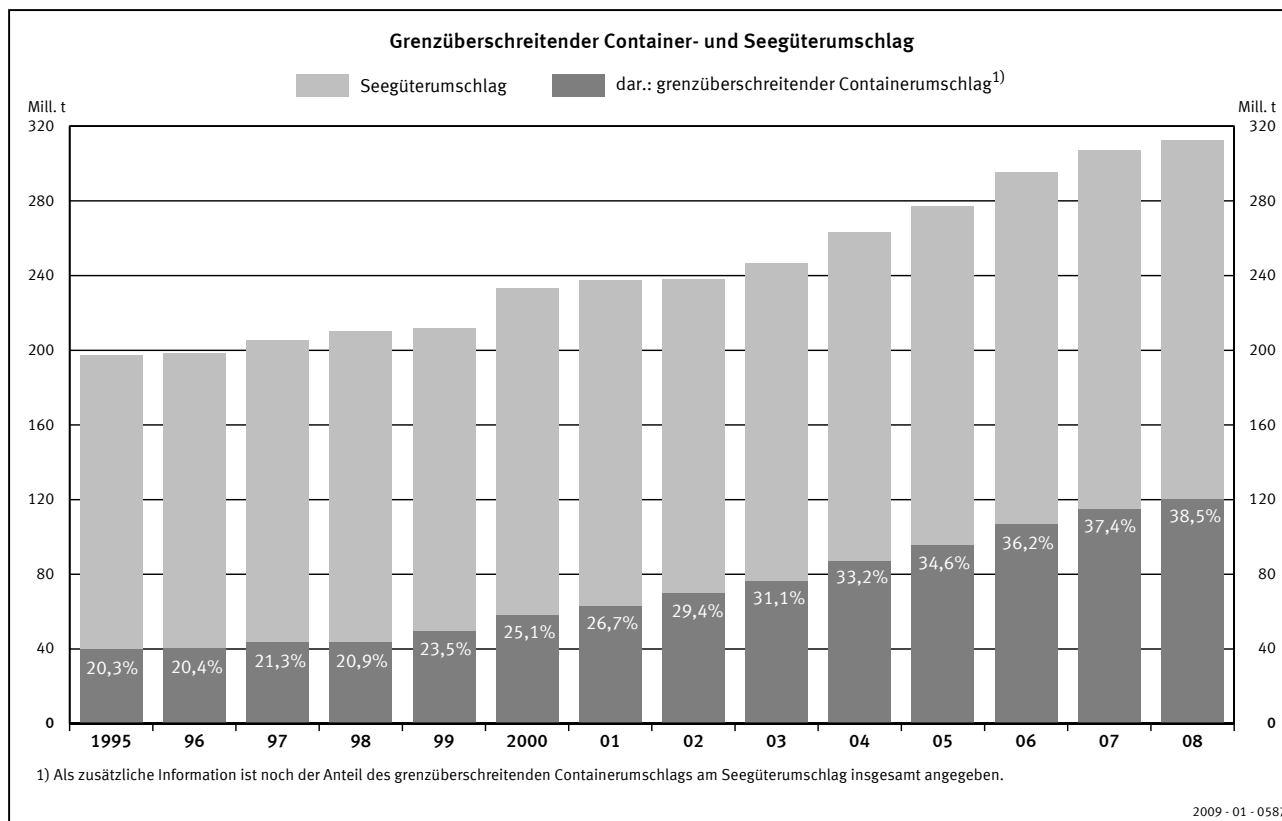
Tabelle 6: Containerverkehr

Jahr	Transportierte Container	Containerumschlag	Veränderung des Containerumschlags gegenüber dem Vorjahr in %
	1 000	1 000 TEU	
2001	4 989	7 913	+10,3
2002	5 463	8 699	+9,9
2003	5 981	9 569	+10,0
2004	6 739	10 822	+13,1
2005	7 509	12 101	+11,8
2006	8 536	13 802	+14,1
2007	9 426	15 257	+10,6
2008	9 624	15 667	+2,7

9) Siehe Fußnote 1.

10) Ein TEU entspricht dem Äquivalent eines 20-Fuß-Standard-Containers (TEU = Twenty Foot Equivalent Unit).

Schaubild 4



raum um 6 % ab.¹¹⁾ Der Containerverkehr mit China, der von 2006 auf 2007 noch um mehr als 20 % gewachsen war und im Gesamtjahr 2008 immerhin noch um 4,4 % zugenommen hat, war im vierten Vierteljahr 2008 erstmals rückläufig und sank um knapp 2 %. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 hatte er noch um über 6 % zugenommen. Regelrechte Einbrüche verzeichneten andere für den Containerverkehr bedeutende Relationen. So ging die Tonnage im Containeraustausch mit Nordamerika um über 10 % zurück, im Containerverkehr mit Hongkong sank sie um fast 16 %, im Containerverkehr mit Schweden um knapp 19 %. Der Großbehälterverkehr mit Taiwan hat sogar um ein Drittel abgenommen. (Noch) keine Auswirkungen zeigten sich im Containerverkehr mit Westeuropa und Afrika. Hier hat der Containerverkehr auch im letzten Vierteljahr 2008 zweistellig – um 19,3 bzw. 11,1 % – zugenommen.

In den letzten acht Jahren hat sich die Zahl der Container um knapp 92 %, die TEU haben sich sogar um 98 % erhöht. Welche Bedeutung dem Containerverkehr mittlerweile zukommt, zeigt Schaubild 4. Hier ist für die letzten 14 Jahre die Entwicklung des grenzüberschreitenden Seegüterumschlags (also ohne den Verkehr zwischen den deutschen Seehäfen) dargestellt sowie der Anteil der Containertransporte daran. 1995 hatten die Containertransporte mit etwa 20 % einen Anteil von gerade einem Fünftel an der Güterbeförderung. Bis 1998 erhöhte sich dieser Anteil langsam

auf knapp 21 %. Danach setzte eine dynamische Entwicklung ein, bei der der Anteil der Containertransporte Jahr für Jahr um etwa 2 Prozentpunkte zunahm; 2008 lag er bei 38,5 %. Zum Vergleich: Bei der Binnenschifffahrt beträgt der Anteil der Containertransporte (einschl. der Eigengewichte der Ladungsträger) am gesamten Güterverkehr nur 7,7 %¹²⁾ (2007: 8,1 %), bei der Eisenbahn etwa 17,8 %¹³⁾ (2007: 19,4 %).

Hamburg, Bremische Häfen und Wilhelmshaven in Deutschland führend

Nicht nur bezüglich des Containerumschlags, sondern auch beim Seegüterumschlag insgesamt nahm der Hamburger Hafen auch 2008 weiterhin die Spitzenstellung unter den Häfen in Deutschland ein. Mit 118,9 Mill. t umgeschlagener Güter konnte die Hansestadt ihr Vorjahresergebnis um 0,7 Mill. t oder 0,6 % steigern (siehe Tabelle 7). 2007 hatte der Zuwachs allerdings noch 2,7 Mill. t bzw. 2,3 % betragen. Mit dem prozentualen Wachstum seines Gesamtumschlags im Jahr 2008 liegt Hamburg wie auch schon im Vorjahr unter der durchschnittlichen Zunahme des Seegüterumschlags insgesamt von 1,8 %. Zurückzuführen dürfte dies darauf sein, dass Hamburg stark auf Containerverkehre mit Ost-

11) Siehe Fußnote 1.

12) Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 4, „Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt“, 2008, Tabelle 2.4.

13) Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 2, „Eisenbahnverkehr“, 2008, Tabelle 1.1.

Tabelle 7: Seegüterumschlag deutscher Häfen

Hafen	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Hamburg	118,9	118,2	+0,6	70,9	71,0	-0,2	48,0	47,2	+1,8
Bremen/Bremerhaven	63,5	59,3	+7,2	33,5	31,5	+6,4	30,0	27,8	+8,0
Bremen Stadt	14,5	15,6	-7,0	10,4	11,1	-5,8	4,1	4,6	-10,0
Bremerhaven	49,0	43,6	+12,2	23,1	20,4	+13,0	25,9	23,2	+11,5
Wilhelmshaven	40,6	42,6	-4,9	33,1	33,3	-0,6	7,4	9,3	-20,4
Lübeck	21,3	22,2	-3,8	11,9	12,4	-3,8	9,4	9,8	-3,7
Rostock	21,3	19,6	+8,6	12,0	10,7	+12,3	9,3	8,9	+4,2
Brunsbüttel	11,6	9,7	+20,6	8,9	7,3	+21,9	2,8	2,4	+16,7
Brake	5,7	5,4	+6,3	4,1	3,3	+22,6	1,6	2,1	-20,0
Bützfleth	5,6	5,6	+0,3	4,0	3,8	+4,3	1,6	1,7	-8,7
Emden	4,5	4,2	+7,0	2,9	2,6	+10,8	1,6	1,6	+0,8
Puttgarden	4,1	4,3	-5,7	1,6	1,8	-12,4	2,5	2,5	-0,8
Nordenham	3,6	3,9	-8,3	3,4	3,6	-7,7	0,2	0,3	-15,5
Wismar	3,3	3,8	-14,4	1,8	2,5	-28,3	1,5	1,4	+10,4
Kiel	3,2	3,0	+5,8	1,7	1,6	+11,7	1,4	1,4	-0,5
Saßnitz	2,7	2,6	+4,5	1,4	1,2	+17,8	1,3	1,4	-6,4
Duisburg	2,1	2,1	+0,7	0,5	0,5	-3,3	1,6	1,6	+2,0
Cuxhaven	2,0	1,9	+1,4	0,8	0,8	+7,6	1,1	1,2	-2,6
Stralsund	0,8	0,9	-6,1	0,3	0,4	-7,2	0,5	0,5	-5,3
Sonstige Häfen	5,8	5,9	-1,7	3,9	3,7	+5,4	2,1	2,1	+0,0
Insgesamt ...	320,6	315,1	+1,8	196,7	192,0	+2,4	123,9	123,0	+0,7
nachrichtlich:									
Nordseehäfen	258,9	253,7	+2,1	163,7	159,4	+2,7	95,2	94,3	+0,9
Ostseehäfen	58,9	58,4	+0,9	32,1	31,6	+1,4	26,9	26,8	+0,3
Eigengewichte der Ladungsträger	61,4	61,6	-0,3	30,7	30,9	-0,7	30,7	30,7	+0,2

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

asien ausgerichtet ist und gerade diese Relationen besonders von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beeinflusst werden. Anders sieht es bei den Bremischen Häfen (Bremen und Bremerhaven) aus, die den zweiten Platz unter den deutschen Seehäfen einnehmen. Hier stieg der Seegüterumschlag gegenüber 2007 um über 7%, von 59,3 Mill. t auf 63,5 Mill. t (2008). Dieses überdurchschnittliche Wachstum resultiert ausschließlich aus einem sehr hohen Wachstum in Bremerhaven (+12,2%), wogegen für den Hafen der Stadt Bremen ein Rückgang um 7% festzustellen war. Die insgesamt sehr positive Entwicklung der Bremischen Häfen dürfte mit der großen Bedeutung der Amerikaverkehre zusammenhängen. Übers ganze Jahr 2008 betrachtet nahm der Gütertausch mit Nordamerika um 10% zu, womit dieses Fahrtgebiet unter den Kontinenten bzw. Halbkontinenten nach Afrika die positivste Entwicklung aufwies.

Unverändert auf den Positionen drei bis fünf lagen die Häfen Wilhelmshaven, Lübeck und Rostock. Während der Gesamtumschlag im vom Ölimport dominierten Wilhelmshafen und in Lübeck Rückgänge um knapp 5 bzw. knapp 4% aufwies, konnte Rostock ein starkes Plus von fast 9% verzeichnen. Von den 17 in Tabelle 7 ausgewiesenen Häfen zeigten elf Zuwächse beim Gesamtumschlag, bei sechs Häfen war der Seegüterumschlag rückläufig. Die Zuwächse bewegten sich zwischen einem Plus von 0,3% umgeschlagener Güter für Bützfleth bis zu einem Anstieg um mehr als ein Fünftel für Brunsbüttel. Die Spannweite der Rückgänge beim Seegüterumschlag lag zwischen -3,8% in Lübeck und über -14% in Wismar. Absolut am stärksten gewachsen ist der Gesamtumschlag in den Bremischen Häfen mit rund 4,2 Mill. t, die höchste Abnahme verzeichnete Wilhelmshaven mit 2 Mill. t.

Deutsche Flagge verliert weiter an Bedeutung

Mit 34,6 Mill. t hat sich der Gesamtumschlag von Schiffen unter deutscher Flagge 2008 weiter verringert (siehe Tabelle 8). Insgesamt wurden knapp 1% weniger Güter auf deutschen Schiffen befördert. Der Anteil der unter deutscher Flagge beförderten Güter am Gesamtumschlag, der 2006 und 2007 noch 12,3 bzw. 11,1% betragen hatte, liegt jetzt bei nur noch 10,8%. Trotz des Rückgangs der beförderten Menge stehen deutsche Schiffe im Ranking nach Flaggen weiterhin auf dem ersten Platz. Der Abstand zum Zweitplatzierten – der „Billigflagge“ Panama – hat sich allerdings nochmals stark verringert. 2007 betrug der Güterumschlag von Schiffen unter panamesischer Flagge in deutschen Häfen 33,4 Mill. t, im vergangenen Jahr waren es bei einer Zunahme um 1,3% schon 33,8 Mill. t. Der Abstand bei der Menge der beförderten Güter zu den deutschen Schiffen, der 2007 noch bei 1,5 Mill. t umgeschlagener Güter lag, hat sich 2008 auf nur noch 0,8 Mill. t halbiert. Bei Fortsetzung dieser Entwicklung ist schon für das laufende Jahr zu erwarten, dass Schiffe unter deutscher Flagge nicht mehr die erste Stelle beim Seegüterumschlag deutscher Häfen einnehmen werden.

Die drittichtigste Flagge blieb 2008 weiterhin die des Vereinigten Königreiches mit 32,3 Mill. t umgeschlagener Güter (+5,9%), gefolgt von der von Liberia mit knapp 24 Mill. t bzw. +3,9%. Die Umschläge von Schiffen unter der Flagge Schwedens und Norwegens, die die Plätze 5 und 6 einnahmen, weisen verhältnismäßig hohe Rückgänge von über 6 bzw. über 7% auf. Insgesamt zeigen von den in Tabelle 8 aufgelisteten 17 einzelnen Flaggen fünf Rückgänge der

Tabelle 8: Seegüterumschlag nach Flaggen¹⁾

Flaggen	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung
	Mill. t		% ²⁾	Mill. t		% ²⁾	Mill. t		% ²⁾
Deutschland	34,6	34,9	-0,8	16,4	16,1	+2,1	18,1	18,8	-3,4
Panama	33,8	33,4	+1,3	21,2	21,9	-3,4	12,6	11,5	+10,2
Vereinigtes Königreich	32,3	30,5	+5,9	18,6	17,7	+5,5	13,7	12,9	+6,5
Liberia	23,9	23,0	+3,9	16,5	15,2	+8,4	7,4	7,8	-4,8
Schweden	20,0	21,3	-6,3	11,0	11,8	-6,8	8,9	9,4	-5,6
Norwegen	17,1	18,5	-7,4	13,6	14,6	-7,0	3,5	3,9	-8,7
Zypern	16,2	16,1	+1,1	10,4	11,0	-5,1	5,8	5,1	+14,5
Bahamas	15,7	15,5	+1,3	12,5	12,0	+4,3	3,2	3,5	-8,9
Antigua und Barbuda	15,2	12,9	+18,4	8,8	7,4	+18,6	6,5	5,5	+18,0
Niederlande	12,2	12,6	-3,3	6,3	6,4	-0,2	5,8	6,2	-6,4
Griechenland	12,7	12,0	+5,8	8,8	8,0	+10,2	3,9	4,0	-2,9
Dänemark	12,0	11,9	+1,1	6,6	6,6	-0,4	5,4	5,2	+3,0
Malta	11,0	9,7	+13,9	8,0	6,8	+18,7	3,0	2,9	+2,8
China	9,4	9,2	+1,7	6,0	5,9	+2,2	3,4	3,4	+0,9
Marshall-Inseln	7,5	8,0	-5,8	4,7	4,8	-2,5	2,8	3,2	-10,7
Singapur	6,5	5,8	+12,6	3,7	3,5	+8,4	2,8	2,4	+18,8
Finnland	6,1	5,6	+9,4	3,5	3,0	+16,1	2,6	2,6	+1,4
Sonstige	34,4	34,4	±0,0	20,1	19,4	+3,6	14,5	14,9	-2,7
Insgesamt ...	320,6	315,1	+1,8	196,7	192,0	+2,4	123,9	123,0	+0,7

1) Nach Ländern, ohne Eigengewichte der Ladungsträger. – 2) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

Umschlagsmengen, wobei auffällt, dass es sich dabei – wie auch schon 2007 – ausschließlich um europäische Flaggen handelt. Eine Ausnahme bildet lediglich die Flagge der Marshall-Inseln (- 5,8 %).

Fast 106 Mill. t Güter auf dem Nord-Ostsee-Kanal befördert

Der Verkehr auf dem zu den weltweit wichtigsten Seekanälen zählenden Nord-Ostsee-Kanal stellt einen wichtigen Indikator des Seeverkehrs insgesamt dar. Mit 38 600 Handelsschiffen passierten 2008 zwar etwa 600 Einheiten (- 1,6 %) weniger diese Wasserstraße als im Vorjahr, die Menge der transportierten Güter erhöhte sich aber um etwa 6 % auf fast 106 Mill. t.¹⁴⁾ Hier zum Vergleich einige Angaben zu zwei anderen bedeutenden künstlichen Wasserstraßen: Der Panamakanal, der in Mittelamerika Atlantik und Pazifik miteinander verbindet, wurde 2008 von knapp 15 000 Schiffen durchquert, auf denen über 213 Mill. t Güter befördert wurden.¹⁵⁾ Verglichen mit 2007 verringerte sich die Schiffszahl nur ganz geringfügig um 0,1 %, die Ladungsmenge erhöhte sich dagegen um ein knappes Prozent. Der Suezkanal, der Schiffen zwischen Europa und Asien den Umweg um die Südspitze Afrikas erspart, verzeichnete 2008 etwas über 21 000 Schiffe (2007 waren es etwa 20 000) mit einer Ladungsmenge von 723 Mill. t. Das waren etwa 13 Mill. t oder 1,8 % mehr als 2007.¹⁶⁾

Auf dem Nord-Ostsee-Kanal hat sich die Zahl der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe im Jahr 2008 um über 13 % auf nur noch 8 215 Einheiten stark verringert (2007: 9 452

Schiffe). Der Anteil deutscher Schiffe an allen dort verkehrenden Schiffen liegt damit jetzt bei etwas über 21 %. 2007 waren es noch etwa 24 %, 2002 sogar noch über 38 % aller Schiffe gewesen. Auch hinsichtlich des Raumgehalts der Schiffe, gemessen in NRZ [= Nettoraumzahl¹⁷⁾], nahm der deutsche Anteil weiter ab und beträgt jetzt 12,3 %. 2007 waren es knapp 14 %, 2005 sogar noch etwa 16 % des Raumgehalts aller auf dem Nord-Ostsee-Kanal verkehrenden Schiffe gewesen. Insgesamt hat sich die Nettoraumzahl von 2007 auf 2008 um etwa 3,8 Mill. oder 4,6 % erhöht, was auf zunehmend größere Schiffe hinweist, die den Nord-Ostsee-Kanal passieren. Damit setzte sich eine Tendenz fort, die schon in den Vorjahren zu beobachten war. So lag die NRZ je Schiff 2001 bei 1 348, 2007 betrug sie durchschnittlich 2 078 und im Jahr 2008 2 209.

Die am häufigsten vertretene ausländische Flagge auf dem Nord-Ostsee-Kanal war nicht mehr wie 2006 und 2007 die der Niederlande, sondern die von Antigua und Barbuda, einem Staat, der zu den sogenannten „Billigflaggen“ zählt. Mit 5 592 Einheiten unter dieser Flagge wurden die Niederlande um 41 Schiffe übertroffen. Damit waren etwa 14,5 % aller Schiffe, die den Nord-Ostsee-Kanal passierten, in Antigua und Barbuda registriert. Von den 105,9 Mill. t auf dem Nord-Ostsee-Kanal transportierten Gütern wurden nur noch etwas über 11 % auf Schiffen unter deutscher Flagge befördert, 2007 waren es 13,2 % gewesen. Die Transportmenge deutscher Schiffe, die 2007 bei 13,2 Mill. t lag, hat sich im Jahr 2008 auf etwa 11,7 Mill. t verringert.

Für 2009 muss nach derzeitigem Stand von einem erheblichen Rückgang des Verkehrs auf dem Nord-Ostsee-Kanal

14) Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 5 „Seeschifffahrt“ 2008, Tabellen 18.1, 18.2, 18.3. Die Daten zum Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal werden von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord erhoben.

15) Offizielle Webseite der Panama-Kanal-Gesellschaft (www.panacanal.com; Stand: 9. August 2009). Die dort angegebenen „long tons“ wurden mit dem Faktor 1,016 in Tonnen umgerechnet.

16) Siehe offizielle Webseite der Suez-Kanal-Gesellschaft (www.suezcanal.gov; Stand: 9. August 2009).

17) Siehe Fußnote 20.

ausgegangen werden.¹⁸⁾ Nach Angaben der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord führen im ersten Halbjahr des laufenden Jahres rund ein Drittel weniger Schiffe durch diese Wasserstraße als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Auch nahm die Schiffsladung deutlich ab: von rund 55 Mill. t transportierten Gütern auf jetzt nur noch 33 Mill. t Güter, ein Minus von etwa 40 %. Die Ursachen liegen darin, dass zum einen aufgrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise weniger Ladung zu transportieren ist und demzufolge auch weniger Schiffe unterwegs sind. Zum anderen lassen Reeder ihre Containerschiffe öfter rund um das Skagerrak fahren, um so Kanal- und Schleusengebühren zu sparen.

Zahl der Schiffe nimmt stark zu

Nachdem 2007 die Zahl der unter deutscher Flagge fahrenden Handelsschiffe um 28 Einheiten abgenommen hatte, konnte 2008 wieder ein verhältnismäßig starker Zuwachs registriert werden. Die Zahl der Schiffe stieg innerhalb eines Jahres um 99 auf 645 Einheiten. Dabei wurden bei nahezu allen Schiffstypen mehr Schiffe verzeichnet, mit Ausnahme der Schiffe zur Personenbeförderung, die sich um eine Einheit verringerten. Die Zahl der Containerschiffe, die 2007 bei 276 gelegen hatte, belief sich im vergangenen Jahr auf 345 Einheiten, was einem Zuwachs um 69 Schiffe bzw. um ein Viertel entspricht.¹⁹⁾ Die durchschnittliche BRZ²⁰⁾ je Schiff erreichte im vergangenen Jahr mit etwa 24 505 (2007: 23 247) einen Wert, der mehr als doppelt so hoch lag wie der im Jahr 2001 (etwa 10 000 BRZ je Schiff). In der Tendenz heißt das, dass sich die in deutschen Schiffsregistern

gemeldeten Schiffe auch im letzten Jahr weiter erheblich vergrößert haben.

Zu den auf deutschen Schiffen beschäftigten Personen kann das Statistische Bundesamt keine Auswertungen mehr vornehmen. Wie bereits in einem früheren Beitrag in dieser Zeitschrift beschrieben²¹⁾, ist mit Beginn des Jahres 2008 die deutsche Seerberufsgenossenschaft nicht mehr der alleinige Versicherer der auf deutschen Schiffen beschäftigten Personen. Damit fällt ab diesem Zeitpunkt die einzige statistische Quelle zum Stand und zur Veränderung der Zahl des Bordpersonals weg. Das Statistische Bundesamt hat infolgedessen seine diesbezüglichen Auswertungen eingestellt.

Personenseeverkehr stark rückläufig

Während 2007 noch 30,2 Mill. Fahrgäste in deutschen Häfen ein- oder ausgestiegen waren (2003 waren es sogar 32,1 Mill. Passagiere gewesen), lag die Zahl der Passagiere im letzten Jahr bei nur noch knapp 29 Mill. Fahrgästen (siehe Tabelle 9), ein Rückgang um 4,2 %. Nicht betroffen ist der Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands, der mit 13,1 Mill. Fahrgästen stabil blieb. Allerdings zeigen sich auch zwischen den einzelnen ausländischen Fahrtgebieten stark unterschiedliche Entwicklungen. So steht einem Anstieg der Zahl der Fahrgäste von fast 24 % im Passagierverkehr mit Norwegen ein Rückgang der Transporte vom und ins Vereinigte Königreich um 17,5 % gegenüber. Innerhalb Deutschlands hat sich der Passagierverkehr um 1,2 Mill. Personen bzw. 7,3 % stark verringert. Besonders negativ entwickelten

Tabelle 9: Ein- und ausgestiegene Fahrgäste

Fahrtgebiet	Insgesamt			Ausgestiegene Fahrgäste			Eingestiegene Fahrgäste		
	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung
	Mill.		% ¹⁾	Mill.		% ¹⁾	Mill.		% ¹⁾
Verkehr innerhalb Deutschlands	15,9	17,1	-7,3	8,0	8,5	-6,4	7,9	8,6	-8,2
darunter:									
Niedersachsen	10,5	10,7	-2,1	5,2	5,3	-2,5	5,2	5,3	-1,7
Schleswig-Holstein	5,3	6,4	-17,2	2,7	3,2	-15,6	2,6	3,2	-18,7
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	13,1	13,1	±0,0	6,5	6,5	+0,1	6,6	6,6	-0,1
dar.: Europa	13,1	13,1	±0,0	6,5	6,5	+0,1	6,6	6,6	-0,1
Europäische Union	11,9	12,1	-1,8	5,9	6,0	-1,6	6,0	6,1	-2,1
Sonstiges Europa	1,2	1,0	+23,7	0,6	0,5	+21,2	0,6	0,5	+26,2
Ostseegebiet	11,4	11,6	-1,8	5,7	5,8	-1,6	5,8	5,9	-2,1
darunter:									
Dänemark, Ostsee	8,6	8,8	-2,4	4,3	4,4	-1,3	4,3	4,5	-3,4
Schweden	2,1	2,1	-3,1	1,0	1,1	-5,2	1,0	1,1	-1,0
Polen	0,3	0,3	-6,8	0,2	0,2	-2,5	0,1	0,2	-11,3
Nordeuropa	1,5	1,4	+14,0	0,8	0,7	+10,3	0,8	0,7	+17,8
darunter:									
Norwegen	1,2	0,9	+23,7	0,6	0,5	+21,3	0,6	0,5	+26,0
Dänemark, Nordsee	0,3	0,3	-5,5	0,2	0,2	-8,0	0,2	0,2	-2,7
Vereinigtes Königreich	0,1	0,1	-17,5	0,0	0,0	-29,3	0,0	0,0	-0,8
Insgesamt ...	28,9	30,2	-4,2	14,5	15,0	-3,6	14,5	15,2	-4,7

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 berechnet.

18) Siehe „Ein Drittel weniger Schiffe auf dem Nord-Ostsee-Kanal.“ in „Die Welt“ vom 21. Juli 2009.

19) Siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 5 „Seeschifffahrt“ 2007, Tabelle 20. Die Statistik über den Seeschiffsbestand in deutschen Schiffsregistern wird vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) geführt.

20) Die Bruttoreaumzahl BRZ (englisch gross tonnage, Abkürzung GT), ist das in der Schiffsvermessung die bisherige Bruttoregistertonne ersetzende Maß für die Gesamtgröße von Schiffen. Entsprechend ersetzt die Nettoreaumzahl (Abkürzung NRZ; englisch net tonnage, Abkürzung NT) die bisherige Nettoregistertonne. BRZ und NRZ sind dimensionslose Vergleichszahlen. Die BRZ ergibt sich aus dem gesamten umbauten Raum eines Schiffes, multipliziert je nach Schiffstyp mit einem zwischen 0,22 und 0,32 liegenden Faktor; sie soll eine gerechtere Schiffsvermessung ermöglichen (aus: Meyers Lexikon online).

21) Winter, H.: „Seeverkehr 2007“ in WiSta 7/2008, S. 581 ff.

sich dabei die Fahrgasttransporte in Schleswig-Holstein, die um über 17 % zurückgingen. Weniger betroffen war Niedersachsen: Hier betrug die Abnahme der Fahrgastzahlen nur 2,1 %.

Ausblick auf 2009

Für das Jahr 2009 lagen bei Redaktionsschluss Ergebnisse für die Monate Januar bis April vor, zum Teil aber nur auf Basis von Schätzungen. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres wurde der Seeverkehr – wie auch die Gesamtwirtschaft – hart von der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise getroffen. Diese Entwicklung hatte sich schon in den letzten Monaten des vergangenen Jahres abgezeichnet. Für das erste Drittel des Jahres 2009 muss von einem Einbruch der Güterbeförderung um etwa ein Fünftel ausgegangen werden. Inwieweit sich diese Entwicklung fortsetzen wird, hängt im Wesentlichen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Für das Jahr 2009 insgesamt ist nach derzeitigem Stand aber auf jeden Fall von einem zweistelligen Rückgang der Güterbeförderung im Seeverkehr auszugehen. [u](#)

Dipl.-Volkswirtin Sigrid Nicodemus

Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2008

Im vorliegenden Beitrag wird ein Überblick über die am 31. Dezember 2008 bestehenden Schulden aller öffentlichen Haushalte [Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.) einschl. ihrer jeweiligen Extrahaushalte] gegeben. Diese werden nach den unterschiedlichen Schuldarten gegliedert und um Daten über die Schuldenneuaufnahmen der öffentlichen Haushalte nach Laufzeiten und ihre Schuldentilgungen im Laufe des letzten Jahres ergänzt. Weiterhin wird die Entwicklung der Schulden seit 1950 dargestellt. Eine Übersicht über die Schulden je Einwohner ermöglicht einen Regionalvergleich nach Ländern. Der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. wird auch nach den wichtigsten kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen sowie nach Gemeindegrößenklassen dargestellt.

Vorbemerkung

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die in der zweiten Jahreshälfte 2008 begann, und die zu ihrer Behebung ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen hatten bis Ende 2008 noch keine deutlichen Auswirkungen auf die Höhe der Staatsverschuldung. Der Stand der Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte am 31. Dezember 2008 lag mit 1 517,6 Mrd. Euro um 1,0% höher als der entsprechende Vorjahreswert. Bereits vorliegende erste Ergebnisse aus der vierteljährlichen Schuldenstatistik zum 31. März 2009 zeigen allerdings, dass sich die Entwicklung beschleunigt: Die Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte (ohne die kommunalen Zweckverbände) nahmen um 1,9% gegenüber dem entsprechenden Vorquartal und um 3,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal zu. Der Fortgang der Rezession, die beschlossenen bzw. angekündigten Maßnahmen zur Bewältigung der Krise (u. a.

Konjunkturpakete, Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten) sowie die Haushaltsplanungen für die Folgejahre lassen eine weitere deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung in der Zukunft erwarten.

Die Höhe der Schulden öffentlicher Haushalte ist eine zentrale Zielgröße des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. 2008 wurde erstmals seit 2001 wieder erreicht, dass in Deutschland die sogenannte Defizitquote – das Verhältnis zwischen dem jährlichen öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktwerten – mit 0,0% deutlich unter dem von der Europäischen Union (EU) geforderten Referenzwert von 3% lag. Der EU-Durchschnitt betrug 2,3% und der der Eurozone 1,9%. Nicht erreicht wurde allerdings das zweite Maastricht-Kriterium, den Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen dauerhaft unter 60% zu halten. Seit 2003 verfehlte Deutschland dieses Ziel jeweils deutlich; Ende 2008 lag die Schuldenquote für Deutschland bei 65,9% (2007: 65,1%); der Durchschnitt in der EU betrug hier 61,5% (2007: 58,7%) und in der Eurozone 69,3% (2007: 66,0%). Die höchste Schuldenquote seit Einführung des Euro wurde für Deutschland im Jahr 2005 mit 67,8% ermittelt.

Die Berechnung des Maastricht-relevanten Schuldenstandes erfolgt nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Sie unterscheidet sich von der in diesem Beitrag verwendeten haushaltsmäßigen Abgrenzung der deutschen amtlichen Schuldenstatistik dadurch, dass für den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag zusätzlich zu den Kreditmarktschulden vor allem noch die Kassenverstärkungskredite, die Verkäufe von Post- und Telekom-Aktien des Bundes an die Kreditanstalt für

Wiederaufbau, die Verbindlichkeiten des Bundes aus dem Münzumsatz und die Schulden der Sozialversicherung miteinbezogen sowie Korrekturen aufgrund von Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor durchgeführt werden.

Methodische Erläuterungen

Zu den öffentlichen Haushalten zählen in diesem Beitrag die Haushalte des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände, im Folgenden als Kernhaushalte bezeichnet. Die fortschreitenden Ausgliederungen und die zunehmende Übertragung von öffentlichen Aufgaben nebst ihren Schulden auf Fonds, Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen (FEU) beeinträchtigen in zunehmendem Maße die Aussagekraft der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv. Durch die schrittweise Einbeziehung dieser Einheiten in die finanzstatistische Darstellung wird diesem Sachverhalt Rechnung getragen.

Die FEU, die nach den Regelungen des ESVG 1995 dem Sektor Staat zuzurechnen sind, werden dabei als Extrahaushalte bezeichnet.

Die Extrahaushalte des Bundes umfassen die verschuldeten Sondervermögen des Bundes; dazu zählen der zur Bewältigung der aktuellen Finanzmarktkrise am 17. Oktober 2008 gegründete Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) sowie der Entschädigungsfonds. Letzterer wies allerdings zum 31. Dezember 2008 nur noch eine geringe Restschuld nach. Weiterhin gehören zu den Extrahaushalten öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG 1995 zum Sektor Staat zählen, wie zum Beispiel ab 2006 der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.

Die Extrahaushalte der Länder in der Finanzstatistik umfassen Einheiten, die nach dem ESVG 1995 zum Staatssektor gehören, wie zum Beispiel die ausgegliederten Hochschulen des Staatssektors mit eigenem Rechnungswesen, die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten Statistischen Ämter der Länder und Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr. Von den Extrahaushalten der Länder waren Ende 2008 nur der in Rheinland-Pfalz ansässige Landesbetrieb Mobilität (mit Kreditmarktschulden Ende 2008 in Höhe von 1,3 Mrd. Euro) und die Hochschulen von Niedersachsen (Kreditmarktschulden 2008: 3,8 Mill. Euro) verschuldet. Diese Einheiten werden ab dem Jahr 2006 in der Schuldenstatistik als Extrahaushalte der Länder nachgewiesen. Zu den Extrahaushalten der Gemeinden/Gv. werden statistisch die kameral buchenden kommunalen Zweckverbände gerechnet. Sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt, werden im Folgenden diese Extrahaushalte in die Darstellung miteinbezogen.

Als Schulden werden in der Regel in diesem Aufsatz nur die Kreditmarktschulden (im weiteren Sinne) betrachtet, die zur Deckung einer in den öffentlichen Haushalten bestehenden Finanzierungslücke aufgenommen wurden, sowie die vornehmlich aus Vorkriegsschulden und Kosten der Währungsumstellung in den neuen Ländern zusammengesetzten Ausgleichsforderungen. Dazu zählen alle Wertpapierschulden

und alle direkten Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen sowie sonstigen in- und ausländischen Stellen. Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen und Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften werden in die Darstellung nicht einbezogen. Die zur Deckung einer vorübergehenden Kassenanspannung aufgenommenen Kassen(verstärkungs)kredite sowie die vergebenen Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen werden gesondert am Ende des Beitrages dargestellt.

Der Schuldenstand und die Schuldenbewegung werden jeweils zum Stichtag 31. Dezember eines Jahres statistisch erhoben. Berichtsperiode ist das jeweilige Kalenderjahr, nicht das Haushaltsjahr.

Überblick über die wichtigsten Ergebnisse

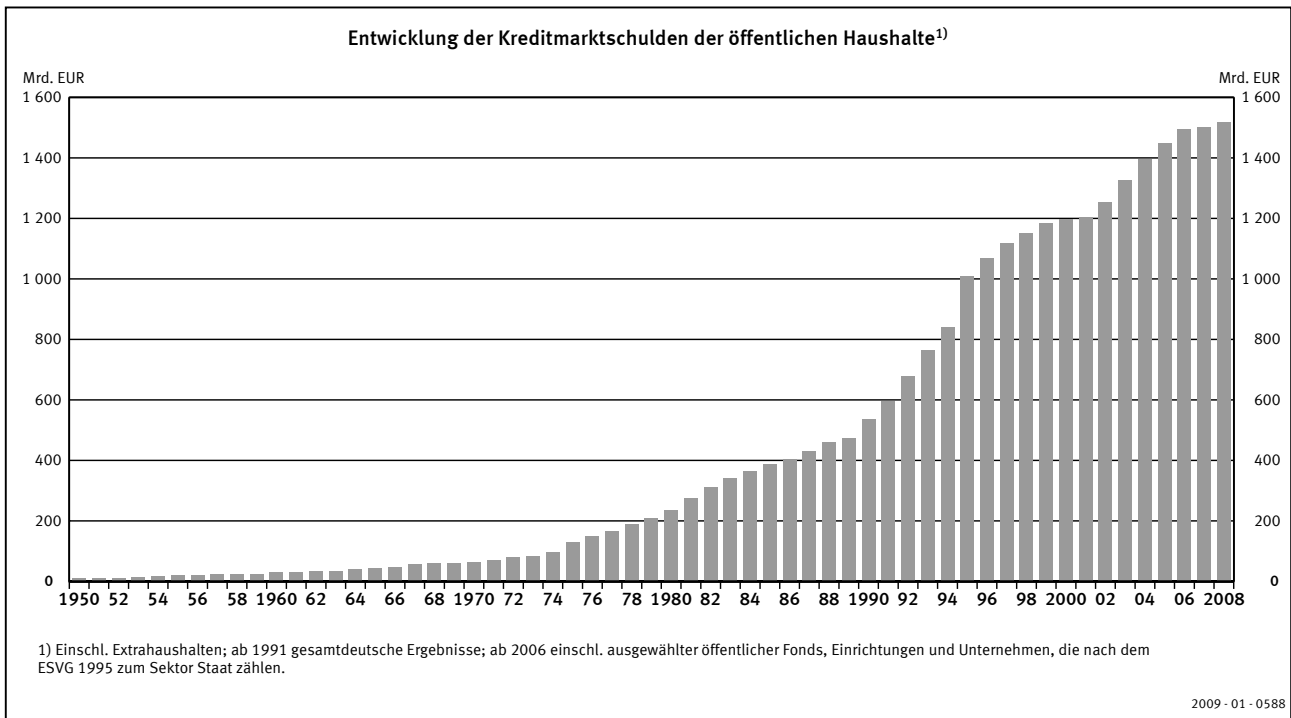
Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt ist 2008 weiter leicht angestiegen. Er erreichte am 31. Dezember 2008 mit 1 517,6 Mrd. Euro einen um 1 % höheren Betrag als im Vorjahr. Von dieser Summe entfielen 956,9 Mrd. Euro auf den Bund und seine Extrahaushalte, das entspricht einem Anteil von 63,1 % an den gesamten Schulden der öffentlichen Haushalte; 481,7 Mrd. Euro entfielen auf die Länder einschließlich ihrer Extrahaushalte (Anteil: 31,7 %) sowie 79,0 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. einschließlich der kommunalen Zweckverbände (Anteil: 5,2 %). Nur der Bund wies 2008 einen höheren Stand der Kreditmarktschulden als im Vorjahr aus (+ 2,1 %), bei den Ländern sank der Schuldenstand dagegen leicht um 0,2 % und bei den Gemeinden/Gv. deutlich um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Neben den Kreditmarktschulden, die zur Schließung einer Einnahmenlücke (Finanzierungsdefizit) der öffentlichen Haushalte dienen, nehmen die Gebietskörperschaften im Laufe eines Jahres auch Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Schwankungen zwischen den Einnahmen und Ausgaben ihrer Kassen auf. Diese Kassenkredite erreichten am 31. Dezember 2008 mit 61,9 Mrd. Euro einen neuen Höchststand. 28,9 Mrd. Euro dieser Kassenkredite hatte der Bund aufgenommen, 3,2 Mrd. Euro entfielen auf die Länder und 29,9 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. Insgesamt lag der Betrag der Kassenkredite um 21,8 % über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Kreditmarktschulden und Kassenkredite zusammen ergaben eine Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte von 1 579,5 Mrd. Euro, das waren 1,7 % mehr als im Vorjahr. Davon entfielen 985,7 Mrd. Euro auf den Bund (+ 3,0 %), 484,9 Mrd. Euro auf die Länder (- 0,0 %) und 108,9 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. (- 1,6 %).

Neben den Schulden der Kern- und Extrahaushalte der Gebietskörperschaften werden summarisch auch die Schulden der sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) erfasst, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 50 % beteiligt ist. Diese betragen im Jahr 2008

Schaubild 1



513,8 Mrd. Euro (+ 7,4 % gegenüber 2007). Im weiteren Verlauf der Darstellung bleibt dieser Bereich unberücksichtigt.

absolute Zunahme des Schuldenstandes wurde 1995 mit 169,2 Mrd. Euro registriert (das entsprach einer Steigerung um + 20,1 % gegenüber dem Vorjahr); in diesem Jahr wurde

Längerfristige Entwicklung

Seit 1950 ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte insgesamt in jedem Jahr angestiegen. Die Zuwachsraten des Schuldenstandes schwankten dabei deutlich. 1950 war der Schuldenstand mit 18,7 Mrd. DM bzw. 9,6 Mrd. Euro relativ niedrig, da die Währungsreform im Jahr 1948 die kriegsbedingten Altschulden der öffentlichen Haushalte umgerechnet um rund 400 Mrd. Euro reduziert hatte. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Schuldenstand von Berlin (West) erst 1952 und der des Saarlandes erst 1960 einbezogen wurden. Bis 1960 stiegen die öffentlichen Schulden auf 29,0 Mrd. Euro. In den 1960er-Jahren nahmen sie dann deutlich zu, da zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Rezession in den Jahren 1966/67 eine Politik des "deficit spending" betrieben wurde. 1970 erreichte der Schuldenstand eine Höhe von 62,9 Mrd. Euro. In den Folgejahren wuchs die staatliche Verschuldung weiterhin kräftig. Die höchsten Zuwachsraten wurden 1975 (+ 34,1 % bzw. + 32,9 Mrd. Euro) und 1981 (+ 15,8 % bzw. + 37,5 Mrd. Euro) registriert. Ende 1990, dem Jahr der deutschen Vereinigung, betrug der Schuldenstand 536,2 Mrd. Euro.

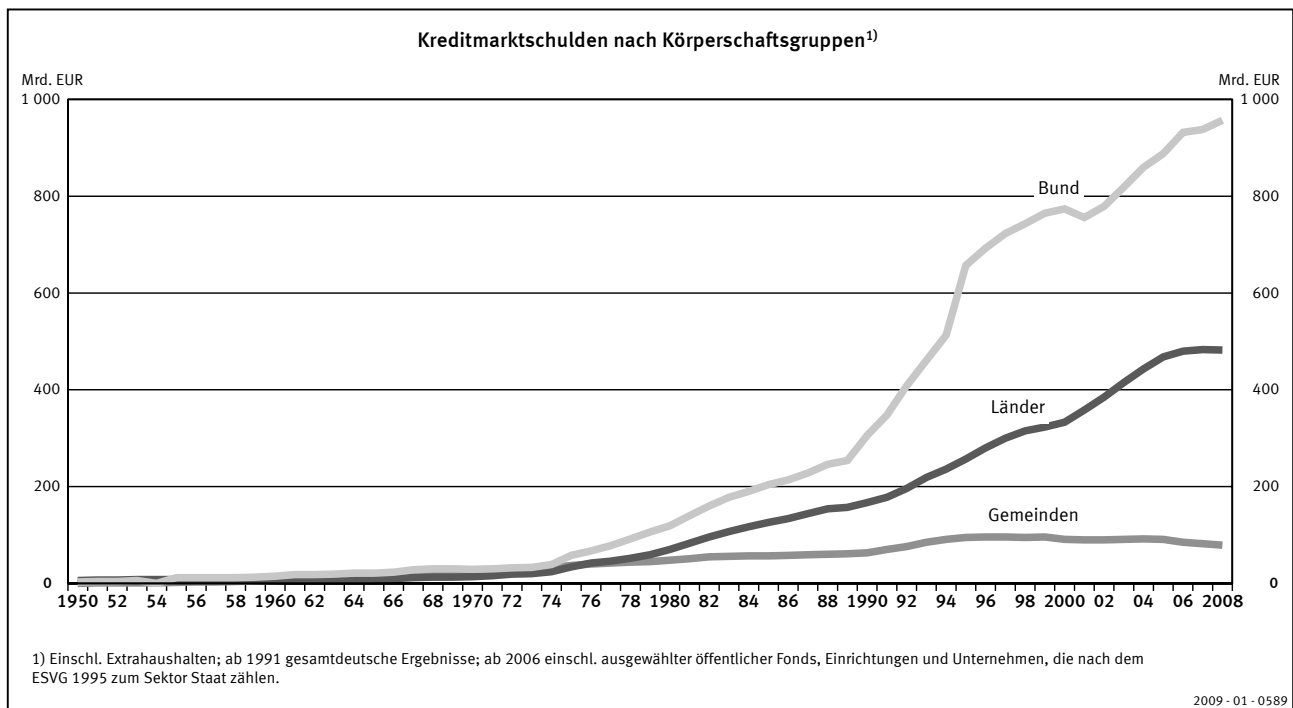
Im Jahr 1991 – dem Jahr, für das erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse vorgelegt wurden – belief sich der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt auf 595,9 Mrd. Euro. In den Folgejahren stieg die Schuldenlast – u. a. infolge der finanzpolitischen Anforderungen durch die deutsche Vereinigung und der Übernahme von Verbindlichkeiten der ehemaligen DDR – beträchtlich an. Die bisher höchste

Tabelle 1: Entwicklung der Kreditmarktschulden nach Körperschaftsgruppen¹)

Jahr	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden/ Gv.
Mill. EUR				
1950	9574	3428	6040	106
1960	28998	15312	7783	5904
1970	62927	28518	14015	20394
1980	236645	119227	69501	47917
1990	536223	306213	166906	63104
1991.....	595921	347809	178059	70053
1992	679867	407562	196342	75963
1993	765510	461357	219135	85018
1994	840122	513151	235542	91429
1995	1009323	657060	257336	94927
1996	1069247	692929	279864	96454
1997	1119076	723405	299744	95927
1998	1153413	743212	314765	95437
1999	1183062	764576	322672	95815
2000	1198145	773897	333187	91061
2001	1203887	756374	357684	89829
2002	1253195	778607	384773	89815
2003	1325733	819283	414952	91498
2004	1394954	860244	442922	91788
2005	1447505	888020	468214	91271
2006	1480625	916610	479489	84526
2006*)	1497111	932110	480475	84526
2007	1502196	937645	482752	81799
2008	1517593	956869	481717	79007
Veränderung in %				
2008 gegenüber 2007	+ 1,0	+ 2,1	- 0,2	- 3,4

1) Einschl. Extrahaushalten; ab 1991 gesamtdeutsche Ergebnisse. – 2) Ab 2006 einschl. ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem ESVG 1995 zum Sektor Staat zählen.

Schaubild 2



mit 1 009,3 Mrd. Euro Schulden auch erstmals die Billionengrenze überschritten. Der hohe Zuwachs war insbesondere dadurch bedingt, dass in diesem Jahr der neu errichtete Erblassentilgungsfonds die Verbindlichkeiten der zum Jahresende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt in Höhe von rund 105 Mrd. Euro sowie Teile der Altverbindlichkeiten der Wohnungsbauunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von rund 16 Mrd. Euro übernahm.

2000 lag der Schuldenstand bei 1 198,1 Mrd. Euro. Trotz der Bemühungen der Gebietskörperschaften ihre Haushalte zu konsolidieren, stiegen die öffentlichen Schulden in den Folgejahren weiter an, in den letzten Jahren war allerdings ein Abflachen der Zuwachsraten festzustellen: 2007 stiegen die Schulden nur noch geringfügig um 0,3% an, 2008 waren die öffentlichen Haushalte mit 1 517,6 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet (+1,0% gegenüber dem Vorjahr). Gegenüber 1991 hatten sich die Schulden 2008 damit mehr als verdoppelt (+154,7%).

Ein Vergleich der Ergebnisse von 2008 mit denen früherer Berichtsjahre ist wegen der vorgenommenen Ausgliederungen aus den Kernhaushalten auch für die Jahre nach 1991 nur bedingt zulässig. Der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. emittierte erstmals 2005 Wertpapiere zur Mittelbeschaffung in Höhe von 8,0 Mrd. Euro, diese sind in den dargestellten Ergebnissen für 2005 nicht enthalten. Der hinsichtlich seiner Verschuldung bedeutende Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz wurde 2002 ausgegliedert. Die Ausgliederung von Hochschulen aus den Landeshäushalten erfolgte in Niedersachsen ab dem Jahr 1995 und in Hessen ab dem Jahr 2000; die Verschuldung der Hochschulen ist allerdings relativ gering bzw. in Hessen waren sie 2008 ganz schuldenfrei.

Die Entwicklung des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte wurde maßgeblich durch die Schulden des Bundes bestimmt. 1950 war der Bund mit 3,4 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Mit Ausnahme des Jahres 1962 (-1,8%) stiegen die Schulden in den Folgejahren jeweils an, bis auf 30,2 Mrd. Euro im Jahr 1968. Im Rahmen einer antizyklischen Finanzpolitik wurde der Schuldenstand in den Jahren 1969 und 1970 auf 28,5 Mrd. Euro abgebaut; danach erhöhten sich die Schulden des Bundes wieder kontinuierlich und beliefen sich 1990 auf 306,2 Mrd. Euro. Diese Entwicklung setzt sich auch mit der deutschen Vereinigung fort: Seit 1991 sind die Schulden des Bundes um 175,1% gestiegen – von damals 347,8 Mrd. Euro auf 956,9 Mrd. Euro 2008. Lediglich im Jahr 2001 konnte mit -2,3% ein Rückgang der Schulden gegenüber dem Vorjahr verbucht werden, da die durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen erzielten Einnahmen zum großen Teil für die Schuldentilgung verwendet wurden. Die höchsten absoluten Zunahmen des Schuldenstandes des Bundes wurden zu Beginn der 1990er-Jahre aufgrund der mit der deutschen Vereinigung verbundenen Lasten verzeichnet, die höchste prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahresstand gab es mit 28% im Jahr 1995 (siehe Absatz 2 dieses Kapitels).

1950 belief sich der Schuldenstand der Länderhaushalte (ohne Berlin-West und das Saarland) auf 6,0 Mrd. Euro. In den Folgejahren gab es nur leichte Zuwächse bzw. sogar Rückgänge des Schuldenstandes, 1963 lag die Verschuldung der Länder bei 7,0 Mrd. Euro. Seitdem sind die Schulden der Länder – außer im Jahr 1969 – ständig gestiegen, 1970 lagen sie bei 14,0 Mrd. Euro, 1980 bei 69,5 Mrd. Euro und 1990 bei 166,9 Mrd. Euro. Besonders kräftig waren die Anstiege in den Jahren 1975 und 1980 bis 1983 (gegenüber den jeweiligen Vorjahreswerten).

Der Schuldenstand der Länderhaushalte ist seit 1991 um 170,5% gestiegen, von 178,1 Mrd. Euro auf 481,7 Mrd. Euro im Jahr 2008. Hier wurde jedes Jahr bis 2007 eine Zunahme des Schuldenstandes gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert ermittelt. Besonders hoch waren dabei die Anstiege der Schulden in den neuen Bundesländern. 2008 sanken die Schulden der Länder insgesamt wieder geringfügig (-0,2%).

Bis Mitte der 1960er-Jahre wies der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände im früheren Bundesgebiet jeweils hohe Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahreswert auf, wenn auch ausgehend von einem niedrigen Niveau. Auch in den Folgejahren erhöhte sich die Verschuldung der Kommunen stetig und erreichte 1990 63,1 Mrd. Euro.

1991 beliefen sich die Schulden der Kommunen in Deutschland – erstmals einschließlich der Kommunen der neuen Länder – insgesamt auf 70,1 Mrd. Euro. Bis 1996 stiegen sie auf 96,5 Mrd. Euro an; seitdem sinken die Schulden der Gemeinden oder es werden nur noch leichte Anstiege verbucht. Darin zeigen sich sicher die Konsolidierungsbemühungen der Gemeinden zur Verbesserung ihres finanzpolitischen Handlungsspielraums. Verursacht ist der geringe Anstieg allerdings auch dadurch, dass die Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern. Die Schulden dieser ausgegliederten Einheiten werden dann von den Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen und Einrichtungen übernommen und bleiben in dieser Darstellung unberücksichtigt. Auch dürfte das Ausweichen auf kurzfristige Kassenkredite diese Entwicklung mit beeinflusst haben. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass für das gesamte Bundesgebiet seit 2006 nur noch die Schulden der kameral buchenden Zweckverbände bei den öffentlichen Haushalten nachgewiesen werden, die der kaufmännisch buchenden Zweckverbände werden dagegen bei den Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen (FEU) verbucht. Diese Vorgehensweise wurde ab 1994 in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten umgesetzt. Sollten zudem Zweckverbände vom kameralen Rechnungswesen auf kaufmännische Buchführung umsteigen, so zählen diese Einheiten nicht mehr zu den öffentlichen Haushalten.

Aktuelle Entwicklung 2008

Bund

Zum Jahresende 2008 waren der Bund und seine Extrahaushalte mit 956,9 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Davon waren 933,2 Mrd. Euro (+1,2% gegenüber dem Vorjahr) dem Kernhaushalt des Bundes und 23,7 Mrd. Euro den Extrahaushalten zuzurechnen (+51,9%). Der starke Anstieg der Schulden bei den Extrahaushalten ist darauf zurückzuführen, dass zur Bewältigung der aktuellen Finanzkrise am 17. Oktober 2008 der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) gegründet und mit dem entsprechenden Kapital versehen wurde, um seine Aufgaben, die in der Finanzmarktcrise entstandenen Liquiditätsengpässe der Finanz-

unternehmen zu überwinden und die Eigenkapitalbasis von Finanzunternehmen zu stärken, erfüllen zu können. Ende 2008 war dieser Fonds mit 8,2 Mrd. Euro verschuldet. Die Kreditmarktschulden des Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. blieben 2008 mit 15,5 Mrd. Euro konstant, während der Entschädigungsfonds bis Ende 2008 seine Schulden bis auf eine geringe Restschuld tilgen konnte.

Tabelle 2: Kreditmarktschulden 2008 nach Körperschaftsgruppen und Schuldarten
Mill. EUR

Schuldarten	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden/Gv.
Kreditmarktschulden insgesamt	1 517 593	956 869	481 717	79 007
Extrahaushalte	27 651	23 700	1 325	2 626
Kernhaushalte	1 489 942	933 169	480 392	76 381
Kreditmarktschulden i.e.S. ¹⁾ .	1 485 425	928 652	480 392	76 381
Wertpapierschulden	1 151 086	915 220	235 652	214
darunter:				
Anleihen	593 167	591 453	1 500	214
Bundesschatzbriefe und -anweisungen	115 283	115 283	-	-
Bundesobligationen	164 515	164 515	-	-
Landesobligationen/ -schatzanweisungen ..	231 103	-	231 103	-
Direkte Darlehen	334 339	13 432	244 740	76 167
darunter von:				
inländischen Banken und Sparkassen	232 726	2 229	157 499	72 998
inländischen Versicherungsunternehmen ...	69 595	10 272	59 191	131
Ausgleichsforderungen	4 517	4 517	-	-

1) i.e.S.= im engeren Sinne; die Kreditmarktschulden i.e.S. bilden zusammen mit den Ausgleichsforderungen die Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

Beim Kernhaushalt des Bundes überwogen mit 915,2 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 98,1% an den gesamten Schulden die in Wertpapieren verbrieften Schulden, darunter waren 591,5 Mrd. Euro Anleihen, 164,5 Mrd. Euro Bundesobligationen und 115,3 Mrd. Euro Bundesschatzbriefe und -schatzanweisungen. Über direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen und sonstigen Institutionen hatte sich der Bund 1,4% aller Mittel beschafft, während die Ausgleichsforderungen nur noch 0,5% seiner Schulden ausmachten.

Im Verlauf des Jahres 2008 nahm der Kernhaushalt des Bundes 229,3 Mrd. Euro neu am Kreditmarkt auf, gleichzeitig tilgte er Schulden in Höhe von 218,1 Mrd. Euro. Von den

Tabelle 3: Schuldenaufnahme und Schuldentilgung 2008¹⁾
nach Körperschaftsgruppen
Mill. EUR

Schuldner	Schuldenaufnahme		Schuldentilgung	
	zusammen	dar.: Wertpapiersschulden	zusammen	dar.: Wertpapiersschulden
Bund ²⁾	229 297	229 265	218 084	215 056
Länder ²⁾	74 951	51 423	77 038	44 665
Gemeinden/Gv.	7 345	-	10 348	31
dar.: Zweckverbände	564	-	593	-
Insgesamt ...	311 593	280 688	305 470	259 752

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne. – 2) Nur Kernhaushalte.

neuen Schuldverträgen wurden 2,4% mit einer kurzfristigen Laufzeit (bis einschließlich einem Jahr) abgeschlossen, 2,3% mit einer mittelfristigen (zwischen einem und fünf Jahren) und 95,3% mit einer langfristigen Laufzeit (fünf Jahre und mehr).

Länder

Am 31. Dezember 2008 betrug der Schuldenstand der Länder und ihrer Extrahaushalte 481,7 Mrd. Euro; im Vergleich zum Vorjahr war dies eine geringfügige Abnahme um 0,2%. In den Flächenländern verringerten sich die Kreditmarktschulden insgesamt um 0,3%, die Entwicklung verlief jedoch sehr unterschiedlich: Im Saarland und in Hessen wurden mit 3,8 bzw. 2,0% die höchsten Anstiege der Schulden gegenüber dem Vorjahr ermittelt. Dagegen konnten insbesondere Sachsen (-13,4%), Bayern (-2,9%) und Thüringen (-2,5%) ihre Schulden reduzieren. Die Schulden der Stadtstaaten waren 2008 insgesamt um 0,3% höher als 2007: In Bremen wuchs der Schuldenstand 2008 um 6,8%, in Hamburg blieb er gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (-0,0%) und in Berlin verringerte er sich um 1,2%.

480,4 Mrd. Euro Kreditmarktschulden entfielen auf die Kernhaushalte der Länder (-0,3%). Von diesen waren 235,7 Mrd. Euro bzw. 49,1% des Schuldenstandes der Länder am Jahresende 2008 Wertpapierschulden, darunter 231,1 Mrd. Euro Landesobligationen bzw. -schatzanweisungen. 244,7 Mrd. Euro bzw. 50,9% entfielen auf direkte Darlehen, davon waren 157,5 Mrd. Euro Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen.

Im Jahr 2008 wurden von den Länderkernhaushalten insgesamt 75,0 Mrd. Euro Schulden neu aufgenommen, gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme um 6,4%. Im gleichen Zeitraum wurden Tilgungen von 77,0 Mrd. Euro

(+12,7%) geleistet. Rund 20,5% der neu aufgenommenen Schulden der Länder waren 2008 in kurzfristigen, 38,2% in mittelfristigen und 41,2% in langfristigen Verträgen kontrahiert.

Gemeinden/Gv.

Die Gemeinden/Gv. einschließlich der kommunalen Zweckverbände waren Ende 2008 mit insgesamt 79,0 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet und damit um 3,4% geringer als im Vorjahr. Davon entfielen 76,4 Mrd. Euro (-3,6%) auf die kommunalen Kernhaushalte und 2,6 Mrd. Euro (+2,6%) auf die kommunalen Zweckverbände. In fast allen Ländern war der Schuldenstand der Kommunen rückläufig, am stärksten in Baden-Württemberg (-8,0%) und in Mecklenburg-Vorpommern (-7,9%); im Saarland stiegen dagegen die Kreditmarktschulden der Kommunen gegenüber dem Vorjahr um 7,9% an.

75,5 Mrd. Euro bzw. 95,6% der kommunalen Schulden (Kernhaushalte und Zweckverbände) stammten aus direkten Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen, 3,3 Mrd. Euro bzw. 4,1% entfielen auf direkte Darlehen bei sonstigen Kreditgebern und nur 0,3% der Schulden waren als Anleihen verbrieft.

Im Jahr 2008 nahmen die Kommunen mit 7,3 Mrd. Euro 5,6% weniger Schulden als im Vorjahr neu auf, gleichzeitig wurden Schulden in Höhe von 10,3 Mrd. Euro getilgt, fast genauso viel wie im Vorjahr. Von den 2008 neu aufgenommenen Schulden hatten 13,7% eine kurzfristige, 5,6% eine mittlere und 80,7% eine langfristige Laufzeit.

Schulden nach Gemeindegrößenklassen

Die Schulden der Gemeinden/Gv. betragen rechnerisch durchschnittlich 1 001 Euro je Einwohner. Würde man die Kassenkredite hinzunehmen, so käme ein Betrag von durchschnittlich 391 Euro je Einwohner hinzu. Die Haushalte der kreisfreien Städte weisen die höchsten Schuldenstände je Einwohner auf; im Jahr 2008 ergaben sich je Einwohner rechnerisch durchschnittlich 1 206 Euro kommunale Schulden. Bei den kreisangehörigen Gemeinden waren es im Durchschnitt 645 Euro je Einwohner. Ein Grund für die höhere Verschuldung der kreisfreien Städte ist, dass diese auch kommunale Aufgaben wahrnehmen, die bei den kreisangehörigen Gemeinden von den Landkreisen bzw. in einigen Bundesländern von Ämtern, Samtgemeinden oder Verbandsgemeinden wahrgenommen werden; letztere hatten 2008 Schulden von 237 bzw. 163 Euro je Einwohner.

Die Einteilung der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen zeigt, dass größere kreisangehörige Gemeinden in der Regel eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen als kleinere (Ausnahme: Größenklasse 10 000 bis unter 20 000 Einwohner). Bei Einbeziehung der Kassenkredite steigt die Pro-Kopf-Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden ohne Ausnahme mit der Einwohnerzahl kontinuierlich an. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung unter Einbeziehung der Kassenkredite hatten 2008 Gemeinden mit mehr als

Tabelle 4: Kreditmarktschulden der Länder und Gemeinden/Gv.¹⁾ 2008 nach Bundesländern

Land	Länder		Gemeinden/Gv.	
	Mill. EUR	Veränderung gegenüber 2007 in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber 2007 in %
Flächenländer	388 861	-0,3	79 007	-3,4
Baden-Württemberg ...	41 705	±0,0	6 032	-8,0
Bayern	22 117	-2,9	13 704	-6,5
Brandenburg	17 134	-0,8	1 606	-2,0
Hessen	30 555	+2,0	7 951	-4,0
Mecklenburg-Vorpommern	9 916	-1,6	1 616	-7,9
Niedersachsen	50 213	+1,6	7 299	-2,4
Nordrhein-Westfalen ...	113 600	-0,4	23 311	±0,0
Rheinland-Pfalz	27 044	+0,8	4 877	-0,3
Saarland	9 494	+3,8	1 032	+7,9
Sachsen	9 584	-13,4	3 994	-6,5
Sachsen-Anhalt	19 808	-1,4	2 898	-4,5
Schleswig-Holstein	22 372	+1,6	2 229	-5,6
Thüringen	15 319	-2,5	2 458	-5,9
Stadtstaaten	92 856	+0,3	-	-
Berlin	55 961	-1,2	-	-
Bremen	15 277	+6,8	-	-
Hamburg	21 618	-0,0	-	-
Insgesamt ...	481 717	-0,2	79 007	-3,4

1) Einschl. Extrahaushalten.

Tabelle 5: Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv.¹⁾ nach Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Körperschaften		Kreditmarktschulden			Kreditmarktschulden je Einwohner	
	2007	2008	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007	2007	2008
	Anzahl		Mill. EUR		%	EUR	
Kreisfreie Städte	112	112	26118	24748	-5,2	1276	1206
20 000 – 50 000	17	17	861	838	-2,7	1195	1169
50 000 – 100 000	29	29	2200	1571	-28,6	1108	787
100 000 – 200 000	33	32	4898	4916	+0,4	1061	1113
200 000 – 500 000	23	24	7711	7600	-1,4	1216	1162
500 000 und mehr	10	10	10447	9823	-6,0	1535	1435
Kreisangehörige Gemeinden	12188	12128	36703	35945	-2,1	656	645
unter 1 000	4869	4867	1066	1023	-4,0	450	434
1 000 – 3 000	3297	3270	3252	3089	-5,0	552	527
3 000 – 5 000	1264	1246	2828	2745	-2,9	580	567
5 000 – 10 000	1303	1299	5499	5360	-2,5	598	585
10 000 – 20 000	871	862	6718	6580	-2,1	559	551
20 000 – 50 000	495	495	10103	9896	-2,0	692	678
50 000 – 100 000	78	78	5172	5225	+1,0	985	997
100 000 und mehr	11	11	2065	2028	-1,8	1170	1149
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	739	708	1358	1320	-2,8	168	163
Landkreise	323	313	13813	13197	-4,5	247	237
Bezirksverbände	16	16	1246	1170	-6,1	24	22
Gemeinden/Gv. insgesamt ...	13378	13277	79239	76381	-3,6	1037	1001

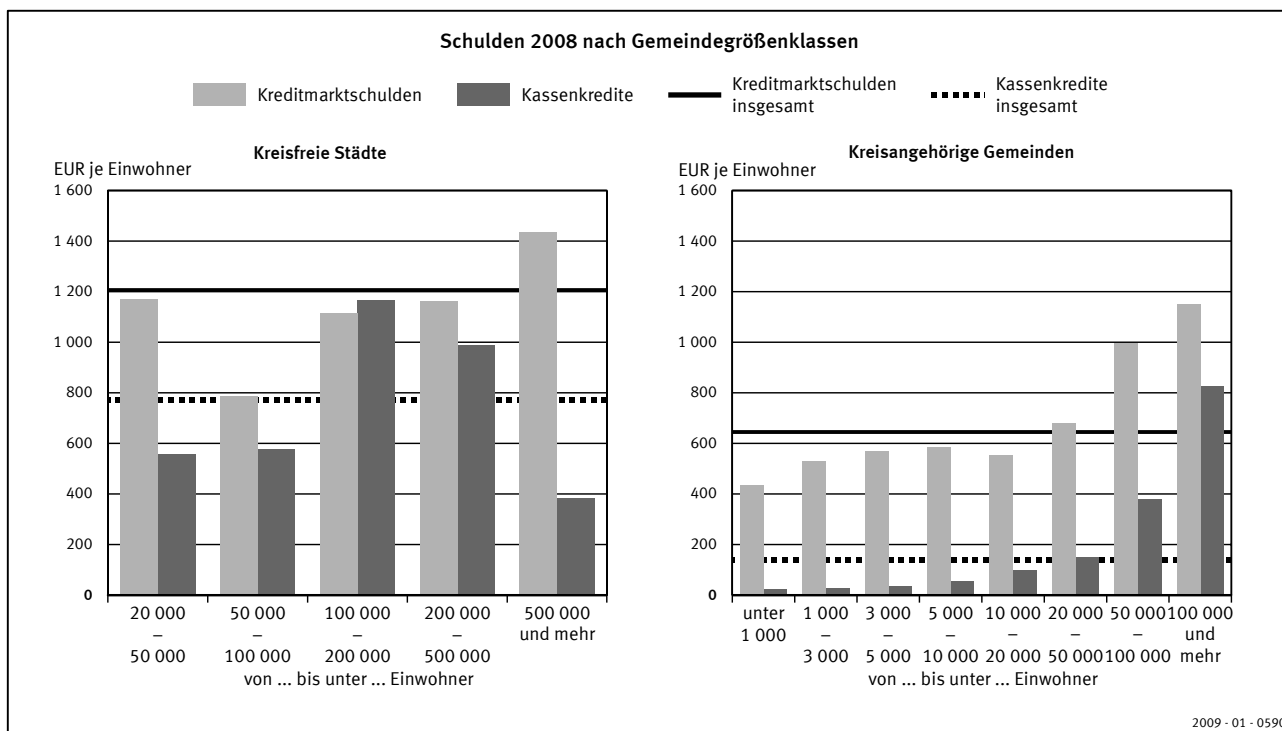
1) Ohne Zweckverbände.

100 000 Einwohnern mit einem Wert von 1 974 Euro je Einwohner.

Bei den kreisfreien Städten wurde der niedrigste Wert für die Größenklasse mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern berechnet (787 Euro), dann steigt er mit zunehmender Einwohnerzahl an. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen mit 1 435 Euro die kreisfreien Städte mit mehr als 500 000

Einwohnern auf. Diese Städte erfüllen aufgrund ihrer zentralen Stellung auch überörtliche Funktionen. Jede Kommune dieser Größenklasse hatte 2008 rechnerisch durchschnittlich je Einwohner 982 Euro an Kreditmarktschulden und 263 Euro an Kassenkrediten aufgenommen. Bezieht man die Kassenkredite mit ein, so wiesen die kreisfreien Städte mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf: 2 279 Euro je Einwohner insgesamt,

Schaubild 3



2009 - 01 - 0590

davon 1 113 Euro an Kreditmarktschulden und 1 166 Euro an Kassenkrediten.

Kassenkredite

Die nachgewiesenen Kreditmarktschulden stellen insgesamt den wichtigsten Teil der öffentlichen Verschuldung dar. Zunehmend wichtiger und aufgrund ihrer kurzfristigen Fälligkeit problematischer werden die sogenannten Kassenkredite. Diese werden insbesondere bei den Kommunen einiger Länder sehr häufig zur Finanzierung eingesetzt. Im letzten Jahr sind die Kassenkredite aber auch beim Bund und bei den Ländern prozentual stark gestiegen.

Am 31. Dezember 2008 standen bei Bund, Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden neben den Kreditmarktschulden 61,9 Mrd. Euro an Kassenkrediten zu Buche, 21,8% mehr als im Vorjahr. 1991 betrug die Kassenkredite der öffentlichen Haushalte 3,6 Mrd. Euro; seitdem haben sie sich um das 16-Fache erhöht. Die Kreditmarktschulden sind dagegen in diesem Zeitraum nur auf das 2½-Fache angestiegen. Der Stand der Kassenkredite betrug 2008 beim Bund 28,9 Mrd. Euro (+47,2% gegenüber 2007) und bei den Ländern 3,2 Mrd. Euro (+33,0%).

48,2% bzw. 29,9 Mrd. Euro aller Kassenkredite entfielen 2008 auf die Gemeinden/Gv. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um 3,6%. Bei den Gemeinden/Gv. sind mittlerweile 27,4% aller aufgenommenen Fremdmittel Kassenkredite und nur noch 72,6% Kreditmarktschulden, 1991 hatte das Verhältnis noch 2,2 zu 97,8% betragen. Seit 1991 sind damit die von den Gemeinden/Gv. aufgenommenen Kassenkredite auf das 19-Fache (+1 808%) angestiegen,

während die von ihnen aufgenommenen Kreditmarktschulden „nur“ um 12,8% gestiegen sind. Eine besonders hohe Bedeutung haben Kassenkredite in den Kommunen von vier Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz waren die aufgenommenen kommunalen Kassenkredite im Jahr 2008 mehr als halb so hoch wie die entsprechenden Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv.; im Saarland überwogen die Kassenkredite sogar die Kreditmarktschulden.

Für die übrigen Gebietseinheiten spielen die Kassenkredite keine große Rolle. Der Bund nahm zwar 2008 absolut betrachtet fast so viele Kassenkredite auf wie die Gemeinden/Gv., nämlich 28,9 Mrd. Euro. Das Verhältnis der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden betrug beim Bund jedoch nur 1:33, bei den Ländern sogar nur 1:150. Auch weist das Volumen der Kassenkredite beim Bund erfahrungsgemäß im Zeitablauf relativ große Schwankungen auf.

Schulden je Einwohner

Die Messzahl Schulden je Einwohner ermöglicht einen regionalen Vergleich der öffentlichen Schuldenlast. Um die Schuldenbelastung der Gebietskörperschaften möglichst vollständig aufzuzeigen, werden neben den Kreditmarktschulden auch die Kassenkredite in die Darstellung mit einbezogen. Die Schuldendaten von Ländern und Gemeinden/Gv. wurden dabei zusammengefasst, um die zwischen den Ländern bestehende unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen diesen Haushaltsebenen zu neutralisieren. Die Schulden des Bundes, für die sich ein Betrag von durchschnittlich 12 003 Euro je Einwohner errechnet, bleibt

Schaubild 4

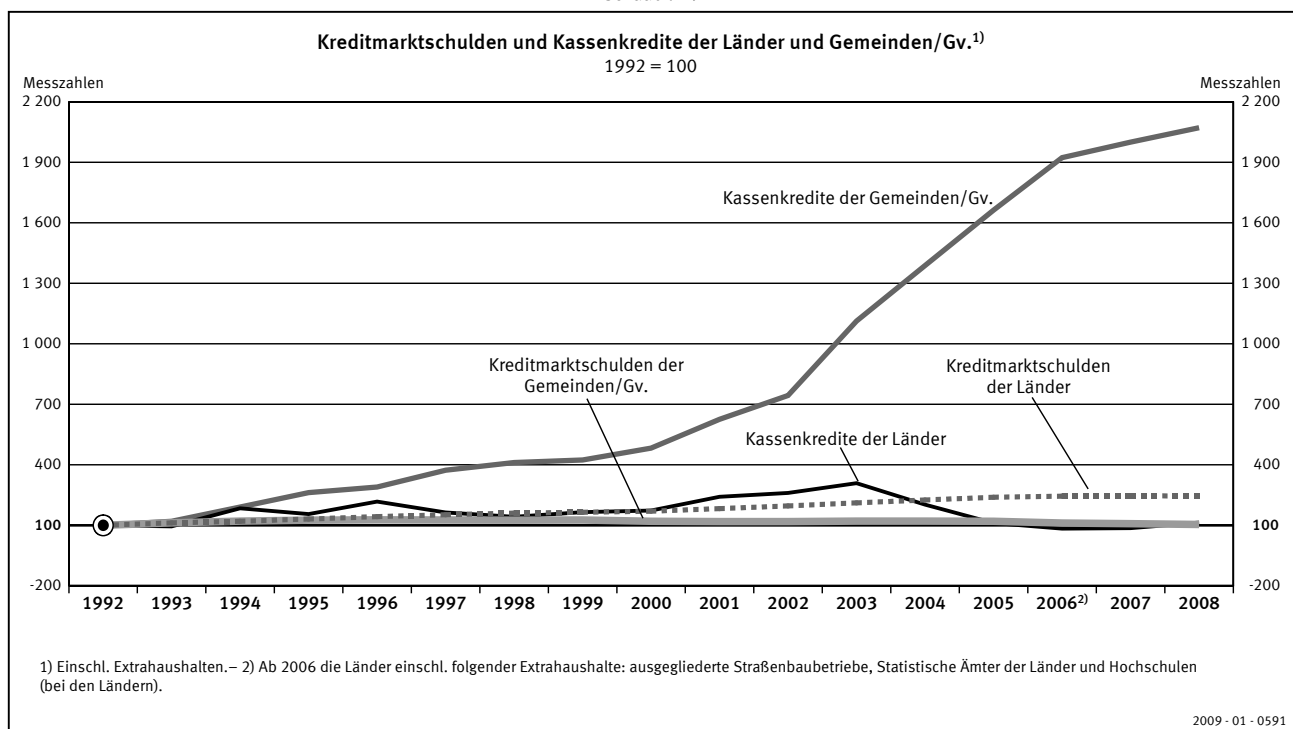
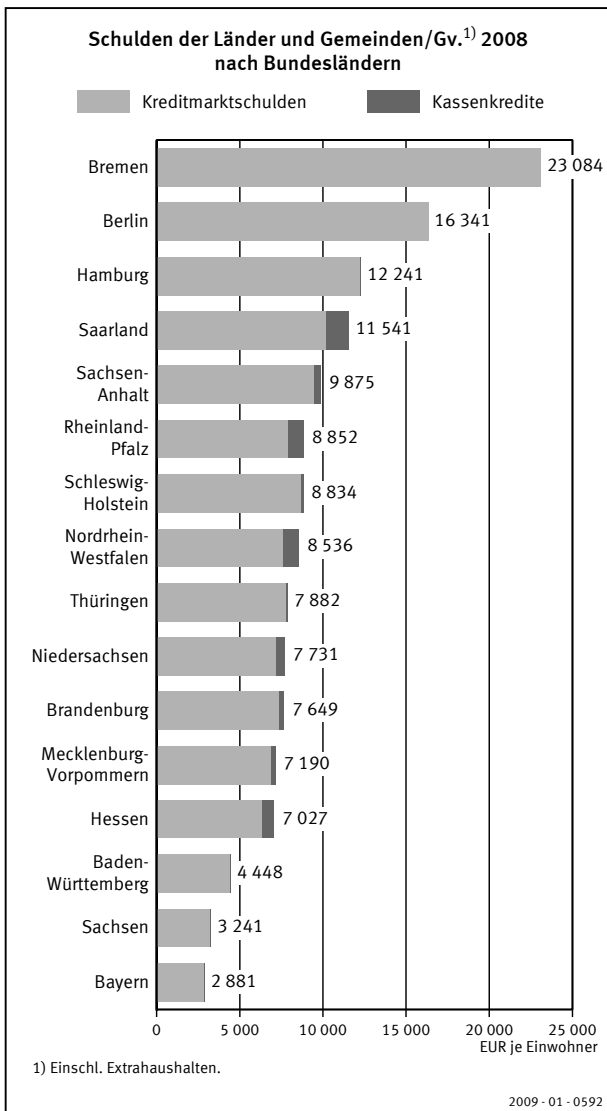


Schaubild 5



Bürgschaften

Im Zuge der beginnenden Finanz- und Wirtschaftskrise wurden 2008 stärker als in den Vorjahren Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen von den öffentlichen Haushalten gewährt. Diese sollten u. a. zur Rettung bedrohter Unternehmen beitragen. Zum 31. Dezember 2008 wurden in der Statistik 376,0 Mrd. Euro an vergebenen Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen nachgewiesen, das waren 43,1 Mrd. Euro oder 12,9% mehr als im Vorjahr. Insbesondere beim Bund stieg das vergebene Bürgschaftsvolumen 2008 stark an, und zwar um 42,6 Mrd. Euro oder 19,6% auf 260,3 Mrd. Euro. Auch die Länder hatten mit 90,0 Mrd. Euro (+8,0%) mehr Bürgschaften vergeben als 2007. Dagegen gewährten die Gemeinden/Gv. und ihre Zweckverbände mit 25,7 Mrd. Euro deutlich weniger Bürgschaften als im Vorjahr (-19,5%).

ben beim Vergleich unberücksichtigt, da diese sich regional nicht unmittelbar zuordnen lassen.

Zum Jahresende 2008 ergab sich aus den Kreditmarktschulden und Kassenkrediten der Länder und Kommunen insgesamt rechnerisch je Einwohner ein Betrag von 7 230 Euro, 13 Euro weniger als zum Ende 2007. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 5 905 Euro auf die Schulden der Landeshaushalte und 1 427 Euro auf die Schulden der kommunalen Haushalte.

Von den Bundesländern wiesen Bayern mit 2 881 Euro und Sachsen mit 3 241 Euro rechnerisch die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer wurde für das Saarland mit 11 541 Euro und für Sachsen-Anhalt mit 9 875 Euro ermittelt. Deutlich höher war die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadtstaaten mit 15 864 Euro Schulden je Einwohner. Der Pro-Kopf-Wert für Hamburg lag bei 12 241 Euro, der für Berlin bei 16 341 Euro und der für Bremen bei 23 084 Euro. Die größten Zunahmen der Pro-Kopf-Verschuldung gegenüber dem Vorjahr gab es in Bremen (+ 1 190 Euro) und im Saarland (+ 634 Euro).

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin Urszula Sikorski

Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen

Generierung der nicht-monetären Zielvariablen

Im Rahmen der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen [EU-SILC¹⁾] werden in Deutschland seit dem Jahr 2005 jährlich Informationen über die Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten erhoben und in einem Datensatz mit über 300 Zielvariablen erfasst. EU-SILC ist als integrierte Quer- und Längsschnitterhebung konzipiert. Mit einem Paneldesign werden gleiche Variablen zu mehreren Zeitpunkten, jedoch auf der Grundlage einer identischen Stichprobe erhoben. Die freiwillig teilnehmenden Haushalte werden in vier aufeinanderfolgenden Jahren zu wichtigen Lebensbereichen, wie etwa Wohnsituation, Einkommen und Gesundheit, befragt. Dabei werden auch nicht-monetäre und monetäre Aspekte von Armut und sozialer Ausgrenzung berücksichtigt.

Der Beitrag gibt einen Überblick über Aufbereitung und Generierung der nicht-monetären Zielvariablen in Deutschland und damit auch eine Übersicht über die Erhebungsinhalte.

Erhebungskonzept und -inhalte

Seit 2005 beteiligen sich alle zum damaligen Zeitpunkt 25 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island an EU-SILC, seit 2007 auch Bulgarien, Rumänien, die Türkei und die Schweiz.

Die erste gesetzliche Basis für die harmonisierte Gemeinschaftsstatistik EU-SILC bildete die europäische Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des

Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) (Amtsbl. der EU Nr. L 165, S. 1). Im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union (EU) wurde diese Verordnung unter anderem durch die Verordnungen (EG) Nr. 1553/2005 der Europäischen Kommission vom 7. September 2005 (Amtsbl. der EU Nr. L 255, S. 6) und Nr. 1791/2006 vom 20. November 2006 (Amtsbl. der EU Nr. 363, S. 1) aktualisiert und zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 vom 22. Oktober 2008 (Amtsbl. der EU Nr. L 311, S. 1) ergänzt. Die gemeinsame Rechtsgrundlage berücksichtigt den gestiegenen Bedarf an vergleichbaren aktuellen Querschnitts- und Längsschnittdaten über die Einkommensverteilung sowie den Umfang und die Zusammensetzung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

EU-SILC wird in Deutschland unter dem Namen „LEBEN IN EUROPA“ durchgeführt. Die Erhebung soll eine Datenbasis zur Berechnung der vom Europäischen Rat vereinbarten Indikatoren über Armut und soziale Ausgrenzung bereitstellen und damit ein umfassendes Bild der Lebenssituation der Menschen in der Europäischen Union geben. Von besonderem Interesse sind in EU-SILC die zentralen Lebensbereiche der Haushalte, wie etwa Wohnen, Erwerbstätigkeit und das Einkommen der Haushaltsmitglieder, aber auch Bildung und Gesundheit.

Die EU-SILC-Haushalte werden jeweils in vier aufeinanderfolgenden Jahren befragt, was zusätzlich zu Querschnittauswertungen auch Längsschnittauswertungen ermöglicht.

1) EU-SILC = European Union-Statistics on Income and Living Conditions.

In Deutschland werden jährlich etwa 14 000 Haushalte mit etwa 31 000 Personen detailliert erfasst, wobei die Befragung schriftlich erfolgt. Als Auswahlgrundlage für die EU-SILC-Stichprobe wird in Deutschland die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte herangezogen.²⁾ Hierbei handelt es sich um Haushalte, die am Mikrozensus teilgenommen und sich danach bereit erklärt haben, künftig für andere Befragungen der amtlichen Statistik zur Verfügung zu stehen.

Für EU-SILC werden zwei Erhebungsinstrumente eingesetzt, ein Haushaltsfragebogen und ein Personenfragebogen. Jeder teilnahmebereite Haushalt erhält einen Haushaltsfragebogen sowie eine entsprechende Anzahl von Personenfragebogen für Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren.³⁾ Der Haushaltsfragebogen enthält Fragen zur Haushaltszusammensetzung, zum Haushaltseinkommen und zur Wohnsituation. Alle Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren (insgesamt etwa 25 000 Personen) werden nach ihrer persönlichen Lebenssituation (Arbeitssituation, Einkommen, Gesundheit, Zufriedenheit) befragt, für Kinder unter 13 Jahren wird insbesondere die Betreuungssituation erhoben. Die Feldphase der Erhebung beginnt im April und endet im September eines Erhebungsjahres.

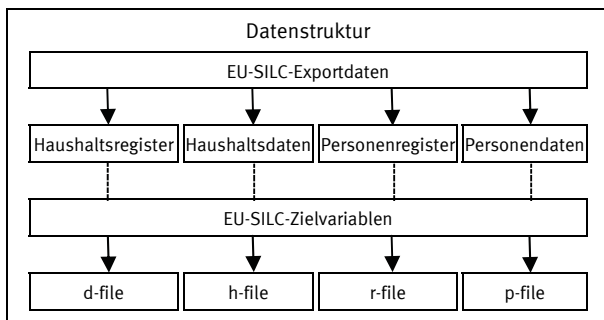
Datenstruktur

EU-SILC bietet zwei Arten von jährlich erhobenen Daten:

- Querschnittsdaten mit Variablen über Einkommen, Armut, soziale Ausgrenzung und Lebensbedingungen, die sich auf einen bestimmten Zeitpunkt (Erhebungsjahr) beziehen,
- Längsschnittdaten, die über einen Zeitraum von vier Jahren erhoben werden und Veränderungen im Laufe der Zeit messen.

Die aus einer Querschnitts- und einer Längsschnittkomponente bestehenden Mikrodaten werden jährlich in vier Zieldateien an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) übermittelt (siehe Schaubild 1) als Haushaltsregister (d-file), Personenregister (r-file), Haushaltsdaten (h-file) und Personendaten (p-file).

Schaubild 1



2) Für weitere Informationen über die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte siehe Körner, T./Nimmergut, A./Nökel, J./Rohloff, S.: „Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte“ in WiSta 5/2006, S. 451 ff.

3) Jedes Haushaltsmitglied ab 16 Jahren erhält einen eigenen Fragebogen zu personenbezogenen Merkmalen.

In der Haushaltsregisterdatei (d-file) ist jeder Haushalt der Ausgangsstichprobe enthalten, auch wenn dieser nicht an der Erhebung teilgenommen hat. Somit sind auch Angaben zu Haushalten vorhanden, die nicht bereit waren, an der Erhebung teilzunehmen oder ihre Teilnahme im Laufe der Zeit verweigerten. In der Haushaltsdatei (h-file) befinden sich nur dann haushaltsbezogene Datensätze, wenn der Haushalt sich an EU-SILC beteiligt hat, das heißt ein ausgefüllter Haushaltsfragebogen vorliegt. Dabei muss mindestens ein Haushaltsmitglied ab 16 Jahren auch den Personenfragebogen vollständig ausgefüllt haben. Diese Personendaten befinden sich in dem sogenannten p-file. Die Personenregisterdatei (r-file) enthält einen Datensatz für jede Person, die aktuell im Haushalt lebt oder nur vorübergehend abwesend ist. Bei den Längsschnittdaten sind in der Personenregisterdatei noch Personen enthalten, die seit der vorausgegangenen Erhebungswelle ausgezogen oder verstorben sind, sowie Haushaltsmitglieder, die während des Referenzzeitraums für die Fragen zum Einkommen (das der Erhebung jeweils vorangegangene Kalenderjahr) wenigstens drei Monate lang im Haushalt gelebt haben.

Die Erhebungsinhalte von EU-SILC gliedern sich in einen Kernbereich von Variablen, die laufend (jährlich) nahezu unverändert abgefragt werden (primäre Zielvariablen), und ein von Erhebung zu Erhebung wechselndes Modul (sekundäre Zielvariablen). Die in EU-SILC erhobenen primären Informationen beziehen sich auf:

- Haushalte (Variablen auf der Haushaltsebene),
- alle aktuellen Haushaltsmitglieder (demografische und weitere grundlegende Angaben, wie zum Beispiel Haushaltsgröße und Haushaltszusammensetzung),
- alle Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren (zusätzlich Einkommensvariablen und damit verbundene Angaben),
- ehemalige Haushaltsmitglieder (nur für die Längsschnittkomponente).

Um EU-weit vergleichbare Daten zu erhalten, gelten für EU-SILC einheitliche Definitionen und Mindeststandards. Das bedeutet, dass jeder Mitgliedstaat möglichst vergleichbare Zielvariablen an Eurostat liefern muss. Bei der Wahl der Erhebungsmethodik und der Implementierung haben die Mitgliedstaaten jedoch gewisse Spielräume, um nationale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Das Themenspektrum ist für alle Erhebungsjahre weitgehend identisch mit dem der ersten EU-SILC-Befragung. Die darüber hinaus in jährlich wechselnden Modulen erhobenen sekundären Zielvariablen umfassen Themen wie „Inter-generationale Übertragung von Armut“ (Modul 2005), „Soziale Teilhabe“ (Modul 2006), „Wohnung, Wohnumfeld“ (Modul 2007), „Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung“ (Modul 2008) und „Materielle Deprivation“ (Modul 2009).

Gemäß Artikel 10 „Datenübermittlung“ und Artikel 12 „Zugang zu vertraulichen EU-SILC-Daten für wissenschaftliche Zwecke“ der Rahmenverordnung des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) übermitteln die Mitgliedstaaten Eurostat jedes Jahr Querschnitts- und Längsschnittdaten in Form von Mikrodatensätzen. Die geprüften und bearbeiteten Querschnittsdaten sollen innerhalb von elf Monaten nach Beendigung der Feldphase, für Deutschland bedeutet das bis spätestens zum 1. Oktober des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Erhebungsjahr + 1), an Eurostat übermittelt werden. Die Längsschnittdaten werden vorzugsweise innerhalb von fünfzehn Monaten nach dem Abschluss der Feldarbeit, für Deutschland heißt das bis zum 31. März des zweiten auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Erhebungsjahr + 2), an Eurostat geschickt.

Identifikationsnummer

Alle EU-SILC-Daten werden anonymisiert, das heißt alle identifizierenden Merkmale (z.B. Adressdaten und sonstige Merkmale, die eine Identifikation der Person ermöglichen) entfernt. Außerdem erhält jeder Haushalt in den Querschnitts- und Längsschnittdaten aus datenschutzrechtlichen Gründen eine neue, maximal sechsstellige (1–999 999), fortlaufende Nummer, die keine weiteren Informationen enthält.

Diese Identifikationsnummern (insbesondere in den Längsschnittdaten) sollen in jeder Welle unverändert bleiben, das heißt der Haushalt behält seine Haushaltsidentifikationsnummer (Haushalts-ID) bis zum Ausscheiden aus der EU-SILC-Stichprobe. Einen besonderen Fall stellen die sogenannten Split-Haushalte dar. Dabei handelt es sich um Haushalte, die sich aus einem bereits bestehenden EU-SILC-Haushalt abgespalten haben, womit ein neuer Stichprobenhaushalt entstanden ist. Nur in den Längsschnittdaten werden diese Haushalte speziell gekennzeichnet. Bei einem Splitting behält der Ursprungshaushalt in der folgenden Welle die bestehende Haushaltsidentifikationsnummer und dem Split-Haushalt wird die nächste verfügbare fortlaufende Split-Haushaltsnummer zugewiesen.

Die Haushaltsidentifikationsnummer ist erforderlich, um Personendaten mit den jeweils aktuellen Haushaltsinformationen verknüpfen zu können. Die Personenidentifikationsnummer (Personen-ID) ist der zentrale Identifikator von Personen und entsteht, indem an die Haushalts-ID für jedes Haushaltsmitglied fortlaufend eine persönliche Nummer (zweistellig) angefügt wird.

Das ganze Verfahren sei an einem einfachen Beispiel erläutert:

Haushalt-ID = 123

Personen-ID (Person 1) = 12301

Personen-ID (Person 2) = 12302

Personen-ID (Person 3) = 12303

Die Personen-ID bleiben ebenfalls über alle Erhebungsjahre in den Längsschnittdaten unverändert, auch dann, wenn eine Person in einen anderen Haushalt umgezogen ist.

Generierung der nicht-monetären Zielvariablen

Aufbereitung der Exportdaten

Die EU-SILC-Erhebung wird in Deutschland durch die Statistischen Ämter der Länder in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt durchgeführt. Während die Statistischen Ämter der Länder die EU-SILC-Daten erfassen, aufbereiten und die Landesergebnisse an das Statistische Bundesamt übermitteln, ist das Statistische Bundesamt dafür zuständig, die Erhebung methodisch und technisch vorzubereiten, die gelieferten Daten zum Bundesergebnis zusammenzustellen, die Zielvariablen zu generieren und an Eurostat zu senden.

Alle Erhebungsmerkmale werden durch die Statistischen Ämter der Länder einheitlich erfragt. Um eine zuverlässige Datenbasis aufzubauen, sind in Deutschland bereits in das Datenerfassungsprogramm dialoggestützte Plausibilitätskontrollen eingebunden. Die an das Statistische Bundesamt gelieferten landesspezifischen Exportdateien werden zu einer Gesamtdatei zusammengeführt und anschließend nochmals geprüft. Ziel der mehrstufigen Plausibilitätskontrollen ist es, fehlende, inkonsistente oder unplausible Datensätze zu identifizieren. Mit etwa 35 Kontrollprogrammen wird die Vollständigkeit der übermittelten Datenfiles kontrolliert und alle Angaben werden auf ihre Konsistenz geprüft. Die Prüfung erfolgt in zwei Schritten. Zuerst werden die nicht-monetären Variablen, danach die monetären Variablen, das heißt die Einkommen, geprüft.

Bei den nicht-monetären Variablen wird unter anderem geprüft, ob Haushalte oder Personen doppelt vorkommen, ob die Angaben zu Geschlecht, Geburtsdatum und Familienstand und zur Haushaltsgröße (Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung seit der letzten Erhebungswelle) stimmig sind, ob im Haushalt Kinder, die 12 Jahre oder jünger sind, leben (Informationen über Betreuung von Kindern), ob die Angaben über verwandtschaftliche Beziehungen zwischen Haushaltsmitgliedern und über Partnerschaften, über die Wohnsituation sowie über Ausbildung und Berufssituation plausibel sind.

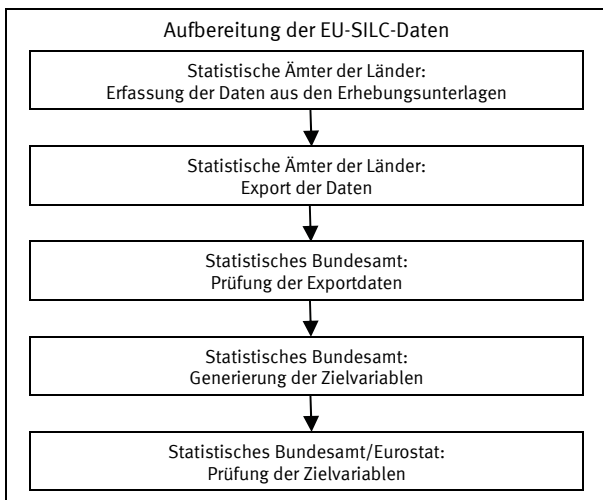
Diese inhaltlichen Prüfungen sind sehr zeitaufwendig. Bei Unstimmigkeiten wird zuerst beim zuständigen Statistischen Landesamt nachgefragt. Zusätzlich wird häufig auf die Längsschnittdatensätze der Haushalte und Personen zugegriffen. Zahlreiche Angaben können hierdurch kontrolliert und Berichtigungen gegebenenfalls sehr schnell umgesetzt werden.

Sowohl die Haushalts- als auch die Personenfragebogen enthalten neben standardisierten Fragen auch offene Textfelder, deren Inhalt bei der Erfassung als Klartext abgelegt wird. Beispiele hierfür sind Bildungsabschlüsse und Berufe.

Diese Angaben werden im Statistischen Bundesamt entsprechend kodiert und im Datensatz erfasst.

Im letzten Schritt werden die nicht-monetären Zielvariablen generiert und deren Validität anschließend mit den von Eurostat zur Verfügung gestellten Programmen (EU-SILC checking programs) geprüft. Diese Eurostat-Prüfprogramme sind für jeden Mitgliedstaat gleich und sehr komplex. Mit etwa 60 Prüfungen für die nicht-monetären und etwa 35 Prüfungen für die monetären Zielvariablen wird die richtige Codierung geprüft sowie nach fehlenden Werten und logischen Fehlern gesucht. Die an Eurostat versandten endgültigen EU-SILC-Daten sollen keine Fehlermeldungen und Unstimmigkeiten mehr aufweisen. In solchen Fällen werden die Mitgliedstaaten um eine Erklärung gebeten.

Schaubild 2



Querschnittsdaten

Einer der wesentlichen Qualitätsaspekte ist vor allem die Aktualität der Daten. Da die Aufbereitung der Längsschnittdaten mehr Zeit in Anspruch nimmt, werden zunächst die aktuellen und vergleichbaren Querschnittsdaten bereitgestellt. Mit Querschnittsdaten können soziale Prozesse zu einem bestimmten Zeitpunkt erforscht werden.

In EU-SILC werden etwa 300 Zielvariablen generiert, davon sind etwa 200 nicht-monetäre und etwa 100 monetäre Zielvariablen. Die in der Durchführungsverordnung zu EU-SILC festgelegten nicht-monetären Erhebungsmerkmale gliedern sich in folgende Themenkomplexe:

- persönliche und demografische Grunddaten,
- Betreuung von Kindern,
- nicht-monetäre haushaltsbezogene Mangelindikatoren einschließlich finanzieller Engpässe und der dadurch

erzwungenen Unterversorgung in Bezug auf grundlegende Bedürfnisse,

- physisches und soziales Umfeld,
- Ausstattung der Wohnung,
- Bildung,
- detaillierte Daten zur Erwerbstätigkeit, insbesondere Daten über den Erwerbsstatus und die letzte Haupttätigkeit,
- Veränderungen in der Lebenssituation,
- Gesundheit einschließlich Gesundheitszustand und Zugang zum Gesundheitswesen.

Basis für alle Zielvariablen bilden die von den Statistischen Ämtern der Länder erfassten und gelieferten Exportdaten. Dabei werden einige Zielvariablen direkt aus den Exportdaten übernommen wie zum Beispiel die Staatsangehörigkeit, andere werden mithilfe mehrerer verschiedener Exportvariablen erstellt.

Auf europäischer Ebene steht die Harmonisierung der Erhebung zwischen den Mitgliedstaaten im Vordergrund. Um die nationalen und die gemeinschaftlichen Daten vergleichbar zu machen, werden einige Zielvariablen mithilfe von europäischen Klassifikationen generiert. Mit der NUTS-Klassifikation⁴⁾ wird das Wirtschaftsgebiet der Mitgliedstaaten in hierarchisch aufgebaute Gebietseinheiten untergliedert (in Deutschland entspricht die Ebene NUTS 1 den Bundesländern, die Ebene NUTS 2 den Regierungsbezirken und die Ebene NUTS 3 den Kreisen). Die Daten von EU-SILC werden regional – durch Zuordnung der Haushalte auf Basis der Gemeindekennziffer und der Postleitzahl – auf NUTS 2-Ebene dargestellt.

Weiterhin wird die Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft [NACE⁵⁾] angewandt. Die nach der nationalen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) gegliederten Daten für EU-SILC werden gemäß der europäischen Klassifikation NACE Rev. 1 bzw. NACE Rev. 2 umkodiert: Die statistischen Einheiten in EU-SILC waren bis einschließlich der EU-SILC-Erhebung 2007 gemäß der NACE Rev. 1 zu klassifizieren. Um der technischen Entwicklung und den strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft Rechnung zu tragen, sind ab dem Erhebungsjahr 2008 die entsprechenden Zielvariablen auch nach der NACE Rev. 2 zu erstellen (doppelte Kodierung). Ab dem Erhebungsjahr 2009 wird nur noch die NACE Rev. 2 genutzt.

Mithilfe der Internationalen Standardklassifikation der Berufe [ISCO 88-COM⁶⁾] werden Zielvariablen generiert, die sich auf die Haupttätigkeit beziehen. Diese Angaben werden im Personenfragebogen als Klartextangaben aufgrund einer Selbsteinschätzung der Befragten erhoben und ent-

4) NUTS = Nomenclature des unités territoriales statistiques (Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik).

5) NACE = Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne.

6) ISCO = International Standard Classification of Occupations.

sprechend umkodiert. Für einige Berufe sind zusätzliche Informationen, wie zum Beispiel über die Zahl der Mitarbeiter am Arbeitsplatz, erforderlich. Um die Vergleichbarkeit der Daten über Berufe in den EU-Mitgliedstaaten weiterhin zu gewährleisten, wird die überarbeitete Klassifikation (ISCO-08) voraussichtlich im Jahr 2010 in die wichtigsten Erhebungen des Europäischen Statistischen Systems übernommen.

Schließlich gibt es in EU-SILC auch Bildungsvariablen, die anhand nationaler Bildungsabschlüsse erhoben und nach den Bildungsstufen der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED⁷⁾ aus dem Jahr 1997 dargestellt werden. Dabei werden die gegenwärtige Ausbildung und die höchste erreichte ISCED-Stufe nach sieben ISCED-Kategorien nachgewiesen.

Ergänzend zu fast jeder Zielvariablen werden die sogenannte Flag-Variablen generiert, die Angaben zur Herkunft der Daten und Erläuterungen bezüglich der erfassten Zielvariablen enthalten. Die Flag-Variablen bestehen aus einem Variablennamen mit der Endung „_F“ (z. B. Flag-Variablen für db090 ist die Variable db090_F) und sind immer mit einem Wert belegt. Nur die Variablen Erhebungsjahr, Land, Haushalts- und Personenidentifikationsnummer erhalten keine Flag-Variablen. Es gibt zwei Arten von Flag-Variablen:

1. Negative Flag (Flag mit negativen Zahlen):
 - wenn zu der Zielvariablen keine Angabe vorliegt, das entsprechende Feld also leer ist,
 - die Flag-Variablen nennen einen Grund, warum zu den Variablen keine Angaben vorliegen
2. Positive Flag (Flag mit positiven Zahlen):
 - wenn zu der Zielvariablen Angaben vorhanden sind [d. h. positive Flag (= 1)] und keine zusätzlichen Informationen notwendig sind
 - die Flag-Variablen geben zusätzliche Informationen über die Werte der Zielvariablen

Außerdem informieren die Flag-Variablen über Abhängigkeiten zwischen den Variablen.

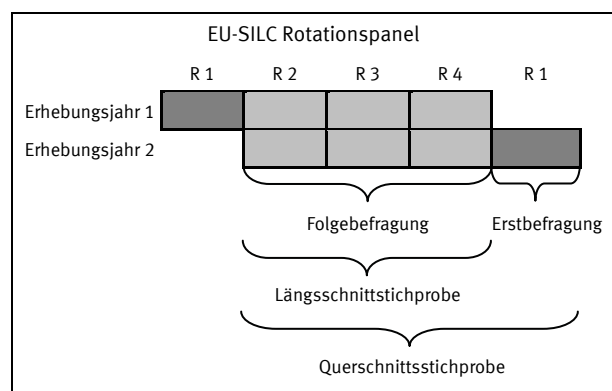
Längsschnittdaten

Die Voraussetzung für Längsschnittdaten ist, dass vergleichbare, aktuelle und qualitativ hochwertige Querschnittsdaten vorliegen. Mit Längsschnittdaten werden soziale Prozesse untersucht, wobei für fast jede Variable Beobachtungen für mindestens zwei Zeitpunkte existieren müssen, um deren Entwicklung im Zeitverlauf analysieren zu können.

Die Längsschnittdaten beschränken sich auf die begrenzte Anzahl von nicht-monetären Zielvariablen und die Einkommen. Die Längsschnittkomponente hat außerdem einen im

Vergleich zur Querschnittskomponente begrenzten Stichprobenumfang. Die EU-SILC-Stichprobe ist in vier Rotationsgruppen aufgeteilt. Seit dem Erhebungsjahr 2005 verbleibt jeweils ein Teil der Haushalte (ein Viertel der Stichprobe) vier Jahre lang in der Befragung (Vierjahres-Rotationspanel).⁸⁾ Somit beziehen sich die Längsschnittdaten auf eine bestimmte Gruppe von Haushalten, die für einen begrenzten Zeitraum von vier Jahren erfasst werden. In jedem Erhebungsjahr werden drei Viertel der Haushalte in der Stichprobe erneut befragt (Folgebefragung) und ein neues Viertel von Haushalten, die zum ersten Mal befragt werden, in die Stichprobe aufgenommen (Erstbefragung). Das Grundprinzip des Rotationspanels zeigt Schaubild 3.

Schaubild 3



Die Haushalte, die erneut befragt werden, bilden die Rotationsgruppen 2, 3 und 4, die erstmals befragten Haushalte die Rotationsgruppe 1.

Dabei wird der sogenannte Haushaltsstatus festgehalten. Für Haushalte, die im vorausgegangenen Erhebungsjahr an der Erhebung teilgenommen haben, wird erfasst, ob mindestens eine der Stichprobenpersonen unter der gleichen Adresse wie bei der letzten Befragung wohnt oder ob der Haushalt in einen anderen privaten EU-SILC-Haushalt im Inland verzogen ist. Auch Haushalte, die nicht mehr zum Erfassungsbereich gehören, das heißt nicht mehr an EU-SILC teilnehmen, werden gekennzeichnet. Anschließend werden Haushalte, die nicht kontaktiert wurden (Adresse nicht zugänglich oder verloren, kein Hinweis auf Verbleib des Haushalts), und neue EU-SILC-Haushalte erfasst. Einen speziellen Fall bilden die Split-Haushalte. Dabei handelt es sich um Haushalte, die sich seit den vorhergegangenen Wellen von den ursprünglichen EU-SILC-Haushalten abgespalten haben.

Das Hauptziel der Längsschnitterfassung ist es, die Veränderungen im Laufe der Zeit auf individueller Ebene zu erfassen, wie zum Beispiel Arbeitsplatzwechsel, Änderungen des Erwerbsstatus, Übergänge von der Schule ins Arbeitsleben oder aus dem Arbeitsleben in den Ruhestand oder Änderungen der Höhe des Einkommens. Zudem werden für jede Person Informationen über den Eintritt in und den Austritt aus

⁷⁾ ISCED = International Standard Classification of Education (Internationale Standard-Klassifizierung für Bildungssysteme).

⁸⁾ Für ausführliche Informationen zum Stichprobendesign der deutschen EU-SILC-Erhebung siehe Horneffer, B./Kuchler, B.: „Drei Jahre Panelerhebung EU-SILC“ in WiSta 8/2008, S. 650 ff.

der EU-SILC-Population festgehalten und damit die sogenannte Panelmortalität erfasst. Als Ausfallgründe stehen insbesondere folgende Aspekte im Vordergrund:

- eine Person kann aufgrund von Krankheit, Behinderung usw. nicht (mehr) antworten und eine Proxy-Befragung ist auch nicht möglich,
- eine Person ist nicht mehr bereit, an der Erhebung teilzunehmen/verweigert die Auskunft,
- eine Person ist nicht mehr erreichbar (unbekannt verzogen, vorübergehend abwesend usw.).

Anders als in der Querschnittskomponente werden im Längsschnitt auch ehemalige Haushaltsmitglieder mit einigen elementaren Informationen über ihre Tätigkeit und die im Haushalt im Einkommensbezugszeitraum verbrachte Zeit erfasst. Damit können detaillierte Analysen zur Dynamik sowie zu Ursachen und Wirkungen sozialer Prozesse erstellt werden.

Ausblick

Die EU-SILC-Erhebung stellt auf europäischer Ebene die Grundlage für standardisierte und damit vergleichbare Daten zu den Aspekten Einkommen und nicht-monetäre Deprivation dar. EU-SILC ist die zentrale Quelle zur Berechnung der vom Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 verabschiedeten Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Um die Stabilität bzw. den Wandel der Lebensbedingungen adäquat abbilden zu können, ist EU-SILC nicht nur als Querschnitterhebung angelegt, sondern ermöglicht auch Längsschnittstudien, die zusätzliche Erkenntnisse liefern. So können zum Beispiel gegenseitige Abhängigkeiten von Veränderungsprozessen in verschiedenen Lebensbereichen erfasst und untersucht werden. Als Panelbefragung erlaubt EU-SILC das Berechnen von Längsschnittindikatoren, wie beispielsweise der dauerhaften Armutsgefährdungsquote.

Um eine zuverlässige und vergleichbare Datenbasis aufzubauen, werden mehrstufige Plausibilitätskontrollen durchgeführt. Mit ihren über 300 Zielvariablen bietet die EU-SILC-Erhebung zahlreiche Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten. Die Ergebnisse von „LEBEN IN EUROPA“ werden in Deutschland nicht nur im Rahmen der Fachserie „Wirtschaftsrechnungen“, im Statistischen Jahrbuch und in verschiedenen Pressemitteilungen publiziert (www.destatis.de), sondern auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Auf europäischer Ebene werden EU-SILC-Daten in zahlreichen Berichten zur sozialen Lage der Bevölkerung in Europa (z. B. Joint Report on Social Protection and Social Inclusion) verwendet und stellen somit eine zentrale Informationsquelle für die europäische Sozialberichterstattung dar. [U](#)

Dipl.-Volkswirtin Mirjam Bick

Neuberechnung der Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Tarifindizes messen die Entwicklung der Tarifverdienste sowie der tariflichen Arbeitszeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Ab Berichtsmontat Januar 2009 wurden die Tarifindizes neu berechnet. Der Erfassungsbereich wurde erweitert, sodass jetzt erstmals Angaben für alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht sowie der Privaten Haushalte vorliegen.

Bei der Neuberechnung der Tarifindizes wurde das Wägungsschema angepasst, auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) umgestellt und auf das Basisjahr 2005 neubasiert. Zudem werden die neuen Tarifindizes für Arbeitnehmer insgesamt und nicht mehr getrennt für Angestellte und Arbeiter berechnet.

Die Berechnungsweise der Indizes blieb konzeptionell unverändert. Durch die Neuerungen bei den Indexberechnungen können die bisherigen Zeitreihen jedoch nicht mehr fortgeführt werden. Daher wurden die Tarifindizes auf Basis 2005 = 100 bis zum Berichtsmontat Januar 2005 zurückgerechnet; für ausgewählte Wirtschaftsbereiche, für die die Ergebnisse bislang in Form von „Langen Reihen“ veröffentlicht wurden, wurden die Ergebnisse für Arbeitnehmer bis einschließlich 1995 formal auf das neue Basisjahr umgerechnet und mit der neuen Zeitreihe verknüpft.

Die Neuberechnung hat bestehende Informationslücken geschlossen, die Aussagekraft der Daten über die Entwicklung der tariflichen Verdienste und Arbeitszeiten entscheidend verbessert und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit anderen Wirtschaftsdaten erhöht.

Tarifindizes des Statistischen Bundesamtes

Die Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten des Statistischen Bundesamtes – im Folgenden auch Tarifindizes genannt – messen die durchschnittliche Entwicklung der tariflichen Monats- und Stundenverdienste sowie der tariflich festgelegten Wochenarbeitszeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Dabei bleibt die zahlenmäßige Struktur der Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Entgeltgruppen des Basisjahres in den Indexberechnungen der Folgejahre unverändert (Laspeyres-Index). Änderungen in der Zusammensetzung der Beschäftigten schlagen sich also nicht in den Indizes nieder. Als Verdienste werden ausschließlich tarifliche Grundvergütungen und vermögenswirksame Leistungen einbezogen. Unregelmäßige Zahlungen werden nicht berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Tarifindizes weisen frühzeitig auf die Entwicklung der Effektivverdienste hin. Tarifindizes werden zudem häufig als Wertsicherungsklauseln in längerfristigen Vertragsbeziehungen (Preisgleitklauseln) eingesetzt. Darüber hinaus liefern sie wichtige Informationen beispielsweise für Tarifverhandlungen und gehören zu den Indikatoren des Verbreitungsstandards des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Berechnung der Tarifindizes des Statistischen Bundesamtes

Grundlage für das Wägungsschema der Tarifindizes – also für die Auswahl der einbezogenen Tarifverträge und der

Anzahl der Arbeitnehmer in den einzelnen Tarifgruppen – sind die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006.¹⁾ In der Verdienststrukturerhebung werden ausgewählte Betriebe unter anderem danach befragt, ob sie ihre Arbeitnehmer nach Tarifvertrag entlohnen, und wenn ja, welcher Tarifgruppe jede Arbeitnehmerin/jeder Arbeitnehmer zugeordnet ist. Durch die Zuordnung der Betriebe zu einem bestimmten Wirtschaftszweig liegen detaillierte Angaben über die Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen tariflichen Lohn-, Gehalts- und Entgeltstufen in jedem Wirtschaftszweig vor. Für den Wirtschaftszweig „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“, der nicht von der Verdienststrukturerhebung erfasst wird, wird für die Gewichtung auf die Personalstandstatistik zurückgegriffen.

Der Tarifindex ist so konzipiert, das eine möglichst hohe Qualität der Ergebnisse bei vertretbarem Personalaufwand erreicht wird. Daher wird nicht für jede Tarifgruppe eines Tarifvertrages eine eigene Messzahl berechnet, sondern nur eine je Leistungsgruppe²⁾. Für die Erfassung der Verdienste wurden in der Verdienststrukturerhebung fünf Leistungsgruppen gebildet, um die verschiedenen beruflichen Tätigkeiten miteinander vergleichen zu können. Für die Tarifindizes wird aus jeder dieser fünf Leistungsgruppen die Entgeltgruppe ausgewählt, die am häufigsten vertreten ist, und mit der Gesamtzahl aller zu der Leistungsgruppe gehörenden Arbeitnehmer multipliziert. Da sich die Tarifierhöhungen innerhalb einer Leistungsgruppe in der Regel gleichen, lassen sich auch uneinheitliche Erhöhungen für die verschiedenen Leistungsgruppen innerhalb eines Tarifvertrags in den Indexberechnungen berücksichtigen und die Arbeiten gleichzeitig deutlich rationalisieren.

Zur Auswahl der für die Tarifindizes berücksichtigten Tarifverträge wird anhand der Verdienststrukturerhebung für jede Abteilung der WZ 2008 (WZ-2-Steller) eine Liste der im Bereich dieser Abteilung angewandten Tarifverträge sowie der Anzahl der Tarifbeschäftigten erstellt. Da die laufende Auswertung der Tarifverträge sehr zeit- und personalintensiv ist, umfassen die einbezogenen Tarifverträge in jedem nachzuweisenden Wirtschaftszweig sowohl für das frühere Bundesgebiet und Berlin als auch für die neuen Länder ohne Berlin-Ost nicht alle, sondern jeweils nur mindestens 75 % der nach Tarifvertrag vergüteten Beschäftigten. Dabei ist es unerheblich, ob die Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind oder nicht bzw. ob das Unternehmen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes ist. Arbeitnehmer, deren Verdienste frei verhandelt werden, werden demgegenüber nicht einbezogen, auch wenn sich deren Entlohnung häufig an den Tarifentgelten orientiert.

In die Berechnung der Tarifindizes werden die tariflichen Grundvergütungen und die vermögenswirksamen Leistungen sowie die Wochenarbeitszeiten einbezogen. Unregelmäßige Zahlungen, wie Einmal-, Sonder- und Pauschalzah-

lungen, sowie übertarifliche Vergütungen und individuelle Zulagen und Zuschläge werden nicht berücksichtigt. Variieren die Vergütungen nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, Alter oder Ortsklassen, fließen die Höchstsätze in die Berechnung ein.

Für die tariflichen Monats- und Stundenverdienste sowie die tariflichen Wochenarbeitszeiten der Arbeitnehmer werden jeweils eigene Tarifindizes entsprechend dem Gewichtungsschema aus der Verdienststrukturerhebung aufgebaut und als Laspeyres-Indizes mit festem Basisjahr berechnet. Das aktuelle Basisjahr ist 2005. Für die Berechnung der Tarifindizes werden die ausgewählten Tarifverträge auf Veränderungen der tariflichen Grundvergütungen sowie der vermögenswirksamen Leistungen bzw. der tariflichen Wochenarbeitszeiten überprüft und die Veränderungen in die Berechnung einbezogen.

Neuerungen bei der Berechnung der Tarifindizes auf Basis 2005 = 100

Neues Wägungsschema

Der Neuberechnung der Tarifindizes liegen die Gewichtungen zugrunde, die aus der Verdienststrukturerhebung 2006 abgeleitet wurden. Die Verdienststrukturerhebung erfasst – entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und Arbeitskosten (Amtsbl. der EG Nr. L 63, S. 6) – alle Bereiche der Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, des Bereichs „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“, sowie der Privaten Haushalte. Dadurch ist die Wirtschaft fast vollständig abgedeckt.

Bei der Vorgängererhebung, der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, waren einige Wirtschaftsbereiche nicht abgedeckt. Für die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Friseurgewerbe und Gebietskörperschaften konnte das Wägungsschema damals mithilfe externer Quellen, wie eigener Befragungen (z.B. Lufthansa, Deutsche Post AG) oder anderer Statistiken, ermittelt werden. Mit der Verdienststrukturerhebung liegen nunmehr für die Neuberechnung der Tarifindizes erstmals für fast alle Wirtschaftsbereiche, mit Ausnahme des Bereichs „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“, Gewichtungen vor. Für den letztgenannten Bereich wird weiterhin auf die jährliche Personalstandstatistik im öffentlichen Dienst zurückgegriffen.

Die Berechnung der Tarifindizes für Deutschland erfolgt nach wie vor für das frühere Bundesgebiet und Berlin und die neuen Länder ohne Berlin-Ost getrennt, da die wirtschaft-

1) Die Verdienststrukturerhebung wird im Abstand von vier Jahren bei rund 34 000 Betrieben für über 3 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgeführt. Erfasst werden Daten über Verdienste, die Anzahl der Arbeitnehmer und Arbeitszeiten, untergliedert unter anderem nach Wirtschaftszweigen und nach der Größe der Unternehmen. Zudem werden persönliche Angaben über den einzelnen Arbeitnehmer (beispielsweise Geschlecht, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Beruf, Ausbildungsabschluss) sowie Merkmale über das Beschäftigungsverhältnis (wie Angaben zum Tarifvertrag, zur Leistungsgruppe, zur Art der Beschäftigung, Urlaubsdauer usw.) erfragt. Die Verdienststrukturerhebung ermöglicht damit Aussagen über die Verteilung und Streuung der Arbeitnehmerverdienste sowie über den Einfluss wichtiger, die individuelle Verdiensthöhe bestimmender Faktoren.

2) Die Leistungsgruppen sind im bundeseinheitlichen Katalog der Leistungsgruppen geregelt. Sie werden zum Zweck statistischer Analysen gebildet und erlauben eine Abstufung der Vergütungen nach Qualifikationen und ausgeübter Tätigkeit. Meist sind einer Leistungsgruppe mehrere Tarifentgeltgruppen zugeordnet.

Tabelle 1: Anteil der Tarifbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe, Dienstleistungsgewerbe
Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006
Prozent

Wirtschaftszweig ¹⁾		Deutschland	Früheres Bundesgebiet und Berlin	Neue Länder ohne Berlin-Ost
B bis N	Privatwirtschaft	67,3	69,3	54,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,7	0,7	0,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	31,3	33,9	14,8
D	Energieversorgung	2,0	1,9	2,5
E	Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1,4	1,2	2,3
F	Baugewerbe	3,9	3,7	4,9
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5,7	6,1	3,3
H	Verkehr und Lagerei	5,0	4,6	7,5
I	Gastgewerbe	1,0	1,0	0,8
J	Information und Kommunikation	2,1	1,8	4,4
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6,1	6,5	3,4
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,5	0,8
M	Erbringung von freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1,9	1,9	1,8
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	5,6	5,4	6,9
O bis S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	32,7	30,7	45,6
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	13,9	12,4	22,8
P	Erziehung und Unterricht	4,9	4,1	9,7
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	11,9	12,1	10,5
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	0,5	0,5	1,0
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1,6	1,6	1,5

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

lichen Strukturen große Unterschiede aufweisen (siehe Tabelle 1). So arbeitete 2006 im früheren Bundesgebiet und Berlin jeder dritte der nach Tarif bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe, in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost war es nur jeder siebte (14,8%). Demgegenüber sind im Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ im früheren Bundesgebiet und Berlin gut 12% und im Bereich „Erziehung und Unterricht“ nur gut 4% der nach Tarif Entlohnerten tätig. In den neuen Ländern ohne Berlin-Ost liegen diese Anteile mit fast 23 bzw. knapp 10% deutlich höher. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst beeinflussen daher die durchschnittliche Entwicklung der Tarifverdienste insgesamt in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost stärker als im früheren Bundesgebiet und Berlin.

Die Tarifindizes für Deutschland insgesamt werden maßgeblich durch die Entwicklung der Tarifindizes im früheren Bun-

desgebiet und Berlin bestimmt, da hier in den meisten Wirtschaftsbereichen die Anzahl der Tarifbeschäftigten deutlich höher ist als in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost. So stammen beispielsweise 86% der in den Tarifindex für das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich in Deutschland einbezogenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem früheren Bundesgebiet und Berlin und nur 14% aus den neuen Ländern ohne Berlin-Ost.

Grundlage für die Berechnung der Tarifindizes bilden gut 660 Tarifverträge. Erstmals einbezogen wurden Tarifverträge aus Wirtschaftsbereichen, die bislang in den Tarifindizes nicht berücksichtigt waren, wie insbesondere der Dienstleistungsbereich, hier beispielsweise die Rechts- und Steuerberatung, die Wirtschaftsprüfung, die Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien oder die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften. Da die Auswertung von Tarifverträgen aber sehr zeitintensiv ist, konnte die Gesamtzahl der zu beobachtenden Tarifverträge nicht erhöht werden. Das führte dazu, dass mit der gleichen Anzahl an Tarifverträgen für mehr WZ-Positionen Tarifinformationen bereitgestellt werden müssen. Die vielfach geforderte Ausweitung auf neue Wirtschaftsbereiche ging daher zu Lasten der Gliederungstiefe. Die neubasierten Tarifindizes werden auf der Ebene der WZ-2-Steller²⁾ berechnet. Die bislang veröffentlichten Tarifindizes für ausgewählte WZ-3-Steller, beispielsweise für die Herstellung von chemischen Grundstoffen, den Hoch- und Tiefbau oder die Eisenbahnen entfallen. Durch die Beschränkung auf WZ-2-Steller werden viele branchenspezifische Tarifverträge bzw. Tarifverträge mit geringem regionalem Geltungsbereich und vergleichsweise wenig Beschäftigten in den Berechnungen jetzt nicht mehr berücksichtigt, zum Beispiel die für das Speditions- oder Ernährungsgewerbe.

Arbeitnehmer statt Angestellten und Arbeitern

Die aus der Verdienststrukturerhebung stammenden Daten beziehen sich ausschließlich auf Arbeitnehmer, da viele Arbeitgeber seit der Zusammenlegung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der Landesversicherungsanstalten zur Deutschen Rentenversicherung die beiden Beschäftigtengruppen nicht mehr unterscheiden können. Somit fehlen auch die für die Berechnung der Tarifindizes notwendigen Grunddaten zur Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten, sodass ausschließlich Ergebnisse für Arbeitnehmer nachgewiesen werden können.

Umstellung auf die WZ 2008

Bei der Neuberechnung wurden die Tarifindizes auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) umgestellt. Die WZ 2008 entspricht auf der Ebene der WZ-4-Steller der für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich vorgegebenen Klassifikation NACE Rev. 2. Nach der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (Amtsbl. der EU Nr. L 393, S. 1) sind die nationalen Statistiken, die sich

3) Die Gliederung der WZ 2008 ist hierarchisch aufgebaut und sieht fünf Ebenen vor.

auf vom 1. Januar 2008 an durchgeführte Wirtschaftstätigkeiten beziehen, nach der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 zu gliedern. Auf der NACE Rev. 2 baut in Deutschland die Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 auf.

Zusätzlich zum Nachweis der Tarifindizes auf der Ebene der WZ-2-Steller werden Tarifindizes für die vier sogenannten Hauptgruppen der Statistiken im Produzierenden Gewerbe (Vorleistungen, Investitionsgüter, Gebrauchsgüter sowie Verbrauchsgüter) sowie Sondersummen (Privatwirtschaft, Dienstleistungsbereich, Marktbestimmte Dienstleistungen, Nicht marktbestimmte Dienstleistungen) berechnet.

Für die Nutzerinnen und Nutzer der bisherigen Tarifindizes bedeutet die Einführung der neuen Wirtschaftszweigklassifikation, dass die neuen Ergebnisse nicht in jedem Fall mit den bisher veröffentlichten vergleichbar sind und somit auch vorhandene Zeitreihen nicht fortgeführt werden können. Tarifindizes dienen jedoch als Wertsicherungsklauseln in Verträgen und liefern wichtige Hinweise für Analysen der tariflichen Entgeltentwicklung. Um den Nutzern weiterhin lange Reihen zur Verfügung stellen zu können, errechnet das Statistische Bundesamt für ausgewählte Wirtschaftsbereiche eigens Zusammenfassungen einzelner Positionen, die in etwa der WZ 93 entsprechen, beispielsweise einen Tarifindex für „Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr und Lagerei, Finanz- und Verkehrsleistungen, Öffentliche Verwaltung“ (bisherige Position „Wirtschaftszweige insgesamt“) oder für die „Energie- und Wasserversorgung“.

Neues Basisjahr 2005 = 100

Bei der Neuberechnung der Tarifindizes wurde die bislang geltende Basis 2000=100 durch das neue Basisjahr 2005=100 ersetzt. Gemäß den internationalen Standards erfolgt der Wechsel des Basisjahres in einem Fünf-Jahres-Turnus.

Verknüpfung der bisherigen Zeitreihen mit den neubasierten Indizes

Aufgrund der Neugewichtung können vorhandene Zeitreihen nicht einfach weitergeführt werden. Da Tarifindizes aber als Wertsicherungsklauseln dienen und stark nachgefragt werden, besteht die größte Herausforderung darin, die neuen Ergebnisse mit den Ergebnissen vor der Neubasierung zu verknüpfen.

Die neubasierten Tarifindizes auf Basis 2005 = 100 werden für alle Wirtschaftsbereiche bis zum Monatsanfang Januar 2005 zurückgerechnet. Für ausgewählte Wirtschaftsbereiche, für die die Ergebnisse bislang in Form von „Langen Reihen“ veröffentlicht wurden, wurden weiter zurückliegende Ergebnisse – entsprechend geläufiger Praxis – nur formal auf das neue Basisjahr umgerechnet. Dafür wurden die bisherigen Tarifindizes mit Basis 2000 = 100 auf das Basisjahr

2005 = 100 umbasiert und mit den neubasierten Tarifindizes verknüpft. Die Veränderungsdaten vor dem Jahr 2005 entsprechen den bisherigen Werten; ab dem Jahr 2006 liegen ihnen die Ergebnisse der neubasierten Tarifindizes zugrunde. Eine Sonderstellung haben die Veränderungsdaten im Jahr 2005, da hier die Ergebnisse der neubasierten Tarifindizes mit den Ergebnissen der bisherigen Auswahl verglichen werden können. Dies gilt es bei einer Zeitreihenanalyse zu berücksichtigen.

Vergleich zwischen den neubasierten und den umbasierten Tarifindizes auf Basis 2005 = 100

Eine Neubasierung wird durchgeführt, um Änderungen in der Tariflandschaft zu berücksichtigen. Ob es tatsächlich zu Veränderungen kam, lässt sich durch einen Vergleich der bisherigen und der neuen Tarifindizes auf Basis 2005 = 100 erkennen.

Wie Tabelle 2 zeigt, unterscheiden sich die Tarifindizes in den meisten Wirtschaftsbereichen nur geringfügig. Dies entspricht den Erfahrungen aus früheren Neugewichtungen.⁴⁾

Im Jahresdurchschnitt liegen die Differenzen zwischen den neu berechneten und den umbasierten Indizes für die tariflichen Monatsverdienste im Produzierenden Gewerbe für Deutschland sowie das frühere Bundesgebiet und Berlin bei maximal -0,2 %, bei den Indizes für die neuen Länder ohne Berlin-Ost sind sie mit bis zu +0,5 % etwas höher. In einzelnen Zweigen des Produzierenden Gewerbes sind die Unterschiede allerdings größer: So liegt der neubasierte Index der tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer in der Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenergieerzeugnissen für Deutschland um bis zu 0,7 % unter dem Wert, der sich aus der einfachen Umbasierung ergibt. In anderen Wirtschaftsbereichen, wie in der Energie- und Wasserversorgung, übersteigt der neubasierte Index den Wert des umbasierten Index ohne Anpassung des Wägungsschemas um bis zu 2,1 %. Auch der Bereich „Landverkehr und Transport in Fernleitungen“ weist Abweichungen in dieser Höhe auf.

Diese Abweichungen hängen nicht nur mit der Neubasierung, sondern auch mit dem Austausch der einbezogenen Tarifverträge zusammen. Bei der Neugewichtung fielen durch den Verzicht auf die Berechnung von Tarifindizes auf der Ebene der WZ-3-Steller viele Tarifverträge weg, die nur für vergleichsweise wenige Beschäftigte galten. So führte der Verzicht auf die Berechnung von Tarifindizes auf der Ebene der WZ-3-Steller im Bereich „Landverkehr und Transport in Fernleitungen“ dazu, dass viele regionale Tarifverträge aus dem Güter- und Speditionsgewerbe nicht mehr berücksichtigt werden. Stattdessen stieg das Gewicht anderer Tarifverträge mit überregionalem Geltungsbereich, wie das des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst des Bundes und der

4) Siehe Heinlein, D.: „Neuberechnung der Indizes der Tariflöhne und -gehälter auf Basis 1995“ in WiSta 8/2000, S. 599 ff.

Tabelle 2: Differenzen zwischen den neubasierten und den umbasierten Tarifindizes nach Wirtschaftszweigen¹⁾
 2005 = 100
 Prozent

Jahr	B bis F	B	C	20/21	24 bis 25	D bis E ohne 37 und 38/39	F	G	H	49	O
	Produzierendes Gewerbe	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Herstellung von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen	Metallerzeugung, -bearbeitung; Herstellung von Metall- erzeugnissen	Energie- und Wasser- versorgung	Baugewerbe	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraft- fahrzeugen	Verkehr und Lagerei	Landverkehr und Transport in Fernleitungen	Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung
Deutschland											
Tarifliche Monatsverdienste der Arbeitnehmer											
2006 D	-0,1	+0,4	-0,3	+0,2	-0,5	+1,0	-0,2	+0,2	-0,2	-0,8	+0,1
2007 D	-0,1	+1,4	-0,5	±0,0	-0,7	+2,1	±0,0	+0,2	-0,1	-1,3	+0,3
2008 D	-0,2	-0,1	-0,5	-0,3	-0,6	+1,8	-0,3	+0,5	+1,2	+2,1	-0,6
Tarifliche Stundenverdienste der Arbeitnehmer											
2006 D	+0,2	+0,4	-0,2	+0,2	-0,6	+1,0	-0,3	+0,3	-0,7	-1,9	-0,1
2007 D	+0,2	+1,4	-0,4	-0,1	-0,7	+1,8	-0,1	+0,3	-0,7	-2,5	-0,2
2008 D	+0,2	±0,0	-0,5	-0,3	-0,6	+1,9	±0,0	+0,4	+0,6	+0,7	-1,1
Früheres Bundesgebiet und Berlin											
Tarifliche Monatsverdienste der Arbeitnehmer											
2006 D	±0,0	+0,1	-0,2	±0,0	-0,5	+1,1	+0,1	+0,2	-0,4	-0,7	-0,1
2007 D	-0,1	+1,3	-0,4	-0,3	-0,6	+2,3	-0,1	+0,2	-0,6	-1,6	-0,1
2008 D	-0,2	+0,5	-0,5	-0,6	-0,5	+2,4	-0,7	+0,5	+0,7	+1,3	-0,7
Tarifliche Stundenverdienste der Arbeitnehmer											
2006 D	+0,1	+0,1	-0,2	±0,0	-0,5	+1,1	-0,2	+0,2	-0,4	-1,9	+0,3
2007 D	+0,1	+1,3	-0,3	-0,3	-0,6	+2,1	-0,3	+0,2	-0,6	-2,7	-0,1
2008 D	+0,1	+0,6	-0,4	-0,6	-0,5	+2,6	-0,5	+0,3	+0,7	-0,2	-1,6
Neue Länder ohne Berlin-Ost											
Tarifliche Monatsverdienste der Arbeitnehmer											
2006 D	-0,4	+1,9	-0,4	+2,9	-2,0	+0,2	-1,1	+0,3	-1,4	±0,0	+0,5
2007 D	+0,5	+2,2	+0,2	+3,3	-0,6	+0,5	+0,3	+0,3	-0,6	+0,9	+1,3
2008 D	+0,4	-1,1	-0,4	+4,3	-2,1	-0,7	+2,3	+0,1	+0,9	+6,9	+1,3
Tarifliche Stundenverdienste der Arbeitnehmer											
2006 D	-0,3	+1,9	-0,6	+1,9	-2,0	±0,0	-1,0	+0,5	-2,1	-1,4	-0,4
2007 D	+0,6	+2,1	+0,1	+2,3	-1,1	+0,4	+0,3	+0,3	-1,4	-0,6	+0,5
2008 D	+0,7	-1,1	-0,5	+3,3	-2,8	-0,9	+2,8	±0,0	+0,1	+5,3	+0,5

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Gemeinden (TVöD), nach dem viele Beschäftigte im öffentlichen Personenverkehr entlohnt werden. Da dieser Tarifvertrag zum 1. Januar 2008 nach mehrjährigen Nullrunden eine Erhöhung um rund 5% vorsah, überstieg das Ergebnis des neubasierten Index für die tariflichen Monatsverdienste im Landverkehr und Transport in Fernleitungen 2008 den Wert aus der einfachen Umbasierung, während es in den Vorjahren darunter gelegen hatte. Die einbezogenen Tarifverträge spiegeln jedoch die Realität in diesem WZ-2-Steller besser wider.

Die neu berechneten und die umbasierten Indizes der tariflichen Stundenlöhne der Arbeitnehmer unterscheiden sich aufgrund der gleichen Faktoren in ähnlichem Ausmaß wie die Indizes der Bruttomonatsverdienste. Zusätzlich sind in den Tarifverträgen jedoch auch unterschiedliche Wochenarbeitszeiten vereinbart. Diese Unterschiede in den tariflich festgelegten Arbeitszeiten können sich beim Austausch der einbezogenen Tarifverträge bzw. bei der Veränderung des Wägungsschemas auf die Indizes der tariflichen Stundenlöhne zusätzlich auswirken.

Große Abweichungen, die mit der Einführung neuer Tarifverträge zusammenhängen, gab es auch im öffentlichen Dienst.

Bis Herbst 2005 wurden alle Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT), dem Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes und der Länder (MTArb) bzw. dem Bundesmanteltarif für Arbeiterinnen und Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen (BMT-G) entlohnt. Seit 1. Oktober 2005 gilt für alle Beschäftigten des Bundes und der Gemeinden der einheitliche Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD) und für die Beschäftigten der Länder, mit Ausnahme von Berlin und Hessen, seit 1. November 2006 der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Bei der Berechnung der Tarifindizes wurden vor der Neubasierung, also bis Dezember 2008, die ausgelaufenen Tarifverträge ersatzweise mit den Veränderungsdaten des TVöD fortgeschrieben, der TV-L wurde nicht berücksichtigt. Da die Tarifentgelterhöhungen im TV-L tendenziell niedriger ausfielen als im TVöD und zudem zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft traten, wurde die Tarifentwicklung in den bisherigen Tarifindizes überzeichnet.

Dies galt ebenso für andere Wirtschaftsbereiche, in denen viele Beschäftigte nach Tarifverträgen im öffentlichen Dienst entlohnt werden, wie für die Energie- und Wasserversorgung oder das Kreditgewerbe. In diesen Bereichen wurde der Effekt jedoch teilweise durch einen Wechsel

VERDIENSTE UND ARBEITSKOSTEN

Tabelle 3: Indizes der tariflichen Monats- und Stundenverdienste der Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen¹⁾

2005 = 100

Jahr/ Monat	B bis S	B bis F	B	C	D bis E	F	G	H	I	J	K	O
	Produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsgewerbe, Öffentlicher Dienst	Produzierendes Gewerbe	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung; Beseitigung von Umweltschäden	Baugewerbe	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Verkehr und Lagerei	Gastgewerbe	Information und Kommunikation	Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung
Deutschland												
Tarifliche Monatsverdienste der Arbeitnehmer												
2006 D	101,0	101,8	100,7	102,0	101,2	100,9	101,2	101,0	100,7	100,3	101,2	100,1
2007 D	102,5	104,6	102,6	105,1	103,0	102,6	102,8	102,8	101,7	103,1	102,7	100,3
2008 D	106,2	107,9	104,8	108,3	107,5	105,4	105,1	106,4	104,3	105,5	105,7	105,7
2008 Jan.	105,5	106,5	103,1	106,9	106,3	104,1	103,7	106,2	103,6	105,2	105,5	105,6
April ...	105,9	107,4	103,9	107,7	107,3	105,3	104,4	106,3	103,8	105,3	105,5	105,6
Juli	106,6	108,7	106,1	109,2	108,3	105,4	106,3	106,5	104,7	105,7	105,5	105,8
Okt.	106,8	108,9	106,1	109,3	108,3	106,9	106,3	106,8	104,8	105,7	106,4	105,8
2009 Jan.	108,1	109,1	106,1	109,3	109,5	107,0	106,9	108,7	105,4	106,1	107,5	107,9
Tarifliche Stundenverdienste der Arbeitnehmer												
2006 D	100,8	101,7	100,7	102,0	101,0	99,0	101,2	100,5	100,7	100,3	101,1	100,0
2007 D	102,3	104,5	102,6	105,1	102,7	100,7	102,8	102,2	101,7	103,0	102,5	99,9
2008 D	105,8	107,7	104,8	108,2	107,1	103,3	104,9	105,8	105,0	105,4	105,5	104,9
2008 Jan.	105,2	106,3	103,2	106,9	105,9	102,0	103,7	105,6	104,3	105,2	105,3	105,1
April ...	105,6	107,2	103,9	107,7	107,0	103,2	104,3	105,7	104,6	105,2	105,3	105,2
Juli	106,2	108,5	106,1	109,2	107,8	103,3	105,8	105,8	105,5	105,6	105,3	104,7
Okt.	106,3	108,7	106,1	109,2	107,8	104,7	105,8	106,1	105,6	105,6	106,2	104,7
2009 Jan.	107,5	108,8	106,1	109,3	108,9	104,8	106,5	108,0	106,1	106,0	107,3	106,8
Früheres Bundesgebiet und Berlin												
Tarifliche Monatsverdienste der Arbeitnehmer												
2006 D	101,0	101,8	100,4	102,0	101,2	100,9	101,2	101,0	100,7	100,4	101,3	100,0
2007 D	102,6	104,6	102,3	105,0	103,0	102,5	102,8	102,7	101,7	102,9	102,8	100,0
2008 D	106,0	107,8	104,3	108,2	107,6	105,3	105,2	106,2	104,3	105,5	105,7	104,5
2008 Jan.	105,3	106,4	102,8	106,8	106,4	104,0	103,7	105,9	103,6	105,2	105,4	104,5
April ...	105,8	107,4	103,1	107,7	107,7	105,2	104,4	106,0	103,9	105,2	105,4	104,5
Juli	106,4	108,7	105,7	109,1	108,2	105,3	106,3	106,2	104,8	105,7	105,4	104,5
Okt.	106,6	108,8	105,7	109,2	108,2	106,7	106,3	106,6	104,8	105,7	106,4	104,5
2009 Jan.	107,8	109,0	105,7	109,2	109,6	106,8	106,9	108,4	105,3	106,3	107,4	106,6
Tarifliche Stundenverdienste der Arbeitnehmer												
2006 D	100,8	101,6	100,4	102,0	101,0	98,9	101,2	100,5	100,8	100,4	101,1	99,9
2007 D	102,4	104,5	102,3	105,1	102,7	100,6	102,8	102,2	101,7	102,9	102,6	99,5
2008 D	105,6	107,6	104,4	108,2	107,2	103,1	104,9	105,6	105,1	105,4	105,4	103,6
2008 Jan.	105,0	106,3	102,8	106,8	106,0	101,8	103,7	105,3	104,4	105,1	105,2	104,0
April ...	105,5	107,2	103,1	107,6	107,3	103,0	104,4	105,5	104,7	105,1	105,2	104,0
Juli	106,0	108,4	105,8	109,1	107,7	103,1	105,8	105,6	105,6	105,6	105,2	103,1
Okt.	106,1	108,6	105,8	109,1	107,7	104,5	105,8	105,9	105,6	105,6	106,2	103,1
2009 Jan.	107,3	108,7	105,8	109,2	108,8	104,6	106,5	107,8	106,1	106,1	107,1	105,1
Neue Länder ohne Berlin-Ost												
Tarifliche Monatsverdienste der Arbeitnehmer												
2006 D	100,8	102,2	102,1	103,1	101,2	100,9	101,0	101,1	100,4	100,1	100,6	100,5
2007 D	102,1	105,0	104,1	106,4	103,1	103,1	102,4	103,0	101,5	103,5	101,2	101,3
2008 D	107,4	108,6	106,8	110,2	107,1	106,4	104,7	107,5	104,0	105,5	106,9	109,9
2008 Jan.	106,7	107,2	104,8	108,8	105,7	105,0	103,5	107,4	103,2	105,4	106,8	109,2
April ...	107,1	107,7	107,5	109,2	105,7	106,1	103,7	107,4	103,6	105,4	106,9	109,4
Juli	107,9	109,5	107,5	111,1	108,6	106,5	105,9	107,5	104,0	105,7	106,9	110,6
Okt.	108,0	110,0	107,5	111,6	108,6	107,8	105,9	107,5	105,1	105,7	106,9	110,6
2009 Jan.	109,6	110,2	107,5	111,5	109,5	107,9	106,1	109,7	106,0	105,8	109,1	112,5
Tarifliche Stundenverdienste der Arbeitnehmer												
2006 D	100,6	101,8	102,1	103,0	101,1	99,2	101,0	100,3	100,4	100,1	100,7	100,6
2007 D	101,9	104,6	104,0	106,4	102,9	101,4	102,4	102,2	101,5	103,5	101,3	101,5
2008 D	107,2	108,2	106,8	110,1	106,9	104,5	104,7	106,6	104,3	105,5	106,8	110,1
2008 Jan.	106,5	106,8	104,7	108,7	105,6	103,2	103,5	106,6	103,5	105,4	106,9	109,4
April ...	106,8	107,4	107,4	109,1	105,6	104,2	103,7	106,6	103,9	105,4	107,0	109,6
Juli	107,6	109,1	107,4	111,0	108,3	104,7	105,9	106,7	104,4	105,7	106,7	110,7
Okt.	107,8	109,6	107,5	111,5	108,3	106,0	105,9	106,7	105,5	105,7	106,7	110,7
2009 Jan.	109,3	109,8	107,5	111,5	109,2	106,1	106,1	108,8	106,4	105,8	108,9	112,7

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

der einbezogenen Tarifverträge sowie neue Gewichtungen kompensiert.

Die Differenzen zwischen den neubasierten und den umbasierten Tarifindizes sind in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost höher als im früheren Bundesgebiet und Berlin, da die Wirtschaftsbereiche in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost – und damit auch die in die Tarifindizes einbezogenen Tarifverträge und Arbeitnehmerzahlen – seit 1995 größeren Veränderungen unterlagen als im früheren Bundesgebiet und Berlin. Für die Entwicklung der Tarifindizes in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost ist zudem nicht nur die Tarifierhöhung der Grundentgelte entscheidend, sondern auch, ob und – wenn ja – wann eine Anpassung der Ostgehälter an das Westniveau erfolgt. So wurden 2008 im öffentlichen Dienst in vielen Bereichen die Tarifentgelte an das Westniveau angepasst. Dies führte beispielsweise bei den Tarifindizes für die Bereiche „Energie- und Wasserversorgung“ oder „Landverkehr und Transport in Fernleitungen“, in denen das Gewicht der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes mit der Neugewichtung stark gestiegen ist, dazu, dass die neubasierten Tarifindizes in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost um 6,9 % über den umbasierten Indizes lagen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Unterschiede zwischen den Neuberechneten und den auf Basis 2005=100 umbasierten Tarifindizes – trotz einzelner großer Abweichungen in einzelnen Wirtschaftszweigen – insgesamt gering sind, obwohl die Zeiträume, auf die sich die zugrunde liegenden Wägungsschemata beziehen, zehn Jahre⁵⁾ auseinanderliegen. Daraus kann gefolgert werden, dass die Tarifstruktur im früheren Bundesgebiet und Berlin in den letzten Jahren – zumindest in den Wirtschaftsbereichen – keinen allzu gravierenden Änderungen unterworfen war. Da eine Neubasierung einen erheblichen personellen Aufwand erfordert und zudem die Vergleichbarkeit der Zeitreihen mit den Vorjahren eingeschränkt ist, sollte geprüft werden, ob bei der Umstellung der Tarifindizes auf Basis 2010=100 erneut eine Neuauswahl der Tarifverträge erforderlich ist oder eine rechnerische Umbasierung genügt.

Ergebnisse der Neuberechnung der Tarifindizes auf Basis 2005 = 100

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stiegen im Jahr 2008 durchschnittlich um 3,6%. Dabei fiel der Zuwachs in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost mit 5,2% höher aus als im früheren Bundesgebiet und Berlin (3,3 %).

Neben der reinen Tarifierhöhung spielt hier – wie bereits erwähnt – die in vielen Bereichen, insbesondere im öffentlichen Dienst, erfolgte Anpassung der Tarifverdienste an das Westniveau eine große Rolle. Zudem wurden im öffentlichen Dienst die tariflichen Grundvergütungen – nach mehreren Nullrunden – im Jahr 2008 erstmals seit Oktober 2005 erhöht. Wegen der höheren Gewichtung des öffentlichen

Dienstes im Tarifindex für die neuen Länder ohne Berlin-Ost fallen diese Erhöhungen dort mehr ins Gewicht als im früheren Bundesgebiet und Berlin.

Aufgrund der Erweiterung des Tarifindex liegen erstmals Daten für den gesamten Dienstleistungsbereich vor. Hier stiegen die tariflichen Monatsverdienste im Jahr 2008 um durchschnittlich 4,0%. Dieser überdurchschnittliche Zuwachs ist hauptsächlich auf die Entwicklung im Bereich der nicht marktbestimmten Dienstleistungen zurückzuführen (4,8%), in dem die Tarifbeschäftigten entweder direkt nach den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst entlohnt werden oder aber nach Tarifverträgen, deren Steigerungsraten sich an den Abschlüssen im öffentlichen Dienst orientieren. In dem weitgehend von privatwirtschaftlichen Anbietern dominierten Bereich der marktbestimmten Dienstleistungen stiegen die Tarifverdienste dagegen mit 2,7% unterdurchschnittlich.

Tabelle 4: Indizes der tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich

Wirtschaftszweig ¹⁾		2008 D	Veränderung gegenüber 2007
		2005 = 100	%
G bis S	Dienstleistungsbereich	105,2	+4,0
G bis N	Marktbestimmte Dienstleistungen ...	105,5	+2,7
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	105,1	+2,2
47	dar.: Einzelhandel	102,7	+1,6
H	Verkehr, Lagerei	106,4	+3,5
I	Gastgewerbe	104,3	+2,6
J	Information und Kommunikation ...	105,5	+2,3
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	105,7	+2,9
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	104,4	+2,8
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	105,7	+4,1
69/70	darunter: Rechts-, Steuerberatung; Unternehmensberatung	106,4	+3,1
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	105,6	+3,5
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	104,9	+1,3
79	darunter: Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	100,1	+0,1
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	103,6	+3,2
O bis S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	104,9	+4,8
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	105,7	+5,4
P	Erziehung und Unterricht	104,7	+4,7
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	104,0	+4,0
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	105,8	+5,8
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	105,2	+4,8

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

5) Für das Basisjahr 2000 wurde keine Neuberechnung vorgenommen, sondern die Indizes wurden lediglich rechnerisch umbasiert.

Veröffentlichung der Ergebnisse

Ausgewählte Ergebnisse der vierteljährlichen Tarifindizes werden zeitnah quartalsweise zum Ende des Folgemonats in der Fachserie 16 „Verdienste und Arbeitskosten“, Reihe 4.3 „Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten“ sowie der dazugehörigen langen Reihe veröffentlicht [erstes Vierteljahr (November des Vorjahres bis Januar des Berichtsjahres): Ende April des Berichtsjahres; zweites Vierteljahr (Februar bis April): Ende Juli des Berichtsjahres usw.]. Sie stehen als kostenlose Downloads zur Verfügung (www.destatis.de). Die vollständigen Ergebnisse einschließlich der Sonderberechnungen einzelner Positionen oder der Untergliederung nach Geschlecht können auch über die Datenbank GENESIS-Online (Zugang über die Homepage des Statistischen Bundesamtes) abgerufen werden. Zusätzlich werden seit November 2007 in den Zwischenmonaten vorläufige monatliche Tarifindizes für ausgewählte Wirtschaftszweige berechnet, die als Frühindikatoren für die vierteljährlichen Tarifindizes dienen und ebenfalls in GENESIS-Online zur Verfügung stehen.

Fazit

Mit der Veröffentlichung von Tarifinformationen für die Gesamtwirtschaft sowie für Arbeitnehmer insgesamt wurden bestehende Informationslücken geschlossen und die Aussagekraft des Tarifindex entscheidend verbessert. Zudem erhöhten die Umstellung auf die WZ 2008 und die Neubasierung auf 2005 = 100 die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit anderen Wirtschaftsdaten erheblich.

Die jetzige Neuberechnung stellt nur den Anfang eines Weiterentwicklungsprozesses dar. Als Weiteres sind beispielsweise die Berücksichtigung von Sonderzahlungen, die Berechnung von Tarifindizes mit nutzerspezifischen Zusammenfassungen von Wirtschaftszweigen sowie die Umstellung der bisher berechneten, von den Kalenderquartalen abweichenden Vierteljahre auf Kalendervierteljahre geplant. Voraussetzung dafür ist jedoch eine flexiblere Datengrundlage. Daher wurde eine Tarifdatenbank entwickelt, die im Herbst 2009 zum Einsatz kommen soll. Zudem wird gegenwärtig an einer neuen Softwarelösung gearbeitet, die die seit 2000 eingesetzte ADABAS-Anwendung ablösen und eine flexiblere Datenaufbereitung ermöglichen soll. Über die Einführung wird in einem Beitrag für diese Zeitschrift zeitnah informiert werden. [uu](#)

Dipl.-Volkswirt Florian Peter

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

Mit den Ergebnissen für Januar 2009 hat das Statistische Bundesamt den Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erstmals auf der Basis 2005=100 vorgestellt. Der vorliegende Beitrag beschreibt die Vorgehensweise bei der Erstellung der Berechnungsgrundlagen – Warenkorb, Wägungsschema, Berichtsstellen- und Preisrepräsentantenstichprobe – und vergleicht die Ergebnisse der Neuberechnung mit den bisher auf Basis 2000=100 ermittelten Zahlen. Des Weiteren wird auf die wichtigsten Neuerungen und Veränderungen seit der letzten Umstellung des Index auf ein neues Basisjahr eingegangen.

Vorbemerkung

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) misst auf repräsentativer Grundlage die durchschnittliche Entwicklung der Preise für die vom Verarbeitenden Gewerbe sowie von der Energie- und Wasserwirtschaft in Deutschland hergestellten und im Inland verkauften Erzeugnisse. Die Indexberechnung folgt einem modifizierten Laspeyres-Konzept. Der Index drückt die Veränderung der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte gegenüber einer Basisperiode aus. Mit den Indexergebnissen für Januar 2009 hat das Statistische Bundesamt den Index auf das Basisjahr 2005=100 umgestellt. Eine solche Umstellung der Basisperiode erfolgt alle fünf Jahre. Während des Zeitraums zwischen zwei Basisjahren werden die Gewichte zur Indexberechnung konstant gehalten. Die Gewichte sollen die Gütermarktstrukturen der Basisperiode widerspiegeln. Auftretende Veränderungen der Struktur auf dem

Gütermarkt werden somit erst beim Wechsel der Basisperiode berücksichtigt.

Mit dem Wechsel der Basisperiode ist nicht nur eine Anpassung des Wägungsschemas verbunden, sondern auch eine vollkommene Überarbeitung der Berichtsstellenstichprobe. Mit den neuen Berechnungsgrundlagen werden sämtliche Indizes, das heißt der Gesamtindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und alle Subindizes, von Beginn des neuen Basiszeitraums, Januar 2005, an neu berechnet. Die bisher berechneten Indizes für den Zeitraum von Januar 2005 bis Dezember 2008 auf der Basis 2000=100 werden revidiert. In diesem Beitrag werden die wesentlichen inhaltlichen und methodischen Änderungen der Basisumstellung, die Ergebnisse der Indexrevision und die Veränderungen der Erhebung vorgestellt.

Bei der Neuberechnung des Erzeugerpreisindex waren die seit der letzten Indexumstellung in Kraft getretenen gesetzlichen Bestimmungen zu berücksichtigen¹⁾, ebenso wie ein neu strukturiertes Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken²⁾.

Warenkorb und Wägungsschema

Ableitung

In der Erzeugerpreisstatistik werden die Arbeiten zur Zusammenstellung des Warenkorbes, also die Auswahl der in die Preisbeobachtung einzubeziehenden Erzeugnisse, und zur

1) Siehe Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (Amtsbl. der EU Nr. L 393, S. 1).

2) Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Berechnung des Wägungsschemas, das heißt die Festlegung, mit welchem Gewicht die einzelnen Erzeugnisse in die Indexberechnung eingehen, parallel durchgeführt.

Als Bezugsgröße für das Wägungsschema des Erzeugerpreisindex werden die Inlandsumsätze³⁾ der Betriebe bzw. Unternehmen im Basisjahr verwendet. Die Inlandsumsätze sind in tiefster Gliederung für die 4-Steller der Klassifikation der Wirtschaftszweige vorhanden. Für die Indizes der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte werden aber in tiefster Gliederung Angaben für 9-Steller des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009), benötigt. Daher werden – neben den Umsatzangaben – auch Produktionswerte aus der vierteljährlichen Produktionserhebung im Produzierenden Gewerbe⁴⁾ zum Berechnen der Gewichte herangezogen. Dabei wird unterstellt, dass sich die Produktionswerte auf der Ebene der 9-Steller des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken genauso wie die Umsätze auf Ebene der 4-Steller der Klassifikation der Wirtschaftszweige verteilen.⁵⁾

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wägungsschemas für den Erzeugerpreisindex auf Basis 2005 = 100 waren Inlandsumsätze für das Jahr 2005 nur in der Gliederung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), verfügbar. In einem zusätzlichen Arbeitsschritt mussten die Angaben daher zunächst auf die Gliederung des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009), umgeschlüsselt werden, da die Ergebnisse der Indexberechnung in dieser Gliederung veröffentlicht werden. Dies war zum Teil mit erheblichem Aufwand verbunden, da es innerhalb der Systematik größere Verschiebungen gegeben hatte, die alle Gliederungsebenen betrafen.

Dem Erzeugerpreisindex liegt keine Vollerhebung, sondern eine repräsentative Stichprobe aus den über 6 000 Einzelgütern der Produktionsstatistik zugrunde. Welche Einzelgüter bzw. 9-Steller des GP 2009 für das Wägungsschema berücksichtigt werden, hängt primär vom Gewicht dieser 9-Steller ab. Hierbei wurde versucht, möglichst 60 % des Gewichts eines 4-Stellers durch entsprechende 9-Steller abzubilden. Von dieser Daumenregel wurde aber in einzelnen Fällen abgewichen. Des Weiteren wurde versucht, Vorschläge und Wünsche von Statistiknutzern einzubeziehen. So wurde der Entwurf des Wägungsschemas den größten Wirtschaftsfachverbänden zur Begutachtung vorgelegt. Die verschiedenen Vorschläge zur Verbesserung der Auswahl wurden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Ergebnisse

Für den Index auf der neuen Preisbasis 2005 = 100 wurden etwa 1 800 Güterarten ausgewählt, die sich in 1 272 Warenkorbpositionen wiederfinden. Die Produktionswerte der Güter, die nicht für das Wägungsschema berücksichtigt wur-

den, sind auf die Warenkorbpositionen, deren Preisentwicklung als repräsentativ für das nicht berücksichtigte Erzeugnis gilt, aufgeteilt worden.

Im Vergleich zu vorherigen Überarbeitungen des Warenkorbes⁶⁾ wurden diesmal die Warenkorbpositionen erheblich reduziert. Etwa 500 Positionen sind aus dem Warenkorb gelöscht und nur 180 Positionen neu aufgenommen worden; dabei sind in nahezu allen Güterabteilungen Warenkorbpositionen gestrichen worden. Bei den neu aufgenommenen Gütern handelt es sich vor allem um Güter, die in den Jahren seit der letzten Basisumstellung an Bedeutung gewonnen haben, und um solche, die von den Statistiknutzern stark nachgefragt wurden (z. B. Holzpellets).

Ein direkter Vergleich der Gewichte für einzelne Güterabteilungen ist wegen der Umstellung der Güterklassifikation nur in einzelnen Fällen möglich. Die Verschiebungen von Gütern betrafen, im Gegensatz zur letzten Indexrevision, nicht nur die tieferen Gliederungsebenen, sondern es kam durch den Wechsel der Systematik zu größeren Verschiebungen auf allen Gliederungsebenen.

Es gibt grundsätzlich mehrere Effekte, die zu Änderungen der Gewichte führen können. Zum einen können Veränderungen der Gewichte ihren Grund in realen Veränderungen der Umsatzwerte haben, es ist also tatsächlich mehr oder weniger verkauft worden. Diese Mengeneffekte sind zu unterscheiden von Preiseffekten, die sich durch Veränderungen der Preise der gehandelten Güter ergeben. Eine bestimmte Menge eines Gutes hat unter sonst gleichen Bedingungen bei höheren Preisen einen höheren Verkaufswert und umgekehrt. Preisbedingte Veränderungen der Gewichte verhalten sich indexneutral, im Gegensatz zu realen Mengenveränderungen, die zu unterschiedlichen Indexverläufen beim Vergleich der Ergebnisse auf alter und neuer Basis führen können. Als Folge der Umstellungen innerhalb des Güterverzeichnisses kann sich in einigen Fällen – wenn beispielsweise Güterabteilungen aufgeteilt oder zusammengelegt oder Güter einer anderen Güterabteilung als bisher zugeordnet werden, ein neues Bild der Gewichte ergeben.

In Tabelle 1 sind die Güterabteilungen des Erzeugerpreisindex nach GP 2002 auf Basis 2000 und nach GP 2009 auf Basis 2005 gegenübergestellt. Dies zeigt auf den ersten Blick schon die Schwierigkeit, in einzelnen Bereichen einen Vergleich der Gewichte vorzunehmen. Neben den Gewichten des Warenkorbes auf Basis 2000, den Gewichten dieses Warenkorbes in Preisen von 2005 und den Gewichten des Warenkorbes auf Basis 2005 enthält die Tabelle auch die auffallendsten Veränderungen aufgrund verschobener Gewichte durch die Einführung der neuen Güterklassifikation. Neben diesen großen Verschiebungen kam es in fast allen Bereichen zu kleineren Änderungen.

3) Sie werden der Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 4.1.1 „Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“ bzw. für den Bereich Energie der Reihe 6.1 „Beschäftigung, Umsatz, Investitionen und Kostenstruktur der Unternehmen in der Energie- und Wasserversorgung“ entnommen.

4) Siehe Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 3.1 „Produktion im Produzierenden Gewerbe“.

5) Für eine genaue Beschreibung der Berechnung der Gewichte des Wägungsschemas siehe das „Handbuch zur Methodik des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)“, erhältlich als Download unter www.destatis.de.

6) Siehe Pöttsch, K.: „Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2000“ in WiSta 1/2004, S. 84 ff.

Nur in wenigen Abteilungen des Wägungsschemas des Erzeugerpreisindex kam es zu deutlichen Veränderungen, die nicht durch Änderungen in der Klassifikation der Güter zu erklären sind: Die schon im Wägungsschema 2000 geringen Gewichte der Abteilungen „Kohle und Torf“ und „Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ sind noch deutlich kleiner geworden. Ebenso haben die Abteilungen „Holz sowie Holz-, Kork-, und Flechtwaren (ohne Möbel)“, „Gummi- und Kunststoffwaren“, „Glas und Glaswaren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden“ und „Textilien“ an Gewicht verloren. Die Abteilung „Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse“ hat auf Basis 2005 ein ähnliches Gewicht im Warenkorb wie auf Basis 2000 = 100. Real betrachtet, das heißt wenn die Preissteigerungen zwischen 2000 und 2005 berücksichtigt werden, hat das Gewicht dieser Abteilung deutlich abgenommen. Obwohl das Gewicht der Abteilung „Metalle“ gestiegen ist, hat es real betrachtet

leicht abgenommen. Ein Großteil der Güter der bisherigen Abteilung „Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild-, und Datenträger“ wird nach dem GP 2009 nicht mehr dem Produzierenden Gewerbe zugeordnet, sondern dem Bereich der Dienstleistungen, somit wurden diese Güter bei der Gewichtung des Erzeugerpreisindex nicht mehr berücksichtigt, was das geringere Gewicht der Abteilung erklärt.

In den Abteilungen „Bekleidung“, „Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung“ sind die Gewichte gestiegen. Sehr stark zugenommen, auch aufgrund von Preissteigerungen zwischen 2000 und 2005, hat das Gewicht der Abteilung „Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme“. Das Gewicht dieser bereits im Wägungsschema 2000 größten Abteilung erhöhte sich um mehr als die Hälfte. Alle drei Gütergruppen dieser Abteilung haben an Gewicht gewonnen, besonders stark die Gütergruppe „Elektrischer Strom“, deren Gewicht

Tabelle 1: Index der Erzeugerpreise – Wägungsschemata 2000 und 2005 im Vergleich
Gewicht in Promille

Abteilungen des GP 2002 ¹⁾	2000	2000 in Preisen von 2005	Abteilungen des GP 2009 ²⁾	2005
10 Kohle und Torf	4,16	5,17	05 Kohle und Torf	3,51
11 Erdöl und Erdgas	3,29	4,47	06 Erdöl und Erdgas	5,56
14 Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	4,55	4,23	08 Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	3,17
15 Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke ..	119,46	114,41	10 Nahrungs- und Futtermittel	92,35
16 Tabakerzeugnisse	16,17	22,23	11 Getränke	18,01
17 Textilien	12,09	11,02	12 Tabakerzeugnisse
18 Bekleidung	3,11	2,82	13 Textilien	7,16
19 Leder und Lederwaren	1,78	1,66	14 Bekleidung	6,90
20 Holz sowie Holz-, Kork- und Flechtwaren (ohne Möbel)	17,17	15,23	davon aus GP 2002 – Abteilung 17	0,63
21 Papier, Pappe und Waren daraus	23,39	21,11	15 Leder und Lederwaren	2,52
22 Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	50,24	45,02	16 Holz sowie Holz-, Kork- und Flechtwaren (ohne Möbel)	12,37
23 Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	50,78	58,10	17 Papier, Pappe und Waren daraus	20,94
24 Chemische Erzeugnisse	67,44	64,59	18 Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	16,29
25 Gummi- und Kunststoffwaren	41,12	38,82	19 Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	50,74
26 Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	33,09	29,74	20 Chemische Erzeugnisse	47,20
27 Metalle und Halbzeug daraus	44,24	50,66	21 Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse ..	14,17
28 Metallerzeugnisse	65,19	64,15	22 Gummi- und Kunststoffwaren	35,87
32 Nachrichtentechnik, elektronische Bauelemente	15,71	10,32	23 Glas und Glaswaren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	23,52
30 Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	11,95	7,30	24 Metalle	47,94
33 Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische, optische Erzeugnisse, Uhren ..	18,27	17,13	25 Metallerzeugnisse	62,80
31 Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä.	39,58	36,19	26 Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	39,66
29 Maschinen	82,81	79,76	davon aus GP 2002 – Abteilung 30	7,29
34 Kraftwagen und Kraftwagenteile	100,18	96,13	davon aus GP 2002 – Abteilung 33	12,28
35 Sonstige Fahrzeuge	6,25	5,96	27 Elektrische Ausrüstungen	44,21
36 Möbel, Schmuck und sonstige Erzeugnisse ..	27,26	26,65	davon aus GP 2002 – Abteilung 29	5,40
40 Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme	128,99	157,52	28 Maschinen	82,28
41 Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	10,06	9,57	davon aus GP 2002 – Abteilung 34	8,72
37 Sekundärrohstoffe	1,67	1,92	29 Kraftwagen und Kraftwagenteile	105,86
			davon aus GP 2002 – Abteilung 31	6,26
			davon aus GP 2002 – Abteilung 36	3,85
			30 Sonstige Fahrzeuge	4,73
			31 Möbel	13,19
			32 Waren a.n.g.	8,22
			davon aus GP 2002 – Abteilung 33	4,60
			davon aus GP 2002 – Abteilung 36	3,25
			35 Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme	200,33
			36 Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	14,23
			38 Sekundärrohstoffe

1) Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2002. – 2) Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009.

von 67,61 Promille (Basis 2000) auf 122,13 Promille (Basis 2005) gestiegen ist. Das Gewicht der Gütergruppe „Erdgas“ stieg von 55,56 Promille (Basis 2000) auf 70,29 Promille (Basis 2005).

Die Abteilungen „Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen“, „Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente“ und „Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse, Uhren“ wurden zu einer neuen Abteilung „Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse“ zusammengelegt. Deren Gewicht hat insgesamt real leicht zugelegt, insbesondere wenn man zusätzlich berücksichtigt, dass einzelne Güter in andere Abteilungen verschoben wurden. Die Abteilung „Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke“ wurde geteilt in die Abteilungen „Nahrungs- und Futtermittel“ und „Getränke“, ebenso wurde die Abteilung „Chemische Erzeugnisse“ in die zwei Abteilungen „Chemische Erzeugnisse“ und „Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse“ untergliedert.

Neuaufnahme der Netznutzungsentgelte

Unter den Neuaufnahmen ist besonders die Gruppe der Netznutzungsentgelte für Stromnetze⁷⁾ mit einem Gewicht von insgesamt 23,25 Promille hervorzuheben. Diese werden erstmals im Index der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte als eigene Positionen erhoben und ausgewiesen. Die Gruppe der Netznutzungsentgelte umfasst drei verschiedene Positionen: Unter dem GP 2009 4-Steller 35 12 „Dienstleistungen der Elektrizitätsübertragung“ werden die Netznutzungsentgelte der Höchstspannungsnetze, der Hochspannungsnetze und die entsprechende Umspannung zusammengefasst. Der GP 2009 4-Steller 35 13 „Dienstleistungen der Elektrizitätsverteilung“ umfasst die Entgelte für die Umspannung in Mittelspannungsnetze und die Entgelte für die Benutzung von Mittelspannungsnetzen, der GP 2009 4-Steller 35 14 „Dienstleistungen des Elektrizitätshandels“ beinhaltet die Entgelte für die Umspannung zur Niederspannungsebene und die Entgelte für die Nutzung der Niederspannungsebene.

Beim Berechnen der Netzentgelte der verschiedenen Spannungsebenen werden der Arbeitspreis, der Leistungspreis und der Messpreis (dieser umfasst die Entgelte für die Messung, den Messstellenbetrieb und die Abrechnung) berücksichtigt. Da sich die Netzentgelte aus diesen unterschiedlichen Preiskomponenten zusammensetzen, musste für jede Spannungsebene ein repräsentativer Verkaufsfall bzw. Durchleitungsfall konstruiert werden. Dies erwies sich als äußerst kompliziert, wurde jedoch mithilfe der entsprechenden Fachverbände und der Bundesnetzagentur erreicht. Die jetzt konstruierten Fälle könnten aber relativ schnell überholt sein, da der Markt der Netznutzungsentgelte unter ständiger Aufsicht der Bundesnetzagentur steht. Besonders die Marktverhältnisse für die Messpreise stehen unter hohem Regulierungsdruck; es ist Ziel der Bundesnetzagentur, wei-

tere Öffnungen der zum Teil monopolisierten Märkte für Mitbewerber zu erreichen.⁸⁾

Da die Netznutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur genehmigt und die aktuellen Netzentgelte veröffentlicht werden müssen, wird bei der Erhebung der Preise auf diese Veröffentlichungen zurückgegriffen, sodass es zu keiner zusätzlichen Befragung der Netzbetreiber kommt.

Stichprobe der Berichtsstellen und Preisrepräsentanten

Eine große Änderung bei der Erstellung des Erzeugerpreisindex stellt die Umstellung von einer dezentralen Datenerhebung durch die Statistischen Ämter der Länder auf eine zentrale Datenerhebung durch das Statistische Bundesamt dar. Seit dem Berichtsmonat Oktober 2006 werden die Preisangaben der befragten Unternehmen zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und verarbeitet. Daher wurden im Rahmen der Indexrevision nicht nur die Stichproben der Berichtsstellen und der Preisrepräsentanten zentral durch das Statistische Bundesamt überarbeitet und die sich daraus ergebenden Änderungen berücksichtigt, sondern auch die Erhebung zusätzlicher Güterarten durch sogenannte Neuanschreibungen von Berichtsfirmen vorbereitet und durchgeführt.

Nachdem das neue Wägungsschema und der dazugehörige Warenkorb aufgestellt waren, wurden die bisherigen Stichproben der Berichtsstellen und Preisrepräsentanten dahingehend geprüft, ob sie den neuen Positionen des Warenkorbes zugeordnet werden können und repräsentative Ergebnisse liefern. Dabei wurde die Anzahl, aber auch die Qualität der gemeldeten Preisreihen überprüft. Die Vorgabe für die Anzahl der Preisreihen war, dass je 0,1 Promille Wägungsanteil einer Warenkorbposition mindestens eine Preisreihe vorhanden sein sollte sowie mindestens drei Preisreihen je Warenkorbposition. Von dieser Vorgabe konnte in einigen Fällen abgewichen werden, zum Beispiel bei besonders homogenen Preisentwicklungen innerhalb einer Warenkorbposition in den vergangenen Jahren oder bei Positionen mit besonders hohem Gewicht, für die auch eine kleinere Stichprobe ausreichend repräsentativ ist. Bei der Anzahl der notwendigen Preisreihen musste ferner die Verteilung der Produktion dieses Erzeugnisses auf die verschiedenen Produzenten berücksichtigt werden. Verteilt sich die Produktion eines Gutes aufgrund einer hohen Marktkonzentration auf nur wenige Erzeuger, konnten weniger Preisreihen verwendet werden, ohne die Qualität der Ergebnisse zu senken.

Die Auswahl der Berichtsstellen erfolgte anhand einer Sonderauswertung der Einzelergebnisse der vierteljährlichen Produktionserhebung im Produzierenden Gewerbe. Dabei wurde versucht, möglichst die Erzeuger mit den höchsten Produktionswerten in die Stichprobe einzubeziehen. Bei vielen Warenkorbpositionen wurde zusätzlich darauf geachtet,

⁷⁾ Beim nächsten Wechsel des Basisjahres und der entsprechenden Überarbeitung des Warenkorbes ist eine Aufnahme der Entgelte für die Nutzung der Gasnetze geplant.

⁸⁾ So hat die Bundesnetzagentur am 20. Juli 2009 die Strom- und Gasnetzbetreiber aufgefordert, zu dem Entwurf „Konsultation des Festlegungsentwurfs für Wechselprozesse im Messwesen (BK7-09-001 und BK6-09-034)“ zum Festlegungsverfahren zur Standardisierung von Verträgen und Geschäftsprozessen im Bereich des Messwesens Stellung zu nehmen.

möglichst Unternehmen verschiedener Betriebsgrößen in die Erhebung einzubeziehen und auch regionale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. In einigen Fällen erfolgte die Auswahl der Berichtsstellen mithilfe von Wirtschaftsfachverbänden.

Mit den in den ersten zwei Jahren seit der Zentralisierung der Erhebung des Erzeugerpreisindex gesammelten Erfahrungen konnten die Stichproben weiter optimiert werden. So wurde nicht nur die Zahl der in die Erhebung einfließenden Warenkorbpositionen verringert, auch die Zahl der erhobenen Preisreihen und die Zahl der befragten Unternehmen konnten bei vielen Positionen verringert werden, ohne die Qualität der Ergebnisse zu senken. Bei der Reduzierung der Preisreihen wurden insbesondere Unternehmen entlastet, die für mehrere Produkte Preise meldeten. Allerdings hat sich bei einigen Positionen auch gezeigt, dass die bisherige Anzahl an Preisrepräsentanten nicht ausreichend ist und mehr Erzeuger befragt werden müssen. Für die neu aufgenommenen Warenkorbpositionen mussten ebenfalls neue Berichtsfirmen in die Erhebung miteinbezogen werden. Diese neu einzubeziehenden Berichtsstellen wurden parallel zur laufenden Erhebung befragt. Preisreihen, die nicht ab Januar 2005 zur Verfügung standen, wurden unter Verwendung der durchschnittlichen Preisentwicklung der jeweils entsprechenden, in der Basis 2000=100 enthaltenen Warenkorbposition bzw. des nächst höheren Indexagregates berechnet.

Die Stichprobe der Preisrepräsentanten und der Berichtsstellen muss ständig überprüft und aktualisiert werden, da auch die Unternehmenslandschaft einem ständigen Wandel unterliegt und sich die Erzeugnisse verändern. Diese Arbeiten werden während der gesamten Zeit zwischen zwei Basisjahren parallel zur laufenden Erhebung durchgeführt.

Ergebnisse der Indexneuberechnung

Mit den neuen Berechnungsgrundlagen (Warenkorb, Wägungsschema, Berichtsstellen- und Preisrepräsentantenstichprobe) erfolgte eine Neuberechnung aller Indexergebnisse ab Januar 2005.

Wie schon bei den Gewichten des Warenkorbes ist ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Berechnungen nur unter Einschränkungen möglich, da die neue Struktur des Güter-

verzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP 2009) in vielen Fällen zu stark von der in der alten Klassifikation (GP 2002) abweicht. Da es selbst auf Ebene der Güterabteilungen zu so großen Verschiebungen kam, dass eine Einzu-eins-Rückrechnung mit einer Güterabteilung nach der Klassifikation GP 2002 nicht möglich war, scheint es nicht sinnvoll zu sein, die Entwicklungen der Güterabteilungen für die Jahre 2005 bis 2008 zu vergleichen. Für diesen Zeitraum liegen zwei Indexverläufe vor, auf Basis 2000=100 und auf Basis 2005=100. Für einen Vergleich sind daher die vier Hauptgruppen des Erzeugerpreisindex, dies sind „Vorleistungsgüter“, „Investitionsgüter“, „Konsumgüter“ und „Energie“, besser geeignet.

Im Allgemeinen wird erwartet, dass für einen parallel berechneten Zeitraum ein Preisindex auf einer neuen Basis weniger stark steigt (bzw. stärker sinkt) als der Index auf alter Basis. Dies trifft auch für den Gesamtindex der Erzeugerpreise sowie für alle vier Hauptgruppen zu. Der sogenannte Laspeyres-Effekt wird durch Substitutionseffekte erklärt. Es wird davon ausgegangen, dass die Preiselastizitäten der Güter des Warenkorbes negativ sind und somit Güter, deren Preise steigen, durch Güter mit niedrigeren Preisen oder mit weniger stark steigenden Preisen ersetzt werden. Somit sollte das Gewicht der Positionen mit einer niedrigeren Preisentwicklung im Warenkorb steigen, da deren Umsätze steigen, und Unternehmen mit einer günstigeren Preisentwicklung ihrer Produkte sollten mit einer größeren Wahrscheinlichkeit als Unternehmen, bei denen das nicht der Fall ist, in die Befragung aufgenommen werden, da ihre Produktions- und Umsatzwerte steigen.

Vergleicht man die Jahresdurchschnitte des Gesamtindex und der vier Hauptgruppen, zeigt sich, dass alle Indizes auf Basis 2005 niedriger sind als auf Basis 2000. Die Differenzen sind relativ gering, außer in der Gruppe „Energie“. Die großen Abweichungen bei dieser Hauptgruppe resultieren zum Großteil aus der Neuaufnahme der Netznutzungsentgelte für die Stromnetze. Diese sind im Zeitraum Januar 2005 bis Dezember 2008 um 12,6 Prozentpunkte (Dienstleistungen der Elektrizitätsübertragung), 17,1 Prozentpunkte (Dienstleistungen der Elektrizitätsverteilung) bzw. 26,8 Prozentpunkte (Dienstleistungen des Elektrizitätshandels) gefallen.

Eine eindeutige Identifizierung von Laspeyres-Effekten ist nicht ohne weiteres möglich. Da Warenkorbpositionen aus-

Tabelle 2: Vergleich der Preisindizes für gewerbliche Erzeugnisse insgesamt und für die vier Hauptgruppen auf Basis 2000 und Basis 2005
Januar 2005 = 100

Gegenstand der Nachweisung	Jahresdurchschnitt			
	2005	2006	2007	2008
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt Basis 2005	102,1	107,7	109,1	115,1
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt Basis 2000	102,4	108,0	110,2	116,8
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten Basis 2005	100,2	104,2	108,2	111,0
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten Basis 2000	100,6	104,9	109,3	113,2
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten Basis 2005	99,7	99,8	100,4	101,3
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten Basis 2000	100,0	100,7	101,7	103,0
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten Basis 2005	100,2	101,4	103,2	107,1
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten Basis 2000	100,5	102,0	104,3	107,8
Energie Basis 2005	108,1	123,9	122,9	138,8
Energie Basis 2000	109,5	127,0	127,2	146,8

getauscht und neu gewichtet sowie Berichtsstellen ausgetauscht wurden, können viele weitere Gründe für einen niedrigeren Verlauf des Index vorliegen, deren Einflüsse nur sehr schwer voneinander zu trennen sind.

Veröffentlichung der Indexergebnisse

Die Ergebnisse der Erzeugerpreisstatistik werden etwa 20 Tage nach dem Ende des jeweiligen Berichtszeitraums in einer Pressemitteilung veröffentlicht. Detailliertere Informationen stehen in unterschiedlichen Formen zur Verfügung:

Über das Datenbanksystem GENESIS-Online (www.destatis.de/genesis) können alle Ergebnisse der Erzeugerpreisstatistik in unterschiedlichen Dateiformaten (.xls, .html und .csv) geladen werden. Der Zugang zu den Daten ist grundsätzlich kostenlos, gegen eine Jahrespauschale von 50,- Euro können erweiterte Nutzungsmöglichkeiten von GENESIS-Online erworben werden.

Die Fachserie 17 „Preise“, Reihe 2 „Preise und Preisindizes gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)“ ist weiterhin als gedruckte Veröffentlichung erhältlich. Die Fachserie steht auch zum kostenlosen Download als xls-Datei oder pdf-Datei im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) zur Verfügung. Die Fachserie enthält die Werte für den aktuellen Monat, den Vormonat, den Vorjahresmonat und den Jahresdurchschnitt des Vorjahres für 644 ausgewählte Positionen des Warenkorbes. Des Weiteren enthält die Fachserie Durchschnittspreise für ausgewählte Mineralölzeugnisse (Superbenzin, Dieselmotorenkraftstoffe, leichtes und schweres Heizöl). Im Publikationsservice sind außerdem für die Positionen der Fachserie 17, Reihe 2, lange Indexreihen als Download verfügbar. [U](#)

Wägungsschema des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte
(Inlandsabsatz) auf Basis 2005

GP 2009	Bezeichnung (i. A. E. = in Aufmachungen für den Einzelverkauf)	Gewicht in Promille
	Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt	1000
	Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten ..	289,02
	Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten ...	242,34
	Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	194,27
	Erzeugnisse der Gebrauchsgüterproduzenten	24,04
	Erzeugnisse der Verbrauchsgüterproduzenten	170,23
	Energie	274,37
	Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt ohne Mineralölzeugnisse	950,03
	Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt ohne Energie	725,63
	Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt ohne elek- trischen Strom, Gas, Fernwärme	799,67
	Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt ohne elek- trischen Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	785,44
05	Kohle	3,51
051	Steinkohle
0510	Steinkohle
052	Braunkohle
0520	Braunkohle
06	Erdöl und Erdgas	5,56
061	Erdöl
0610	Erdöl
062	Erdgas, verflüssigt oder gasförmig
0620	Erdgas, verflüssigt oder gasförmig
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse ..	3,17
081	Natursteine, Kies, Sand, Ton und Kaolin
0811	Naturwerksteine und Natursteine, Kalk- und Gipssteine, Kreide und Schiefer
0812	Kies, Sand, Ton und Kaolin	1,48
089	Steine und Erden a.n.g., sonstige Bergbauerzeugnisse
0892	Torf
0893	Salz, reines Natriumchlorid (ohne Speisesalz)	0,40
10	Nahrungs- und Futtermittel	92,35
101	Fleisch und Fleischerzeugnisse	24,51
1011	Fleisch (ohne Geflügel)	8,92
1012	Geflügelfleisch	1,89
1013	Verarbeitetes Fleisch	13,70
102	Fischerzeugnisse u.a. Meeresfrüchte	1,58
1020	Fischerzeugnisse u.a. Meeresfrüchte	1,58
103	Obst und Gemüseerzeugnisse	5,93
1031	Verarbeitete Kartoffeln und Kartoffel- erzeugnisse	0,91
1032	Frucht- und Gemüsesäfte, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol	1,86
1039	Verarbeitetes Obst und Gemüse, a.n.g.	3,16
104	Pflanzliche und tierische Öle und Fette	2,99
1041	Öle und Fette (ohne Margarine und Nahrungs- fette)	2,29
1042	Margarine und Nahrungsfette	0,70
105	Milch und Milcherzeugnisse	15,97
1051	Milch und Milcherzeugnisse (ohne Speiseeis)	14,96
1052	Speiseeis	1,01
106	Mahl- und Schälmlöhnerzeugnisse; Stärke und Stärkeerzeugnisse	2,95
1061	Mahl- und Schälmlöhnerzeugnisse	2,38
1062	Stärke und Stärkeerzeugnisse	0,57
107	Back- und Teigwaren	14,51
1071	Backwaren (ohne Dauerbackwaren)	11,04
1072	Dauerbackwaren	3,18
1073	Teigwaren	0,29
108	Sonstige Nahrungsmittel (ohne Getränke)	19,84
1081	Zucker	2,55
1082	Süßwaren (ohne Dauerbackwaren)	6,65
1083	Kaffee und Tee, Kaffee-Ersatz	3,44
1084	Würzen und Soßen	2,58
1085	Fertiggerichte	0,63
1086	Homogenisierte Nahrungsmittelzubereitungen, i. A. E., zur Ernährung von Kindern oder zum Diätgebrauch in Behältnissen mit einem Inhalt von 250 g oder weniger	0,57
1089	Sonstige Nahrungsmittel, a.n.g.	3,42

noch Wägungsschema des Erzeugerpreisindex gewerblicher
Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

GP 2009	Bezeichnung	Gewicht in Promille
109	Futtermittel	4,07
1091	Futtermittel für Nutztiere	2,96
1092	Futtermittel für sonstige Tiere, zubereitet (ohne Vormischungen)	1,11
11	Getränke	18,01
110	Getränke	18,01
1101	Spirituosen	2,63
1102	Traubenwein	1,01
1105	Bier	7,46
1106	Malz	0,39
1107	Erfrischungsgetränke; natürliches Mineral- wasser und sonstiges Wasser in Flaschen ..	6,52
12	Tabakerzeugnisse
120	Tabakerzeugnisse
1200	Tabakerzeugnisse
13	Textilien	7,16
131	Textile Spinnstoffe und Garne	0,60
1310	Textile Spinnstoffe und Garne	0,60
132	Gewebe	1,33
1320	Gewebe	1,33
133	Textilveredlung	0,84
1330	Textilveredlung	0,84
139	Andere Textilerzeugnisse (ohne Maschenware)	4,39
1391	Gewirke und Gestricke	0,39
1392	Konfektionierte Textilwaren (ohne Bekleidung)
1393	Teppiche und textile Fußbodenbeläge	0,74
1395	Vliesstoffe (auch getränkt, bestrichen, über- zogen oder mit Lagen versehen) und Erzeug- nisse daraus (ohne Bekleidung)	0,54
1396	Technische Textilien	0,96
1399	Sonstige Textilwaren, a.n.g.
14	Bekleidung	6,90
141	Bekleidung (ohne Pelzbekleidung)	6,27
1411	Bekleidung aus Leder oder rekonstituiertem Leder (ohne Bekleidungszubehör, Schuhe und Kopfbedeckungen)	0,03
1412	Arbeits- und Berufsbekleidung	0,31
1413	Sonstige Oberbekleidung (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	4,16
1414	Wäsche	1,39
1419	Bekleidung und Bekleidungszubehör, a.n.g. .	0,38
143	Bekleidung aus gewirktem oder gestricktem Stoff	0,63
1431	Strumpfwaren
1439	Pullover, Strickjacken, Westen u.ä. Waren (einschl. Unterziehpullis), aus Gewirken oder Gestricken
15	Leder und Lederwaren	2,52
151	Leder und Lederwaren (ohne Bekleidung und Schuhe)	0,57
1511	Leder und Lederfaserstoff; zugerichtete und gefärbte Felle	0,26
1512	Lederwaren (ohne Lederbekleidung und Schuhe)	0,31
152	Schuhe	1,95
1520	Schuhe	1,95
16	Holz sowie Holz- und Korkwaren (ohne Möbel); Flecht- und Korbmacherwaren	12,37
161	Holz, gesägt und gehobelt	3,05
1610	Holz, gesägt und gehobelt	3,05
162	Holz-, Kork-, Flecht- und Korbmacherwaren	9,32
1621	Furnier-, Sperrholz-, Holzfasern- und Holzspanplatten	3,21
1622	Parkettböden	0,23
1623	Konstruktionsteile, Fertigbauteile, Ausbauele- mente und Fertigteilbauten aus Holz	4,37
1624	Verpackungsmittel, Lagerbehälter und Ladungsträger aus Holz	0,75
1629	Holzwaren a.n.g.; Kork-, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel)	0,76
17	Papier, Pappe und Waren daraus	20,94
171	Holz- und Zellstoff, Papier, Karton und Pappe ..	7,70

noch Wägungsschema des Erzeugerpreisindex gewerblicher
Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

GP 2009	Bezeichnung	Gewicht in Promille
1711	Holz- und Zellstoff	0,20
1712	Papier und Pappe	7,50
172	Papier-, Karton- und Pappewaren	13,24
1721	Wellpapier und -pappe; Verpackungsmittel aus Papier, Karton und Pappe	7,47
1722	Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikel aus Zellstoff, Papier und Pappe	2,35
1723	Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton oder Pappe	1,55
1724	Tapeten	0,23
1729	Andere Waren aus Papier, Karton und Pappe ..	1,64
18	Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	16,29
181	Druckereileistungen	15,57
1811	Druck von Zeitungen	1,23
1812	Andere Druckereileistungen	12,28
1813	Druckvorstufen- und Medienstufen- Dienstleistungen	1,21
1814	Druckweiterverarbeitung von Druckerzeug- nissen	0,85
182	Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,72
1820	Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,72
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse ...	50,74
191	Kokereierzeugnisse
1910	Kokereierzeugnisse
192	Mineralölerzeugnisse
1920	Mineralölerzeugnisse
20	Chemische Erzeugnisse	47,20
201	Chemische Grundstoffe, Düngemittel und Stickstoffverbindungen, Kunststoffe in Primär- formen und synthetischer Kautschuk in Primär- formen	27,06
2011	Industriegase	1,36
2012	Farbstoffe und Pigmente	1,19
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemi- kalien (einschl. Spalt- und Brutstoffe)	2,66
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	10,92
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	1,21
2016	Kunststoffe, in Primärformen	9,27
2017	Synthetischer Kautschuk, in Primärformen ...	0,45
202	Schädlingsbekämpfungsmittel und Pflanzenschutz- mittel, Desinfektionsmittel	0,90
2020	Schädlingsbekämpfungsmittel und Pflanzenschutz- mittel, Desinfektionsmittel	0,90
203	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	5,37
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	5,37
204	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflege- mittel sowie Duftstoffe	6,02
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel ..	2,84
2042	Körperpflegemittel und Duftstoffe	3,18
205	Sonstige chemische Erzeugnisse	7,18
2051	Pyrotechnische Erzeugnisse
2052	Klebstoffe
2053	Etherische Öle	0,46
2059	Sonstige chemische Erzeugnisse, a.n.g.	5,64
206	Chemiefasern	0,67
2060	Chemiefasern	0,67
21	Pharmazeutische u.ä. Erzeugnisse	14,17
211	Pharmazeutische Grundstoffe u.ä. Erzeugnisse	0,51
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u.ä. Erzeugnisse	0,51
212	Pharmazeutische Spezialitäten und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse	13,66
2120	Pharmazeutische Spezialitäten und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse	13,66
22	Gummi- und Kunststoffwaren	35,87
221	Gummiwaren	6,80
2211	Herstellung und Runderneuerung von Bereifungen	1,92
2219	Andere Gummiwaren (ohne Bereifungen)	4,88
222	Kunststoffwaren	29,07

noch Wägungsschema des Erzeugerpreisindex gewerblicher
Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

GP 2009	Bezeichnung	Gewicht in Promille
2221	Platten, Folien, Schläuche und Profile, aus Kunststoffen	8,30
2222	Verpackungsmittel aus Kunststoffen	4,58
2223	Baubedarfsartikel aus Kunststoffen	4,12
2229	Sonstige Kunststoffwaren	12,07
23	Glas und Glaswaren, Keramik, verarbeitete Steine und Erden	23,52
231	Glas und Glaswaren	5,24
2311	Flachglas (ohne veredeltes und bearbeitetes Flachglas)	0,43
2312	Veredeltes und bearbeitetes Flachglas	2,30
2313	Hohlglas	1,49
2314	Glasfasern und Waren daraus	0,49
2319	Sonstiges Glas (einschl. technischer Glaswaren)	0,53
232	Feuerfeste keramische Werkstoffe	0,49
2320	Feuerfeste keramische Werkstoffe	0,49
233	Keramische Baumaterialien	1,68
2331	Keramische Wand-, Bodenfliesen und -platten	0,47
2332	Ziegel und sonstige Baukeramik	1,21
234	Sonstige Porzellan- und keramische Erzeugnisse	0,95
2341	Keramische Haushaltswaren und Ziergegenstände	0,38
2342	Sanitärkeramik
2343	Isolatoren und Isolierteile aus Keramik
2344	Keramische Waren für sonstige technische Zwecke	0,26
235	Zement, Kalk, gebrannter Gips	2,26
2351	Zement	1,59
2352	Kalk und gebrannter Gips	0,67
236	Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips	9,35
2361	Erzeugnisse aus Beton, Zement und Kalksandstein für den Bau	5,15
2362	Gipszeugnisse für den Bau	0,36
2363	Frischbeton (Transportbeton)	2,11
2364	Mörtel und anderer Beton	1,17
2365	Fasermaterialien	0,19
2369	Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips, a.n.g.	0,37
237	Bearbeitete und verarbeitete Naturwerksteine und Natursteine, a.n.g.	0,45
2370	Bearbeitete und verarbeitete Naturwerksteine und Natursteine, a.n.g.	0,45
239	Sonstige Erzeugnisse aus nichtmetallischen Mineralien	3,10
2391	Mühl-, Mahl-, Schleif-, Wetz- und Poliersteine; natürliche oder künstliche Schleifstoffe	0,50
2399	Sonstige Erzeugnisse aus nichtmetallischen Mineralien, a.n.g.	2,60
24	Metalle	47,94
241	Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen	19,50
2410	Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen	19,50
242	Stahlrohre, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücke, aus Eisen oder Stahl	3,12
2420	Stahlrohre, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücke, aus Eisen oder Stahl	3,12
243	Andere Erzeugnisse aus Eisen oder Stahl	5,09
2431	Blankstahl	0,86
2432	Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm	2,26
2433	Kaltprofile	1,04
2434	Kaltgezogener Draht	0,93
244	NE-Metalle und Halbzeug daraus	12,23
2441	Edelmetalle und Halbzeug daraus	0,86
2442	Aluminium und Halbzeug daraus	5,94
2443	Blei, Zink und Zinn und Halbzeug daraus	0,91
2444	Kupfer und Halbzeug daraus	4,03
2445	Sonstige NE-Metalle und Halbzeug daraus ...	0,49
245	Gießereierzeugnisse	8,00
2451	Eisgießereierzeugnisse	3,67
2452	Stahlgießereierzeugnisse	0,70

noch Wägungsschema des Erzeugerpreisindex gewerblicher
Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

GP 2009	Bezeichnung	Gewicht in Promille
2453	Leichtmetallgießereierzeugnisse	3,12
2454	Buntmetall-/Schwermetallgießereierzeugnisse	0,51
25	Metallerzeugnisse	62,80
251	Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	12,54
2511	Metallkonstruktionen	9,86
2512	Ausbauelemente aus Stahl und Aluminium ...	2,68
252	Metallbehälter mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l; Heizkörper und -kessel für Zentralheizungen	2,35
2521	Heizkörper und -kessel für Zentralheizungen	1,27
2529	Sonstige Metallbehälter mit einem Fassungsvermögen von mehr als 300 l	1,08
253	Dampfkessel (Dampferzeuger) (ohne Zentralheizungskessel); Kernreaktoren, Teile dafür ..	2,66
2530	Dampfkessel (Dampferzeuger) (ohne Zentralheizungskessel); Kernreaktoren, Teile dafür	2,66
255	Schmiede-, Blechformteile, gewalzte Ringe und pulvermetallurgische Erzeugnisse	11,64
2550	Schmiede-, Blechformteile, gewalzte Ringe und pulvermetallurgische Erzeugnisse	11,64
256	Oberflächenveredlung, Wärmebehandlung und Mechanik, a.n.g.	10,90
2561	Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung	4,67
2562	Mechanikleistungen, a.n.g.	6,23
257	Schneidwaren; Werkzeuge; Schlösser und Beschläge, aus unedlen Metallen	10,29
2571	Schneidwaren und Bestecke, aus unedlen Metallen	0,32
2572	Schlösser und Beschläge, aus unedlen Metallen	4,24
2573	Werkzeuge	5,73
259	Sonstige Metallwaren	12,42
2591	Metallbehälter mit einem Fassungsvermögen von 300 l oder weniger	0,60
2592	Verpackungen und Verschlüsse, aus Eisen, Stahl und NE-Metall	1,53
2593	Drahtwaren, Ketten und Federn	2,86
2594	Schrauben und Nieten	2,20
2599	Andere Metallwaren, a.n.g.	5,23
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	39,66
261	Elektronische Bauelemente und Leiterplatten ..	6,86
2611	Elektronische Bauelemente	5,66
2612	Bestückte Leiterplatten	1,20
262	Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte	6,90
2620	Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte	6,90
263	Geräte und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik	10,46
2630	Geräte und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik	10,46
264	Geräte der Unterhaltungselektronik	2,79
2640	Geräte der Unterhaltungselektronik	2,79
265	Mess-, Kontroll-, Navigations- u.ä. Instrumente und Vorrichtungen, Uhren	9,18
2651	Mess-, Kontroll-, Navigations- u.ä. Instrumente und Vorrichtungen	8,91
2652	Uhren	0,27
266	Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräte und elektromedizinische Geräte	2,05
2660	Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräte und elektromedizinische Geräte	2,05
267	Optische und fotografische Instrumente und Geräte
2670	Optische und fotografische Instrumente und Geräte
268	Magnetische und optische Datenträger
2680	Magnetische und optische Datenträger
27	Elektrische Ausrüstungen	44,21

noch Wägungsschema des Erzeugerpreisindex gewerblicher
Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

GP 2009	Bezeichnung	Gewicht in Promille
271	Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren, Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen	20,18
2711	Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren und Teile dafür	7,72
2712	Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen, Teile dafür	12,46
272	Akkumulatoren und Batterien	0,87
2720	Akkumulatoren und Batterien	0,87
273	Kabel und elektrisches Installationsmaterial ...	8,65
2732	Sonstige elektronische und elektrische Kabel	2,60
2733	Elektrisches Installationsmaterial	6,05
274	Elektrische Lampen und Leuchten	3,60
2740	Elektrische Lampen und Leuchten	3,60
275	Haushaltsgeräte	4,67
2751	Elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür (einschl. Tauchsiedern und elektrischen Geräten zum Raum- oder Bodenheizen o.Ä., für gewerbliche Zwecke)	3,97
2752	Nicht elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür	0,70
279	Sonstige elektrische Ausrüstungen und Geräte a.n.g.	6,24
2790	Sonstige elektrische Ausrüstungen und Geräte a.n.g.	6,24
28	Maschinen	82,28
281	Nicht wirtschaftszweigspezifische Maschinen ..	28,93
2811	Verbrennungsmotoren und Turbinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge) ...	11,29
2812	Hydraulische und pneumatische Komponenten und Systeme	2,78
2813	Sonstige Pumpen und Kompressoren	4,07
2814	Armaturen	3,92
2815	Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebs Elemente	6,87
282	Sonstige Maschinen für unspezifische Verwendung	23,83
2821	Öfen und Brenner, Teile dafür	0,87
2822	Hebezeuge und Fördermittel	7,34
2823	Büromaschinen (ohne Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte)
2824	Handgeführte, kraftbetriebene Werkzeuge; Teile dafür	0,69
2825	Kälte- und lufttechnische Erzeugnisse für gewerbliche Zwecke
2829	Sonstige nicht wirtschaftszweigspezifische Maschinen, a.n.g.	7,98
283	Maschinen für die Land- und Forstwirtschaft ...	2,51
2830	Maschinen für die Land- und Forstwirtschaft .	2,51
284	Werkzeugmaschinen	7,61
2841	Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung, Teile dafür	5,67
2849	Werkzeugmaschinen a.n.g., Teile dafür; Zubehör für Werkzeugmaschinen	1,94
289	Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige	19,40
2891	Maschinen für die Metallerzeugung, Walzwerkseinrichtungen, Gießmaschinen	0,68
2892	Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen, Teile dafür	2,93
2893	Maschinen für die Nahrungs-, Futtermittel- und Getränkeherstellung und für die Tabakverarbeitung, Teile dafür	1,54
2894	Maschinen für die Textil- und Bekleidungs herstellung, die Ledererzeugung und -verarbeitung sowie die Herstellung von Schuhen	0,99
2895	Maschinen für die Papiererzeugung und -verarbeitung	0,81
2896	Maschinen für die Kunststoff- und Gummi-erzeugung und -verarbeitung	2,46
2899	Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige a.n.g.	9,99
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	105,86
291	Kraftwagen und Kraftwagenmotoren	56,74
2910	Kraftwagen und Kraftwagenmotoren	56,74

noch Wägungsschema des Erzeugerpreisindex gewerblicher
Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

GP 2009	Bezeichnung	Gewicht in Promille
292	Karosserien, Aufbauten und Anhänger	4,55
2920	Karosserien, Aufbauten und Anhänger	4,55
293	Teile und Zubehör für Kraftwagen	44,57
2931	Elektrische und elektronische Ausrüstungs- gegenstände für Motoren und Fahrzeuge, a.n.g.	6,26
2932	Andere Teile und anderes Zubehör für Kraftwagen	38,31
30	Sonstige Fahrzeuge	4,73
301	Schiffe, Boote und Yachten
3012	Boote und Yachten
302	Schienenfahrzeuge	3,09
3020	Schienenfahrzeuge	3,09
309	Fahrzeuge, a.n.g.
3091	Krafträder
3092	Fahrräder und Behindertenfahrzeuge	0,69
3099	Fahrzeuge, a.n.g.	0,18
31	Möbel	13,19
310	Möbel	13,19
3100	Sitzmöbel und Teile dafür; Teile für Möbel	4,20
3101	Büromöbel, Ladenmöbel aus Holz	2,03
3102	Küchenmöbel aus Holz	2,44
3103	Matratzen	0,75
3109	Sonstige Möbel	3,77
32	Waren a.n.g.	8,22
321	Münzen, Schmuck und ähnliche Erzeugnisse ...	0,48
3212	Schmuck, Gold- und Silberschmiedewaren (ohne Fantasieschmuck)
3213	Fantasieschmuck
322	Musikinstrumente	0,14
3220	Musikinstrumente	0,14
323	Sportgeräte	0,27
3230	Sportgeräte	0,27
324	Spielwaren	1,11
3240	Spielwaren	1,11
325	Medizinische und zahnmedizinische Apparate und Materialien	4,80
3250	Medizinische und zahnmedizinische Apparate und Materialien	4,80
329	Sonstige Erzeugnisse	1,42
3291	Besen und Bürsten	0,34
3299	Sonstige Erzeugnisse, a.n.g.	1,08
35	Energie und Dienstleistungen der Energiever- sorgung	200,33
351	Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	122,13
3511	Elektrischer Strom	98,88
3512	Dienstleistungen der Elektrizitätsübertragung	3,86
3513	Dienstleistungen der Elektrizitätsverteilung ..	4,95
3514	Dienstleistungen des Elektrizitätshandels	14,44
352	Gase (ohne Erdgas, Erdölgas u.a. gasförmige Kohlenwasserstoffe); Dienstleistungen der Gasversorgung	70,29
3522	Dienstleistungen der Gasversorgung durch Rohrleitungen und des Handels mit Gas	70,29
353	Fernwärme und Dienstleistungen der Wärme- versorgung (einschl. der Versorgung mit Energie in kalter Form)	7,91
3530	Fernwärme und Dienstleistungen der Wärme- versorgung (einschl. der Versorgung mit Energie in kalter Form)	7,91
36	Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	14,23
360	Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	14,23
3600	Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	14,23
38	Dienstleistungen zu Abfällen und Wertstoffen
383	Dienstleistungen der Rückgewinnung von Wertstoffen, Sekundärrohstoffe
3832	Sekundärrohstoffe

Preise im Juli 2009

Auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen sind die Jahresveränderungsraten der Indizes im Juli 2009 zurückgegangen: Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag um 7,8% niedriger als im Juli 2008 (Juni 2009 gegenüber Juni 2008: -4,6%), das war der seit Beginn der Erzeugerpreisstatistik im Jahr 1949 stärkste bisher gemessene Preisrückgang im Vorjahresvergleich. Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag sogar um 10,6% unter dem Vorjahresstand (Juni 2009: -8,8%), auch dies war der höchste bisher gemessene Rückgang gegenüber einem Vorjahresmonat seit Beginn der Berechnung dieses Preisindex im Jahr 1968. Der Index der Einzelhandelspreise sank im Juli 2009 im Vergleich zum Juli 2008 um 0,8% (Juni 2009: -0,3%). Der Verbraucherpreisindex lag um -0,5% unter dem Vorjahresstand, nachdem er im Juni 2009 noch um 0,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gestiegen war.

Auch gegenüber dem Vormonat Juni 2009 sind – außer dem Verbraucherpreisindex, der unverändert blieb – alle Indizes zurückgegangen: Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sank um 1,5% (Juni 2009 gegenüber Mai 2009: -0,1%), der Index der Großhandelsverkaufspreise um 0,5% (im Juni 2009 war er noch um 0,9% gegenüber Mai 2009 gestiegen). Der Einzelhandelspreisindex lag um 0,7% niedriger als im Juni 2009; auch er war im Vormonat noch um 0,2% gegenüber Mai 2009 gestiegen.

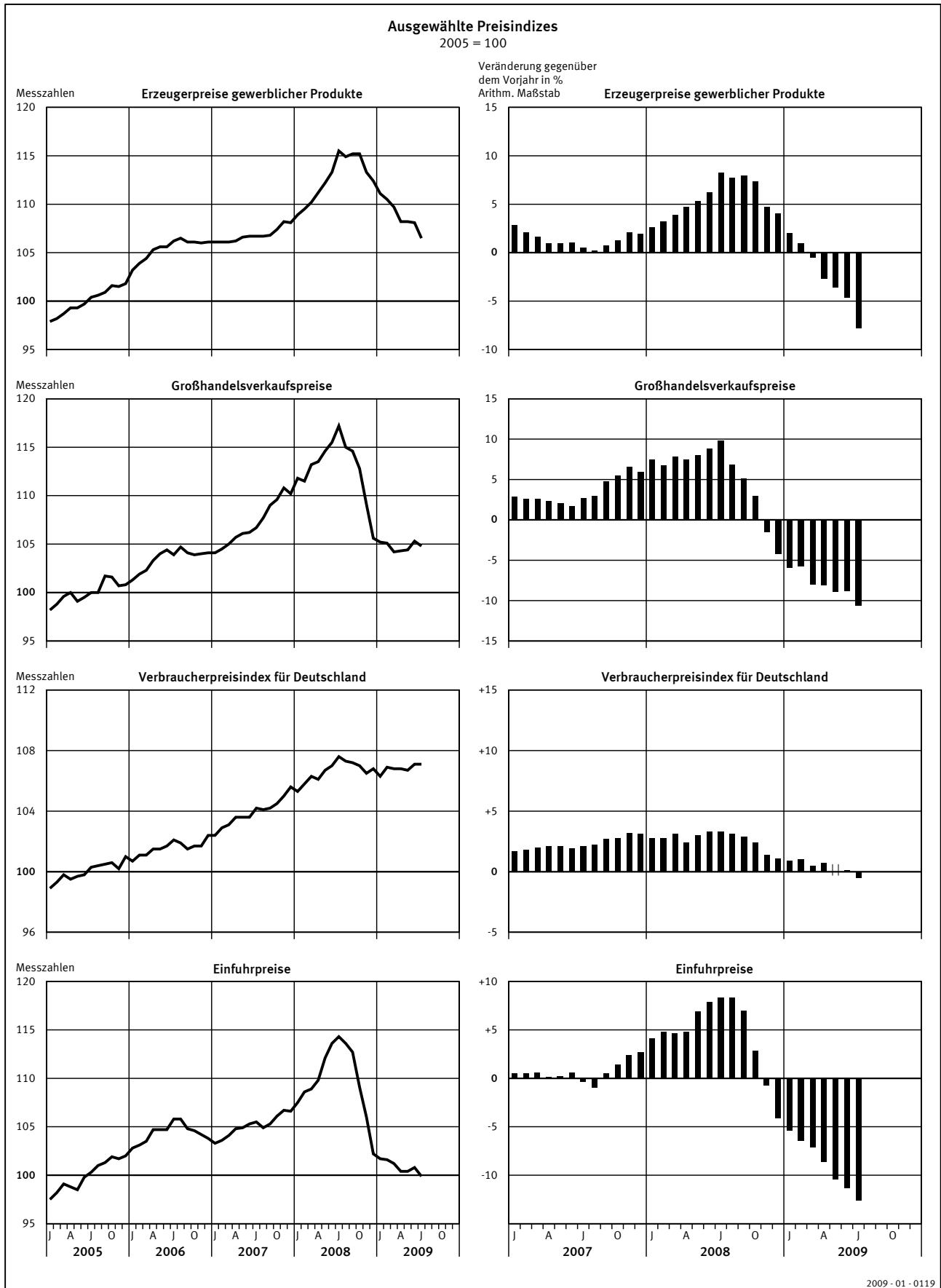
Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Juli 2009 um 7,8% niedriger als im Juli 2008. Das war der stärkste bislang gemessene Preisrückgang im Vorjahresvergleich seit Beginn der Erzeugerpreisstatistik im Jahr 1949. Damit lagen die Erzeugerpreise im Juli 2009 wieder etwa auf dem Niveau vom Mai 2007.

Im Juni und Mai 2009 hatte die Jahresveränderungsrate -4,6 bzw. -3,6% betragen. Gegenüber Juni 2009 sank der Erzeugerpreisindex um 1,5%.

Der Grund für die hohe negative Jahresteuerrate lag in der Preisentwicklung bei Energie. Im vergangenen Jahr hatten die hohen Energiepreise zum bisherigen Höchststand des Erzeugerpreisindex im Juli 2008 geführt. Seitdem sind die Energiepreise stark gefallen: Sie lagen im Juli 2009 um 16,5% unter denen vom Juli 2008; allein gegenüber dem Vormonat sind sie im Juli 2009 um 4,5% gesunken. Mehr als zwei Drittel der Veränderung des Gesamtindex gegenüber Juli 2008 sind auf die Preisentwicklung bei der Energie zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise im Jahresvergleich um 3,6% und gegenüber Juni 2009 um 0,2%.

	Veränderungen Juli 2009 gegenüber	
	Juni 2009	Juli 2008
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	-1,5	-7,8
ohne Mineralölerzeugnisse	-1,5	-6,4
Mineralölerzeugnisse	-3,0	-28,8
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	-0,5	-10,6
Index der Einzelhandelspreise	-0,7	-0,8
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	-	-0,5
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+0,2	+1,1
Heizöl und Kraftstoffe	-4,7	-26,3
ohne Saisonwaren	+0,2	+0,4
Saisonwaren	-5,3	-20,1

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes
2005 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2004 D	95,8	97,1	99,6	98,5
2005 D	100	100	100	100
2006 D	105,4	103,5	100,9	101,6
2007 D	106,8	107,1	103,2	103,9
2008 D	112,7	112,9	105,6	106,6
2008 Juni ...	113,3	115,5	106,1	107,0
Juli	115,5	117,2	105,9	107,6
Aug. ...	114,9	115,0	105,7	107,3
Sept. ...	115,2	114,6	106,0	107,2
Okt. ...	115,2	112,8	105,9	107,0
Nov. ...	113,3	109,1	105,4	106,5
Dez. ...	112,4	105,6	105,0	106,8
2009 Jan. ...	111,1	105,2	105,0	106,3
Febr. ...	110,5	105,1	105,5	106,9
März ...	109,7	104,2	105,5	106,8
April ...	108,2	104,3	105,7	106,8
Mai	108,2	104,4	105,6	106,7
Juni	108,1	105,3	105,8	107,1
Juli	106,5	104,8	105,1	107,1
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2008 Juni ...	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3
Juli	+ 1,9	+ 1,5	- 0,2	+ 0,6
Aug. ...	- 0,5	- 1,9	- 0,2	- 0,3
Sept. ...	+ 0,3	- 0,3	+ 0,3	- 0,1
Okt. ...	-	- 1,6	- 0,1	- 0,2
Nov. ...	- 1,6	- 3,3	- 0,5	- 0,5
Dez. ...	- 0,8	- 3,2	- 0,4	+ 0,3
2009 Jan. ...	- 1,2	- 0,4	-	- 0,5
Febr. ...	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6
März ...	- 0,7	- 0,9	-	- 0,1
April ...	- 1,4	+ 0,1	+ 0,2	-
Mai	-	+ 0,1	- 0,1	- 0,1
Juni	- 0,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,4
Juli	- 1,5	- 0,5	- 0,7	-
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2004 D	+ 1,6	+ 3,0	+ 0,3	+ 1,7
2005 D	+ 4,4	+ 3,0	+ 0,4	+ 1,5
2006 D	+ 5,4	+ 3,5	+ 0,9	+ 1,6
2007 D	+ 1,3	+ 3,5	+ 2,3	+ 2,3
2008 D	+ 5,5	+ 5,4	+ 2,3	+ 2,6
2008 Juni ...	+ 6,2	+ 8,8	+ 2,9	+ 3,3
Juli	+ 8,2	+ 9,8	+ 2,9	+ 3,3
Aug. ...	+ 7,7	+ 6,8	+ 2,8	+ 3,1
Sept. ...	+ 7,9	+ 5,1	+ 2,4	+ 2,9
Okt. ...	+ 7,3	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,4
Nov. ...	+ 4,7	- 1,5	+ 0,7	+ 1,4
Dez. ...	+ 4,0	- 4,2	+ 0,4	+ 1,1
2009 Jan. ...	+ 2,0	- 5,9	+ 0,2	+ 0,9
Febr. ...	+ 0,9	- 5,7	+ 0,5	+ 1,0
März ...	- 0,5	- 8,0	-	+ 0,5
April ...	- 2,7	- 8,1	-	+ 0,7
Mai	- 3,6	- 8,9	- 0,4	-
Juni	- 4,6	- 8,8	- 0,3	+ 0,1
Juli	- 7,8	- 10,6	- 0,8	- 0,5

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Die Preise der drei Hauptenergieträger Mineralölzeugnisse, elektrischer Strom und Erdgas gingen im Vorjahresvergleich unterschiedlich stark zurück. So waren Mineralölzeugnisse insgesamt um 28,8% billiger als im Juli 2008 (leichtes Heizöl: –49,8%, Dieselmotorenbenzin: –30,9%, Motorenbenzin: –17,2%). Im Vormonatsvergleich wurden hier die deutlichen Preissteigerungen vom Juni im Juli 2009 weitgehend wieder zurückgenommen (Mineralölzeugnisse insgesamt: –3,0%; darunter: leichtes Heizöl –10,2%, Dieselmotorenbenzin –3,9%, Motorenbenzin –5,1%).

Erdgas kostete insgesamt 21,8% weniger als im Juli 2008, allein gegenüber Juni 2009 sank der Preis für Erdgas um 13,0%. Im Vergleich zum bisherigen Höchststand im Dezember 2008 sind die Erdgaspreise sogar um 31,1% gesunken. Für Haushaltskunden war Erdgas im Juli 2009 um 3,5% billiger als im entsprechenden Vorjahresmonat und um 3,9% billiger als im Juni 2009.

Über alle Abnehmergruppen hinweg betrachtet lagen die Preise für elektrischen Strom im Juli 2009 um 10,8% niedriger als vor einem Jahr. Günstiger war Strom insbesondere für Weiterverteiler (–22,0%) und für Sondervertragskunden (–10,8%). Private Haushalte mussten im Juli 2009 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat jedoch 5,9% mehr bezahlen.

Die Preise für Vorleistungsgüter (Güter, die im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden) sanken gegenüber Juli 2008 um 7,9%. Zu dem starken Rückgang trugen in besonderem Maße die Preise für Metalle bei. Sie lagen im Juli 2009 um 23,8% niedriger als im Juli 2008. Besonders stark sanken die Preise für Walzstahl (–35,9%); sie lagen im Juli 2009 sogar leicht unter dem Niveau von vor fünf Jahren. Die Preise für metallische Sekundärrohstoffe gingen im Juli 2009 gegenüber Juli 2008 um mehr als die Hälfte zurück (–59,0%), stiegen aber gegenüber Juni 2009 um 3,7%.

Getreidemehl war um 30,3% billiger als im Juli 2008, Futtermittel für Nutztiere um 19,6%.

Die Preise für Verbrauchsgüter sanken im Juli 2009 gegenüber Juli 2008 um durchschnittlich 2,0%. Nahrungsmittel waren insgesamt um 4,8% günstiger als im entsprechenden Vorjahresmonat, gegenüber Juni 2009 verbilligten sie sich um 0,2%. Starke Preisrückgänge waren im Vorjahresvergleich für Milch und Milcherzeugnisse insgesamt zu verzeichnen (–15,0%). Dabei waren flüssige Milch und flüssiger Rahm im Juli 2009 um 23,4% billiger als im Juli 2008, Käse und Quark um 13,2%. Während die Preise für Milch und Rahm im Juli 2009 gegenüber Juni 2009 weiter zurückgingen (–1,2%), stiegen die Preise für Käse und Quark um 0,4%. Fleisch (ohne Geflügel) war im Juli 2009 um 8,0% billiger als im Juli 2008; gegenüber Juni 2009 verteuerte es sich um +0,7%. Die Preise für Backwaren stiegen im Juli 2009 gegenüber Juli 2008 um 2,0%. Zigaretten waren um 2,8% teurer (+1,2% gegenüber Juni 2009).

Für Investitionsgüter lag die Jahresteuersatzrate im Juli 2009 bei +0,6%; gegenüber Juni 2009 waren Investitionsgüter um 0,2% billiger.

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* lag im Juli 2009 um 10,6% unter dem Stand von Juli 2008. Dies war der höchste Rückgang gegenüber einem Vorjahresmonat seit Beginn der Preisindexberechnungen im Jahr 1968. Im Juli 2009 hatte die Jahresveränderungsrate –8,8% und im Mai 2009 –8,9% betragen. Im Vergleich zum Juni 2009 fielen die Großhandelsverkaufspreise im Juli 2009 um 0,5%.

Im Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug lagen die Preise um 33,8% unter dem Stand vom Juli 2008. Gegenüber Juni 2009 verbilligten sich die zu dieser Wirt-

	Veränderungen Juli 2009 gegenüber	
	Juni 2009	Juli 2008
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	-3,6	-23,9
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	-0,5	-3,7
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+0,4	+2,3
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-0,1	+2,5
Sonstiger Großhandel	-0,6	-21,3

schaftsklasse gehörenden Waren um 0,2%. Die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse verringerten sich auf Großhandelsebene im Vorjahresvergleich um 26,8%. Im Vergleich zum Vormonat fielen sie im Juli 2009 ebenfalls (-1,4% gegenüber Juni 2009), nachdem sie in den Monaten April bis Juni 2009 noch gestiegen waren.

In der Landwirtschaft und im Nahrungsmittelsektor waren auf Großhandelsebene im Vorjahresvergleich Getreide, Saaten und Futtermittel im Juli 2009 um 32,1% billiger; Obst, Gemüse und Kartoffeln waren um 13,9%, Milch und Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöle und Nahrungsfette um 10,2% günstiger. Auch gegenüber dem Vormonat wurde im Juli 2009 für Getreide, Saaten und Futtermittel (-6,5%), Obst, Gemüse und Kartoffeln (-2,8%) und für Milch und Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöle und Nahrungsfette (-0,8%) weniger bezahlt.

Tabakwaren verteuerten sich im Juli 2009 auf Großhandelsebene um 3,5% gegenüber Juli 2008, gegenüber Juni 2009 um 1,9%.

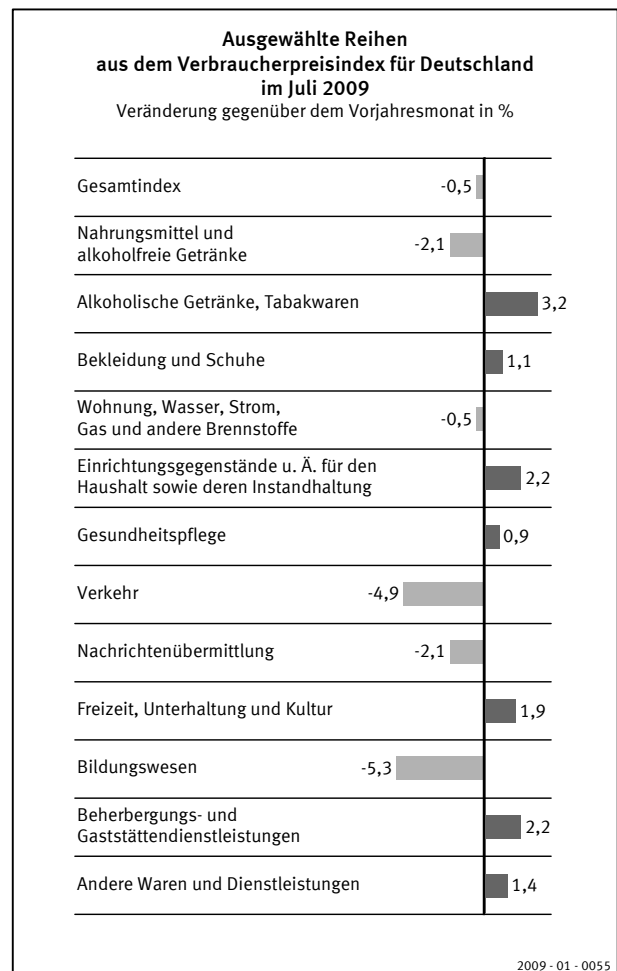
Im Einzelnen ergaben sich für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise im Juli 2009 folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Juli 2009 gegenüber	
	Juni 2009	Juli 2008
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Metallische Sekundärrohstoffe	+3,7	-59,0
Leichtes Heizöl	-10,2	-49,8
Walzstahl	-0,9	-35,9
Dieselmotoren	-3,9	-30,9
Getreidemehl	-1,3	-30,3
Flüssige Milch und flüssiger Rahm	-1,2	-23,4
Erdgas	-13,0	-21,8
Futtermittel für Nutztiere	-1,5	-19,6
Motorenbenzin	-5,1	-17,2
Milch und Milcherzeugnisse	-0,8	-15,0
Käse und Quark	+0,4	-13,2
Strom	-0,5	-10,8
Fleisch (ohne Geflügel)	+0,7	-8,0
Backwaren	-0,3	+2,0
Zigaretten	+1,2	+2,8
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Altmaterialien und Reststoffen	+3,6	-49,6
Erzen, Metallen und Metallhalbzeug	-0,2	-33,8
Getreide, Saaten und Futtermitteln	-6,5	-32,1
Festen Brennstoffen und Mineralöl- erzeugnissen	-1,4	-26,8
Obst, Gemüse und Kartoffeln	-2,8	-13,9
Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	-0,8	-10,2
Tabakwaren	+1,9	+3,5

Der *Index der Einzelhandelspreise* ging im Juli 2009 im Vorjahresvergleich um 0,8% zurück (Juni 2009 gegenüber Juni 2008: -0,3%). Nach einem Anstieg um 0,2% im Vormonat sank der Index der Einzelhandelspreise im Vormonatsvergleich im Juli 2009 gegenüber Juni 2009 um 0,7%.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* ist im Juli 2009 gegenüber Juli 2008 um 0,5% gesunken. Eine so niedrige Inflationsrate ist in der Bundesrepublik Deutschland seit der deutschen Vereinigung noch nicht berechnet worden; im früheren Bundesgebiet war eine Inflationsrate in dieser Höhe zuletzt im Frühjahr 1987 festgestellt worden. In den Vormonaten Juni und Mai 2009 hatte die Teuerungsrate gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat bei +0,1 bzw. ±0,0% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat blieb der Verbraucherpreisindex im Juli 2009 unverändert (±0,0%).

Schaubild 2



Die negative Inflationsrate wird nach wie vor maßgeblich durch starke Preisschwankungen bei leichtem Heizöl und Kraftstoffen (Mineralölprodukten) geprägt. Die erneute Preissenkung bei Mineralölerzeugnissen im Juli 2009 gegenüber Juni 2009 hat bewirkt, dass die Preise aktuell weit unterhalb der Rekordniveaus im Vorjahr liegen. Des Weiteren ist auch der seit einigen Monaten zu beobachtende Preisrückgang bei Nahrungsmitteln eine wesentliche Ursache für die niedrige Teuerungsrate. Die Preisentwicklung für Energie

und Nahrungsmittel überdeckt die Preisentwicklung aller übrigen Waren und Dienstleistungen, obwohl das Gewicht von Energie und Nahrungsmitteln im Wägungsschema nur knapp 20 Prozent beträgt: Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung dieser beiden Verbrauchsgüter hätte die Inflationsrate im Juli 2009 bei +1,4 % gelegen.

Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) verbilligte sich im Juli 2009 insgesamt um 11,5 % gegenüber Juli 2008: Erhebliche Preisrückgänge wiesen vor allem die Mineralölprodukte auf (-26,3 %; davon leichtes Heizöl: -44,7 %; Kraftstoffe: -20,0 %). Auch Gas kostete durch die erneute Preisrücknahme im Juli 2009 weniger als ein Jahr zuvor (-3,3 %); die Gaspreise folgten damit zeitlich versetzt dem Preisverfall bei Rohöl. Eine gegenläufige Preisentwicklung wurde für Strom (+6,6 %) ermittelt.

Nahrungsmittel verbilligten sich im Juli 2009 gegenüber Juli 2008 um 2,4 %, nachdem die Preise im Juni 2009 kurzfristig über dem Vorjahreswert gelegen hatten. Binnen Jahresfrist wurden immer noch erhebliche Preisrückgänge insbesondere bei Molkereiprodukten sowie bei Speisefetten und -ölen mit jeweils 9,7 % (darunter Quark: -25,6 %; frische Vollmilch: -21,0 %; Butter: -18,9 %) ermittelt. Deutlich billiger als vor einem Jahr waren im Juli 2009 auch Gemüse (-9,2 %; darunter Paprika: -21,6 %; Tomaten: -19,6 %; Kartoffeln: -16,5 %) sowie einige Obstsorten (darunter Äpfel: -10,5 %). Teurer wurden gegenüber Juli 2008 dagegen Fisch und Fischwaren mit +3,5 % sowie Fleisch und Fleischwaren mit +2,5 %. Bei den Süßwaren (+1,8 %) fällt bereits seit einigen Monaten der Preisanstieg für Bienenhonig auf (+20,4 % gegenüber Juli 2008).

Deutliche Preisrückgänge gab es im Juli 2009 unter anderem im Bildungswesen (-5,3 % gegenüber Juli 2008) sowie für Geräte der Informationsverarbeitung (-9,1 %) und der Unterhaltungselektronik (-10,1 %). Bei vielen Gütern wurde binnen Jahresfrist eine moderate oder stabile Preisentwicklung beobachtet, wie zum Beispiel bei Wohnungsmieten ohne Nebenkosten (+1,1 %). Nennenswerte Preisanstiege gegenüber dem Vorjahr wurden bei Tabakwaren (+4,7 %; darunter Zigaretten: +5,1 %) und Pauschalreisen (+4,5 %) ermittelt.

Gegenüber dem Vormonat Juni 2009 war im Juli 2009 insgesamt Preisstabilität zu beobachten, der Indexstand des Verbraucherpreisindex verharrte unverändert bei 107,1.

Saisonüblich mussten die Verbraucher zu Beginn der Sommerferien allerdings deutlich mehr für Reisen zahlen (darunter Pauschalreisen: +14,5 %; Flugreisen: +10,5 %; Beherbergungsdienstleistungen: +9,5 % gegenüber Juni 2009). Verbraucherfreundlich entwickelten sich im Urlaubsmonat Juli 2009 dagegen die Kraftstoffpreise (-4,0 %; darunter Superbenzin: -4,5 %; Dieseldieselkraftstoff: -2,3 %).

Haushaltsenergie verbilligte sich im Juli 2009 binnen Monatsfrist um 1,9 % (darunter leichtes Heizöl: -5,7 % und Gas: -3,8 %), auch für Nahrungsmittel gingen die Preise gegenüber Juni 2009 um 1,2 % zurück. Typisch für die Jahreszeit war der saisonbedingte Preisrückgang bei einigen Gemüsesorten (darunter Tomaten: -13,9 %; Salat: -9,8 %; Gurken: -7,4 %). Deutlich billiger wurden auch einige Obstsorten, insbesondere Weintrauben mit -20,7 %.

Die Preisnachlässe, insbesondere für Artikel im Sommerchlussverkauf, führten dazu, dass auch die Preise für Bekleidung und Schuhe im Juli 2009 im Durchschnitt sanken (-3,3 % gegenüber Juni 2009; davon Bekleidung: -3,7 % und Schuhe: -1,9 %).

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2005 = 100

	Veränderungen Juli 2009 gegenüber	
	Juni 2009	Juli 2008
	%	
Gesamindex	-	-0,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-1,1	-2,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-0,1	+3,2
Bekleidung und Schuhe	-3,3	+1,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	-0,4	-0,5
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	-	+2,2
Gesundheitspflege	+0,1	+0,9
Verkehr	-0,7	-4,9
Nachrichtenübermittlung	-0,1	-2,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+3,3	+1,9
Bildungswesen	-	-5,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+2,7	+2,2
Andere Waren und Dienstleistungen	+0,2	+1,4

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland* lag im Juli 2009 um 0,7 % niedriger als im Juli 2008. Zum ersten Mal seit Beginn der Berechnung des HVPI für Deutschland wurde damit eine negative Teuerungsrate ermittelt. Im Vergleich zum Vormonat Juni 2009 sank der Index um 0,1 %. [u](#)



ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Neue Steuerungselemente, Qualitätsmanagement, Entlastung der Befragten		
Aufbau einer webbasierten Datenbank gesetzlicher Informationspflichten	1	27
Schätzmethoden zur Messung bürokratischer Belastungen	2	117
Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms		
Nanotechnologie in der amtlichen Statistik	3	209
Forschungsdatenzentren		
Daten für Forschung und Lehre zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	3	216
infiniT – Eine informationelle Infrastruktur für das E-Science Age	7	670
Mathematisch-statistische Fragen und Methoden		
Analyse der Revisionen ausgewählter Konjunkturindikatoren	5	406
Klassifikationen		
Revidierte Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen fertiggestellt	1	36
Informationsgesellschaft		
Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen	1	47
Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland	6	553
Bevölkerung		
Auswirkungen des demografischen Wandels – Daten der amtlichen Statistik	6	513
Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich	5	377
Bevölkerungsentwicklung 2007	1	55
Zensus		
Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011	7	629

	Heft	Seite
Mikrozensus		
Ergebnisse der Interviewerbefragung im Mikrozensus	5	397
Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken	6	528
Wahlen		
Europawahl 2009	4	296
Siebte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009	7	660
Grundlagen und Daten der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009	8	743
Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt		
Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011	7	629
Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken	6	528
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Unternehmensverflechtungen im statistischen Unternehmensregister	8	764
InwardFATS – Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2006	7	676
Produzierendes Gewerbe		
Umstellung der Konjunkturindizes im Produzierenden Gewerbe auf Basis 2005	3	223
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung 2006	4	311
Das GETS-Projekt: Gaslieferungen von und nach Deutschland	5	416
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Saisonale Schwankungen im Inlandstourismus	6	561
Moderates Wachstum beim Inlandstourismus 2008	5	425
Außenhandel		
Neufassung der EU-Rechtsvorschriften für die Außenhandelsstatistik	4	291
Sektorale Außenhandelsergebnisse	6	568
Deutscher Außenhandel nach Ländern	6	575
Verkehr		
Kombinierter Verkehr 2007	6	584
Seeverkehr 2008	8	774
Eisenbahnverkehr 2008	5	440
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2007	2	148
Binnenschifffahrt 2008	7	687
Gewerblicher Luftverkehr 2008	4	320
Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2008	7	697
Dienstleistungen		
Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis	3	232
Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung		
Bundesausbildungsförderung von den Anfängen bis 2007	2	157
Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen	4	330
Gesundheitswesen		
Krankenhauslandschaft im Umbruch	7	641

	Heft	Seite
Öffentliche Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2007	1	68
Öffentliche Finanzen und Steuern		
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	1	84
Öffentliche Finanzen im Jahr 2008	4	340
Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2008	8	786
Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets		
Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen	8	795
Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland	5	449
Verdienste und Arbeitskosten		
Neuberechnung der Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten	8	801
Preise		
Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2005	7	711
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2008	5	484
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005	8	809
Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005	5	474
Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik	2	169
Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Marktforschung	3	241
Preisentwicklung im Jahr 2008	1	91
Preise im Januar 2009	2	175
Preise im Februar 2009	3	252
Preise im März 2009	4	350
Preise im April 2009	5	491
Preise im Mai 2009	6	602
Preise im Juni 2009	7	724
Preise im Juli 2009	8	819
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Rezessionen in historischer Betrachtung	3	203
Forschung und Entwicklung nach Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	125
Gesamtwirtschaftliche und sektorale nichtfinanzielle Vermögensbilanzen	2	137
Bruttoinlandsprodukt 2008	1	11
Umwelt		
Neue Entgeltstatistik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft	6	596
Gastbeiträge		
Small Area Estimation: Die Schätzer von Fay-Herriot und Battese-Harter-Fuller	2	179
Daten für Forschung und Lehre zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	3	216
Struktur und Dynamik der Ungleichheit von Erwerbslosigkeitsrisiken	3	258
Eignung von CORINE-Geodaten und Daten der Flächenerhebung zur Analyse der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung in Deutschland	4	355



Neuerscheinungen¹⁾ vom 27. Juli 2009 bis 28. August 2009

● Zusammenfassende Veröffentlichungen		EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Juli 2009		15,90
● Fachserien		
Fachserie 17: Preise		
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Juni 2009	8,-
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Juli 2009 (Eilbericht)	4,50
Reihe 7	Juli 2009	12,50

Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/publikationen

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.